

Karl Georg Zinn



Die **Keynessche** Alternative

**Beiträge zur Keynesschen Stagnationstheorie,
zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik
und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik**

Karl Georg Zinn ist emeritierter Professor der Volkswirtschaftslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Karl Georg Zinn

Die Keynesische Alternative

Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie,
zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik
und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Für B.M.L.

© VSA-Verlag 2008. St. Georgs Kirchhof 6. 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-323-6

Inhalt

Vorwort.....	9
--------------	---

I. Keynes war kein Wachstumsfetischist: Zum Defizit des Mainstream-Keynesianismus

1. Rezeptionslücke des Keynesianismus: Die Langfristperspektive der Keynesschen Ökonomik.....	13
--	-----------

Von der Status quo-Prognose der Stagnation zur Vollbeschäftigungsprojektion.....	15
---	----

Die unbekannte Langfristperspektive der Keynesschen Theorie.....	16
--	----

Die gestutzte Keynes-Rezeption: Unkenntnis Gutwilliger, opportunistische Epigonen und ideologische Gegenrevolutionäre.....	19
---	----

Zu den theoretischen Konsequenzen der Stagnation und der systemi- schen Sprengkraft stagnationsbezogener Vollbeschäftigungspolitik . . .	24
---	----

Fazit.....	32
------------	----

2. Keynes als Alternative(r)?	33
--	-----------

Weder links noch rechts - oder sowohl als auch:

Keynes war ein Anti-Dogmatiker par excellence.....	33
--	----

Keynes' frühe Kritik an der Orthodoxie.....	35
---	----

Keynes' liberaler Sozialismus.....	37
------------------------------------	----

Vollbeschäftigung muss hergestellt werden - der Marktautomatismus ist dafür ungeeignet	39
---	----

Vernünftige Lebensqualität jenseits des auf Geldgier gegründeten Wirtschaftssystems?.....	41
--	----

Zusammenfassung.....	43
----------------------	----

3. Wachstum und Wohlstand - Die Konjunktion ist obsolet	44
Nullwachstum und stabile Verteilung wären sogar besser gewesen	44
Wieso ist es denn »paradox«, dass der Mensch von steigendem Einkommen keinen unbegrenzten Glückszuwachs erfährt?.....	45
Das Rad muss ab und zu doch neu erfunden werden, wenn sein Nutzen in Vergessenheit geriet.....	47
Reichtum wofür? - Unterschiede der Lebensqualität zwischen reichen kapitalistischen Volkswirtschaften.....	48

II. Kulturelle und moralische Dimensionen der Sozialökonomie

4. Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten?	
Zur Bedeutung interkultureller Unterschiede	52
Das Erklärungsmodell.....	55
Exkurs: Vorrang des Beschäftigungsziels - Bewältigung des Rationalisierungsproblems in Schweden.....	67
Der direkte Zugriff auf die mentalen Grundlagen der Politik (des schwedischen Modells).....	71
Zum Keynesianismus des schwedischen Modells.....	79
Anhang.....	82
5. Bekenntnis und Begründung - Überlegungen zur (linken) Sozialethik	87
Jenseits des politischen Umgangs mit moralischen Werturteilen: Ohne vernünftige Reflexion von Normen bleiben sie beliebig	87
Moral und die historische Erfahrung der Linken.....	90
Moralische Konvergenzen trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen ...	91
»Das Sein bestimmt das Bewusstsein«.....	93
Moral ist Kultur - nicht Natur.....	95
Exkurs: Das moralisch unbeschwerte Wirtschaftssubjekt der kapitalistischen Marktwirtschaft.....	99
Diskursethik - eine »logische« Begründung der Gleichheit	102

6. Globaler Finanzkapitalismus: Spielregeln für Ganoven, kriminelle Spieler und korruptierte Schiedsrichter.....	107
Auch ein schlechtes Gewissen wird zum Ruhekissen - die Spielregelethik richtet's.....	107
Peinliche Fragen zu stellen, ist auch eine Art, Rügen zu erteilen: Die Baseler BIZ liest (den Namenlosen) die Leviten	107
»Honi soit qui mal y pense«: Ein Krimineller wird zum Namenspatron des modernen Kasinokapitalismus.....	109
Die kapitalistische Evolution von der industriellen Mehrwertproduktion zu den finanzkapitalistischen Luftbuchungen.....	111
Staatsfonds - die wachstumsstarken Neulinge.....	112
Die Krokodilstränen löschen keinen Großbrand.....	114

III. Alter Kapitalismus im Neuen China? - Zum Ende des imperialen Westkapitalismus

7. Der Aufstieg des Sinokapitalismus- Historische Entwicklungsstufen lassen sich nicht überspringen.....	116
Die eurozentristische Verblendung.....	118
Neue »Reichseinigung« und Wiederaufstieg unter Führung der chinesischen Kommunisten.....	119
Vorgaben für die Moderne: Innovation und technische Hochleistung im bürokratischen China.....	122
Sinokapitalismus - eine neue Art kapitalistischer Produktionsverhältnisse?.....	124
8. »Staatssozialismus« und Reformpolitik im Alten China und ihr Scheitern an der Klassenherrschaft der chinesischen »Gentry«	127
Historische Entwicklung und Reformerfordernis.....	128
Epochen.....	129
Kontinuität.....	130
Chinas Konzentration auf sich selbst.....	130

Frühe Massengesellschaft, Hydrotechnik und Bürokratie.....	132
Agrarproduktion - Basis jeder vorindustriellen Gesellschaft.....	135
Ein herausragendes Beispiel für Wirtschafts- und Sozialreformen: das Interregnum des Wang Mang.....	137
Die Nachwirkungen Wang Mangs.....	143

IV. »Ohne Herkunft keine Zukunft« - Zu historischen Aspekten der politischen Ökonomie

9. Mindert die Enthistorisierung der Nationalökonomie

ihre Kompetenz zur Problemwahrnehmung und Problemlösung?.....	144
Eine Mängelrüge zur Einleitung.....	144
»Keine Zukunft ohne Herkunft«.....	147
Exemplum demonstrationis: Wohlstand und Wirtschaftswachstum - der historische Wandel einer Korrelation.....	157
Resümee.....	164

10. Heinrich Ludwig Lambert Gall - der unbekannte Frühkeynesianer

des 19. Jahrhunderts.....	165
Warum gerade Gall?.....	166
Moral und positive Ökonomik.....	168
Originalton Gall: einige sporadische Zitate.....	170
Zum Erkenntniswert von Mehrfachentdeckungen.....	173
Literatur.....	175
Quellennachweise.....	190

Vorwort

Im Verlauf der vom Westen, insbesondere seitens der USA, betriebenen Globalisierungspolitik zeichnete sich ab, dass die hochentwickelten Volkswirtschaften des westlichen Kapitalismus ihre über ein halbes Jahrtausend währende Vormachtposition verlieren werden. Der Westkapitalismus wird vom »asiatischen« überrundet werden. Dies mag als historisches Paradoxon oder als dialektischer Prozess gesehen werden, da die Politik der Globalisierung dem Westkapitalismus temporär zum Vorteil gereicht. Denn die Globalisierung ergab sich als der Versuch der alten kapitalistischen Ökonomien, eine Antwort auf die in den 1970er Jahren einsetzende Wirtschaftskrise zu geben, deren langfristiger Charakter selbst gegenwärtig noch geleugnet wird. Die Dauerkrise eskalierte über die vergangenen dreißig Jahre und schuf die Voraussetzungen für den anstehenden Supergau der westkapitalistischen Volkswirtschaften. In der 38. Kalenderwoche des Jahres 2008 demonstrierte der Quasi-Zusammenbruch großer US-amerikanischer Banken, der nur durch ein auf 700 Milliarden US-Dollar beziffertes Rettungsprogramm der amerikanischen Regierung abgewendet wurde, der Weltöffentlichkeit, wie weit die wirtschaftliche und politische Zerrüttung der westlichen Hegemonialmacht bereits vorangeschritten ist. Die globale Ausdehnung des Kapitalismus - bekanntlich im »Kommunistischen Manifest« als ein quasi unvermeidlicher Vorgang beschrieben - verdeckte die inneren Wachstumsprobleme des Westkapitalismus teilweise und entschärfte sogar vorübergehend ihre Folgen. Doch dieser heikle Versuch der Problemlösung kann nicht von Dauer sein. Spätestens in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird eine grundlegende Revision der Wachstumsorientierung erforderlich werden. Vollbeschäftigung ohne Wachstum oder weitgehende Zerstörung des Massenwohlstands in einer eskalierenden Systemkrise lauten die Alternativen.

Die zehn in diesem Sammelband enthaltenen Aufsätze sind vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Konstellation zu sehen. Im ersten Teil geht es um das Auslaufmodell Wachstumsfetischismus und Keynes' Prognose hierzu. Auch Ökonomen sind Menschen, haben Vorlieben und Abneigungen und urteilen über die Welt nach moralischen Vorstellungen. Das moralische Anliegen eines Wissenschaftlers wird von der das Wertfreiheits-

postulat missverstehenden »positiven« Ökonomik als Privatsache abgelegt, aber dadurch bleibt eine wesentliche Komponente im jeweiligen Gesamtwerk eines Wissenschaftlers ausgeblendet. Es ist eben nicht gleichgültig, ob sich ein Milton Friedman über Massenarbeitslosigkeit mit der zynischen Formel von der »natural rate of unemployment« hinwegsetzt, sich als Wirtschaftsberater sogar einem Pinochet verdingt, oder ob ein John Maynard Keynes seine Theorie als Instrument für die Lösung des eben auch moralischen Problems der Arbeitslosigkeit angewandt sehen will. Keynes auch als »Moralphilosophen« zu begreifen, gehört daher unabdingbar zum Verständnis des Keynesianismus; und diese Dimension wird im Folgenden deutlich werden.

Die drei Aufsätze des zweiten Teils thematisieren kulturelle, insbesondere auch ethische Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen. Am Beispiel Schwedens wird dargelegt, dass die Besonderheiten der »cultures of capitalism« mit der jeweiligen kollektiven Mentalität korrespondieren und sich daraus zumindest eine Teilerklärung der Unterschiede ergibt. Der folgende Aufsatz befasst sich mit einigen Aspekten des seit den 1980er Jahren wieder intensivierten Bemühens um eine Wirtschaftsethik und geht der Frage nach, wie die historische Linke ihre ethischen Werte begründen könnte. Der dritte Text des Themenkomplexes bringt eine Polemik zum inzwischen zunehmend kriminellen Kasinokapitalismus, insbesondere des globalisierten Finanzkapitals, dessen über Jahre hinweg gefeierte und geförderte pathogene Exzesse, wie erwähnt, die Weltwirtschaft an den Abgrund gedrängt haben.

Die beiden China gewidmeten Arbeiten des dritten Teils scheinen auf den ersten Blick aus dem thematischen Rahmen dieses Sammelbandes zu fallen, aber China wird in zwei bis drei Generationen an die Stelle der westkapitalistischen Vormacht treten. Der Ausblick auf die längerfristige Entwicklung des globalen Kapitalismus und seine möglichen Modifikationen muss daher den chinesischen Kapitalismus ins Zentrum rücken. Dass China eine lange staatswirtschaftliche Tradition aufweist, dass es zumindest während des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung über eine *cum grano salis* recht kompetente und für Innovationen aufgeschlossene Bürokratie verfügte, dürfte inzwischen bekannt sein.

Hingegen wird dabei meist nicht wahrgenommen, dass in der alten chinesischen Staatsphilosophie auch sozialistisches Gedankengut enthalten war und dass das chinesische Volk - so die Einschätzung Eric Hobsbawms - als das revolutionärste Kollektiv der Weltgeschichte gelten darf. Am Beispiel der Reformpolitik des »sozialistischen« Kaisers Wang Mang, der zu Christi Lebzeiten regierte, wird die weit in die chinesische Geschichte zu-

rück reichende »sozialistische« Komponente an einem Einzelbeispiel verdeutlicht.

Der vierte Teil thematisiert das Erfordernis, das geschichtliche Werden in die ökonomische Analyse einzubeziehen und ist um die Kritik an der ahistorischen »politischen Ökonomik« der Gegenwart zentriert. Im Zusammenhang mit der historischen Sicht auf die politische Ökonomie wurde ein Beitrag über den lange Zeit völlig vergessenen deutschen »Frühkeynesianer« Ludwig Gall aufgenommen, um an diesem Autor zu zeigen, dass wesentliche Kerngedanken der Keynesschen Theorie bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgetaucht waren, was bedeutet, dass der damalige Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse bereits so weit fortgeschritten war, dass ein von der etablierten bürgerlichen Ökonomie noch nicht benebelter Kopf die Realität in »Keynesscher« Perspektive zu sehen vermochte. Allerdings wurden die Originalität und Bedeutung Galls weder zu seinen Lebzeiten noch in späteren Jahrzehnten von der Wirtschaftswissenschaft erkannt und diskutiert.

Von den zehn Aufsätzen sind fünf bereits früher erschienen. Sie werden in diesem Band in überarbeiteter Fassung veröffentlicht. Bei den anderen fünf Texten handelt es sich um Erstveröffentlichungen. Einige Zitate, Argumentationen und Sachverhaltsdarstellungen kehren in verschiedenen Aufsätzen wieder, stehen dann aber in jeweils anderem Zusammenhang. Diese leichte Redundanz erscheint daher vertretbar, zumal ständige Querverweise zwischen den verschiedenen Texten den Lektürefluss erheblich stören würden.

Im September 2008

I. Keynes war kein Wachstumsfetischist: Zum Defizit des Mainstream-Keynesianismus

1. Rezeptionslücke des Keynesianismus: Die Langfristperspektive der Keynesschen Ökonomik

Die folgenden Ausführungen sollen darlegen, dass Keynes' Theorie entgegen vorherrschender Meinung auch die langfristige Entwicklung kapitalistischer Marktwirtschaften erfasst. Unser Hauptbeleg hierfür ist Keynes' Stagnationstheorem, das vornehmlich mit dem Namen Alvin H. Hansen¹ assoziiert und in der Sekundärliteratur häufig auf die Große Depression hin relativiert oder einfach bagatellisiert wird. Hierfür dürften sowohl ideologische Ressentiments als auch Unkenntnis der einschlägigen Quellen verantwortlich sein. Keynes erblickte in der künftigen Stagnationswirtschaft ein Eldorado. Das Jahrtausende alte ökonomische Knappheitsproblem der Menschheit ließe sich im Wesentlichen lösen.² Die seit den 1990er Jahren unter dem Titel »Glücksökonomie« (happiness economics) wiederbelebte Beschäftigung mit der Frage nach dem Zusammenhang von Glücksempfinden und Einkommensniveau kann als Annäherung an Keynes' Vorstellungen über eine »gute Gesellschaft« wahrgenommen werden (Layard, 2008; Dahl, 2008).

Keynes hat die im Stagnationstheorem implizierten Systemkonsequenzen - ob etwa ein wachstumsloser Kapitalismus überlebensfähig ist - nicht explizit ausgeführt. Vielmehr vertrat er die optimistische Erwartung, dass die Politik letztlich aus richtiger Einsicht in die Wirkungszusammenhänge fortgeschrittener kapitalistischer Marktwirtschaften und in Anerkennung der

¹ Auch in der jüngeren Sekundärliteratur wird Keynes' Stagnationstheorie noch häufig übergangen. In der Regel kommen nur die »Stagnationisten« Hansen, Steindl, Baran und Sweezy ins Blickfeld. Vgl. beispielsweise Beaud u.a. 1995, 105, 261, 418.

² Keynes hat wiederholt ein Bekenntnis zum *absehbaren* »Goldenen Zeitalter« formuliert. Hierzu sei eine weniger bekannte Passage zitiert, die in einem 1931 von Keynes zu dem Thema »The Originating Causes of World-Unemployment« gehaltenen Vortrag auftaucht: »A very few more quinquennia of equal activity might, indeed, have brought us near to the economic Eldorado where all our reasonable economic needs would be satisfied.« (JMK 13, 348) - Vgl. zu einer äußerst radikalen Interpretation des Keynesschen Zukunftsoptimismus Chernomas 1984.

Notwendigkeiten des auf stabile Vollbeschäftigung gerichteten Regierungshandelns seinen Vorschlägen folgen würde. Dieser Aufklärungsoptimismus weist insofern gewisse Berechtigung auf, als das Keynesische *Instrumentarium* bis zu einem erheblichen Grad systemneutral ist, somit auch - das entsprach durchaus Keynes' Absicht - für die Stabilisierung des Kapitalismus eingesetzt werden kann, beispielsweise auf dem Weg eines Rüstungskeynesianismus wie in den 1980er Jahren und in der jüngeren Vergangenheit in den USA. Jedoch sind solche nachfragepolitischen Kuren zugleich auch wachstumswirksam, sodass sie sich nicht widerspruchsfrei in die Stagnationsperspektive fügen.

Keynes hatte seine Aufmerksamkeit und das Schwergewicht seiner Arbeit zu Recht auf die brennenden Probleme seiner Zeit - auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit der Großen Depression und später auf die Stabilisierung der britischen Kriegswirtschaft - konzentriert, und dies waren »kurzfristige« Probleme. Daraus jedoch zu schließen, die Keynesische Theorie beschränke sich auf die kurze Frist, ist ein Fehlschluss. Gegenwärtig würde eine konsequente Anwendung des Keynesischen Instrumentariums höheres Wachstum und eine massive Reduktion der Massenarbeitslosigkeit ermöglichen. Allerdings bedürfte es dazu eines fundamentalen Kurswechsels in der Finanzpolitik. Auf diese aktuellen Fragen wird an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen, da hier die langfristige Entwicklung des Kapitalismus aus Keynescher Sicht interessiert.

Ungeachtet Keynes' eigener Einschätzung der langfristigen Verträglichkeit seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen mit dem kapitalistischen System ergeben sich u.E. aus dem Stagnationstheorem derart weitreichende Konsequenzen, dass von einer Systemtransformation gesprochen werden darf.³ Allerdings bestehen, wie darzulegen ist, verschiedene historische Op-

³ Dillard etwa sieht in Keynes' theoretischem Vorhaben den Versuch, die liberale Ordnung und die Marktwirtschaft am Leben zu halten. Tatsächlich aber reiche die Theorie sehr viel weiter - über den bestehenden Kapitalismus hinaus: »Keynes's major purpose may be characterized as an attempt to buttress political liberalism with a new economic program and to fortify this economic program with a new political economy.« (Dillard 1983, 224) Der Autor bemerkt aber zugleich: »Keynes's suggestions for implementing the long-term or secular aspects of the socialization of investment (in der Allgemeinen Theorie; KGZ) are less satisfactorily discussed by him than the short-term public-works phase of his program. The secular policy involves government control over the entire investment process, private as well as public« (ebenda, 223). Und: »The fulfilment of Keynes's more recent long-run program would indeed constitute a minor revolution in class relations« (ebenda, 224). Ähnlich äußert sich Skidelsky: »Keynes found a way of keeping capitalist democracy working, but only by weakening further the long-run conditions for its survival.« (Skidelsky 1977b, 33)

tionen für die politische Instrumentalisierung der Keynes'schen Wirtschaftstheorie; Optionen, die sich zwischen den Polen demokratischer, ökosozialer Wohlfahrtsstaat und Totalitarismus bewegen.

Von der Status quo-Prognose der Stagnation zur Vollbeschäftigungsprojektion

Einen klar umrissenen ordnungspolitischen Zukunftsentwurf hat Keynes nicht hinterlassen. Jedoch enthält die Keynes'sche Theorie die Grundlagen für eine langfristige Entwicklungsanalyse kapitalistischer Marktwirtschaften. Keynes hat aus seiner Theorie logisch stringent Voraussagen für eine fernere Zukunft herleiten können. Die Langfristvorhersage basiert auf zwei säkularen Trends: dem Anstieg der Arbeitsproduktivität als wesentlichem Ergebnis des technischen Fortschritts und der Dynamik der effektiven Nachfrage, also des privaten Konsums bzw. der privaten Ersparnis in der Folge steigenden Einkommens. Im Hinblick auf Keynes' theoretisch begründete Erwartung langfristig nachlassenden Wirtschaftswachstums verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit einerseits und seinen beschäftigungspolitischen Empfehlungen für den Fall der »Stagnation« andererseits sollte deutlich zwischen jener Status quo-Prognose und der sie korrigierenden Projektion unterschieden werden.⁴ Keynes' langfristige Status quo-Prognose führte ihn zur Formulierung beschäftigungspolitischer Abwehrmaßnahmen gegen die sonst, nach seiner theoretisch begründeten Einschätzung, unvermeidliche Arbeitslosigkeit.

Drei wesentliche Merkmale der jüngeren weltweiten Entwicklung wurden von Keynes bei seiner langfristigen Prognose jedoch nicht in Rechnung gestellt: erstens das Ausmaß der Umweltprobleme und die fortschreitende Erschöpfung der natürlichen Ressourcen; zweitens die beschleunigte Machtkonzentration der Wirtschaft verbunden mit einer Aushöhlung der Demokratie, insbesondere der Kontrollverlust der Parlamente sowie die Ausrichtung der Massenmedien zugunsten kapitalhöriger Politik (Keynes hat sich um die Analyse der Machtfrage weitgehend gedrückt und sich mit seiner allzu einfachen Erklärung beruhigt, fehlerhafte Wirtschaftspolitik käme nur wegen der Unwissenheit und des Festhaltens der Politiker an überholten Theorien zustande); drittens der qualitative Wandel der traditionellen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur »Globalisierung«, die in Verbin-

⁴ Entsprechend dem üblichen Begriffsverständnis wird unter *Status quo-Prognose* die Vorhersage unter Ausschaltung möglicher wirtschaftspolitischer Reaktionen verstanden und unter *Projektion* die interventionistische Umsteuerung, wie sie sich unter dem Einfluss politischer Gegenmaßnahmen zwecks Abwehr der prognostizierten unerwünschten Entwicklung im Sinn der Selbstaufhebung der Status quo-Prognose darstellt.

derung mit der internationalen Unternehmenskonzentration auch den freien Wettbewerb auf mehr und mehr Märkten stranguliert. Es lassen sich daher nur hypothetische Überlegungen darüber anstellen, wie Keynes auf die genannten Probleme von seiner theoretischen Basis aus analytisch und politisch geantwortet hätte.

Die unbekannte Langfristperspektive der Keynesschen Theorie

Abgesehen von wenigen, allerdings umso bedeutsameren Ausnahmen geht die Sekundärliteratur kaum auf Keynes' langfristige Stagnationstheorie ein⁵ oder interpretiert sie verzerrt. Zudem findet sich in der Sekundärliteratur zu Keynes ganz überwiegend die - meist kritische - Interpretation, Keynes habe seine Theorie nicht auf die »lange Frist« bezogen und damit keine »dynamische« Theorie hinterlassen. Diese Feststellung überrascht zumindest aus zwei Gründen:

Erstens befassen sich auch manche Autoren, die eine Langfristperspektive bei Keynes vermissen, durchaus mit Keynes' Stagnationstheorem. Die Rede ist sogar von »säkularer« Stagnation. Was aber bedeutet »säkular«, wenn nicht eine Aussage über die lange Frist? Verfehlt ist auch die Meinung, Keynes habe über die langfristige Entwicklung nur nebenbei in quasi essayistischer Manier phantasiert. Das Gegenteil ist der Fall, wie noch erläutert wird.

Zweitens wird von den Kritikern sowohl verkannt, dass Keynes Theorie auch dort langfristige Ausblicke impliziert, wo davon nicht explizit die Rede ist (was weitgehend auf die »Allgemeine Theorie« zutrifft; vgl. Krüger 1984, 257ff.; Reuter 2000), als auch übersehen, dass Keynes in verschiedenen Arbeiten zu ganz verschiedenen Zeitpunkten die langfristige Entwicklung des marktwirtschaftlichen Kapitalismus in den Mittelpunkt seiner jeweiligen Überlegungen stellte-erstmals 1928/1930 (JMK 9,321ff.; Sweezy 1948, 427ff.).

Es ist ein gravierender Rezeptionsmangel, den »ganzen« Keynes mit der »Allgemeinen Theorie« erfassen und abhandeln zu wollen und die nach

⁵ In der 1983 erschienenen, vier Bände umfassenden Sammlung von 150(!) Aufsätzen zur Keynesschen Theorie findet sich nicht ein einziger, in dessen Titel auf die Stagnationstheorie verwiesen wird. (Wood 1983) Der international renommierte Stagnationstheoretiker Josef Steindl belässt es 1987 in seinem an sich sehr informativen Handbuchartikel über »Stagnation« für den »New Palgrave« bei der knappen Bemerkung, »... a number of authors will be reviewed whose ideas on Stagnation are closely related. They were all influenced by Keynes or Kalecki. In fact, there are occasional glimpses of Stagnation in the *General Theory* and more so in Harrod's and Joan Robinson's work«. Verständlicherweise findet sich bei Steindl auch keine bibliographische Angabe zu Keynes' stagnationstheoretischen Texten (Steindl 1987, 473).

1936 erschienenen Arbeiten zu übergehen. Vor allem gilt dies für Keynes' Langfristprognose vom Mai 1943, die selbst heute noch relativ unbekannt ist (JMK 27,320).⁶ Der Dreh- und Angelpunkt von Keynes' Beschäftigungstheorie, die Theorie der effektiven Nachfrage, die nach Keynes' Aussage erst ab 1931/32 deutliche Konturen bekam (JMK 14, 189), ist insofern per se eine dynamische und somit auch *historisch* langfristig orientierte Theorie, als die Veränderung der Konsum- bzw. Sparneigung aus dem Wirtschaftsprozess selbst, d.h. als Folge des langfristigen Einkommenswachstums erklärt wird. Aus dieser Erklärung ergibt sich dann auch die Stagnationsprognose.

Das Gesamtwerk von Keynes enthält zwar quantitativ betrachtet relativ wenige Texte zur langfristigen Entwicklung, was gemäß dem oft in falscher Konnotation angeführten Keynesschen Diktum aus dem Jahr 1923 - zu finden in »A Tract on Monetary Reform«, einer Auseinandersetzung mit der Quantitätstheorie -, »*in the long run we are all dead*« (JMK 4, 65)⁷ nur allzu verständlich ist (so auch Barraclough 1977, 105), und es ist auch zutreffend, dass Keynes kein formalisiertes Langfristmodell formulierte, wie es dann in der »postkeynesianischen« Wachstumstheorie vom Harrod-Do-mar-Typ erfolgte, weil dort neben dem Nachfrage- bzw. Einkommenseffekt auch der Kapazitätseffekt der Nettoinvestition für die Formulierung einer gleichgewichtigen Wachstumsrate einbezogen wird. Mit Harrods dynamischer Theorie hat sich Keynes aber von 1937 an ausführlich, teils kritisch auseinandergesetzt (JMK 14, 151ff.; 321ff.; 320ff.), sodass ihm die einschlägigen Überlegungen durchaus geläufig waren.

Sind also die Vorhaltungen berechtigt, Keynes' Theorie sei nur auf die kurze Frist gerichtet und somit nur auf die konjunkturellen Aktivitätsschwankungen und konjunkturelle Arbeitslosigkeit anwendbar? Das ist keine rhetorische Frage, sondern sie verweist auf gravierende Unterschiede

⁶ Mancher Gedanke, der von späteren Autoren als völlig neu präsentiert wurde, findet sich bereits bei Keynes. Dies gilt etwa für die von Milton Friedman ausgearbeitete »permanente Einkommenshypothese«, d.h., dass der Konsum nicht vom laufenden, sondern vom dauerhaften Einkommen bestimmt wird. Offenkundig setzt dies voraus, dass die Konsumenten Vorstellungen über ihr *künftiges* Einkommen ausbilden. Dieses ist aber gleichzusetzen mit dem *erwarteten* Einkommen, und das wird von Keynes durchaus als konsumrelevant betrachtet: »Propensity to consume is determined *solely* by a psychological composite of *actual and expected* (kursiv; KGZ) income and is determined neither by effective demand at a definite date nor by income at a definite date.« (Keynes 1937b, 180)

⁷ »But this *long run* is a misleading guide to current affairs. *In the long run* we are all dead. Economists set themselves too easy, too useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is long past the ocean is flat again.« (Hervorhebungen im Original; JMK 4, 65)

im Verständnis dessen, was eine ökonomische Theorie der »langen Frist« leisten soll und welcher methodische Ansatz hierfür sachgerecht erscheint. In der politischen Ökonomie bzw. der Wirtschaftstheorie finden sich (zumindest) zwei recht verschiedene, wenn auch sich ergänzende Vorgehensweisen, langfristige Entwicklungen zur untersuchen und ggf. zu prognostizieren. Erstens die formalisierten Modelle, die einen dynamischen Prozess i.d.R. durch Differentialgleichungen quantitativ abbilden. Samuelsons Oszillationsmodell, das Akzelerator und Multiplikator verknüpft, oder das Konjunkturmodell von J. R. Hicks seien hier beispielhaft für formalisierte dynamische Theorien erwähnt. Der zweite Typus langfristiger Theorie ist historisch ausgerichtet und umfasst neben anderen die Stufen- und Stadientheorien, zu denen Reuter auch Keynes' Stagnationstheorie zählt (Reuter 2000, 138ff.). Die »historische Theorie« zielt auf qualitative (Zukunfts-)Einschätzungen, und allenfalls am Rand spielen grobe quantitative Aussagen eine Rolle. Hierbei können formalisierte Modelle durchaus als hilfreiche Ergänzungen und Präzisierungen für Detailfragen sowie Plausibilitätsüberlegungen mit herangezogen werden, wie dies etwa besonders deutlich am Kondratieff-Schumpeter-Theorem der Langen Wellen sichtbar ist. Aber die kulturelle Geschichte des Menschen lässt sich in einem mathematisch formalisierten Modell bisher nicht umfassend genug abbilden, um damit mehr als partielle Trendprognosen geben zu können. Sie liefern zwar einen wichtigen Erkenntnisbeitrag, vermögen aber in einer »vollständigen« Wirtschaftswissenschaft die Szenariotechnik und das »erzählende Berichten« (»storytelling«) nicht zu ersetzen, wie Benjamin Ward schon vor mehr als dreißig Jahren bemerkt hat (vgl. Ward 1976, 198ff.).⁸

Keynes' Theorie ist insofern eine historische Theorie, und zwar weitgehend in der Form des »erzählenden Berichten«, als er die historische Zeit nicht nur durch die unsicheren Zukunftserwartungen als eine unverzichtbare Determinante des wirtschaftlichen Handelns begreift, sondern die wirtschaftliche Entwicklung, in der Wachstum nur eine Komponente darstellt, als historischen Prozeß auffasst.⁹ Im Verlauf dieses Prozesses werden die Voraussetzungen, unter denen Konsumenten und Investoren entscheiden, verändert, und zwar in *bestimmter* Weise, nämlich dahingehend, dass es zur Stagnation kommen wird.

⁸ »Es ist in der Tat eine Ironie

lismus den Wirtschaftswissenschaften beschert hat, nicht der Formalismus selbst, sondern der Zwang zum systematisch erzählenden Berichten gehört.« (Ward 1976, 202)

⁹ »Keynes hat die neoklassische Gleichgewichtsvorstellung vom Tisch gefegt und seine Position auf historische Zeitabläufe bezogen.« (Robinson 1982, 21)

Die gestutzte Keynes-Rezeption: Unkenntnis Gutwilliger, opportunistische Epigonen und ideologische Gegenrevolutionäre

Keynes' Wirtschaftstheorie ist eine Theorie der kapitalistischen Ökonomie, und Keynes hat, wie schon angemerkt wurde, keinen explizit formulierten Entwurf für ein Wirtschaftssystem der Zukunft hinterlassen. Er hielt die kapitalistische Demokratie für reformfähig, und er wünschte die humane Reform, um »seine« bürgerliche Welt der Schönheit und des Geistes vor dem weiteren Absinken in Trivialität und Unbildung zu bewahren. Doch die subjektive Motivation des Autors Keynes ist eine Sache; die historische Funktion seiner Theorie eine andere. Wenn Skidelsky herausstellt, dass Keynes die kapitalistische Demokratie vor dem Untergang bewahren wollte, dabei aber gerade deren langfristige Existenzbedingungen untergrub,¹⁰ so ist das ein treffendes Urteil und erklärt auch die ideologische Keynes-Kritik des Neoliberalismus (hierzu ausführlicher Ptak 2004; Walpen 2004). Das Keynesische Gedankengebäude gründet auf Fundamenten, die auch ganz andere Stockwerke als die kapitalistischer Sozialökonomie tragen könnten. Keynes' fundamentale Kritik an der neoklassischen bzw. an der Theorie der neuen Klassiker, wie es bei Keynes heißt, wurde bekanntlich durch seinen Landsmann John Richard Hicks auf das IS-LM-Modell reduziert. Diese handliche Keynes-Darstellung prägte dann nach Ende des Zweiten Weltkriegs über die Lehrbuchliteratur das bis heute vorherrschende Keynes-Verständnis in Wissenschaft, Politik sowie in den Medien und damit auch in der Öffentlichkeit. Die in der so genannten neoklassischen Synthese durch P. A. Samuelson um wesentliche Theoriebestandteile verkürzte und um tiefer gehende Status quo-Kritik beraubte Keynes-Interpretation - Joan Robinson prägte dafür bekanntlich den Ausdruck »Bastard-Keynesianismus«, und Barraclough sprach von Vulgärkeynesianismus (»vulgar or commercialised Keynesianism«; Barraclough 1977, 105) - fungierte in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zwar relativ erfolgreich als interventionistisches Gegenkonzept zum klassisch-neoklassischen Laissez faire, insbesondere diente es der Begründung antizyklischer Konjunkturpolitik. Aber mit der Stagflation Ende der 1960er Jahre und verstärkt mit Beginn der langfristigen Wachstumsabschwächung Mitte der 1970er Jahre verlor jener Torso-Keynesianismus sukzessive an Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Zu Recht, lässt sich konstatieren, denn antizyklische Konjunktursteuerung (allein), also die konjunkturbezogene fiskalische Defizitpolitik, genügte längst nicht mehr, um Vollbeschäftigung *beizubehalten*. Gegenwärtig - nach einem dreißigjährigen Trend steigender Arbeitslosigkeit - ist es zwar durchaus ge-

¹⁰ Vgl. Angaben in Fußnote 3.

boten, temporär auf die »traditionelle« Nachfragepolitik zurückzugreifen, aber Keynes' Langfristperspektive gibt einen anderen Weg vor.

In der heftigen Kontroverse zwischen Fiskalisten und Monetaristen während der 1970er Jahre spielte die Keynessche Langfristanalyse überhaupt keine Rolle. Im universitären Lehrbetrieb wurde und wird sie nicht vermittelt und findet sich in den Keynes-Kapiteln der ökonomischen Lehrbücher bestenfalls sporadisch und verkürzt. Diese Verdrängung und Ignoranz ist ein interessantes und erstaunliches Phänomen, denn Keynes ist ja keine Randfigur seiner Wissenschaft, sondern der anregendste und zeitweilig einflussreichste Wirtschaftswissenschaftler des vergangenen Jahrhunderts. Trotz dieser herausgehobenen Position bildete sich aber weder eine *einheitliche* keynesianische Schule heraus, noch können auch nur alle wirtschaftswissenschaftlichen Strömungen, die seinen Namen im Etikett tragen, ihn mit vollem Recht in Anspruch nehmen (vgl. ausführlicher Beaud u.a. 1995; Post-keynesianismus 1987; Eichner 1982). Dies gilt insbesondere für den neoklassisch fundierten »Neuen Keynesianismus« (vgl. Cassidy 1996).

Auf den ersten Blick scheinen die Verkürzungen und Fehldeutungen in der Keynes-Rezeption unter dem Eindruck der aktuellen Dominanz des Neoliberalismus in starkem Maße ideologisch bedingt zu sein. So wichtig dieses Moment in der jüngeren Diskussion über Keynes auch sein mag, so lässt es sich doch nicht für die weiter zurückliegende Keynes-Debatte vor Beginn der Stagnation, also für die ersten drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, anführen. Vielmehr waren auch Autoren, die Keynes' Kritik an Neoklassik und Laissez-faire teilten und seine Theorie, soweit sie sie rezipiert hatten, für wegweisend erachteten, in Unkenntnis der Keynesschen Langfristanalyse befangen. Keynes Theorie wurde als »komparativ-statisch«, als auf die kurze Frist bezogen und ohne dynamische Langfristperspektive charakterisiert. Ronald Meek (Meek, 1967) geht in seiner marxistisch inspirierten theoriegeschichtlichen Betrachtung von Keynes mit keinem Wort auf dessen stagnationstheoretische Überlegungen ein. Im Gegenteil charakterisiert er Keynes' Theorie als »Makrostatik«, auf der erst die »Makrodynamiker« (u.a. Harrod und Domar) weiter gebaut hätten. Der Blick auf die scheinbar alles überstrahlende »Allgemeine Theorie« von 1936 blendete die Rezeption derart, dass die späteren, wegen ihres vermeintlichen Gelegenheitscharakters weniger bedeutsam erscheinenden Publikationen Keynes' einfach nicht wahrgenommen wurden.¹¹ Selbst wo stagnationstheoretisch einschlägige Aufsätze in den bibliographischen Angaben aufgeführt sind,

¹¹ So etwa auch von Erich Schneider in seiner vehementen Verteidigung der Keynes'schen Theorie gegen die ordoliberalen Angriffe während der frühen Jahre der Bundes-

wurde in den zugehörigen Texten keineswegs auch immer darauf eingegangen.¹² Wie bemerkt, wäre es nicht sachgerecht, diese Verkennung der langfristigen historischen Sicht Keynes' in der Nachkriegsliteratur auf ideologische Ressentiments zurückzuführen; eher lässt sich - zumindest gilt das für angelsächsische Nachkriegsautoren - Unzugänglichkeit des Quellenstudiums dafür verantwortlich machen, was verständlich erscheint, weil Keynes' Gesammelte Werke erst von 1971 an herausgegeben wurden. Wenn jedoch schon in seinem Heimatland die Rezeption von Keynes' Werk um eine wichtige Komponente beschnitten wurde, so lässt sich dies den Kontinentaleuropäern um so weniger anlasten; durften sie doch die von angelsächsischen Keynesianern verfasste Sekundärliteratur als zuverlässigen Wegweiser zum Originalautor ansehen.

Für die Rezeption von Keynes' Stagnationsgedanken im deutschsprachigen Raum kann die bis heute häufig vertretene Sichtweise Erich Preisers (Preiser 1970/1951, 176), die er 1951 in einer Besprechung von Lawrence R. Kleins »The Keynesian Revolution« (1947) formulierte, als repräsentativ angesehen werden. Keynes habe, hält Preiser Klein entgegen, nicht nur eine »allgemeine« Theorie, sondern auch eine »spezielle« Theorie, nämlich eine Depressionstheorie i.S. einer »säkularen Stagnation« entwickelt. Dies sei jedoch unter dem Einfluss der »Großen Depression« geschehen und die Depressionstheorie reiche nicht darüber hinaus. Preiser mag mit der These der »Doppelgesichtigkeit« der Keynesschen Theorie, die er Kleins Darstellung kritisch entgegen hält, Recht haben, aber die Gleichsetzung der auf die 1930er Jahre bezogenen Depressionstheorie und Keynes' Stagnationstheorie, wie wir sie hier erörtern, verfehlt die historisch ausgreifende Vorhersagekraft der Keynesschen Theorie. Denn gegenüber der auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre bezogene Depressionstheorie - unterstellt Preisers Interpretation ist haltbar - bezieht Keynes seine »eigentliche« Stagnationstheorie auf die langfristigen historischen Veränderungen im Akkumulationsprozess und leitet aus den - zu Keynes' Lebzeit nur prognostisch konstatierbaren - künftigen Wohlstandsentwicklungen die nachfrageseitige

republik Deutschland (Schneider 1953, 115 und zum ordoliberalen Anti-Keynesianismus Ptak 2004; Walpen 2004).

¹² Beispielhaft sei verwiesen auf den Text von 1937 »Some Consequences of a Declining Population«, der stagnationstheoretische Überlegungen in den Mittelpunkt stellt. Bei Harris (Harris 1948, 686) und Harrod (Harrod 1951, 478) wird diese Quelle zwar aufgeführt, aber ohne inhaltliche Kenntnisnahme bzw. Interpretation. In dem von Harris 1948 herausgegebenen Sammelband findet sich jedoch ein Aufsatz von Allan Sweezy, der sich eingehender mit Keynes' Stagnationstheorem auseinandersetzt und es gegen Missverständnisse und unzulängliche Kritik verteidigt (Sweezy 1948). In der späteren Sekundärliteratur prominenter Autoren wird dieser Aufsatz nicht beachtet.

Begründung des Stagnationstheorems her, dessen Virulentwerden er gerade erst für spätere Jahrzehnte nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges konstatierte. Die Herleitung dieses Theorems aus der Theorie der effektiven Nachfrage verbindet es, wie bereits erwähnt, gerade mit dem Mark der Keynesschen Theorie. Ohne Theorie der effektiven Nachfrage gäbe es auch kein *Keynessches* Stagnationstheorem. Die Depressionstheorie im Sinn von Preisers Interpretation und das Stagnationstheorem zeigen insofern zwei Seiten derselben Medaille, als in beiden Fällen Nachfrageschwäche die entscheidende Ursache für Wachstumsverlust und Arbeitslosigkeit bildet. Jedoch ist es ein fundamentaler theoretischer und historischer Unterschied, ob Nachfragemangel in einer bereits eingetretenen schweren Depression wie in der 1930er Jahren als Hauptproblem betrachtet wird, und zwar unabhängig von den Ausgangsursachen der Depression, oder ob Nachfrageschwäche als *Folge* eines langfristigen friedenswirtschaftlichen Aufstiegsprozesses, also nicht als Mangel-, sondern als Überflusserscheinung eintritt.

Zu unterscheiden ist auch zwischen Keynes' Theorie des Unterbeschäftigungsgleichgewichts als eine jedem Laissez-faire-System eigene Normalerscheinung auf ganz verschiedenen Entwicklungsniveaus der Gesamtwirtschaft einerseits und andererseits der erst im Verlauf wirtschaftlichen Wachstums und ansteigenden Wohlstands eintretenden Wachstumsabschwächung, also der Stagnation als ein nur auf sehr weit fortgeschrittenem Niveau eintretender Zustand. Das »normale« Unterbeschäftigungsgleichgewicht der Laissez-faire-Wirtschaft kann mit Hilfe staatlicher Nachfragepolitik überwunden bzw. unterbunden werden. Hingegen wirkt bei einer Stagnation im Sinne Keynes' die bloß auf Nachfragestützung gerichtete Staatsinterventionen auf Dauer gerade nicht mehr. Vielmehr muss - so Keynes 1943 (JMK 27, 323) - auch das Arbeitsangebot reduziert werden, sodass Arbeitszeitverkürzung geboten ist. In der künftigen Keynes-Diskussion sollte klar zwischen jenen beiden Unterbeschäftigungszuständen unterschieden werden: einerseits das Unterbeschäftigungsgleichgewicht als Normalzustand *jeder* Laissez-faire-Ordnung, wobei eine Große Depression wie in den 1930er Jahren als extremer Sonderfall zu verstehen wäre; andererseits die erst auf dem *spezifischen* Entwicklungsniveau des »Goldenen Zeitalters« virulent werdende Stagnation mit stagnationsbedingter Arbeitslosigkeit. Je nach der Hauptursache des Nachfragemangels - gemessen am Nachfragevolumen bei Vollbeschäftigung - müssten die wirtschaftspolitischen Reaktionen verschieden konzipiert werden - kurzfristig im einen, langfristig im anderen Fall. In der Depression geht es um massive Nachfrageexpansion, um zum Vollbeschäftigungswachstum zurückzukehren; in der Stagnation wird hingegen allenfalls kurz- bis mittelfristig Nachfragepolitik noch in sinnvoller

Weise möglich sein, auf Dauer stehen hingegen Arbeitszeitverkürzungen im Vordergrund. Diese wirtschaftspolitische Differenzierung macht nur Sinn, weil Keynes klar zwischen kurzfristiger Depression und langfristiger Stagnation unterscheidet. Hätte Preiser die einschlägigen Originalquellen gekannt, so wäre er gehalten gewesen, Keynes gegen Klein in Schutz zu nehmen, nämlich bezüglich der (langfristigen) Konsumabhängigkeit der Investitionen.¹³ Denn gerade die Abschwächung der »definitiven« Nachfrage, d.h. des Konsums, liefert Keynes das zentrale Stagnationsargument. Für Preiser stellte die »definitive Nachfrage« ebenfalls ein Kernproblem der (In-)Stabilität kapitalistischer Marktwirtschaften dar, wie er bereits in seiner konjunkturtheoretischen Schrift 1933 ausführte (Preiser 1933). In einer späteren Veröffentlichung (Preiser 1970/1957, 46) weist Preiser dem Stagnationstheorem durchaus eine gewisse Relevanz für künftige Entwicklungen zu, schließt sich damit aus eigener Einschätzung der ihm unbekannten Argumentation Keynes' an und implizite wird damit auch die Behauptung, Keynes habe die lange Frist ausgeblendet, in der Sache revidiert.¹⁴ Preisers

¹³ »Aber zwischen Konsum und Investition als Bestandteilen der effektiven Nachfrage, d.h. der einkommen- und beschäftigungsschaffenden Größen, besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Die Konsumnachfrage ist definitiv, die Investitionsnachfrage nicht. Sie ist ihrerseits an den definitiven Konsum gebunden. Eine Anhäufung von Kapazitäten wäre sinnlos ... Aber dass das kapitalistische System ständig expandieren muss, um existieren zu können, ergibt sich zwingend. Keynes untersucht diese Frage nicht. In der Stagnationsthese klingt das Problem an, aber da diese historisch-beschreibenden Charakter hat, fehlt die Verbindung mit dem theoretischen System...« (Preiser 1970, 178). Preiser hat auch in späteren Veröffentlichungen diese unzutreffende Sichtweise nicht mehr korrigiert: » Keynes selbst hat sich nicht um die langfristige Entwicklung gekümmert, aber seine Anhänger haben eine Theorie aufgestellt, die als Stagnationstheorie bekannt geworden ist und gelegentlich treffend auch als Theorie der sinkenden Investitionschancen bezeichnet wird.« (Preiser 1960, 127). - Die vorstehenden Fehldeutungen durch Preiser verdeutlichen, wie bereits in der relativ frühen Keynes-Rezeption die Ausblendung seiner Langfristperspektive angelegt worden ist. Allerdings konzidiert Preiser trotz des Nachkriegsaufschwungs bereits 1960: »Alles in allem bleibt die Stagnation als Möglichkeit, als latente Gefahr.« (Preiser 1960, 128).

¹⁴ »Seit der Weltkrise und gerade unter dem Einfluss der Keynesschen Lehren hat der Staat die Sicherung der Vollbeschäftigung in die Hand genommen. Darüber hinaus trägt seine unablässige Rüstung dazu bei, der Wirtschaft Auftrieb zu geben, und schließlich ist er es, der bei Investitionen in unterentwickelten Ländern vorangeht, weil die politische Unsicherheit den privaten Investor abschreckt. Denken wir uns das alles weg, so ist die Frage berechtigt, ob die private Wirtschaft allein imstande wäre, Vollbeschäftigung zu garantieren. Daher ist zwar die These von einem naturnotwendigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems abzulehnen, aber für ein abschließendes Urteil bleibt festzuhalten, dass dieses System wirtschaftlich keineswegs stabil ist.« (Preiser 1970/1957, 47)

quasi eigenständig begründete Stagnationsbefürchtung darf wohl als späte Unterstürzung der Keynes'schen Stagnationsprognose gewertet werden.

Zu den theoretischen Konsequenzen der Stagnation und der systemischen Sprengkraft stagnationsbezogener Vollbeschäftigungspolitik

Die drei Phasen der von Keynes prognostizierten Nachkriegsentwicklung

Die deutsche Publikation des kurzen Keynes-Textes vom Mai 1943 zur längerfristigen Entwicklung der Beschäftigung nach Ende des Zweiten Weltkrieges (Reuter 2007; Zinn 1988) fand, wie vorstehend ausführlich dargelegt wurde, bisher nur geringe Resonanz. Nach wie vor bestimmt die falsche Vorstellung von der auf die kurze Frist beschränkten Sichtweise Keynes' das breitere Verständnis der Keynes'schen Theorie. Auch die gelegentlich vertretene Meinung, Keynes' Äußerungen zur langfristigen Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft seien nicht ganz ernst zu nehmende Randbemerkungen, vielmehr »lose Spekulationen und ... nicht Teil der Keynes'schen Theorie« (so Falkinger 1986, 75ff.),¹⁵ findet sich nach wie vor. Abgesehen von dem schon relativ früh, nämlich 1928 von Keynes formulierten Ausblick auf die künftigen Generationen (Keynes 1930, 221ff.), den Bemerkungen im letzten Kapitel der »Allgemeinen Theorie«, dem Stagnationsaufsatz von 1937 (Keynes, 1937) und eben der knappen, aber sehr klaren Langfristprognose von 1943 ist von der langfristigen Perspektive in den Kommentaren und Briefen Keynes' wiederkehrend die Rede,¹⁶ die sich auf die beschäftigungspolitischen Planungen für die Nachkriegszeit beziehen, die von der britischen Regierung in den Jahren 1943 bis 1945 betrieben wurden. Alle einschlägigen Bemerkungen liegen auf der Linie der Langfristprognose von 1943, und auch die beschäftigungspolitischen Empfehlungen für die zu erwartende Stagnationsphase, in der die Investitionen an Sättigungsgrenzen stoßen (»Saturation of investment«¹⁷), stehen im Einklang mit denen aus der grundlegenden Langfristprognose.

¹⁵ Falkinger hat in seiner sehr beachtenswerten Auseinandersetzung mit dem »Tabu-Thema« Sättigung die zeitlich nach der »Allgemeinen Theorie«, also nach 1936, verfassten Keynes-Texte zur Langfristperspektive und zum Stagnationsproblem nicht herangezogen, sodass die Bagatellisierung dieser Aspekte der Keynes'schen Theorie - eine Einschätzung, die Falkinger mit vielen prominenten Autoren teilt - eine gewisse Plausibilität für den Autor haben konnte.

¹⁶ Die einschlägigen Texte finden sich in Bd. 27 der *Collected Writings of JMK*. Siehe vor allem JMK 27, 268f., 276, 325f., 350, 356f., 359f., 385.

¹⁷ »And, if one is looking forward to a much longer period - 10 or 15 or 20 years - then, if it seemed that investment was becoming saturated, they would surely favour the Stimulation of consumption and the discouragement of saving, so as to make a steady

Die 1943 von Keynes erstellte Status quo-Prognose der Beschäftigungsentwicklung nach Ende des Zweiten Weltkrieges unterscheidet drei Phasen (JMK 27, 320ff.). Sie verlaufen als Prozess allmählichen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Investition bzw. als im Trend zunehmende Abweichung zwischen freiwilliger Ersparnis (S_f) und freiwilliger Investition (I_f) bezogen auf das Vollbeschäftigungsniveau als *endogener* Prozess des Wachstums. Im Zuge steigenden Einkommens gewinnt das fundamentale psychologische Gesetz (Brentano-Keynessches Gesetz; vgl. Zinn 1993) der steigenden Sparquote bzw. die relative Sättigung quantitativ an Gewicht, so dass schließlich die Ersparnisbildung auf Vollbeschäftigungsniveau nicht mehr durch die (freiwillige) Investition voll nachfragewirksam aufgenommen wird. Damit kommt es zur Kontraktion und entsprechenden Beschäftigungsverlusten. Die quantitative Wachstumsabschwächung führt also zu einem qualitativen Umschlag; die Vollbeschäftigungssituation endet, und es beginnt der Teufelskreis (steigender) Arbeitslosigkeit in dem Moment, in dem - in Keynes' Formulierung - die Ersparnis »räuberisch« (»predatory saving or exploitative saving«; JMK 29, 109) wird. Die drei Phasen lassen durch das jeweilige Verhältnis von freiwilliger Investition (I) und freiwilliger Ersparnis (S_f) auf dem - zunehmend gefährdeten, schließlich nicht mehr erreichten - Vollbeschäftigungsniveau kennzeichnen:

1. *Phase* ($I_f > S_f$): Inflationäre Übernachfrage im Zuge von Wiederaufbau, von Rekonversion zur Friedenswirtschaft, Deckung des Nachholbedarfs. Es sei mit einem raschen Beschäftigungsanstieg zu rechnen, und die Politik habe sich vordringlich der Wahrung der Preisniveaustabilität zu widmen. Förderung der Ersparnisbildung sei vordringlich. Diese für Wachstum und Beschäftigung optimistische Sicht Keynes' stand im Gegensatz zu den pessimistischen, zeitgenössischen Befürchtungen, es könnte nach Kriegsende - wie nach 1918 - zu einer mehr oder weniger langen depressiven Schwäche kommen (Lekachman 1975, 160ff.; Hobsbawm, 1998, 296).

2. *Phase* ($I_f = S_f$): Die freiwillige Investition absorbiert auf Vollbeschäftigungsniveau die Ersparnis, aber der von einer Übernachfrage ausgehende Inflationsdruck schwindet. Es handelt sich um einen Vollbeschäftigungszustand, wie er annähernd den Vorstellungen der Gleichgewichtstheoretiker entspricht. Konjunkturelle Schwankungen, die leichteres Ausmaß aufwiesen, ließen sich mit antizyklischer Fiskalpolitik (also kurzfristigen Maßnahmen) glätten. Variationen der öffentlichen Investitionen zieht Keynes hierfür aus praktischen Überlegungen (leichtere Implementation; zuverlässigere

volume of investment at a gradually lower level compatible with stability of incomes.« (JMK 27, 359)

Wirkung; kürzere time lags) bei weitem der direkten Beeinflussung des privaten Konsums bzw. der Sparquote vor (vgl. u. a. JMK 27, 326).

3. *Phase* ($I_f < S_r$): Die Investitionstätigkeit fällt unter die Vollbeschäftigungersparnis, sodass die Beschäftigungsschwelle unterschritten wird. Hohe Ersparnis einerseits und (abnehmende) Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals andererseits genügen nicht mehr den Vollbeschäftigungsbedingungen. Es kommt zur *stagnationsbedingten* Dauerarbeitslosigkeit. Keynes konzentrierte sein Augenmerk stets auf das Verhältnis von Ersparnis und Investition. Selbstverständlich war ihm der durch den Akzelerator beschriebene Zusammenhang von Nachfrage und Investitionsneigung klar, sodass auch die Sequenz »steigende Sparneigung = sinkende Konsumquote, abnehmende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, Reduktion der Investitionen bzw. der Nettoinvestitionsquote«, der Argumentation zu Grunde liegt. Das Sättigungsgesetz von H. H. Gossen, der von Keynes nur einmal kurz als Vorläufer W.S. Jevons (JMK 10, 131, 135) namentlich erwähnt wird, spielt in Keynes' Stagnationsargumentation aber allenfalls eine nachrangige Rolle im Verhältnis zum fundamentalen psychologischen Gesetz (Brentano-Keynesches Gesetz) - anders als etwa in Jean Fourasties Stagnationsbegründung (Fourastie 1954). Erwähnt wird der abnehmende Grenznutzen des Konsums nur ein einziges Mal - in einer Vorarbeit zur »Allgemeinen Theorie« (JMK 29, 153). Selbstverständlich war sich Keynes stets bewusst, dass Investitionen letztlich der (künftigen) Konsumnachfrage dienen müssen/sollen und somit Sparen und Investieren im Kontext der Konsumneigung zu sehen ist. Doch ob die Stagnation primär von der Ersparnis-Investitions-Divergenz oder von der sättigungsgesetzlichen Absenkung der Konsumneigung, also dem sinkenden Grenznutzen des Konsums, her begründet wird, läuft auf das Gleiche hinaus: Das Wachstum sinkt unter die Beschäftigungsschwelle, und die Akkumulation geht zurück. Keynes hielt es sogar für möglich, dass die Akkumulation ganz zum Stillstand kommt, weil und sofern die aus der Abschreibung finanzierte Ersatzinvestition ausreicht, um den Erneuerungsbedarf beim Sachkapital zu decken und den technischen Fortschritt durch Innovationen aufrecht zu erhalten.¹⁸

Ist Kapitalismus ohne Akkumulation überlebensfähig?

Ist Kapitalismus ohne Akkumulation auf mittlere bis längere Sicht existenzfähig, kann es also einen »Feudalkapitalismus« geben, oder wird er infolge der Stagnation aus seiner Bahn gedrängt? Kreislauftheoretisch be-

¹⁸ »Eventually depreciation funds should be almost sufficient to provide all the gross investment that is required.« (JMK 27, 323)

trachtet hängt die Profitmasse von den Ausgaben der Empfänger der Gewinne und sonstigen Besitzeinkommen ab, also von der Akkumulation und dem Konsum der Kapitaleinkommensbezieher, soweit nicht noch kreditfinanzierte Staatsausgaben und ein Exportüberschuss hinzu kommen. Dieser kreislauftheoretische Zusammenhang ist spätestens seit Marx' Analyse des Realisierungsproblems bekannt,¹⁹ und Keynes fand dafür die Metapher vom unerschöpflichen »Krug der Witwe« (»widow's cruse«; JMK 5, 125; JMK 13, 339ff.) - oder in Kaldors bekannter Formulierung: »Die Arbeiter geben aus, was sie verdienen, und die Unternehmer verdienen, was sie ausgeben«. Geben die Letztgenannten nun bei sinkender Akkumulation weniger aus, verdienen sie auch weniger. Stagnation - »Saturation of investment« - lässt somit die Gewinne sinken. Wenn ein »richtiger« Kapitalismus ohne Akkumulation nicht überlebensfähig ist, führt Stagnation zu irgendeinem postkapitalistischen Zustand. Wir kommen darauf zurück.

Der kreislauftheoretische Sachverhalt, dass Gewinne vor allem von den Ausgaben der Kapitaleigner als Klasse selbst, dann noch von den kreditfinanzierten Staatsausgaben und dem Leistungsbilanzüberschuss abhängen, scheint nicht nur bei Wirtschaftspolitikern unbekannt geblieben zu sein. Auch eine Vielzahl von Wirtschaftsexperten kann das aus ihrer mikroökonomischen Froschperspektive nicht erkennen. Es ist eine falsche Vorstellung, dass *erst* die Gewinne steigen müssten, *ehe* mehr investiert werden kann. Die Sache ist eben verzwickter: Ohne *höhere* Investitionen gibt es keine dauerhaften Gewinnsteigerungen; es sei denn, die kreditfinanzierten Staatsausgaben werden erhöht und/oder der Exportüberschuss nimmt zu (vgl. auch Preisers »heteronome« Ersparnis; Preiser 1933).²⁰ Allerdings kann für eine gewisse Zeit - wie das gegenwärtig der Fall ist - durch Umverteilung von unten nach oben, also das Auspressen der Arbeitnehmer zwecks Erhöhung des absoluten Mehrwerts, die angeeignete (hingegen nicht die produzierte) Mehrwertmasse gesteigert werden.

¹⁹ Joan Ro

in der Krisentheorie erkennen zu können. »Was die Krisentheorie betrifft, so scheint mir, dass Marx das meiste von dem, was einmal die Theorie von Keynes ausmachen sollte, gesehen hatte, nur sah er es nie völlig deutlich, weil er den Unterschied zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Effekten der Investition nicht in den Griff bekam« (Robinson 1968d, 73).

²⁰ Zeitweilig - wie gegenwärtig der Fall - kann durch Umverteilung von unten nach oben, also eine Zunahme der Mehrwertrate, die Kapitalrendite stabilisiert oder gar noch gesteigert werden, aber diese Situation geht mit Kapitalvernichtung bei den fallierenden Unternehmen einher, sodass die Gewinnmasse u.U. sinkt, sich eben nur auf weniger Unternehmen verteilt.

Investitionen werden nicht wegen hoher Gewinne gestern und heute vorgenommen, sondern wegen *erwarteter* Gewinne. Gewinnerwartungen hängen aber - außer im Fall von Irrtum, Täuschung, pathologisch übersteigertem Spekulationsoptimismus - von der künftigen definitiven Nachfrage ab, die von den Investoren auch nicht gewusst, sondern nur prognostisch eingeschätzt werden kann. Nur wenn sich die Gewinn- bzw. die Absatzerwartungen als zuverlässig erweisen, kommt es zu einer stabilen Aufwärtsbewegung.²¹

*Leerstellen in der Politischen Ökonomie von Keynes
und historische Optionen*

Keynes hat sich zu der historisch weitreichenden Konsequenz seines Stagnationstheorems nicht geäußert, aber es stehen verschiedene, miteinander kombinierbare Optionen offen, die kurz skizziert seien:

1. Die internationale Expansion des Kapitals, wie sie früher ausführlich von den Imperialismustheorien beschrieben wurde und gegenwärtig im Rahmen der Globalisierung in einem historisch beispiellosen Umfang stattfindet, eröffnet temporär Anlagemöglichkeiten in Ländern, die bisher nicht bzw. nur unvollständig kapitalistisch erschlossen waren. Das Ende ist zwar absehbar, aber der Zeitraum kann in Generationen bemessen werden. Spekulative Fehlinvestitionen und Überproduktion sind zwar mit dieser globalen Expansion in gleicher Weise verbunden, wie das früher im nationalen Rahmen geschah, aber die meisten transnationalen Konzerne können aufgrund ihrer Gewinne jene Verluste verkraften, zumal es nicht selten zur »Sozialisierung« von Verlusten kommt. Die jüngsten Beispiele für Staatshilfen, die in dreistelligen Milliardenbeträgen von US-Dollar bzw. Euro an fallierende »Spekulationsbanken« fließen, sind wohl noch in frischer Erinnerung. Den »Globalisierungseffekt« des Kapitalismus als zeitweiligen Ausweg aus der Verwertungskrise des Kapitals hatte Keynes weder bei seinen stagnationstheoretischen Überlegungen noch in seiner Vorhersage zur allmählichen Euthanasie des Rentiers (JMK 27, 214) berücksichtigt. Er hätte sonst vorsichtiger sein müssen, als er vom absehbaren Eldorado sprach.
2. Der Rückfall in eine quasi feudalistische Gesellschaftsformation, in der die Sicherung der Besitzeinkommen bzw. Verzögerung ihres Absin-

²¹ »In a given situation output and employment cannot increase unless entrepreneurs anticipate an increased effective demand and prepare to meet it. A false expectation will obviously improve matters for a short time, and indeed go a short way to justify itself. Nevertheless, unless the expectation is in fact soundly based, it will soon be revised.« (JMK 13, 457)

kens durch Umverteilung von unten nach oben stattfindet, also verstärkt eine absolute Mehrwertsteigerung erzwungen wird. Die sozialökonomische Spaltung der Gesellschaft spitzt sich zu. Die höheren Einkommensschichten werden in die Lage versetzt, sich vermehrt schlecht bezahlte Dienstleistungen zu kaufen; eine Entwicklung, die in den USA seit langem abläuft (Ehrenreich 2001), aber auch in den europäischen Ländern verstärkt Platz greift, - was durchaus vorhersehbar war (Zinn 1978,79ff.). Der Weg zurück in eine neofeudalistische »Domestikenwirtschaft« wurde längst gebahnt und führt von einer humanen Wohlstandsverteilung weiter fort.²² Der Konzentrationsprozess verschiebt nicht nur die Machtrelationen zulasten der demokratischen Verfassungswirklichkeit, sondern untergräbt auch die ökonomische Position des Mittelstandes - durch dessen wachsende Abhängigkeit von den transnationalen Konzernen und der schwindenden Massenkaufkraft. Auch gegenüber diesem Problem der Aushebelung der Demokratie durch wirtschaftliche Machtballung war Keynes blind.

3. Eskalation der Krise mit massiv steigenden Arbeitslosenzahlen und allen ihren Folgen für die Stabilität der Gesellschaft. Es ist äußerst plausibel, dass irgendwann eine kritische Schwelle überschritten wird, die eine politisch bewirkte Veränderung provoziert. Auch dann bleiben verschiedene Optionen (vgl. auch die Szenarien bei Radermacher, 2005 183ff.).
 - a) Reformpolitik entlang der Keynesschen Projektion zur Vereinbarung von geringem/ausbleibendem Wachstum und Vollbeschäftigung bei weiter ansteigendem Wohlstand durch längere Freizeit und - über Keynes Projektion hinaus - eine Neuausrichtung der (Wirtschafts-) Politik auf eine ökosoziale Marktwirtschaft, also Wachstum nicht (mehr) zulasten,

²² »Was heißt es eigentlich in Relation zu anderen, dass jemand überdurchschnittlich viel verdient? Das bedeutet praktisch, dass er überdurchschnittlich viele Güter und Dienstleistungen anderer Menschen von möglicherweise überdurchschnittlicher Qualität erwerben kann. Gut zu verdienen heißt also vor allem auch, viele Verfügungsmöglichkeiten über die begrenzte Zeit anderer zu besitzen. In diesem Sinn reflektieren der soziale Aufbau und der unter Umständen politisch herbeigeführte Ausgleich in einer Gesellschaft einerseits Wertschöpfungsmöglichkeiten und andererseits relative Trade-Offs von Zeitverfügbarkeiten. Noch genauer: Wird über Umverteilung oder andere Mechanismen für eine hohe Equity gesorgt, so heißt das auch, dass es relativ wenig personennahe Dienstleistungen geben kann, weil nur wenige Menschen in der Lage sind, erheblich viel Zeit anderer Menschen, besonders jener, die auf hohem Qualitätsniveau operieren, zu bezahlen.« (Radermacher 2005,84f.) - Die begrenzte Lebenszeit der Menschen als fundamentalste Messgröße für Verteilungsverhältnisse zu benutzen, erscheint zwar ungewohnt, stellt jedoch den (einzig) adäquaten Ansatz dar, um den Normen der Menschenrechte verteilungstheoretisch zu genügen (vgl. auch Zinn 1970),

sondern zugunsten der Umwelt.²³ Es dürfte nicht schwer fallen, Keynes' Plädoyer für »vernünftigen Konsum« (»wise consumption«; JMK 27, 323) nicht zuletzt durch einen ökologischen Inhalt zu konkretisieren und mit den Vorstellungen der »Glücksökonom« (Layard, 2008) in Einklang zu sehen. *Keynes' Projektion einer Vollbeschäftigungswirtschaft ohne Wachstum* birgt Konsequenzen, die zumindest intuitiv von den Keynes-Gegnern durchaus zutreffend als systemsprengend wahrgenommen werden. Geboten sind eine den jeweiligen (historischen) Umständen angemessene Kombination aus Investitionsförderung, insbesondere im öffentlichen bzw. staatlichen Sektor, und Demotivierung der Ersparnisbildung, die Ausweitung »vernünftigen« Konsums und kürzere Arbeitszeiten. Besondere Bedeutung gab Keynes der langfristigen Investitionsplanung (»capital budget«), unter der er die Vorkoordination von (freiwilliger) Investition und (erwarteter) Ersparnis auf der Grundlage der Ex ante-Analyse (Nationalbudget) von Sparen und Investieren verstand (Heise 1993). Keynes zielte also auf ein Nationalbudget. Explizit spricht er sich - in einer Kritik an Hayeks ökonomischen Vorstellungen - für Planung im Rahmen eines ordnungspolitischen »Mittelwegs« (»middle way of economic life«) aus.²⁴ Planung i.S. von Keynes meint nicht eine Plan- bzw. Verwaltungswirtschaft sowjetischen Typs oder kriegswirtschaftliche Totalplanung, sondern gleicht eher der indikativen Planung der früheren Planifizierung Frankreichs. Kurzfristige, konjunkturbedingte Aktivitätsschwankungen sollen im Voraus gerade durch die Stabilisierung des Vollbeschäftigungsgleichgewichts von Investition und Ersparnis möglichst vermieden werden. Soweit dennoch zyklische Bewegungen verbleiben, genüge die antizyklische Fiskalpolitik zur Stabilisierung. Gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung erfordert eine Art Investitionslenkung, greift somit ein in die privatkapitalistische

²³ Hierzu ausführlich: Radermacher 2005 und 2004.

²⁴ »I should guess that according to my ideas you greatly under-estimate the practicability of the middle course. But as soon as you admit that the extreme is not possible, and that a line has to be drawn, you are, on your own argument, done for, since you are trying to persuade us that so soon as one moves an inch in the planned direction you are necessarily launched on the slippery path which will lead you in due course over the precipice. I should therefore conclude your theme rather differently. I should say that what we want is not no planning, or even less planning, indeed I should say that we almost certainly want more. But the planning should take place in a Community in which as many people as possible, both leaders and followers, wholly share your own moral position. Moderate planning will be safe if those carrying it out are rightly orientated in their own minds and hearts to the moral issue.« (JMK 27, 386f.) Vgl. auch Lambert 1983, 354f.

Verfügungsgewalt über den Produktionsmitteleinsatz. Der von Keynes anvisierte hohe, steigende Anteil öffentlicher Investitionen an den gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen erfordert zudem eine entsprechend hohe (tendenziell steigende) Steuerquote. Generell soll dieser Interventionismus Zielen des Gemeinwohls dienen (etwa i.S. der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie es in Art. 14, Abs. II des deutschen Grundgesetzes postuliert wird), also keineswegs nur eine Stütze der Kapitalverwertung sein. Im Zusammenhang mit der Stagnationsprognose äußert sich Keynes nicht zu dem Problem, dass die nationale Beschäftigungspolitik durch den liberalisierten Außenwirtschaftsverkehr unterlaufen werden kann. Jedoch lässt sich aus der neomerkantilistischen Grundhaltung Keynes' schließen, dass er im Konfliktfall auch die protektionistische Absicherung der binnenwirtschaftlichen Beschäftigungspolitik für legitim hielte. Dies liefert den Keynes-Gegnern ein weiteres Motiv für ihre Kritik an keynesianischen Rezepten.

b) Übergang von repressiver, polizeistaatlicher Überwachungsdemokratie zu faschistischen Strukturen; dass durch den Terrorismus und die von ihm provozierten Gegenmaßnahmen eine solche Entwicklung begünstigt werden dürfte, ist immer wieder warnend thematisiert worden.

c) Eine Revolution, deren Richtung und Ausgang nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zu urteilen, in eine historische Sackgasse münden kann - nicht muss.

Die beiden ersten historischen Möglichkeiten, Globalisierung und neofeudalistische Erscheinungen, gehören zum gegenwärtigen Kapitalismus. Die Massenarbeitslosigkeit begünstigte eine starke Machtverschiebung zwischen Kapital und Arbeit. Begleitet ist diese Rückverlagerung von Macht auf die Kapitaleseite von ihrem verstärkten Zugriff auf die politischen Institutionen - Regierungen und Gesetzgebung. Auf den globalisierten Märkten wird der frühere Wachstumswettbewerb mehr und mehr durch Verdrängungswettbewerb abgelöst - eine für Überakkumulation und fehlende Massenkaufkraft charakteristische Konstellation. Die zunehmende Konzentration und Zentralisierung des Kapitals sind quasi gesetzmäßige Folgen. Von den unter der dritten Option genannten Möglichkeiten sind unterschiedliche Tendenzen sichtbar. Es gibt Länder mit demokratischer Verfassung, wo Repression zunimmt (USA), aber auch Reformländer (die skandinavischen sind an erster Stelle zu nennen), die der Krise mit quasi Keynes'scher Wohlstandspolitik begegneten.²⁵

²⁵ Vgl. den Aufsatz »Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten?« in diesem Band.

Fazit

Keynes nahm in seiner Langfristprognose von 1943 die tatsächliche Entwicklung der Nachkriegszeit im Großen und Ganzen zutreffend vorweg. Die Stagnation trat Mitte der 1970er Jahre ein, wird aber bis heute nicht in ihrer von Keynes analysierten »Gesetzmäßigkeit« begriffen, geschweige denn, dass Keynes' Projektion für den Stagnationszustand anerkannt oder auch nur bekannt würde. Doch das ist wohl gar nicht so verwunderlich, wie Eric Hobsbawm bemerkt hat: »Wie so oft bei der Zukunft, die in der Vergangenheit vorhergesagt wurde, kann es sein, dass wir sie nicht erkennen, wenn sie schließlich da ist, nicht weil die Prognosen falsch gewesen wären, sondern weil wir den Fehler gemacht haben, uns die interessante Fremde, deren Ankunft man uns angekündigt hatte, mit einem bestimmten Gesicht und einer bestimmten Kleidung vorzustellen (Hobsbawm, 1998, 80).

Keynes überschaute jedoch - wohl wegen seiner politökonomischen »Naivität« - nicht die internationalen Expansionsmöglichkeiten des Kapitals und die durch fortschreitende Konzentration sowie Transnationalisierung der großen Unternehmen fundamentalen Machtverschiebungen - zulasten der arbeitenden Menschen und der Demokratie. Keynes trat für eine »andere« Wirtschaft ein, die so weit vom (heutigen) Kapitalismus entfernt wäre, dass dieser Begriff auf jene wohl nicht mehr sinnvoll anwendbar wäre. Gerade dieser Sachverhalt bestimmt den Anti-Keynesianismus der wirtschaftlichen Machtelite, die zumindest intuitiv durchaus zutreffend wahrnimmt, dass eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik à la Keynes ihren Interessen langfristig zuwider läuft (wie Kalecki 1943 richtig erkannt hatte; Kalecki 1974). So ist es nur konsequent, wenn die Wirtschaftsmächtigen ihre finanzielle und politische Stärke benutzten, um Medien, Politik, Öffentlichkeit und möglichst große Bereiche der (Wirtschafts-)Wissenschaft auf die Linie ihrer - der herrschenden - Ideologie zu bringen. Keynes' »Eldorado« beschreibt eine mögliche Option, aber andere Optionen sind angesichts der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit auf absehbare Zukunft wahrscheinlicher.

2. Keynes als Alternative(r)?

»Denn unser ökonomisches System gestattet uns tatsächlich nicht, den höchsten Stand ökonomischer Wohlfahrt zu erreichen, der durch den Fortschritt unserer Technik ermöglicht wird, sondern bleibt weit dahinter zurück und lässt in uns das Empfinden aufkommen, dass wir den Ertrag besser hätten verwenden können.«

*John Maynard Keynes: Nationale Selbstgenügsamkeit (1933).
In: Mattfeld 1985, 152-161, hier: 159.*

Weder links noch rechts - oder sowohl als auch: Keynes war ein Anti-Dogmatiker par excellence

Inwiefern ist Keynes bzw. die Keynesische Theorie als Alternative zu anderen wirtschaftspolitischen und theoretischen Position zu verstehen? Zeitdiagnostisch liegt es auf der Hand, dass es um eine Alternative zum (Neo-) Liberalismus geht. Doch Keynes kann auch als Alternative zur Marxschen Kapitalismusanalyse gelten, und in diesem Sinn wurde der Keynesianismus zumindest in der Vergangenheit von marxistischen Positionen aus heftig kritisiert. Der Hauptvorwurf lief darauf hinaus, dass Keynesische Beschäftigungspolitik die Krise des Kapitalismus in einem Maße abschwächte, dass der Zusammenbruch des Systems wenn nicht abgewehrt, so doch erheblich verzögert würde. Immerhin steckte in dieser Kritik das Zugeständnis an Keynes, dass seine therapeutischen Mittel für den angeblich todkranken Kapitalismus wirken. Seinerseits nahm Keynes gegenüber dem Marxismus kein Blatt vor den Mund. Seine negative Einschätzung des Marxismus mag auch auf Vorurteil begründet gewesen sein, denn er hat sich nie zu einer eingehenden Marx-Lektüre verstanden, aber Keynes' Marx-Aversion sollte nicht als eine prinzipiell antisozialistische Haltung missdeutet werden, wie noch näher begründet wird.

Die linke Kritik an Keynes als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« ist heute kaum noch relevant. Umso heftiger wird der Keynesianismus von rechts, d.h. von wirtschaftsliberalistischen Positionen aus, bekämpft, und dem originären Keynesianismus wird vorgeworfen, auf dem Weg massiven Staatsinterventionismus dem Sozialismus das Einfallstor zu öffnen, ja für manche Keynes-Kritiker gehört Keynes ohnehin ins sozialistische Lager. Jedenfalls richtete sich die neoliberalistische Gegenrevolution, die an der Universität Chicago seit den 1950er Jahren von Milton Friedman vorbereitet wurde und deren ideelle Fundierung Friedrich August von Hayek und »seine« Mont Pelerin Society lieferten (Walpen 2004) gegen Keynes und

die »gemischte Wirtschaftsordnung« (mixed economy) - und nicht gegen irgendwelche marxistischen Schulen (Klein 2007, 80ff.). Mit Berufung auf die klassischen Ökonomen meinte L. Albert Hahn, einer der zentralen Autoren des frühen Neoliberalismus, Keynes nicht nur vorwerfen zu dürfen, er folge illusionären Ideen, sondern Keynes' Ideen seien insgesamt eine »Wirtschaftstheorie der Illusion« (Hahn 1949). Immer wieder wurde dem Keynesianismus bis heute vorgehalten, beschäftigungspolitisch allenfalls ein kurzes Strohfeuer zu entzünden, aber damit eine dauerhafte Inflationierung zu provozieren, an deren Ende der Zusammenbruch der Währung stünde. Es war Milton Friedman, der die »langfristige« Phillipskurve erfand, um mit dieser Fiktion die empirisch zweifelsfrei bestätigte Gegenläufigkeit von Inflation und Arbeitslosenquote zu attackieren. Dieser als Phillips-Kurve bekannte trade-off hatte den Bundeskanzler Helmut Schmidt zu der dann viel gescholtenen Äußerung bewogen, dass ihn 5% Inflation weniger schmerzten als 5% Arbeitslosigkeit. Eingedenk der historischen Inflationsschrecken des deutschen Volkes verfängt der Inflationsvorwurf an die Adresse Keynes' in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Er dient als Allzweckwaffe der wirtschaftsliberalistischen Anti-Interventionisten und wurde schon während der Großen Depression der 1930er Jahre gegen staatliche Nachfragepolitik mobilisiert (Zinn 2006e, 205ff.). Der übermächtige Einfluss der Deutschen Bundesbank bei der Konstruktion der Europäischen Zentralbank führte zu der auf die Stabilisierung des Preisniveaus beschränkten Aufgabenstellung des jeglicher demokratischer Kontrolle entzogenen Instituts, was sich immer wieder in einer zentralbankpolitischen Schieflage zulasten von Beschäftigung und Wachstum niederschlug.

Beim Thema »Keynes als Alternative(r)« kommt selbstverständlich zuerst die landläufig als »Keynesianismus« bekannte, vom Neoliberalismus vehement bekämpfte, antizyklische Defizitpolitik ins Bewusstsein. Doch dies ist eine bei weitem zu enge Sicht. Denn gerade für die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitalismus haben jene Überlegungen von Keynes vorrangige Bedeutung, die im Kontext seiner Langfristprognose zu sinkenden Wachstumsraten und zum Übergang in eine Stagnation entwickelt wurden; Überlegungen, die auch heute noch wenig bekannt sind, wie im ersten Aufsatz dieses Sammelbandes ausführlicher dargelegt wird. In ersten Andeutungen und Spuren lässt sich Keynes Perspektive der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus bereits in frühen Schriften aus den 1920er Jahren erkennen. Keynes als »Alternative« zum heutigen Mainstream vorzustellen, sollte sich daher nicht auf die Wiedergabe der einschlägigen Arbeiten des Keynes der »General Theory and after« beschränken. Im Folgenden wird daher auch auf die relativ frühe Kritik Keynes' am orthodoxen

Wirtschaftsliberalismus verwiesen und daran gezeigt, dass Keynes in seiner Grundeinstellung, und zwar sowohl als Theoretiker als auch als »Moralphilosoph«, schon lange vor dem, was dann später die »Keynessche Revolution« genannt wurde, zu den »progressiven« Denkern der Politischen Ökonomie gehörte.

Keynes' frühe Kritik an der Orthodoxie

Die neoliberale Keynes-Kritik ist so alt wie der Neoliberalismus.²⁶ Seine Ursprünge sind auf den Anfang der 1930er Jahre zu datieren. Der Neoliberalismus entstand als Reaktion auf den katastrophalen Ansehensverlust des Wirtschaftsliberalismus infolge der Großen Depression (Ptak 2004; Walpen 2004), und die damaligen Keynes-Gegner haben die bis heute gegen Keynes geltend gemachten Einwände in wesentlichen Punkten bereits vorweg genommen. Die frühen Angriffe des orthodoxen Wirtschaftsliberalismus gegen Keynes konnten nicht überraschen, denn Keynes hatte sich bereits in den 1920er Jahren, also vor dem weltwirtschaftlichen Zusammenbruch 1929, äußerst kritisch gegen die wirtschaftsliberalistischen Politikkonzepte, d.h. gegen die Laissez-faire-Einstellung, gewandt. Unter anderem umriss Keynes in dem 1926 veröffentlichten Aufsatz »Das Ende des Laissez-faire« (Keynes 1926a) die Vulgarisierung des staatsphilosophischen Individualismus des 17. Jahrhunderts zur »Religion der NationalökonomInnen!« des 19. Jahrhunderts (Keynes 1936, 104): »Das Dogma (der harmonischen Wirkung des Laissez-faire-Systems; KGZ) hatte den Erziehungsapparat erobert; es war zu einer Fibelweisheit geworden« (ebenda). Für Keynes stellte das Laissez-faire-Dogma nur noch einen naiven Kinderglauben mit bösen sozialökonomischen Folgen dar:

»Diese Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultats im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zufolge besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugrasen, und der beste Weg dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zulässt, dass die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit kürzeren Hälsen aushungern« (Keynes 1926a, zitiert nach Mattfeldt 1985, 106).

Der quasi-religiöse Glaube an die harmonische Heilswirkung des Laissez-faire ist Metaphysik - keine Wissenschaft. Wer, wie Keynes, dagegen argumentiert und dies auch noch im polemischen Tonfall zu tun wagt, gehört als Ketzer auf den Scheiterhaufen. Heute werden die Kritiker der hei-

²⁶ Vgl. zusammenfassend und repräsentativ für die neoliberale Keynes-Kritik Hahn 1949.

lig gehaltenen Orthodoxie in den demokratischen Staaten zwar nicht mehr verbrannt, aber ihre Lehre zu verketzern und ihnen den Weg auf einen Lehrstuhl fast unmöglich zu machen, ist durchaus gang und gäbe (Heise 2007). Keynes war sich bewusst, dass er sich mit seinem vor mehr als acht Jahrzehnten publizierten Text »in die Höhle des schlafenden Ungeheuers gewagt« hatte (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 110). Das heute wieder spukende »Ungeheuer«, die orthodoxe Wirtschaftslehre des Kapitalismus, verübelt dem respektlosen »Linksabweichler« Keynes seine souveräne Kritik an der neoliberalen Metaphysik umso mehr, als ihm die Geschichte immer wieder Recht gegeben hat. Es ist jedoch naiv zu meinen, der gegenwärtige »Erfolg« der neoliberalistischen Lehre verdanke sich auch nur vorwiegend ihrer wissenschaftlichen Überzeugungskraft oder gar empirischer Bestätigung ihrer Heilsversprechen. Ökonomische Theorien sind das Material, aus dem Ideologien gezimmert werden, und Ideologien sind an Interessen gebundene Weltdeutungen. Je nach Interessenlage der Machträger wird die passende Ideologie selektiert. Wer über die Macht verfügt, und das heißt heute vor allem über die finanziellen Mittel, dominiert nicht nur die Massenmedien, sondern kanalisiert auf subtilere Weise auch das Denken und das Bewusstsein - nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch weiter Teile der käuflichen Intelligenz. Die Funktion von Krisen, die von der orthodoxen Ökonomik schon immer als »Reinigungsprozesse« und »schöpferische Zerstörung« (J.A. Schumpeter) beschönigt wurden, bedarf einer revidierten Interpretation: Die Krisen sind zwar zutreffend als zwangsläufige Folge der kapitalistischen Entwicklung zu erklären, aber die Krise bereitet nicht den Weg in den Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern schafft die Voraussetzungen, um Volkswirtschaft, Gesellschaft und Staat in den neuen, privatkapitalistischen Feudalismus zu transformieren.²⁷ Die Keynesische Konzeption eines sozialpolitisch gezügelten Kapitalismus hatte sich bewährt, und gerade gegen die daraus erwachsene historische Überzeugungskraft musste der Neoliberalismus - genauer: die hinter ihm stehenden Kapitalinteressen - alle legalen und illegalen Mittel einsetzen, um die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Ost-West-Konflikt katalysierte wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsrichtung abubrechen. Der Keynesianismus instrumentalisiert den Kapitalismus zugunsten sozialstaatlicher Verhältnisse, zugunsten der Vollbeschäftigung und verschafft damit den arbeitenden Menschen und ihren Organisationen Verhandlungsstärke und Durchsetzungsmacht für ihre Belange. Eine ungebrochene Fortsetzung dieser Entwicklung hätte durchaus Voraussetzungen für eine allmähliche Ablösung des Kapitalis-

²⁷ Vgl. hierzu u.a. die materialreiche Darstellung von Klein 2007.

mus durch eine nachkapitalistische Gesellschaftsformation schaffen können. Es überrascht deshalb nicht, dass der neue Kapitalismus der transnationalen Konzerne und der Finanzagenten jenem Prozess einer sukzessiven Überwindung kapitalistischer Verhältnisse durch keynesianisch inspirierte Sozialstaatlichkeit entgegentrat und dem Sozialstaat sowie dem Keynesianismus den Krieg erklärte.

Keynes' liberaler Sozialismus

Hier kann nicht ausführlicher auf den für das kritische Denken von Keynes so aufschlussreichen Text zum »Ende des Laissez-faire« von 1926 eingegangen werden, aber er signalisierte bereits die spätere Fundamentalkritik an der wirtschaftsliberalen Orthodoxie und ihrer wissenschaftlichen Unaufrichtigkeit beim Umgang mit den realen Produktionsverhältnissen. Die ideologische Meinung überlagert die wissenschaftliche Einsicht. Keynes bemerkte hierzu:

»Überdies sind viele von ihnen (den orthodoxen Nationalökonomern; KGZ), auch wenn sie einsehen, dass ihre vereinfachte Hypothese den Tatsachen nicht genau entspricht, der Meinung, sie stelle jedenfalls den »natürlichen« und darum idealen Zustand dar. Sie betrachten die vereinfachte Hypothese als das Gesunde und die weiteren Komplikationen als Krankheitserscheinungen« (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 107).

Wie erwähnt, kann Keynes nicht als Anti-Sozialist charakterisiert werden. Vielmehr zeigen seine Wertvorstellungen - etwa in Verteilungsfragen, in Bezug auf staatliche Beschäftigungssicherung, bezüglich der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch »halb-autonome Körperschaften im Rahmen des Staates, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln« (ebenda, 113) - hohe Affinität zu sozialistischen Vorstellungen im weiten Sinn:

»Ich tadele den doktrinären Staatssozialismus nicht deshalb, weil er die altruistischen Triebe des Menschen in den Dienst der Gesellschaft stellen will, oder weil er sich von dem laissez-faire abwendet, oder weil er dem Menschen die Freiheit nimmt, eine Million zu verdienen, oder weil er den Mut zu kühnen Experimenten aufbringt. Alle diese Dinge kann ich nur gutheißen. Ich tadele ihn, weil er die Bedeutung der aktuellen Ereignisse verkennt, weil er in Wirklichkeit nicht viel mehr ist als das verstaubte Überbleibsel eines Plans, der auf die Lösung der Probleme vor fünfzig Jahren zugeschnitten war, und sich auf einem Missverständnis dessen aufbaut, was jemand vor hundert Jahren gesagt hatte« (ebenda).

Man mag das als Bekenntnis zu sozialistischen Wertvorstellungen interpretieren oder auch nur als die Position eines toleranten Sozialliberalen; in

jedem Fall zeigt sich, dass Keynes schon in frühen Jahren, noch ehe er als *der* Nationalökonom des 20. Jahrhunderts anerkannt wurde, von der orthodoxen Schule als gefährlicher Opponent wahrgenommen werden musste. Und daran hat sich bis heute nichts geändert; im Gegenteil bedeutet der Keynesianismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die stärkste wirtschaftstheoretische und ideologische Bedrohung für die neoliberale Gegenreformation. Große (Wirtschafts-)Krisen zu verhindern, wofür die Keynes'sche Theorie sachgerechte Mittel bereitstellt, scheint nicht im Interesse der ökonomischen Machtelite des heutigen Kapitalismus zu liegen, da sie darauf vertrauen kann, dass staatliche Hilfen (einschließlich zentralbankpolitischer) die Krisenfolgen soweit abfangen, dass eine ökonomische Krise nicht zur Systemkrise ausufert. Die Krisen der vergangenen 20 bis 30 Jahre haben weltweit gezeigt, dass sie »notwendig« waren, um die Politik des Kapitals durchzusetzen: Globalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung sowie Militarisierung, Repression und Überwachung. Menschenrechte und Demokratie sind nicht nur gefährdet, sondern wurden im Interesse der globalen Strategie des Kapitals vielerorts außer Kraft gesetzt. Der Keynesianismus ist deshalb weit mehr als eine wirtschaftstheoretische Gegenposition zum Neoliberalismus; er ist die demokratische Alternative zur folter- und schießwütigen Inquisition des gegenwärtigen Kapitalismus, zum praktizierten »Pinochetismus« der Kapitalstrategie der Gegenwart.

Es würde hier zu weit führen, auf Keynes durchaus differenzierte Beurteilung der Vorteile und der Fehler seiner sozialistischen Zeitgenossen einzugehen, aber es würde sich zeigen, dass Keynes' Urteilskraft, sein analytisches Gespür, seine prognostische Fähigkeit, die selbst gestellten Fallen und das Versagen dogmatisch verfestigter Positionen vorausschauend einschätzen zu können, sich auch im Fall des Marxismus-Leninismus bewährte; so wie es sich gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus bewährt(e) und wie sich Keynes' Verdammungsurteil über die nach dem Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich auferlegten Reparationslasten und seine Vorhersage über deren verheerende politische Folgen als zutreffend erwiesen.

Das »Sozialistische« im Keynesschen Denken kann vor allem in seiner Aufwertung der wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit, der sozial- und beschäftigungspolitisch regulierenden Intervention, gesehen werden. Auch die später ausgearbeitete »Allgemeine Theorie« schockiert(e) die Liberalisten vor allem wegen des Staatsinterventionismus, den Keynes bis zur »Sozialisierung« der Investitionstätigkeit vorantreiben wollte, wie er im Schlusskapitel der »Allgemeinen Theorie« ausführte (Keynes 1936). In der zitierten Schrift von 1926 formuliert Keynes seine auch später vertretende Grundposition wie folgt:

»Die wichtigsten Agenda des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, dass er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, sondern dass er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden« (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 113).

Auch ein zweiter zentraler Grundgedanke des Keynesschen Systems findet sich bereits in den Ausführungen von 1926, nämlich die Frage, in welchem Umfang das Sparen volkswirtschaftlich sinnvoll ist und wie die Ersparnisse im Interesse der Gesellschaft verwandt werden sollten:

»Ich glaube, dass wir zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen müssen über den Umfang, in dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden sollen; ferner darüber, ob die heutige Organisation des Anlagemarktes die Ersparnisse in der für die Nation produktivsten Art verteilt. Ich glaube, man sollte diese Dinge nicht ganz und gar dem Zufall der privaten Entscheidung und des privaten Gewinns überlassen, wie es heutzutage der Fall ist« (ebenda, 114).

Vollbeschäftigung muss hergestellt werden - der Marktautomatismus ist dafür ungeeignet

Auf eine Kurzformel gebracht lässt sich die beschäftigungspolitische Empfehlung von Keynes auf die Forderung bringen: Sorge für hinreichende Nachfrage durch makroökonomische Steuerung und überlasse die Allokation im Einzelnen den Marktprozessen!

Nicht der Mangel an Produktionsfähigkeit, an Unzulänglichkeiten der Angebotsseite verhindert Vollbeschäftigung, sondern hoch entwickelte, reife kapitalistischen Ökonomien leiden unter einer Diskrepanz zwischen Produktionspotential und auslastender Nachfrage. Für Keynes stand fest, dass dieses Problem einer »deflatorischen Lücke« nur durch staatliche Intervention gelöst werden kann.

Ich verzichte hier darauf, die Keynessche Theorie genauer darzulegen, zumal allgemein bekannt sein dürfte, dass es ihm um den Nachweis ging, dass mit steigendem Durchschnittseinkommen einerseits die Ersparnisse in der Regel sogar überproportional steigen, dass andererseits die freiwillige Investition die auf Vollbeschäftigungsniveau anfallende Ersparnis nicht mehr absorbiert. Als Folge kommt es zur Kontraktion und dem von Keynes als »Unterbeschäftigungsgleichgewicht« bezeichneten Dauerzustand. Nachfragepolitik ist also nicht nur als Kompensationsmaßnahme gegen konjunkturi-

relle Schwankungen geboten, sondern - je nach Lage - ein ständiges Erfordernis, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Soviel zum herkömmlichen, allgemein verbreiteten Verständnis des »Keynesianismus«.

Es ist offenkundig, dass Keynes zwar nachfragepolitisch gefördertes Wachstum befürwortete, aber die wesentliche Einschränkung machte, dass dies nur solange Sinn hätte, als damit noch merkliche Wohlstandssteigerungen zu erreichen sind. Auf längere Sicht hielt er hingegen die Stagnation für unausweichlich und damit auch eine Umorientierung weg vom Wachstum hin zu kürzeren Arbeitszeiten. Dass es sich um Alternativen zu den gegenwärtig vorherrschenden Auffassungen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft handelt, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Keynessche Langfristprognose widerlegt aber auch die ökologischen Keynes-Kritiker, die ihm aus Unkenntnis seines Gesamtwerks vorwerfen, keynesianische Beschäftigungspolitik laufe auch nur auf Wachstumsfetischismus hinaus. Das Gegenteil trifft zu. Keynes' Erklärung der endogenen, d.h. aus dem langfristigen Wachstum selbst heraus entstehenden Wachstumsabschwächung lässt sich bruchlos mit dem ökologischen Nachhaltigkeitspostulat vereinbaren. Mehr noch, endogen entstehende Stagnation spielt der als »Suffizienz« bezeichneten, spezifischen Nachhaltigkeitskonzeption eines »Genug« zu, die sowohl als »technische« Lösung für das gegenwärtige, globale Verteilungsproblem (vgl. Winterfeld, 2007) als auch als moralphilosophisches Postulat im Sinne der Verantwortung für die kommenden Generationen (vgl. Guggenberger 2007, 361ff.) zu sehen ist.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Keynes' Langfristprognose die Situation von heute überhaupt noch zutreffend abbildet. Zutreffend war/ist seine Vorhersage sinkender Wachstumsraten und der damit einhergehenden Massenarbeitslosigkeit, sofern eben nicht sachgerechte Gegenmaßnahmen erfolgen. Sachgerecht im Sinne Keynes' wäre das rechtzeitige Umsteuern auf Nachfragepolitik gewesen, also zu Beginn der 1980er Jahre. Das Gegenteil wurde bekanntlich getan. Insofern hat aus Keynesscher Sicht die praktizierte Wirtschaftspolitik nicht nur versäumt, das Richtige zu tun, sondern die krisenhafte Entwicklung wurde durch die einseitige Angebotspolitik noch verschärft. Selbst wenn die Regierungen der OECD-Länder bereit wären, innerhalb kurzer Zeit der Keynesschen Konzeption zu folgen, so ließen sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen. Die infolge der Massenarbeitslosigkeit verlorene Wertschöpfung, die durch Arbeitslosigkeit zerstörten Lebensläufe, die somatischen und psychischen Belastungen und Erkrankungen, die soziale Armut, die aus Arbeitslosigkeit häufig folgt - alle diese Vergehen gegen die Menschenrechte sind irreversible Fakten. Doch für die Zukunft könnte die Keynessche Rezeptur hel-

fen, das Beschäftigungsproblem zu lösen und damit auch die Vielzahl von Folgeproblemen der Massenarbeitslosigkeit zu überwinden.

Dass es trotz Globalisierung und trotz der wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der meisten Regierungen der OECD-Länder zur Zeit noch möglich ist, dass einige Länder annähernd Vollbeschäftigung erreichen und ein hohes Sozialstaatsniveau bewahren, zeigen die skandinavischen Volkswirtschaften, insbesondere das schwedische Modell.²⁸ Sie liefern den schlagenden Beweis für die Machbarkeit von Vollbeschäftigung und Sozialstaatlichkeit. Das ist mehr als nur ein Dorn im Auge der Neoliberalen und ihrer politischen Marionettenspieler. Es lag und liegt in der Logik der neoliberalistischen Strategie, das skandinavische Modell ideologisch zu desavouieren und nach Wegen zu suchen, es in eine große Krise zu manövrieren, um es für den marktradikalen Ein- und Durchmarsch kapitulationsreif zu machen. Wie bereits ausgeführt wurde, geht es in der Auseinandersetzung über die »richtige« Wirtschaftspolitik allenfalls rhetorisch um Vernunft, Humanität und Wahrheit, tatsächlich findet aber ein brutaler Machtkampf statt. Die quasi wirtschaftswissenschaftliche Debatte könnte also auch als raffiniertes Ablenkungsmanöver verstanden werden, das der Öffentlichkeit und auch den gutgläubigen Politikern, von denen es wahrscheinlich doch mehr gibt, als die Politikverdrossenen vermuten, nur vorgaukelt, man kämpfe um die »richtigen« Einsichten. Darum geht es den globalen Machthabern von heute doch gar nicht. Sie wollen die Welt nach ihrem Gusto umgestalten und dazu dienen die diversen »Strukturanpassungsprogramme« aus den neoliberalen Denkfabriken und Politikagenturen.

Vernünftige Lebensqualität jenseits des auf Geldgier gegründeten Wirtschaftssystems?

Keynes war mehr als ein genialer Wirtschaftswissenschaftler. Sein Blick ging spätestens seit den 1920er Jahren über den historischen Rand der traditionellen Knappheitsökonomie hinaus. Wie frühere Autoren - so berühmte wie Hegel, Marx, aber auch Schopenhauer und unbekannte wie der in diesem Band aus der Vergessenheit gehobene Ludwig Gall²⁹ - erwartete Keynes vom technischen Fortschritt die Freiheit von mühseliger Arbeit, von der Angst ums Überleben und die Möglichkeit, allen Menschen den Zugang zu den kulturellen Werten und zur Entfaltung ihres genetischen Potentials als

²⁸ Vgl. »Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten?« in diesem Band.

²⁹ Vgl. »Heinrich Ludwig Lambert Gall - der unbekannte Frühkeynesianer des 19. Jahrhunderts« in diesem Band.

Vernunftwesen zu verschaffen. Die »Herrschaft des Geldes« über das Leben, die Keynes als eine unwürdige, ja ekelhafte historische Notwendigkeit betrachtete, werde das menschliche Schicksal nicht auf ewig bestimmen. Keynes knüpft an empirische Befunde an, wenn er meint, dass die »Geldsucht« und das »Geldmotiv« keineswegs so durchgängig positiv beurteilt werden, wie das die wirtschaftsliberalistischen Ökonomen und die von der Geldgier getriebenen und profitierenden Zeitgenossen meinen propagieren zu können. Keynes' Aversion gegen die traditionelle »Liebe zum Geld« scheint an etlichen Stellen seines Gesamtwerks auf. Hier sei dazu abschließend eine einschlägige Passage aus dem bereits zitierten frühen Text von 1926 in ganzer Länge wiedergegeben:

»... ich möchte Sie daran erinnern, dass die heftigsten Kämpfe und die am tiefsten empfundenen Meinungsverschiedenheiten in den nächsten Jahren nicht um technische Fragen entbrennen werden, bei denen die Argumente auf beiden Seiten fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur sind, sondern um Fragen, die wir mangels eines besseren Ausdrucks als psychologische, oder vielleicht gar als moralische, bezeichnen können.

In Europa, mindestens in einigen Teilen von Europa - in den Vereinigten Staaten von Amerika verhält es sich, glaube ich, anders - hat sich eine ziemlich verbreitete latente Reaktion dagegen geltend gemacht, die Gesellschaft in dem ausgedehnten Maße, wie sie es heute tut, auf die Pflege, Unterstützung und den Schutz der Geldsucht der Einzelnen aufzubauen. Die Tatsache, dass wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten, braucht nicht ganz aprioristisch zu sein, sondern kann sich aus dem Vergleich von Erfahrungen ableiten. Bei den einzelnen Menschen spielt je nach Wahl ihres Berufs das Geldmotiv eine große oder eine kleine Rolle, und Historiker können uns von anderen Phasen der Gesellschaftsorganisation berichten, in denen dieses Motiv eine viel geringere Rolle gespielt hat als heute. Die meisten Religionen und Philosophien verachten, um es milde auszudrücken, eine Lebensweise, die sich lediglich von Erwägungen persönlichen Geldgewinns leiten lässt. Andererseits lehnen die meisten Menschen heutzutage asketische Ideen ab und sind sich über die tatsächlichen Vorteile des Reichtums völlig klar. Es erscheint ihnen überdies ganz selbstverständlich, dass man ohne das Geldmotiv nicht auskommt, und sie finden, dass es - abgesehen von einigen zugestandenen Missbräuchen - seine Aufgabe recht gut erfüllt. Folglich beschäftigt sich der Durchschnittsmensch nicht weiter mit dem Problem und hat über das, was er eigentlich denkt und fühlt, noch über diese verflixte Materie im Ganzen, irgendeine klare Vorstellung« (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 115).

Die »Unklarheiten«, von denen Keynes spricht, verhindern, so meint er weiter, dass vernünftige Reformen zustande kommen und zwar auch solche, die durchaus im Interesse eines besser funktionierenden Kapitalismus lägen. Allerdings ist Keynes auch offen für Entwicklungen, die über den Kapitalismus hinaus weisen:

»Immerhin mag eine Zeit kommen«, führt er weiter aus, »wo wir uns über die Dinge klarer sein werden als heute, wo wir darüber reden, ob der Kapitalismus eine gute oder eine schlechte Technik, und ob er an sich wünschenswert oder abzulehnen ist. Ich für meinen Teil bin der Ansicht, dass ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, dass man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann. Unser Problem geht dahin, eine Gesellschaftsorganisation zu schaffen, die möglichst leistungsfähig ist, ohne dabei unsere Ideen über eine befriedigende Lebensführung zu verletzen« (ebenda, 116).

Was unter einem »klug geleiteten Kapitalismus« zu verstehen ist, darüber gehen die Ansichten gewiss auseinander, aber aus Keynesscher Sicht gibt es die eindeutige Antwort, dass die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und der »Rheinische Kapitalismus« der alten Bundesrepublik Deutschland, kurz: die gemischten Wirtschaftsordnungen, jenem »Klugheitsgebot« weitaus besser genügen als die des neoliberalistisch inspirierten neuen Laissez-faire.

Zusammenfassung

Das Fragezeichen am Ende der Themenformulierung, so lässt sich jetzt feststellen, könnte entfallen. Keynes ist ein Alternativer und bietet eine Alternative zum heutigen Mainstream der Wirtschaftswissenschaft. Seine Theorie gibt uns eine Anweisung, wie hochentwickelte, reiche kapitalistische Volkswirtschaften sowohl Vollbeschäftigung erreichen können als auch die durch den technischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten eines freieren, insbesondere sozial angstfreien Daseins zu realisieren wären und dass hierin große Potenziale für den gesellschaftlichen Wohlstand enthalten sind.

Keynes lehnte zwar den Marxismus ab und bekannte sich zu einer liberalen, demokratischen Gesellschaft. Doch weder stand er feindlich zu sozialistischen Ideen noch gehörte er zu den vehementen Verteidigern eines auf ewigen Bestand zielenden Kapitalismus. Vielmehr plädierte er für eine vernünftige Diskussion, wie ökonomische Effizienz mit den Werten eines menschenwürdigen Daseins vereinbart werden können. Keynes steht damit in der guten Tradition der Moderne - jener Tradition der Aufklärung, aus der Sozialismus und Liberalismus erwuchsen.

Wir sollten aber unsere naive Hoffnung aufgeben, die wahren Machthaber der heutigen Welt seien überhaupt an Krisenfreiheit, an Vollbeschäftigung, Sozialstaat und demokratischen Verhältnissen, die immer auch mehr oder weniger sperrig für kapitalistischen Radikalismus waren und sein werden, interessiert und ließen sich durch vernünftige Argumente überzeugen. Die Kontroverse zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus ist insofern nur ein Nebenkriegsschauplatz - und das nicht nur im übertragenen Sinn.

3. Wachstum und Wohlstand - Die Konjunktion ist obsolet

Im Frühjahr 2008 wurde die deutsche Öffentlichkeit darüber informiert, dass bei den Arbeitnehmern von dem realen Wachstum, das während des jüngsten Konjunkturaufschwungs insgesamt 7% betrug, nicht nur nichts angekommen ist, sondern dass ein Reallohnverlust von 3,5% eintrat. Wem kamen jene sieben Prozent reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wohl zugute? Offenbar kehren nun auch in Deutschland amerikanische Verhältnisse ein. In den USA werden die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts schon seit langem völlig einseitig verteilt. Die breite Masse der Lohnarbeiter ging leer aus, aber die Spitzenverdiener erlebten von Jahr zu Jahr beachtliche Einkommenssteigerungen. Aus einer jüngeren Untersuchung geht hervor, dass die Beschäftigten im US-amerikanischen Finanzsektor besonders begünstigt sind. Gerade jene Branche, die die allseits bekannten Probleme der Finanzmärkte zu verantworten hat, verschaffte sich das dickste Stück vom gesamtwirtschaftlichen Kuchen (Sum et al. 2008).

Nullwachstum und stabile Verteilung wären sogar besser gewesen

Es ist eine ganz neue Qualität von Wachstum, wenn es *vornehmlich* denjenigen zugute kommt, die der konkreten Wertschöpfung relativ fern stehen. Diese bisher für die Bundesrepublik beispiellose Konstellation - gesamtwirtschaftliches Wachstum verbunden mit abnehmenden Reallöhnen³⁰ - fand in den sonst auf Skandale so erpichten Medien keineswegs die der schlimmen Sache angemessene Auseinandersetzung, und schon gar nicht wurde die doch ganz nahe liegende Frage diskutiert, wozu denn Wachstum überhaupt (noch) gut ist, wenn die Arbeitnehmereinkommen dabei real abnehmen. Wenn Wachstum vorwiegend nur noch einer kleiner werdenden Oberklasse zugute kommt, womit sich ja die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft ganz unverblümt darstellt, dann wird es schwieriger, dem absurden Wachs-

³⁰ Detaillierte Analyse hierzu: Horn et al. 2008.

tumsfetischismus auch weiterhin Legitimation zu verschaffen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Zurückhaltung der Medien gar nicht überraschend.

Jede Art von Wachstum hat letztlich negative Begleiteffekte - für die Umwelt, die Gesundheit (u.a. Arbeitsdruck, Stress), die Preisniveaustabilität an den internationalen Rohstoffmärkten mit entsprechend überproportionalen Belastungen der armen Volkswirtschaften etc. Wachstum, das an der breiten Masse der arbeitenden Menschen vorbeizieht, bedeutet, dass die wachstumsbedingten Umweltschäden und der Ressourcenverzehr allein der Minderheit der Wachstumsgewinner dienen. Umweltschutz durch Wachstumsverzicht käme hingegen allen zugute und zöge keineswegs Wohlstandsverluste bei den bisherigen Wachstumsgewinnern nach sich, wie gleich noch genauer dargelegt wird. Denn der Wohlstand der Reichen steigt schon seit langem nicht mehr, weshalb ihre Einkommenssteigerungen eben nur noch Fetischcharakter haben. Das zu behaupten, verdient zwar eine fundierte Begründung, aber bereits der gesunde Menschenverstand und die Intuition erkennen rasch, dass der Wohlstand eines Herrn A. oder einer Frau Q. nicht wächst, wenn statt x Millionen Jahreseinkommen $x+1$ Millionen auf ihren Konten landen.

Außerhalb des neoliberalen Mainstreams sind sich Ökonomen und Sozialwissenschaftler seit langem darüber einig, dass hochentwickelte, reiche Volkswirtschaften vom weiteren Wachstum kaum noch Wohlstandszunahmen erwarten dürfen. Eher ist das Gegenteil der Fall, da die negativen Wohlstandseffekte des Wachstums die positiven überwiegen (können). Das Problem dabei ist u.a. die Ungleichverteilung zwischen den Generationen: Eventuelle Wohlstandsgewinne entfallen auf die lebende Generation, die Schäden müssen die Späteren tragen. Doch auch die Lebenden werden in vielen Fällen gerade infolge des Wachstums um den höchstmöglichen Wohlstand gebracht. Denn jede Produktion von Gütern ist begleitet von der Produktion von Ungütern, und saldiert kommt ggf. eine negative Wohlstandsgröße heraus.

Wieso ist es denn »paradox«, dass der Mensch von steigendem Einkommen keinen unbegrenzten Glückszuwachs erfährt?

Dass steigende Einkommen (Konsum) in reichen Volkswirtschaften keine Steigerung der allgemeinen Zufriedenheit, des Glücks, des Wohlstands oder welchen Begriff man auch immer bevorzugen mag, nach sich ziehen, ist ganz und gar keine neue Erkenntnis. Sie wurde jedoch relativ lange kaum wahrgenommen. Immerhin erhielt diese den *orthodoxen* Ökonomen paradox erscheinende Verkümmern der Wohlstandswirkung des Wachstums einen Namen: Easterlin-Paradoxon - benannt nach dem US-Amerikaner Richard

A. Easterlin, der 1974 in einem Aufsatz dargelegt hatte, dass seine Landsleute trotz steigender Einkommen nicht entsprechend glücklicher und zufriedener wurden (Easterlin 1974).

Wachstum in den hochentwickelten, reichen kapitalistischen Ländern führt offenbar nicht mehr zu steigendem Wohlstand, sondern eher tritt das Gegenteil ein, wenn - wie erwähnt - die Wohlstandswirkung der Ungüter (bads) der der Güter (goods) gegenüber gestellt wird. Easterlin wurde für etwa zwei Jahrzehnte von den Ökonomen nur recht spärlich rezipiert, und die Kenntnis des Phänomens und seines Terminus technicus »Easterlin-Paradoxon« blieb eine Art Insiderwissen. Inzwischen, d.h. seit den 1990er Jahren, kam es im Zuge der expandierenden »Glücksforschung« auch zu einer eingehenden Auseinandersetzung mit Easterlins Entdeckung. Anschlussforschungen haben seine Erkenntnis verfeinert, prinzipiell aber immer wieder bestätigt: Die ursprünglich, d.h. beim Aufstieg einer Gesellschaft aus der Armutsökonomie zum Wohlstand, deutlich positive Korrelation zwischen Einkommenswachstum und Wohlstand löst sich bei Erreichen eines relativ hohen Einkommensniveaus allmählich auf.³¹ Auch für die Bundesrepublik wurde das Easterlin-Paradoxon nachgewiesen (Di Telia et al. 2007). Als eine gewisse Modifizierung kann die Unterscheidung zwischen kurz- und langfristiger Wirkung gesehen werden: Kurzfristig lässt ein Einkommensanstieg das Zufriedenheitsniveau steigen, insbesondere wenn es sich um eine *relative* Einkommenserhöhung handelt, die den Abstand des Begünstigten zu seiner Vergleichsgruppe erhöht (= Nachbarn beeindrucken durch einen neuen, größeren Wagen, der den eigenen alt aussehen lässt), aber auf mittlere bis längere Frist (zwischen sechs Monaten und vier Jahren) tritt eine »Anpassung« derart ein, dass der Mensch auf das alte Glücks- bzw. Zufriedenheitsniveau zurückfällt. Diese Rückkehr zum alten Niveau gilt aber nicht nur bei günstigen Ereignissen wie einem Lottogewinn oder einer Erbschaft, sondern auch bei ungünstigen; selbst nach schweren Schicksalsschlägen - wenn auch nicht in jedem Fall - überwinden die Menschen den Tiefpunkt und regenerieren nach einiger Zeit wieder ihr früheres Lebensgefühl. Solche »Anpassungsphänomene«, dass kurzfristige Stimmungsänderungen, ob nun nach oben oder unten, nach einiger Zeit wieder verschwinden und der Mensch zu seinem emotionalen Ausgangsniveau zurückkehrt, sind aus der psychologischen Forschung längst bekannt und werden auch von neurowissenschaftlichen Untersuchungen belegt. Die Ökonomen haben diese

³¹ Vgl. zu der inzwischen relativ umfangreichen Literatur zum Easterlin-Paradoxon: Clark et al. 2008; Di Telia et al. 2003; Di Telia et al. 2006; Easterlin 1995; Easterlin 2001.

dem Wachstumsfetischismus abträglichen Erkenntnisse aber erst verspätet und auch noch keineswegs in aller Breite, oder gar mit allen theoretischen und politischen Konsequenzen verarbeitet. Der Abschied vom Wachstum fällt halt schwer, zumal noch längst nicht geklärt ist, wie es mit dem Kapitalismus ohne Wachstum weiter gehen kann.

**Das Rad muss ab und zu doch neu erfunden werden,
wenn sein Nutzen in Vergessenheit gerät**

Wie gesagt, das Easterlin-Paradoxon führte etwa 20 Jahre ein Schattendasein bei den Ökonomen - ganz anders als in der psychologischen Glücksforschung. Verständlicherweise, lässt sich sagen, denn Easterlin stellt ja den Wachstumsglauben der zeitgenössischen Ökonomen (Neoliberale, Mainstream-Keynesianer und Marxisten - sie alle waren in den 1970er Jahren Wachstumsfans) grundsätzlich in Frage: Wenn Einkommenswachstum kaum noch Wohlstand bringt und wenn, dann eben nur für diejenigen, die ihre *relative* Position verbessern, dann lässt sich auf Wachstum verzichten - zugunsten von längerer Freizeit, sorgsamem Umgang mit Umwelt und Naturressourcen und letztlich zugunsten einer humaneren Lebensweise. Erst seit den 1990er Jahren, als auch neurowissenschaftliche, also naturwissenschaftliche Befunde, jenes »Paradoxon« belegten, begannen auch Wirtschaftswissenschaftler - es sind immer noch »Außenseiter« - sich eingehender mit jener für Kapitalismus und Neoliberalismus sehr unbequemen Wahrheit zu befassen. Richard Layard von der London School of Economics (LSE) postuliert vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Glücksforschung einen fundamentalen Paradigmenwechsel der Wirtschafts- bzw. Wohlstandspolitik: nicht Wachstum, sondern Glück sollte oberste Zielsetzung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein (Layard 2008; Dahl 2008). Wachstum, das in der Vergangenheit als Mittel zum Zweck (steigenden Wohlstands) gerechtfertigt werden konnte, steht nun im Gegensatz zu diesem Zweck. Das ist eine revolutionäre Erkenntnis bzw. Hypothese, und deshalb wird sie vorerst einmal von der ökonomischen Zunft klein gekaut, sofern sie nicht mehr ignoriert werden kann.

Für informierte Keynesianer klingt das alles jedoch vertraut. Hatte Keynes doch in seiner Abhandlung über die »Wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkel« von 1928/1930 (Reuter 2007, 135-147) bereits intuitiv jene Auflösung des signifikanten Zusammenhangs von Wachstum und Wohlstand für die schon damals absehbare Zukunft vorhergesagt. Selbst Keynes war sich aber wohl nicht ganz im Klaren, dass er eine weitaus ältere Fundamentalerkenntnis der Ökonomie, nämlich die Entdeckung des »Sättigungsgesetzes« durch Hermann Heinrich Gossen (1810-1858) von 1853

(vielleicht noch früher), bekannter als das als »Erste Gossensche Gesetz« oder »Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen«, quasi aktualisierte, indem er das mikroökonomisch ermittelte und entsprechend formulierte »Sättigungsgesetz« Gossens makroökonomisch interpretierte.

Philosophen würden vielleicht noch auf die antiken Einsichten - etwa des Epikur - über die Begrenztheit der menschlichen Bedürfnisse verweisen, um die Entdeckereuphorie der gegenwärtigen Glücksforscher ein wenig zu relativieren und ihnen zu überlegen geben, ob sie nicht den »Alten« die gebührende Referenz erweisen sollten. Es ist ja keine Schande, das Rad neu zu erfinden, wenn sein humaner Gebrauch und seine Nützlichkeit in Vergessenheit geraten.

Wir können zusammenfassend feststellen, dass in den reichen Ländern - und es sind alles kapitalistische - Wachstum seine ursprünglich, d.h. in der Phase des Aufstiegs aus der Armuts- in die Wohlstandswelt, eindeutig nachweisbare Wohlstandswirkung verloren hat. In den jungen, noch armen Wachstumsökonomien (China, Indien usw.) besteht der alte Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand noch auf unabsehbare Zeit; deshalb sind Wachstum und die damit verbundene Umweltbelastung in diesen Volkswirtschaften weitaus plausibler zu legitimieren als für die kapitalistischen Reichtumsökonomien des Westens, in denen nur etwa 12% der Weltbevölkerung leben.

Reichtum wofür? - Unterschiede der Lebensqualität zwischen reichen kapitalistischen Volkswirtschaften

Mit dem Easterlin-Paradoxon, also der Einsicht in die schwindende Wohlstandswirkung des Wachstums, ist das Problem Wachstum und Wohlstand noch nicht erledigt. Denn selbstverständlich kann eine (reiche) Gesellschaft recht unterschiedlich mit ihrem Reichtum verfahren, nämlich mehr oder weniger wohlstandswirksam, auch wenn die Wohlstandseffekte des Wachstums generell schwächer werden.

Es wäre daher informativ festzustellen, ob verschiedene, etwa gleich entwickelte Länder deutliche Unterschiede im Hinblick auf ihre mehr oder weniger wohlstandswirksame Reichtumsverwendung aufweisen. Hierzu sei auf das Material zurückgegriffen, das in den Veröffentlichungen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), dem jährlichen »Bericht über die menschliche Entwicklung«, verfügbar ist. Es lassen sich u.a. zwei Rangordnungen in Beziehung setzen, um vorstehende Frage zu beantworten. Erstens die Rangordnung der Länder nach ihren Pro-Kopf-Einkommen (je höher der Rang, desto kleiner die Rangziffer); nennen wir diese Ziffer der Anschaulichkeit halber »Reichtumsrang«. Zweitens der Rang beim Index

Tabelle 1: Differenz aus Rang beim Pro-Kopf-Einkommen und Rang beim Index der menschlichen Entwicklung

(Länderfolge nach dem Rang der menschlichen Entwicklung)

	Land	Pro-Kopf-Einkommen 2005 (US-\$ in Kaufkraftparität)	Differenz
(1)	Island	36.510	4
(2)	Norwegen	41.420	1
(3)	Australien	31.794	13
(4)	Kanada	33.375	6
(5)	Irland	38.505	-1
(6)	Schweden	32.525	7
(7)	Schweiz	35.633	-1
(8)	Japan	31.267	9
(9)	Niederlande	32.684	3
(10)	Frankreich	30.386	8
(11)	Finnland	32.153	3
(12)	USA	41.890	-10
(13)	Spanien	27.169	11
(14)	Dänemark	33.973	-6
(15)	Österreich	33.700	-6
(16)	Großbritannien	33.238	-5
(17)	Belgien	32.119	-2
(18)	Luxemburg	60.228	-17
(20)	Italien	28.529	1
(21)	Hong Kong	34.833	-14
(22)	Deutschland	29.461	-2
(24)	Griechenland	23.381	5
(26)	Südkorea	22.029	6
(27)	Slowenien	22.273	4
(36)	Ungarn	17.887	2
(40)	Chile	12.027	15
(46)	Uruguay	9.962	16
(48)	Costa Rica	10.180	13
(51)	Kuba	6.000	43
(52)	Mexiko	10.751	7
(55)	Tonga	8.177	15
(67)	Russland	10.845	-9
(81)	VR China	6.757	5
(84)	Türkei	8.407	-18
(105)	Vietnam	3.071	18
(128)	Indien	3.452	-11
(177)	Sierra Leone	806	-5

Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt. Veröffentlichung für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Berlin 2007.

der menschlichen Entwicklung,³² der als »Wohlstandsrang« bezeichnet sei. Die Differenz aus Reichtums- und Wohlstandsrang gibt Auskunft darüber, ob es einem Land gelingt, einen höheren Rang in der Wohlstandspyramide als in der Reichtumspyramide zu erreichen. Ist das der Fall, kann von einer »guten« Reichtumsverwendung gesprochen werden. Ist jene Differenz negativ, so liegt eine »schlechte« Reichtumsverwendung vor. Beispielsweise nimmt Norwegen bei der menschlichen Entwicklung den zweiten Platz (hinter Island) ein (= Rangziffer 2). In der Rangordnung nach dem Pro-Kopf-Einkommen steht Norwegen auf Platz 3 (nach Luxemburg und den USA). Die Differenz aus Reichtumsrang und Wohlstandsrang beträgt für Norwegen $3 - 2 = 1$, ist also positiv. Für die USA ergibt die Differenz den Wert -10 (minus zehn !), also eine recht schlechte Reichtumsverwendung. In der beigefügten Tabelle werden einige interessante Fälle aufgelistet, wobei besonders beachtenswert jene Entwicklungsländer sind, die hohe positive Differenzen aufweisen, also trotz Armut mit ihrem niedrigen Einkommen relativ viel Lebensqualität generieren.

Die Daten in der Tabelle belegen, dass die (absolute) Höhe des Pro-Kopf-Einkommens keine zuverlässige Aussage über den Wohlstandsgewinn durch Reichtum liefert. Das ist an sich eine triviale Erkenntnis, denn bei gleichem Pro-Kopf-Einkommen macht es einen fundamentalen (Wohlstands)Unterschied, ob das Einkommen relativ gleichmäßig verteilt und für gemeinschaftliche Zwecke verwendet wird oder ob eine parasitäre Herrschaftsklasse sich im Luxus und Prestigekonsum suhlt. Doch gerade wegen dieser möglichen Unterschiede ist eine reine Wachstumsorientierung wohlstandspolitisch unsinnig. Es kann durchaus sein, dass das geringere Wachstum (niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen) eines Landes im Vergleich zu anderen wachstumsstärkeren Volkswirtschaften (höheres Pro-Kopf-Einkommen) deutlich mehr Wohlstand bewirkt, wenn der Reichtum entsprechend verwendet wird. Weiterhin wird an den Tabellendaten deutlich, dass auch bei relativ niedrigem Pro-Kopf-Einkommen eine günstige Wohlstandssituation erreicht werden kann. Es sind also offenbar politische Einflüsse und die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftsethischen (kulturellen, mentalen) und ideologischen Orientierungen eines Landes, die bewirken, dass der Reichtum »gut« oder »schlecht« genutzt wird. Deutschland gehört mit seinem negativen Differenzwert (-2) eher zur Gruppe der »Reichtumsvergeuder«, um es deutlich zu sagen. Deutschland steht beim Pro-Kopf-Einkommen auf Rang 20, aber erreicht nur Platz 22 beim Index

³² Der Index berücksichtigt die Lebenserwartung bei der Geburt, die Bildungssituation und das reale Pro-Kopf-Einkommen.

der menschlichen Entwicklung, weil die Lebenserwartung in Deutschland statistisch leicht niedriger liegt als bei den meisten Ländern auf den besseren Rangplätzen der menschlichen Entwicklung, und auch die Daten zum Bildungswesen fallen für Deutschland schlechter aus - nicht nur gegenüber den skandinavischen Ländern, sondern auch im Vergleich zu Australien, Kanada, Schweiz, Niederlande, Frankreich, USA, aber auch gegenüber deutlich einkommensschwächeren Ländern wie Südkorea oder Slowenien. Die *reichen* Länder mit positiven Differenzwerten (u. a. Australien, Kanada, Schweden, Japan, Frankreich) widerlegen die vom Wirtschaftskonservatismus gern propagierte These, hohes Wachstum, wenn es denn (noch) erwünscht ist, ließe sich eben nur unter Verzicht auf »soziale Wohltaten« erreichen. Vermutlich ist das Gegenteil der Fall, soweit hierbei überhaupt klare Ursache-Wirkung-Beziehungen bestehen.

Über die Auswahl von »Wohlstandsindikatoren« lässt sich selbstverständlich intensiv und kontrovers diskutieren. Aus westlicher Sicht, also vom europäisch-nordamerikanischen Standpunkt aus, wären politische Freiheitsrechte zu berücksichtigen. Andererseits liefert der Index der menschlichen Entwicklung einen sonst nicht verfügbaren internationalen Vergleich der Wohlfahrtsfaktoren und erlaubt, die »guten« und »schlechten« Reichtumsverwender zu identifizieren. Angesichts des nicht gerade prächtigen Werts für Deutschland sollten sich die Funktionseliten fragen, ob sie nicht ganz so gut funktionieren oder was sonst falsch läuft.

II. Kulturelle und moralische Dimensionen der Sozialökonomie

4. Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten? Zur Bedeutung interkultureller Unterschiede

Das schwedische bzw. das nordische/skandinavische Modell beeindruckt sowohl wegen seiner Wachstums- und beschäftigungspolitischen Bilanz als auch wegen der sozialetischen Qualität, die sich von den kontinentaleuropäischen und den angelsächsischen Volkswirtschaften in positiver Weise abhebt (Gischer/Helmedag 2007, 217f.). In Schweden sind wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen verwirklicht worden, die traditionellen sozialdemokratischen Werten entsprechen - im Unterschied zu »New Labour«, zum Konservatismus und vom Neoliberalismus ganz zu schweigen. Jene gesellschaftspolitische Wertorientierung kann als »sozialliberal« bezeichnet werden, und sie dürfte den Vorstellungen Keynes' von einer »guten Gesellschaft« zumindest recht nahe kommen (vgl. Keynes 1925 und 1926a). Das Frappierende der schwedischen Wirtschaftspolitik ist nicht zuletzt die Tatsache, dass Schweden entgegen den konservativen und neoliberalistischen Präferenzen für eine »staatsfreie« Marktwirtschaft gerade durch interventionistische Politik auch die von der marktradikalen Schule als vorrangig propagierten gesamtwirtschaftlichen Ziele erreicht, ja besser erreicht als die meisten anderen OECD-Länder. Schweden weist ein relativ hohes Wachstum des BIP pro Kopf auf, liegt beim produktivitätswirksamen technischen Fortschritt vorn und realisiert weit umfassender die Postulate der Chancengleichheit und der Zukunftsorientierung (vgl. Tabelle 1). Das alte Schwedische Modell,³³ das während der schweren Krisenjahre 1990-1993 von seinen Kritikern als obsolet und am Beginn seines unabwendbaren

³³ Für Korrekturhinweise zu den statistischen Angaben danke ich Günter Kieren. Die drei Hauptmerkmale des Schwedischen Modells werden von Anxo und Niklas-son wie folgt beschrieben:

»(i) A restrictive fiscal and monetary policy aiming at curbing the rate of Inflation in a regime offixed exchange rates. Such an anti-inflationary policy should be complemented by policy measures aiming at preserving >full and productive employment< by means of

Niedergangs charakterisiert wurde, erlebte seit Mitte der 1990er Jahre eine Renaissance (Anxo/Niklasson 2004, 3, 48f. passim).

Unsere Themenformulierung spricht unverhohlen ein Werturteil aus. Es ist daher geboten, knapp zu umreißen, was hier unter »bessere Sozialdemokratie« bzw. »sozialliberal« verstanden wird - nämlich:

1. Ein rechtsstaatliches Freiheitsverständnis, das sowohl die materiellen und politischen Voraussetzungen der freien Entfaltung aller Gesellschaftsmitglieder einschließt als auch Toleranz gegenüber allen sozial verträglichen Nonkonformismen, individuellen Besonderheiten und neuen Ideen als unabdingbar für eine *freie* Gesellschaft verteidigt wird.
2. Hohe Priorität für Vollbeschäftigung als Wert per se (Recht auf Arbeit).
3. Soziale Gerechtigkeit i.S. einer relativ egalitären Verteilung (Solidaritätsgebot versus marktradikale Verteilungsnorm/multiple Motivation versus monistische Homo-oeconomicus-Anthropologie).
4. Konsequente Durchsetzung der Chancengleichheit, insbesondere auch in der Bildung.
5. Gleichwichtigkeit des Gemeinwohls im Verhältnis zum ökonomischen Geltungs- und Freiheitsanspruch des Individuums (vernünftige Abwägung individueller Präferenzen gegen die Erfordernisse des Gemeinwohls in Gegenwart und Zukunft).
6. Absicherung gegen sozialökonomisch bedingte Risiken und Unterbinden sozialer Armut (Verantwortung des Kollektivs für alle seine Mitglieder).
7. »Wirtschaftsdemokratie«, zumindest aber paritätische Mitbestimmung (sozialer Freiheitsbegriff).

Das Schwedische Modell war zunächst ein Entwurf (Rehn-Meidner-Modell), und wurde dann politisch realisiert. Doch weder der Entwurf noch gar seine Implementation fallen vom Himmel oder sind Zufallsprodukte. Vielmehr bedarf es dazu der gesellschaftlichen Akzeptanz, und in ihr treten die in einer Gesellschaft vorherrschenden Werteinstellungen zutage. Die hier interessierende Frage nach den tieferen Ursachen für die Besonderheit des schwedischen Modells und seines Erfolges begnügt sich also nicht mit

(ii) Wage moderatiort exercised by the two sides of industry and the application of a wage norm, the so called >Solidaristic< wage policy based on fairness, equity and efficiency (i.e. fostering rationalization at the Company level and promoting productivity-enhancing structural changes through closure of unproductive plants)

(iii) The implementation of an ambitious countercyclical Active Labour Market Policy (ALMP) favouring occupational and geographical mobility and enhancing employment opportunities for those with reduced work capacity.« (Anxo/Niklasson 2004, 4)

den Antworten, die sich aus der Beschreibung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepts und seiner Umsetzung ergeben, sondern gefragt wird weiter, warum gerade eine ganz spezifische Politik - hier die des Schwedischen Modells - zum Zuge kommt. Die Frage kann nicht befriedigend mit dem Hinweis auf die parteipolitischen und ideologischen Orientierungen oder die institutionellen Eigenarten beantwortet werden. Denn diese Phänomene sind selbst erklärungsbedürftig. Wir werden uns der Antwort auf die Ursachenfrage auf dem Weg des interkulturellen Vergleichs nähern. Hierzu sei als plausible Arbeitshypothese behauptet, dass es die kulturellen Unterschiede sind, die die Differenzen in der längerfristigen Politikgestaltung und damit auch der politikabhängigen Entwicklung in entscheidender Weise bedingen. Wenn hier der Begriff »Kultur« benutzt wird, so in einem eingeschränkten Verständnis. Es wird ein Kernbereich des Kulturellen - aber vielleicht *der*-Kernbereich der Kultur herausgegriffen, nämlich die in der geistig-moralischen oder zutreffender: *geistig-seelischen Grundhaltung* des Kollektivs verankerten sozialetischen Werte. Sie werden in der frühen Kindheit, also vorwiegend in der Familie, vermittelt und gehören zum sozial vererbten *mentalen* Kulturbestand (»kulturelles Kapital«). Die heranwachsende Generation erlernt diese Wertorientierung und wird durch sie mental geprägt, was sich dann auch auf die Entwicklung von Präferenzen, auf die Denk- und Sichtweisen der späteren Erwachsenen auswirkt, insbesondere auch auf die Übernahme ideologischer Deutungsmuster. Aus Gründen, die noch erläutert werden, erscheint uns der Begriff »Mentalität« zur Bezeichnung dessen, was wir hier mit geistig-seelischer Grundeinstellung bzw. Werten umschreiben, sinnvoll (Schöttler 2003). Eine Operationalisierung des Mentalitätsbegriffs lässt sich durch einzelne wert- und verhaltensbezogene Merkmale erreichen, die in einer für ein Kollektiv repräsentativen Stichprobe abgefragt werden. Mentalität wird damit durch diese mehr oder weniger umfassende Liste von einzelnen Merkmalen repräsentiert. Formal kann somit die Mentalität des Individuums als die in Indices erfasste Merkmalsausprägung beschrieben werden. Die Schnittmenge der individuellen Mentalitäten ergibt dann die Mentalität bzw. den Sozialcharakter des jeweiligen Kollektivs (z.B. Familie, Schicht, Klasse, Nation, Europäer, Asiaten usw.).³⁴

Der erste Teil der folgenden Überlegungen stellt einen Modellentwurf vor, der die Interdependenzen zwischen Mentalität, Politik und der von der Po-

³⁴ Formal lässt sich das wie folgt darstellen: $m_i = \{x_1, x_2, \dots, x_j, \dots, x_h\}$ = Mentalität des Individuums (h Merkmale). $M_k = \{x \mid x \in m_1 \wedge x \in m_2 \wedge x \in m_3 \wedge \dots \wedge x \in m_i \wedge \dots \wedge x \in m_n\}$ = kollektive Mentalität (n Individuen.)

litik geschaffenen sozialökonomischen Entwicklung abbildet. Hierbei wird auch auf den in der Literatur meist nicht klar thematisierten Unterschied von Mentalität und Ideologie eingegangen.

Im zweiten Teil folgt eine Übersicht ausgewählter Wirtschafts- und Sozialindikatoren zum schwedischen Modell, um mit »harten« Daten die Besonderheit der schwedischen Konstellation detaillierter zu belegen.

Der dritte Teil referiert einige Ergebnisse aus interkulturellen Vergleichsstudien. Dabei interessiert grundsätzlich, ob sich auch bei geographisch und zivilisationsgeschichtlich so eng benachbarten Gesellschaften wie Deutschland und Schweden deutliche Unterschiede der Kultur bzw. der Mentalität erkennen lassen. Falls das zutrifft, könnten daraus charakteristische Richtungsvorgaben für das politische Handeln der jeweiligen Gesellschaft abgeleitet werden.

Im Schlussteil sei andeutungsweise der Keynesche Gehalt des schwedischen Modells beleuchtet.

Das Erklärungsmodell

Die behauptete Auswirkung der Mentalität auf die Politik wird in folgendem Schema (Abbildung 2) abgebildet, das sich auf Alfred Webers heuristische Unterscheidung von Zivilisationsprozess, Gesellschaftsprozess und Kulturbewegung (Weber 1920; Bergrath 2006) stützt.

Das qualitative Interdependenzmodell Alfred Webers

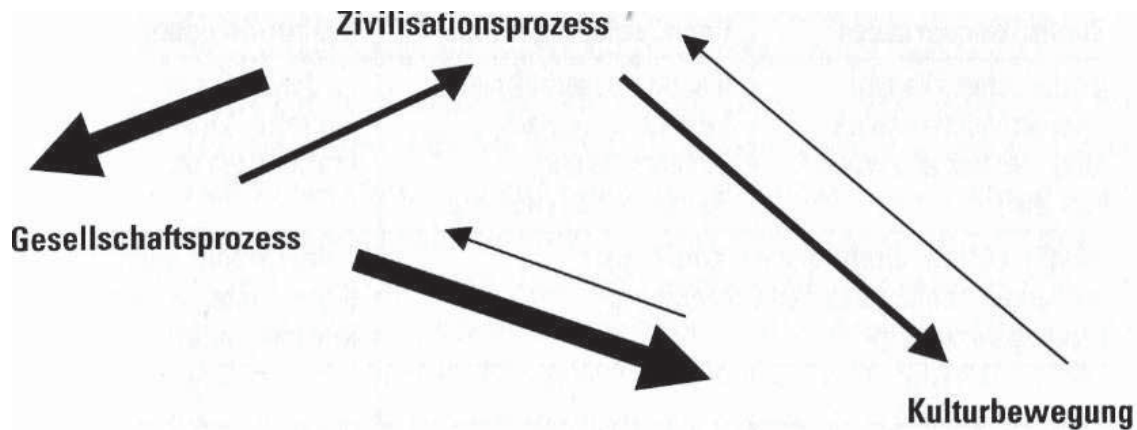
Zivilisations- und Gesellschaftsprozess umfassen die technischen sowie sozialökonomischen Entwicklungen. Zumindest liegt eine grobe Deckungsgleichheit mit dem Marxschen Begriff der Produktionsverhältnisse vor. In Übereinstimmung mit der jüngeren Diffusionstheorie der Entwicklung meinte auch Alfred Weber, dass die »Modernisierung« zu einer weitgehenden Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der in den Modernisierungsprozess einbezogenen Länder führe, dass also die Entwicklung der Produktionsverhältnisse quasi gesetzmäßig verlaufe; womit auch prognostische Hinweise sinnvoll möglich seien. Im Gegensatz zur Diffusionstheorie - und zum ökonomistischen Reduktionismus von Kulturerklärungen -, die letztlich eine vollständige internationale Homogenisierung auch der kulturellen Gegebenheiten behaupten, sieht Alfred Weber die »Kulturbewegung« von solcher vermeintlich gesetzmäßigen Angleichung ausgenommen. Die kulturellen Eigenarten sperrten sich aber nicht nur gegen internationale Homogenisierung, sondern modifizierten in je spezifischer Weise den Zivilisations- und Gesellschaftsprozess. Kultur erweist sich als langfristig stabile Eigenart eines Kollektivs, hier: der Gesellschaft.

Die langfristige Kultur-Stabilität eines Kollektivs wird anlässlich der jüngeren Wiederentdeckung des Kultureinflusses auf die sozialökonomische Entwicklung (die Priorität kommt allerdings schon der Historischen Schule zu) wieder als ein Wesensmerkmal des Kulturellen hervorgehoben und für die Erklärung von interregionalen und internationalen Entwicklungsdifferenzen herangezogen.³⁵ Über die Politik, die durch ihre Implementationen wesentlichen Anteil am Zivilisations- und Gesellschaftsprozess hat, macht sich die kulturelle Eigenart modifizierend geltend, d.h. dass zwar ein gemeinsamer kulturübergreifender Trend des Zivilisations- und des Gesellschaftsprozesses besteht, aber eben mit einer erheblichen Bandbreite. In diesem Rahmen kommen dann die kulturellen Besonderheiten der Nationen bzw. Kollektive zur Geltung. Sie bewirken Modifikationen des Zivilisations- und des Gesellschaftsprozesses. Beispielhaft lässt sich dieser Gedankengang an Fourasties Theorie des strukturellen Wandels veranschaulichen: Der Strukturwandel verläuft quasi gesetzmäßig (weshalb er auch prognostiziert werden konnte) in Richtung Tertiarisierung (Fourastie 1954). Doch hierbei handelt es sich sozusagen um einen historischen Korridor, in dem die tatsächliche Entwicklung weiter »rechts« oder weiter »links« verlaufen kann. Dieser Spielraum wird durch die Politik genutzt. Der schwedische Weg in die Dienstleistungsgesellschaft verläuft eben anders, quasi weiter »links«, als beispielsweise der nordamerikanische. Am Rande sei bemerkt, dass Alfred Webers Modell der Modifikation der sozialökonomischen Verhältnisse durch die Kultur dem bekannten Marxschen Diktum, »das Sein bestimmt das Bewusstsein« nicht widerspricht, aber die Bedeutung der Produktionsverhältnisse für die Bewusstseinsbildung insofern relativiert, als sie in ihrer konkreten Gestalt kulturellem Einfluss unterworfen sind. Es sind eben nicht nur die sozialökonomischen Veränderungen und die historische Dynamik von Zivilisations- und Gesellschaftsprozess, die auf das Bewusstsein einwirken, sondern das sozial vermittelte kulturelle Erbe disponiert in spezifischer Weise, wie welche Bewusstseinsinhalte durch die Produktionsverhältnisse ausgebildet werden können. Abbildung 1 verdeutlicht die gegenseitige Beeinflussung der drei Bereiche, wobei die relativen Einflusskräfte durch unterschiedliche Pfeile angedeutet werden.

Alfred Webers Hypothese der eigenständigen, der der Homogenisierung widerstehenden »Kulturbewegung« impliziert, dass zwischen verschiedenen Kollektiven mehr oder weniger große kulturelle Differenzen bestehen, die

³⁵ »... we define culture as those customary beliefs and values that ethnic, religious, and social groups transmit fairly unchanged (! KGZ) from generation to generation.« Siehe Guiso et al. 2006, 23.

Abbildung 1: Die drei Gesellschaftsbereiche nach Alfred Weber



auch bei enger Kommunikation im umfassenden Sinn (also einschließlich internationaler Wirtschaftsbeziehungen, Tourismus, Schüler- und Studentenaustausch etc.) nicht, schon gar nicht kurzfristig, verschwinden, sondern allenfalls etwas abgeschliffen werden und es zu partieller, sehr oberflächlicher Akkulturation kommen kann (weltweit gibt es Coca Cola und McDonalds-Restaurants, aber China bleibt doch »konfuzianisch«). Die mentalen Differenzen, also der geistig-seelische Untergrund der Kulturen, sind gegen solche Einflüsse *fast* immun, d.h. sie reagieren träge und wandeln sich allenfalls langfristig. Denn weitreichende Veränderungen der Mentalität setzen einen entsprechend tiefgreifenden Wandel in den Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen voraus. Nur dann erhalten neue bzw. bisher nur schwach ausgeprägte Mentalitätsmerkmale Gewicht und andere verlieren an Bedeutung oder können ganz eliminiert werden. Die jüngere interkulturelle Forschung bestätigt, wie noch genauer zu sehen sein wird, die theoretischen Überlegungen Alfred Webers zur relativen Autonomie des Kulturellen.

Die Abgrenzung von Mentalität und Ideologie bei Theodor Geiger

In der sozialwissenschaftlichen Literatur findet sich bis heute keine durchgehende, gar präzise Abgrenzung zwischen Mentalität und Ideologie. Vielmehr werden beide Phänomene häufig in einem weit gefassten Ideologieverständnis verbunden, obgleich die jeweils der Mentalität bzw. der Ideologie zuzuordnenden Erscheinungen durchaus detailliert beschrieben werden. Die begriffliche Verwischung lässt erstaunen, da Theodor Geiger (1891-1952) bereits 1932 eine klare Gegenüberstellung von Mentalität und Ideologie vorgenommen hatte (Geiger 1932, 76ff.), die dann aber nur vereinzelt kritisch rezipiert worden ist (Lenk 1986, 291 ff.). Ideologie stellt nach Geiger ein opportunistisches, kognitiv erfasstes Deutungs- und Handlungskon-

Abbildung 2: Mentalitätserfassung durch Indikatoren

Zivilisationsprozess	Gesellschaftsprozess	Kulturbewegung
(technischer Wandel, Produktivitätsentwicklung, Wirtschaftswachstum etc.)	(Eigentumsverhältnisse, Verteilung, soziale Differenzierung, politisches System etc.)	(bildende Kunst, Literatur, Musik, Präferenzen etc.)
relativ schnelle internationale Konvergenz im Verlauf der historischen Entwicklung (Homogenisierung)		relativ stabile Eigenständigkeit (internationale Inhomogenität)
⇓	⇓	⇓
Materieller Lebensstandard	Machtstrukturen	Mentalität
⇓	⇓	⇓
⇓	Interessengruppen und Interessenkonflikte; Ideologische Postulate (»Leistung muss sich wieder lohnen!«)	gefühlte geistig-seelische Grundhaltung; Gerechtigkeitsempfinden (»Keine soziale Armut zulassen!«)
materielles Anspruchsniveau		
⇓	⇓	⇓
⇒ Politische Gestaltung und ideologische Legitimierung ⇐ der Ziele, Zielrelationen und Mittel bzw. Instrumente der Politik		
⇓	⇓	⇓
Mentalitätserfassung durch Indikatoren		
⇓		⇓
Indirekt mittels		Direkt mittels
Wirtschaftsindikatoren: Einkommen, Beschäftigung, Wachstum, Produktivität etc. Sozialindikatoren: Verteilung, soziale Armut, Gender-Egalität, Frauenerwerbstätigkeit, Bildung etc. Ideologische Indikatoren: vorherrschende Interpretationsmodi der Sozialökonomie in den Medien, den Verlautbarungen von Politik, Parteien, Verbänden (Markt/Plan; Staat/Privatwirtschaft; zentral/dezentral; Makro-/Mikroorientierung; Angebots-/Nachfragepolitik etc.)		Mentalitätsindikatoren: soziales Vertrauen, Unsicherheitsvermeidung u.a.

zept dar, das relativ rasch übernommen oder auch wieder verworfen werden kann. Mentalität ist hingegen stark emotional verankert und lässt sich, einmal erworben, während des individuellen Lebenslaufs kaum noch verändern. Insofern konnte Geiger die Mentalität auch als der Ideologie *vorgelagert* charakterisieren. Die Mentalität selektiert quasi das Ideologische danach, ob und in welchem Grade es mit ihr vereinbar ist. Ideologie wird meist durch Propaganda i.w.S. verbreitet; Mentalität wird durch Erziehung, also soziale Vererbung vermittelt. Das Individuum und ein Kollektiv können recht flexibel - meist aus Opportunitätsgründen - die ideologische Einstellung wechseln. Die *kognitiven* Bewusstseinsinhalte treten hierbei deutlich hervor. Bei der psychisch tief verankerten Mentalität handelt es sich hingegen um geistig-seelische Grundausrichtungen, sozusagen *emotional* eingelassene Präferenzen, die nur über Generationen hinweg - allenfalls auch unter dem Eindruck eines psychischen »Supergaus« infolge katastrophaler Traumatisierung - erschüttert werden. Sowohl Mentalität als auch Ideologie besetzen die Psyche, erscheinen daher schwer unterscheidbar. Beide sind zudem von den kurzfristigen, konjunkturabhängigen Stimmungsschwankungen (zwischen Optimismus und Pessimismus) der Konsumenten und Investoren zu unterscheiden (Dueck 2008, 74ff. passim). Ohne klare begriffliche und operationalisierte Unterscheidung verschwimmen beide ineinander, d.h. die Anschauung bleibt blind für die Differenz. Die für die empirische Differenzierung erforderliche Operationalisierung kann gegenwärtig (noch) nicht mit neurobiologischen Methoden erfolgen. Es bleibt vorerst nur das Stabilitätskriterium: Mentalität ist intergenerational relativ stabil. Im Bewusstsein sind die Mentalitäts-Inhalte weit schwächer präsent als die ideologischen. Das liegt in der emotionalen Natur jener und in der kognitiven dieser begründet. Geiger bediente sich zur Veranschaulichung des Verhältnisses von Mentalität und Ideologie einer Metapher: Mentalität sei eine Haut, die Ideologie hingegen wie ein Gewand, das sich gemäß der jeweils modischen Kleiderordnung rasch wechseln lässt.³⁶ Daher entscheidet

³⁶ »Unter *Ideologie* seien verstanden: Lebens- und Weltdeutungen oder auch Gedankengefüge, die sich auf enger abgesteckte Gegenstandsbereiche, z.B. auf die Wirtschaft oder einzelne wirtschaftliche Tatsachen beziehen. Gemein ist diesen umfassenden sowohl als gegenständlich begrenzten Ideologien, dass sie als Doktrin oder Theorie auftreten. Sie sind also mitteilbar, sind mögliches Lehrgut, können gepredigt und verbreitet werden. Die *Mentalität* dagegen ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen.

Eine Reihe kennzeichnender Gegensätze mag aphoristisch deutlich machen, worum es geht. Mentalität ist *subjektiver* (wenn auch Kollektiv-)Geist - Ideologie ist *objektiver* Geist. Mentalität ist geistig-seelische *Haltung*, Ideologie ist Reflexion, ist *Selbst-*

die Mentalität darüber, ob und bis zu welchem Grade eine bestimmte Ideologie übernommen oder aber auch abgewehrt wird.

Die in einem Land jeweils vorherrschende Wirtschaftsideologie muss somit mit der Mentalität der Bevölkerungsmehrheit eines Landes (zumindest, wenn es eine Demokratie ist) verträglich sein. Anzupassen ist daher die Ideologie der Mentalität und nicht etwa umgekehrt, was sich in den wahlopportunistischen Rhetorik der Politiker immer wieder bestätigt. Die mentalen Prägungen sind emotional in der Psyche verankert. Deshalb erlauben sie weit zuverlässigere prognostische Einschätzungen sowohl des individuellen Verhaltens als auch der Neigungen und Abneigungen eines Kollektivs als die wandelbaren ideologischen Ausrichtungen. Geiger führte, um ein konkretes Beispiel zu nennen, die geringere Anfälligkeit der Anhängerschaft des »Zentrums« für die nationalsozialistische Ideologie auf die Mentalität katholischer Bevölkerungsteile zurück, aus denen sich die Zentrums-Klientel rekrutierte.³⁷ Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß die neoliberalistische Ideologie zu der Mentalität des jeweiligen Kollektivs passt.

Die skandinavischen Länder erweisen sich für den Neoliberalismus bisher weniger anfällig als die kontinentaleuropäischen (vgl. auch Pontusson 2006, 44); jüngst wurde von Anxo und Niklasson sogar konstatiert, dass »the Swedish model appears today more in accordance with the three core components of the original Swedish model« (Anxo/Niklasson 2004, 48; vgl. auch Fußnote 1), und das verweist auf die Verschiedenheit der Mentalitäten Nord- und Mitteleuropas und deren historische Stabilität.

auslegung. Mentalität ist >früher<, ist erster Ordnung - Ideologie ist >später<, ist zweiter Ordnung.... Mentalität ist *Lebensrichtung* - Ideologie ist *Überzeugungsinhalt*. Aus der Mentalität wächst die Ideologie als Selbstausslegung hervor - und umgekehrt: kraft schichttypischer Mentalität bin ich für diese oder jene ideologische Doktrin empfänglich; sie ist mir adäquat. Mentalität ist, im Bilde gesprochen. *Atmosphäre* - Ideologie ist *Stratosphäre*. Mentalität ist eine Haut - Ideologie ein Gewand.« Hervorhebungen im Original: Geiger 1932, 77f.

³⁷ Bei den Reichstagswahlen zwischen 1928 und 1932 hielt das Zentrum mit etwa 12% seinen Anteil der Reichstagsmandate, während die anderen bürgerlichen Parteien und die SPD zwischen 1928 und Herbst 1932 erhebliche Einbußen erlitten. Der Anteil der Reichstagssitze der »Bürgerlichen« sank von 42,79% im Mai 1928 auf 16,63% im November 1932. Die SPD rutschte von 31,16% auf 20,71% ab. Berechnet nach: Goerlitzetal. 1982, 91.

Die sozialökonomische Empirie des schwedischen Modells

Die skandinavischen Volkswirtschaften, insbesondere Schweden, heben sich, wie bereits betont wurde, durch ihre günstigere Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung seit längerem von fast allen anderen OECD-Staaten sehr vorteilhaft ab (Tabelle 1, S. 63).

Die Daten der Tabelle 1, die der Übersichtlichkeit halber nur die drei Länder Deutschland, Schweden und USA enthält, lassen erkennen, wie markant das schwedische Modell in den gesellschaftspolitischen Kernbereichen Beschäftigung, Zukunftsorientierung, Verteilung, Produktivitätsentwicklung, Armutsbekämpfung und Wachstum gegen die Politiktypen anderer Länder absticht.

Die Indikatorenwerte zur Verteilung und zur sozialen Armut bestätigen Schwedens Ruf als Wohlfahrtsstaat und egalitäre Gesellschaft. In krassem Widerspruch zu dem weit verbreiteten Fehltrail bzw. Vorurteil, egalitäre Verteilung, hohe Steuerquote und wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik gingen zulasten von Wachstum, Beschäftigung, technischem Fortschritt bzw. Produktivität - die »Neidsteuerdebatte« lässt grüßen -, bezeugen die schwedischen Daten das Gegenteil. Es sieht also danach aus, dass die geistig-seelische Grundeinstellung des schwedischen Kollektivs nicht nur eine humanere Gesellschaft, sondern auch eine erfolgreichere Ökonomie hervorbringt, als es in den meisten anderen OECD-Ländern gelingt. In diesem Sinn konstatieren denn auch Allard und Lindert (Allard/Lindert 2006), dass ihre Untersuchungsergebnisse zur europäischen Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung seit den 1960er Jahren den Theorien widersprechen, die negative Produktivitäts- und Beschäftigungseffekte auf die Existenz des Wohlfahrtsstaates zurückführen.³⁸ Die GLOBE-Studie, die noch eingehender herangezogen wird, gelangt zu dem Ergebnis, dass die egalitäre Tendenz des skandinavischen Modells dessen gute Wachstumsraten gerade begünstigt.³⁹

Die durchgängig besseren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ergebnisse Schwedens haben ihren Preis, nämlich die weit über dem OECD-Durchschnitt liegenden Staats- und Abgabenquoten. Dieser Sachverhalt ist in der deutschen Öffentlichkeit recht bekannt, denn die Massenmedien veröffentlichen hierzu - oft tendenziös selektierte - Zahlen. Meistens werden sie abwertend kommentiert und mit Schlagworten wie »Abgabenstaat« und

¹⁸ »Our results contradict theories on the negative effects of the welfare state...« Siehe Allard/Lindert 2006, 1 passim.

»The results suggest that movements towards economic and gender equality as seen in Scandinavia. for instance, can be recommended.« Siehe Harry C. Triandis, Foreword, in: GLOBE 2004, XVII.

»Gleichmacherei« assoziiert. Im Eifer der Negativpropaganda unterlaufen dann selbst Fachökonominnen gewisse »Ungenauigkeiten«. So moniert etwa der wegen seines strammen Neoliberalismus bekannte Leiter des Münchener ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, den hohen Anteil der in Staatsdiensten Beschäftigten in den skandinavischen Ländern (Sinn 2006), vermeidet aber die Tatsache zu erwähnen, dass in Deutschland ein erheblich höherer Anteil an der Gesamtbeschäftigung als in den skandinavischen Ländern auf die öffentliche Verwaltung entfällt; wäre es umgekehrt, hätte Sinn wohl die einschlägigen Zahlen genannt.⁴⁰ Doch die schwedischen Staatsfinanzen sind gesund, und zwar in einem Maße, das selbst von den neoliberalen OECD-Ökonomen als vorbildlich herausgestellt wird: keine Defizite, sondern Haushaltsüberschüsse (vgl. auch Tabelle 8 im Anhang). Auch frühere Versuche (vgl. die Kontroverse Korpi 2000; Henrekson 2001), den Schweden Mängelrügen in der Wachstums- und umweltpolitischen Leistung⁴¹ zu erteilen, stützten sich auf allzu einseitig ausgewählte Daten (Henrekson 2001). Die schwedische Fiskalpolitik liegt auf der Linie des Wagnerschen Gesetzes, das bekanntlich die steigende öffentliche und insbesondere Staatstätigkeit mit der zunehmenden Bedeutung des »Kultur- und Wohlfahrtszwecks« begründet - eine Kategorie, die durchaus der geistig-seelischen Einstellung der schwedischen Gesellschaft, also ihrer Mentalität, zugerechnet werden kann.

Der seit Mitte der 1970er Jahre sichtbare Wachstumsrückgang in den westlichen OECD-Ländern und dessen negative Folgen für die Beschäftigung sowie die Globalisierung und die neue Dominanz des Finanzmarktkapitalismus gingen auch an den skandinavischen Ländern nicht spurlos vorüber, aber sie sind offensichtlich einer anderen wirtschaftspolitischen Leitlinie gefolgt, als sie für die meisten anderen OECD-Staaten maßgeblich wurde, und zwar einer Keynes'schen Konzeption. Die relativ stärkere Einkommensnivellierung sowie die Betonung von zukunftsbezogenen Staatsausgaben für Bildung und Wissenschaft entsprechen auch den politischen Vorstellungen von Keynes. Wie erwähnt, stellt die GLOBE-Studie gerade

⁴⁰ Beschäftigungsanteile der öffentlichen Verwaltung im Jahr 2004 (in % der Gesamtbeschäftigung): Dänemark 4,9; Deutschland 7,1; Finnland 4,6; Norwegen 5,6; Schweden 5,8; USA 6,2 (Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, 148.)

⁴¹ CO₂-Ausstoß im internationalen Vergleich (2003)

	t je Einwohner	kg je BIP-Einheit
Deutschland	10,35	0,41
Schweden	5,98	0,21
USA	19,68	0,55

(Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, 152)

die Egalität, also wohl das typischste »Kulturmerkmal« des schwedischen Modells, als besonders günstig für das Wachstum heraus. Hierbei fällt auf, dass Schweden faktisch - wenn auch nicht explizit ausgewiesen - gerade jenen Empfehlungen folgte, die Keynes im Zusammenhang mit seiner Langfristprognose zur Entwicklung der kapitalistischen Volkswirtschaften für die Zeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges, also verbunden mit seinem Stagnationstheorem, gegeben hatte (Keynes 1930,1937,1943; Zinn 2006b, 2007a; Reuter 2000, 2007): gleichmäßigere Kaufkraftverteilung, um die Sparquote zu senken; relative Ausweitung der Staatstätigkeit; staatliche Interventionen zu besserer Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten.

Zum letztgenannten Punkt empfahl Keynes Arbeitszeitverkürzungen, was in Schweden bisher keine wesentliche Rolle spielte, weil die arbeitsmarktpolitischen Interventionen auf Stabilisierung der Beschäftigung (Arbeitsvolumen) konzentriert wurden. Die klare Betonung der makroökonomischen Steuerung und die Beibehaltung der eigenen Währung - von der Ausnahme Finnland abgesehen - werden immer wieder als markante Eigenheiten des skandinavischen Vorgehens bei der Krisenbewältigung angeführt (Hein/Menz/Truger 2006) und als wesentlich für die wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfolge hervorgehoben. Ohne eigene Währung und die damit mögliche Abwertung der Schwedenkrone hätte Schweden die nach 1990 abrupt einsetzende Beschäftigungskrise wohl kaum so rasch überwunden wie es der Fall war.

Wie in den vorstehenden Ausführungen deutlich wurde, hat auch Schweden die international anerkannte Wachstumsorientierung bisher nicht infrage gestellt und kann mit erstaunlich guten Wachstumsergebnissen aufwarten. Im Zeitraum 1994-2004 (vgl. Tabelle 7 im Anhang) erreichte das Land mit knapp 30% BIP-Zunahme pro Kopf einen Spitzenwert; von den ausgewiesenen 16 OECD-Ländern lagen nur Irland (88,9%), Finnland (38,6%) und Spanien (30,7%) darüber; Deutschlands Wachstumsziffer (14,1%) nimmt hingegen vor der Schweiz den vorletzten Platz ein.

Die beiden für internationale Leistungsvergleiche bevorzugten Indikatoren Wachstum und Beschäftigung können allerdings die eigenwilligen Konturen des skandinavischen Modells - die »gesellschaftlichen Verhaltensweisen«⁴² in historischer Fachterminologie - längst nicht angemessen

⁴² »Wenn Angehörige von Gruppen oder von Gesellschaften sich ähnlich verhalten, sprechen die Historiker von gesellschaftlichen Verhaltensweisen. Diese werden auch historische Verhaltensweisen oder historische Verhaltensformen genannt.« Siehe Nitschke 1981, 7.

abbilden. Vor allem bleibt in so begrenzter Sicht der Gesamtzusammenhang von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verdeckt. Das auffallende Egalitätsempfinden, das sich u.a. in der Einkommensverteilung, im Geschlechterverhältnis, im Bildungssystem und der vergleichsweise niedrigen Quote der sozialen Armut äußert, bildet ein herausragendes Merkmal des skandinavischen Modells, wie schon mehrmals betont wurde. Auch die soziale Kohäsion bzw. das soziale Vertrauen innerhalb der Gesellschaft verweist auf die politischen Prioritäten der egalitären Grundeinstellung.

Die im internationalen Vergleich hohe Steuer- und Abgabenquote und das entsprechende Niveau des Staatsanteils gehören zwar zu den von den Kritikern des schwedischen Wohlfahrtsstaates am heftigsten gescholtenen Besonderheiten, doch gerade in dieser staatlichen, das Gemeininteresse gegenüber dem individualistischen Selbstinteresse aufwertenden Haltung äußert sich das hohe Maß gesellschaftlicher Kohäsion und sozialer Rücksichtnahme.

Belegt wird das zum Beispiel auch durch die seit Jahrzehnten erfüllte entwicklungspolitische Forderung, mindestens 0,7% des BIP für die Entwicklungshilfe bereit zu stellen, und durch das äußerst niedrige Korruptionsniveau der skandinavischen Länder (Transparency 2006; Corruption 2005; Transparency 2002).

In diesem Zusammenhang mag die Vermutung nicht abwegig sein, dass ein niedriges (hohes) Korruptionsniveau auch mit einer geringen (starken) Deformation der politischen Willensbildung durch Lobby-Aktivitäten bis hin zur halblegalen Quasi-Bestechung von Mandatsträgern durch Interessengruppen einhergeht.

Liberalen Regelungen, soweit sie beschäftigungs- und wachstumspolitisch effektiv angewandt werden können, scheitern aber im Norden Europas keineswegs an ideologisch bedingter Abwehr. So treffen die mikroökonomischen Einheiten in den skandinavischen Ländern anscheinend auf weniger Hindernisse beim Strukturwandel als in kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften. Zum nordischen Modell gehört nämlich eine effiziente Kombination aus makroökonomischer Niveausteuerung und mikroökonomischer Anpassungsflexibilität (Pontusson 2006, 52f.). Anxo und Niklasson sehen darin sogar einen »neuen historischen Kompromiss der Verbindung von unternehmerischen Flexibilitätsforderungen und dem gewerkschaftlichen Bestreben, Vollbeschäftigung und Einkommenswachstum zurück zu gewinnen« (Anxo/Niklasson 2004, 49).

Den Erfordernissen des Strukturwandels wird dadurch besser gedient, als es Deutschland und etlichen anderen Volkswirtschaften gelingt, die sich

Tabelle 1: Drei-Länder-Leistungsvergleich

	Deutschland	Schweden	USA
Beschäftigungsentwicklung (Zu-/Abnahme der Arbeitsstunden 1994-04 in %)	-6.8	+ 4.9	+ 10.8
Arbeitslosenquoten			
1980	2.6	2.0	7.2
1990	4.8	1.7	5.6
1995	8.0	8.0	5.6
2000	7.8	5.6	4.0
2005	9.5	7.4	5.1
Inflationsraten			
1970-80	5.1	9.2	7.8
1980-90	2.6	7.6	4.7
1999-04	1.3	1.4	2.5
Frauenerwerbsquote (2003)	59.9	71.8	65.4
Erwerbsquote Älterer (55-64 Jahre; 2004)	39.2	69.5	59.9
Erwerbsquote gering Qualifizierter (ohne Berufsabschluss)	50.2	67.5	57.8
Zukunftsorientierung (Gesamtindikator aus Tabelle 3)	-30.02	+17.92	+ 8.81
Gini-Koeffizient (Einkommen)	28.3	25.0	40.8
Stundenproduktivität (jährliche Veränderung 1991-2004 in % auf EURO-Basis)	0.5	-4.2	-1.5
Lohnstückkosten (jährliche Veränderung 1991-2004 in %)	-0.3	-2.4	-1.1
Armut (Human poverty index; HDR 2006)	10.3	6.5	15.4
BIP-Wachstum pro Kopf (gesamt von 1994 bis 2004)	14.1	29.4	23.4
Staatsquote (2004)	47.0	57.3	36.4
Abgabenquote (2004)	34.6	50.7	25.4
Ausgaben für F&E (% BIP in 2005)	2.46	3.86	2.67

Quellen: Daten aus Tabelle 3 sowie den Tabellen 7,8 und 9 im Anhang; Schröter, 2007; Human Development Report 2006; Deutschland in Zahlen 2006,132,145; Statistics 2007,42,

auf eine mikroökonomisch bornierte Angebotspolitik beschränken, aber die für den Strukturwandel notwendige Anhebung des gesamtwirtschaftlichen Nachfrageniveaus verwerfen⁴¹ und zugleich Strukturschwächen durch Subventionen konservieren, statt die öffentlichen Fördergelder ausschließlich für beschäftigungswirksamen Strukturwandel zu verwenden.

Die in Skandinavien vergleichsweise hohe Priorität für egalitäre Gestaltung der sozialen Verhältnisse legt die Vermutung nahe, dass dort auch andere Glücksvorstellungen heimisch sind als in Gesellschaften, die stärker hierarchisch und autoritätsorientiert disponiert sind. Es sei exkursorisch bemerkt, dass in einem denkbaren »gesellschaftlichen Diskurs« Skandinaviens über den Beitrag der Ökonomie zum »guten Leben« neuere Erkenntnisse zum offenbar nur sehr beschränkten Glückspotential ständig weiter steigender (Konsum-)Einkommen beachtet würden (vgl. Di Tella/MacCulloch 2006; Kahnemann/Krueger 2006; Schaaff 1991, 1999; Mayring 1999; Ötsch 1999; Zinn 1995; Easterlin 1974) und eine größere Chance als in anderen Nationen bekämen, als vernünftige Argumente - vernünftig im Sinn der Aristotelischen Phronesis (vgl. Latouche 2004) - gegen die seit langem überwertige Wachstumsorientierung anerkannt zu werden.

Der Leistungsvergleich zwischen den Ländern ließe sich noch länger fortsetzen, aber das bisher vorgestellte Bild der Realität des schwedischen Modells dürfte genügen, um ein quasi *traditionell* sozialdemokratisches Werturteil zu fällen: Schweden ist eine vorbildliche Volkswirtschaft sowohl unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Aspekten seiner Wachstumsstärke, der Innovationsfähigkeit und der fiskalischen Stabilität als auch ein relativ egalitärer Wohlfahrtsstaat mit weitaus besser realisierter Chancengleichheit und der Konzentration auf dauerhafte Zukunftsfähigkeit.

Exkurs: Vorrang des Beschäftigungsziels - Bewältigung des Rationalisierungsproblems in Schweden

Wachstum gilt nach landläufiger Meinung als eine wesentliche (für viele Autoren: unabdingbare) Voraussetzung für höhere Beschäftigung. Der Beschäftigungseffekt des Wachstums hängt von der jeweiligen Beschäftigungsschwelle ab, die durch das (gesamtwirtschaftliche) Produktivitätswachstum

⁴¹ »Hence, the tendency towards re-coordination of collective bargaining co-exists with a marked tendency to decentralisation, differentiation and individualisation of wage setting and working conditions. Although contradictory at first sight, these tendencies should not be interpreted as a weakening of the Swedish collective bargaining tradition, but should rather be considered as re-composition and adaptation of the Swedish Model of Industrial Relations in face of the major transformations in work Organisation and production process undergone under the last decades.« Anxo/Niklasson 2004, 48.

bestimmt wird. Bei Wirksamwerden des Verdoornschen Gesetzes (Verdoorn 1949) kann daher der Beschäftigungseffekt trotz relativ hohen BIP-Wachstums wider Erwarten gering ausfallen oder gar negativ werden. Der grundsätzlich erwünschte produktivitätswirksame technische Fortschritt hat u. U. technologische Arbeitslosigkeit zur Folge, wie seit Ricardos Neu-urteilung des »Maschinenproblems« (Ricardo 1972, 287ff.; Zinn 2005, 258f.) auch von der harmoniegläubigen Ökonomik zur Kenntnis genommen werden musste. Produktivitätssteigerungen *infolge* des Abbaus weniger produktiver Arbeitsplätze (horribile dictu: »Entlassungsproduktivität«) bei unveränderten Produktionsfunktionen stellen selbstverständlich keinen technischen Fortschritt dar, sondern entsprechen quasi einer »Rückwärtsbewegung« auf der klassischen Ertragsfunktion.

Die Betrachtung der Beschäftigungspolitik im Spannungsfeld von BIP-Wachstum und produktivitätswirksamem technischen Fortschritt dient hier der Beurteilung, ob bzw. in welchem Grad das Beschäftigungsziel realisiert wird. Anschließend wird die Verteilungssituation im Hinblick auf die Vereinbarkeit bzw. Unvereinbarkeit einer relativ egalitären Verteilung mit einem hohen Beschäftigungsniveau untersucht.

Der technische Fortschritt wird hier mittels so genannter »Zukunftsindikatoren« erfasst; es handelt sich um vier Inputindikatoren und einen Outputindikator. Hoher Input müsste auch zu entsprechend hohem Output einschließlich eines starken Produktivitätswachstums (bzw. sinkender Lohnstückkosten) führen.

Sofern trotz hohen Inputs in den technischen Fortschritt nur ein relativ schwaches Produktivitätswachstum erreicht wird, so mangelt es entweder an der effizienten Verwendung der Ressourcen oder/und es entstanden unproduktive Arbeitsplätze in entsprechender Zahl. In Abbildung 3 sind die Zusammenhänge verdeutlicht.

Abbildung 3: Input in technischen Fortschritt (»Zukunftsindikatoren«)



Tabelle 2: Zukunftsindikatoren

Land	Wissens- investitionen	Investitionen in Forschung und Entwick- lung	Forscher- quote	Hochqualifizierte		Patente
				25-64 Jahre	25-34 Jahre	
	(1)	(2)	(3)	(4)		(5)
D	3,9	2,49	6,9	24	> 22	278
S	6,8	3,98	11,0	33	< 40	460
USA	6,7	2,68	9,6	38	< 39	225
0 (N=3)	5,8	3,05	9,16	31,66	33,66	321

[1] = F-u-E, Ausgaben für höhere Bildung in % BIP im 2002

[2] = in % BIP im Jahr 2004

[3] = Forscher je 1000 Beschäftigte im Jahr 2003; USA 2002

[4] = in % der Bevölkerung im Jahr 2003

[5] = Triadenpatente je 1 Mio. Beschäftigte im Jahr 2003, d.h. jeweils zusätzlich zum Inlandsmarkt in den anderen Triadenregionen angemeldete Patente

Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, 154, 156.

Die »Zukunftsindikatoren« in Tabelle 2 zeigen eine klare Rangfolge: Schweden > USA > Deutschland. Die einzelnen Indikatoren sind der Übersichtlichkeit halber zu einem »Gesamtindikator der Zukunftsinputs« zusammengefasst (Tabelle 3b).

Für die Beurteilung der längerfristigen Resultate der Beschäftigungspolitik sind Arbeitslosenquoten u.E. nur sehr eingeschränkt aussagekräftig, da sie tendenziell mehr oder weniger geschönt werden (können) und stets recht weit von der *breiten* Arbeitslosigkeit abweichen, die u.a. die Stille Reserve einschließt und für die keine international vergleichbaren Zahlen vorliegen. Die Veränderung der geleisteten Arbeitsstundenzahl, vor allem aber die Beschäftigungsquoten der auf den Arbeitsmärkten benachteiligten Gruppen (Frauen, ältere Erwerbspersonen und gering Qualifizierte) liefern eine aussagekräftigere Grundlage für die Beurteilung der beschäftigungspolitischen Erfolge bzw. Misserfolge eines Landes als die statistischen Arbeitslosenquoten. Solche Daten zur Beschäftigtenstruktur geben auch einen Hinweis auf die *humane* Dimension des Beschäftigungsproblems, d.h. sie lassen direkt (indirekt) die mehr oder weniger starke Inklusion (Exklusion) von benachteiligten Erwerbspersonengruppen eines Landes erkennen. Die vergleichsweise »guten« Daten Schwedens bestätigen die Erwartung, dass sich die Mentalität einer relativ egalitären Gesellschaft auch derart in der Beschäftigungspolitik niederschlägt, dass gerade bei jenen Gruppen, die größere Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, Schweden *erheblich* höhere Erwerbsquoten als die anderen Länder aufweist. Bei

Tabelle 3a: Prozentuale Abweichungen der länderspezifischen Zukunftsindikatoren vom jeweiligen Durchschnittswert sowie länderspezifische Gesamtindikatoren

Land	Wissen	F-u-E- Investitionen	Forscher- quote	Hochqualifizierte		Gesamt- indikator
				25-64 Jahre	25-34 Jahre	
	(1)	(2)	(3)	(4)		
D	-32,76	-18,36	-24,67	-24,19	-34,64	-26,92
S	+17,24	+ 30,49	+ 18,85	+ 4,23	+18,83	+17,92
USA	+ 15,51	-12,13	+ 4,80	+ 20,02	+ 15,86	+ 8,81

Quelle: Berechnung anhand Tabelle 2 - Der Gesamtindikator wird folgendermaßen aus den Indikatorwerten der Inputfaktoren (1) bis (4) gebildet: Berechnung des arithmetischen Mittels aus den drei Länderwerten des jeweiligen Indikators. Berechnung der prozentualen Abweichung des Indikators eines Landes von dem Durchschnittswert. Ungewichtetes arithmetisches Mittel der so berechneten prozentualen Abweichung der Einzelindikatoren eines Landes von dem jeweiligen Mittelwert.

Tabelle 3b: Die relative Zahl der Patentanmeldungen Schwedens korrespondiert zu den Inputfaktoren

Inputfaktoren:

Gesamtindikator S (17,9) > USA (8,8) > D (- 26,9)

Outputfaktoren:

Triadenpatente (2003 je 1 Mio. Beschäftigte) S (460) > D (278) > USA (225)

Gesamtwirtschaftliche Produktivität (1991-2004 jährl. Änderung) S (6,6) > USA (5,3) D (3,2)

Lohnstückkosten (jährl. Änderung 1991-2004 Euro-Basis) D (+ 0,5) > USA (-1,5) > S (- 4,2)

Quellen: Tabelle 1 und 3; Deutschland in Zahlen, 2006, S. 154.

Tabelle 4: Erwerbsquoten nach Qualifikation und Alter

Land	Erwerbsquoten nach Qualifikation			Erwerbsquoten nach Alter			Frauen- erwerbs- quote
	1	2	3	4	5	6	
Deutschland	50,2	69,7	83,0	41,9	79,5	39,2	59,9
Schweden	67,5	81,3	85,8	42,8	82,9	69,5	71,8
USA	57,8	73,3	82,2	53,9	79,0	59,9	65,4

1 = ohne Berufsabschluss; 2 = mit Berufsschulabschluss; 3 = Hochschulabschluss (Erhebungsjahr: 2003)

4 = 15 - 24 Jahre; 5 = 25 - 54 Jahre; 6 = 55 - 64 Jahre (Erhebungsjahr: 2004)

Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, 133-135.

den hoch qualifizierten Arbeitskräften (Hochschulabschluss) und im mittleren Alterssegment (25-54) sind die Abstände der Beschäftigungsquoten zwischen den Ländern - wie zu erwarten - weitaus geringer (vgl. Tabelle 4) als bei den »Problemgruppen«.

Die günstigen *strukturellen* Effekte der schwedischen Beschäftigungspolitik dürften nicht zuletzt auch mit der bildungspolitischen Ausrichtung - einschließlich der Maßnahmen zur Glättung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem (Stenberg 2006) - zu erklären sein. Das heißt, dass gerade dieser *zukunftsichtige* Politikbereich Priorität genießt. Dies zeigt sich auch daran, dass in Schweden die Akademikerquote in der jungen Altersgruppe (25-34 Jahre) mit 40% erheblich höher liegt als in der Gesamtbevölkerung (25-64 Jahre), die nur eine Quote von 33% aufweist (vgl. Tabelle 2), d.h. der schwedische Akademikeranteil steigt; in Deutschland ist das Gegenteil der Fall (22% in der jungen Altersgruppe; 24% in der Gesamtbevölkerung) - abgesehen von der insgesamt beschämend niedrigeren deutschen Quote der Hochqualifizierten.

Der starke Produktivitätsfortschritt Schwedens dürfte vorwiegend auf technischen Fortschritt zurückzuführen sein und nicht etwa auf »Entlassungsproduktivität«, da die schwedischen Werte der Zukunftsindikatoren an der Spitze liegen und kein Beschäftigungsrückgang (Arbeitsvolumen) seit 1994 zu registrieren war. Die rationalisierungsbedingten Arbeitsplatzverluste wurden durch Beschäftigungszunahmen an anderer Stelle kompensiert. Im Vergleich zu den USA expandierte die schwedische Beschäftigung zwar langsamer bzw. in geringerem Umfang (vgl. zur langfristigen Entwicklung der jährlichen Arbeitszeit pro Erwerbstätigem: Maddison 2001, 347), aber im Unterschied zu Deutschland wuchs die Beschäftigung.

(Rationalisierungsbedingte) Arbeitsplatzverluste schlagen sich entweder in einem entsprechenden Beschäftigungsrückgang nieder oder müssen durch BIP-Wachstum und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (womit noch nichts über deren Qualitäten und Entgelte gesagt ist) kompensiert werden. Beides trifft sowohl auf Schweden als auch auf die USA zu. In beiden Ländern verzeichnet der (weniger produktive?) Dienstleistungsbereich Anteilsgewinne. In den USA war/ist das jedoch zu einem erheblichen Teil mit der Ausweitung prekärer Beschäftigung (working poor) verbunden. In Schweden entspricht das Dienstleistungswachstum eher den stagnationstheoretischen Zukunftsvorstellungen Jean Fourasties zur »tertiären Zivilisation« (Fourastie 1954) nach der Maxime: Wenn mehr Dienstleistungen benötigt werden und erwünscht sind, sollen sie auch gemäß dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen entlohnt werden.

Der direkte Zugriff auf die mentalen Grundlagen der Politik (des schwedischen Modells)

Aus den bisherigen Ausführungen zum vermuteten ursächlichen Zusammenhang zwischen Mentalität und politischer Gestaltung ergaben sich Hinweise darauf, dass sich die geistig-seelische Grundverfassung der schwedischen Gesellschaft, also ihr kulturgeschichtlich gewachsener Sozialcharakter, ganz markant von den Sozialcharakteren anderer OECD-Länder unterscheidet, und zwar im Sinn einer traditionell sozialdemokratischen Orientierung. Diese Hypothese wurde auf indirektem Wege begründet. Es wurde dem oben vorgestellten Erklärungsmodell entsprechend von der politischen Realitätsgestaltung auf die jeweils *spezifische* Mentalität des (hier: schwedischen) Kollektivs geschlossen. Das Beispiel Schweden kommt unserer Argumentation selbstverständlich in besonderem Maße entgegen, weil sich das schwedische Modell besonders auffällig von den angelsächsischen und anderen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften abhebt.

Die dem Erklärungsmodell zugrundeliegende theoretische Überlegung zum Zusammenhang von Mentalität und politischer Gestaltung sei nun anhand von direkten Indikatoren, die einzelne Mentalitätsmerkmale abbilden, überprüft. Die Indikatoren, die direkt auf den Phänomenkomplex zugreifen, der hier unter dem Begriff der Mentalität zusammengefasst wird, sind der interkulturellen Forschung der jüngsten Jahrzehnte zu danken. Die einschlägigen Forschungsergebnisse können hier nicht vollständig referiert und für unsere Fragestellung ausgewertet werden. Wir beschränken uns stattdessen auf drei Untersuchungen zum interkulturellen Vergleich: 1. die bis in die 1970er Jahre zurückreichenden Forschungen von Geert Hofstede (Hofstede 2001); 2. die jüngere, sehr umfangreiche, von einer internationalen Forschergruppe erarbeitete »GLOBE-Study of 62 Societies« (GLOBE 2004); 3. eine Arbeit zum internationalen Vergleich des sozialen Vertrauens aus dem WZB (Delhey/Newton 2004). Die Untersuchung von Hofstede und die GLOBE-Studie sind primär auf einen engen betriebswirtschaftlichen Anwendungszusammenhang, speziell auf die Führungsaufgaben im internationalen Management, gerichtet. Die Probanden der jeweiligen Untersuchungen rekrutieren sich aus dem Management von Unternehmen, so dass ein anderes Erkenntnisinteresse leitend war, als es unserer Fragestellung zugrunde liegt. Die Indexwerte dürften somit nicht repräsentativ für die jeweiligen Gesamtgesellschaften sein. Dennoch erscheinen die Daten für unsere Fragestellung insofern brauchbar, als sich - wie Hofstede feststellt (Hofstede 2001, 257ff.) - in den abgefragten Wertvorstellungen im Unterschied zu abgefragten Praktiken nicht unternehmensspezifische, sondern gesellschaftliche bzw. nationale Orientierungen äußern. Dies erklärt

wohl auch die zum Teil erheblichen Abweichungen zwischen den Ist- und den Soll-Werten eines Items in der GLOBE-Studie, die häufig sogar negativ korreliert sind.⁴⁴ Die Daten Hofstedes geben Wertäußerungen wieder. In der GLOBE-Studie wird zwischen Soll (Should Be = Values/Werte) und Sein (As Is = Practices/Praktiken) getrennt. Für unsere Thematik sind primär die auf Werte bezogenen Äußerungen und nicht die zu den (unternehmensbezogenen) Praktiken relevant.

Die GLOBE-Studie erfasst neun Indikatoren; Hofstede beschränkte sich ursprünglich auf nur vier Indikatoren und fügte später einen fünften hinzu (Langfristorientierung), der erst durch die Einbeziehung der »konfuzianischen« Gesellschaften in den interkulturellen Vergleich virulent wurde. Die Untersuchungsergebnisse der Studien von Hofstede und GLOBE decken sich zwar nur teilweise, aber beide zeigen bei der interkulturellen Gegenüberstellung von Deutschland und Schweden deutliche Unterschiede, die in beiden Studien überwiegend in die gleiche Richtung weisen.

Die Autoren der jüngeren GLOBE-Studie beanspruchen dort, wo ihre Ergebnisse von denen Hofstedes abweichen, die »besseren« Daten zu liefern. Ob dieses Urteil berechtigt ist bzw. sich auf Dauer als haltbar erweist, soll hier nicht weiter interessieren, da in beiden Studien klare interkulturelle Differenzen zwischen Deutschland und Schweden konstatiert werden.

Es gibt bisher keine umfassende Beschreibung dessen, was alles zur Mentalität gehört bzw. gehören kann, und die sachlich gebotene deutliche Trennung von Mentalität und Ideologie fehlt noch weitgehend. Künftige Mentalitätsforschung wird den Merkmalskatalog erweitern und Differenzierungen derart vornehmen müssen, dass sich Mentalitätswandel detaillierter beschreiben - und ursächlich erklären lässt.⁴⁵ Vor dem Hintergrund der referierten Unterscheidung Theodor Geigers zwischen Mentalität und Ideologie lässt sich aber konstatieren, dass die in interkulturellen Untersuchungen herauskristallisierten bzw. benutzten Indikatoren vorwiegend Unterschiede in den Mentalitäten und nicht, zumindest nur sehr nachrangig ideologische Verschiedenheiten erfassen.

⁴⁴ »The Standard literature assumed that social practices and values are positively correlated. In this study, often, they were negatively correlated. In short, the managers indicated that >the way we do things< is negatively related to >what would be the ideal way of doing things<. This was especially strong in the case of Power Distance. ... If Uncertainty Avoidance was high, the managers indicated that they would have liked less of it.« Siehe Harry C. Triandis, Foreword, in: GLOBE 2004, XVII.

⁴⁵ Beispielsweise ist zu vermuten, dass einzelne Mentalitätsmerkmale rascher unter dem Einfluss sozialökonomischer Veränderungen aufgeweicht, verändert oder eliminiert werden, während sich andere Merkmale als relativ stabil erweisen und auch nicht durch neue substituiert werden.

Die Daten von Hofstede und Delhey/Newton

Sehr starke Unterschiede zwischen Deutschland und Schweden zeigen die von Hofstede bzw. Delhey/Newton vorgelegten Indexwerte bei der Maskulinität (bzw. Feminität), der Unsicherheitsvermeidung und dem Sozialen Vertrauen (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Geringe Maskulinität bedeutet ein hohes Niveau an Geschlechter-Gleichheit (Gender Egalitarianism in der GLOBE-Studie), und hier entspricht der schwedische Wert voll und ganz der durch die Wirtschafts- und Sozialindikatoren bereits begründeten Erwartung hoher Egalität. Gleiches gilt für das Soziale Vertrauen, das nicht als rationales, opportunistisches »tit for tat« zu verstehen ist, sondern die altruistische Zuwendung abbildet bzw. abbilden soll (vgl. zur psychologischen Spezifizierung von Altruismus Kais 1999).

Der hohe schwedische Wert für Soziales Vertrauen wird indirekt auch bestätigt durch das sehr niedrige Korruptionsniveau Schwedens (Transparency 2006, 5 und 2002, 5). Die Interpretation der relativ geringeren (größerer) Unsicherheitsvermeidung in Schweden (Deutschland) ergibt auf den ersten Blick keine so klare Auskunft über deren wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung. Unsicherheitsvermeidung ist etwas anderes als Risikoaversion: Unsicherheit korrespondiert mit Angst, Risiko allenfalls mit Furcht, aber Risiken können auch routiniert hingenommen werden (Hofstede 2001, 164f.) Im Zusammenhang mit den anderen Indices - insbesondere mit dem hohen sozialen Vertrauenswert - liegt somit die Deutung nahe, dass die schwedische Gesellschaft weniger »ängstlich« ist, sich eher auf »Experimente« einlässt, wenn die sozialökonomischen Umstände es geboten erscheinen lassen.

In der alten Bundesrepublik lautete die populäre Bundestags-Wahlparole der CDU 1957 »Keine Experimente«, und das zielte auf die Mentalität der Wahlberechtigten, nicht auf ideologische Vorstellungen. Ein anderes Beispiel für die Unsicherheitsvermeidung lieferte die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl vom September 2005: Die verfassungsrechtliche Möglichkeit, nach dem »unentschiedenen« Wahlausgang eine Minderheitsregierung zu bilden, wurde in den Medien und der Öffentlichkeit zu einer Art Horrorszenarium ausgemalt und hatte keine ernsthafte Chance gegen die vermeintliche Stabilität bei einer behaglicheren Großen Koalition. Auch hierbei dürfte Mentalität und nicht Ideologie ausschlaggebend gewesen sein. Unsicherheitsvermeidung dürfte auch die Tendenz der Wahlbevölkerung erklären, ihre Unzufriedenheit mit der praktizierten Politik bzw. den regierenden Parteien durch Wahlenthaltung kundzugeben, statt »experimentell« in größerem Maße Protestparteien zu wählen oder Protest durch Abgabe ungültiger Wahlzettel zu äußern.

Das gesellschaftliche Angstniveau steige und das subjektive Wohlbefinden einer Gesellschaft sinke mit dem Ausmaß der Unsicherheitsvermeidung, konstatiert Hofstede (Hofstede 2001, 161ff.). Daraus resultiere auch die positive Korrelation zwischen Unsicherheitsvermeidung und aggressiver verlaufenden Sozialbeziehungen (ebenda, 163f.). Wer Vergleiche zwischen dem deutschen und dem schwedischen Fahrverhalten im individuellen Kraftfahrzeugverkehr beobachten konnte, wird nicht nur die Wirkung der politisch gesetzten Unterschiede bezüglich Höchstgeschwindigkeit, Strafen bei Verstößen, umweltschutzbedingter Zufahrtsregelungen zu Agglomerationszentren etc. (Gamillscheg 2007) registriert haben (was nach der hier vertretenen Auffassung primär mit mentalen Verschiedenheiten zu erklären ist; vgl. auch Hofstede 2001, 164f.), sondern »im Durchschnitt« geht es auf den schwedischen/skandinavischen Autostraßen gelassener, entspannter, vor allem aber rücksichtsvoller zu als dort, wo »freie Fahrt für freie Bürger« als eine Art nationalen Grundrechts empfunden wird. Hofstedes Interpretation der in seiner Untersuchung gefundenen hohen deutschen Unsicherheitsvermeidung findet eine gewisse Bestätigung durch die interessante Erörterung des Phänomens der »German Angst« durch die Journalistin Sabine Bode (Bode 2006).

Unabhängig davon, ob ihre Hypothese, dass die »deutsche« Angst durch Traumatisierungen während der Nazi- und Kriegsjahre verursacht wurde oder ob die Wurzeln dieses psychischen Kollektivphänomens sehr viel weiter in die deutsche Geschichte zurückreichen, trifft sich Bodes Phänomenbeschreibung mit Hofstedes Sicht auf die deutsche Ängstlichkeit. Der Göttinger Neurobiologe Gerald Hüther sieht ebenfalls ein auffälliges Angstpotential bei den Deutschen, das mit geringem sozialen Vertrauen verbunden sei: »Das Misstrauen ist ein Riesenmerkmal unserer Gesellschaft.« Und: »Unsere bundesdeutsche Gesellschaft ist voll von Problemen, die aus mangelndem Vertrauen entstanden sind« (zitiert nach Bode 2006, 161f.).

Die GLOBE-Studie

Die jüngere, sehr viel umfangreichere GLOBE-Studie bestätigt Hofstedes Ergebnisse in weiten Teilen, aber nicht vollständig. Wesentlich ist hier jedoch, dass auch die GLOBE-Studie ganz erhebliche interkulturelle (mentale) Verschiedenheiten zwischen den Gesellschaften und eben auch zwischen so eng benachbarten wie Deutschland und Schweden nachweist, d.h. es bestehen klare Abstände i.S. von größer/kleiner zwischen den länderspezifischen Werten.

Die GLOBE-Studie geht nicht nur vom Umfang her über die Arbeiten von Hofstede hinaus, sondern durchgängig wird, wie erwähnt, zwischen Ist-

Zustand bzw. Praxis (»As Is«) und erwünschtem Zustand bzw. Wertvorstellung (»Should Be«) getrennt (vgl. Tabelle 6a).

Mit wenigen Ausnahmen weichen die Indikatorwerte der Wert- bzw. Wunschvorstellungen nicht nur erheblich von denen der realisierten Praxis ab, sondern sind in etlichen Fällen zueinander negativ korreliert. Eine negative Korrelation kann als Symptom der Unzufriedenheit mit den realen Gegebenheiten (so in der GLOBE-Studie konstatiert) interpretiert werden. Eine positive Korrelation wäre hingegen als Ausdruck eines sehr hohen Anspruchsniveaus derart zu verstehen, dass ein als befriedigend empfundener Ist-Zustand noch verbessert werden sollte. Unzufriedenheit und forderndes Anspruchsniveau liegen zwar eng beisammen, sind aber doch mental Verschiedenes.

Die stärkste Indexabweichung zwischen der Hofstede-Untersuchung und der GLOBE-Studie findet sich bei der Unsicherheitsvermeidung (Uncertainty Avoidance); es besteht ein klarer Gegensatz zwischen den Ergebnissen. Hofstede weist für Deutschland eine sehr viel höhere Unsicherheitsvermeidung als für Schweden aus; die GLOBE-Studie positioniert Schweden geringfügig höher als Deutschland bei der Unsicherheitsvermeidung. Wahrscheinlich sind die gegenläufigen Aussagen durch die jeweiligen Fragestellungen bedingt, aber auch die Untersuchungskonstellationen und/oder die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte könnten Abweichungen erklären; zeitraumbedingte Veränderungen sollten allerdings bei aussagekräftigen Items des interkulturellen Vergleichs nicht auftreten (können). Bei den anderen Indices gelangen die beiden Untersuchungen, soweit die Items sich ungefähr entsprechen, jedoch zu etwa *gleich gerichteten* Ergebnissen, d.h. die Relationen größer/kleiner zwischen Deutschland und Schweden stimmen in den beiden Studien überein (Langfristorientierung/Future Orientation; Maskulinität/Gender Egalitarianism; Machtdistanz/Power Distance). Der Hofstedesche Individualismusindex hat keine klare Entsprechung in der GLOBE-Studie, und er kann auch nicht als Gegenpol zu den zwei Indices der Kollektivorientierung (Institutional Collectivism; In-Group Collectivism) verstanden werden. Denn Individualismus stellt weder einen eindeutigen Gegensatz zur Wertschätzung von Gemeinschaft und Gemeinwohl (Institutional Collectivism) noch zur Wertschätzung der Familie und zum ausgeprägten Familiensinn (In-Group Collectivism) dar.

Es versteht sich, dass hier weder eine kritische Auseinandersetzung mit der voluminösen GLOBE-Studie beabsichtigt ist, noch auch nur oberflächliche Plausibilitätsbetrachtungen bezüglich der eventuell unterschiedlichen Aussagekraft und Deutungsrelevanz von Hofstede und GLOBE für die Totalität der jeweiligen Kultur einer Gesellschaft vorgenommen werden kön-

Tabelle 5a: GLOBE-Studie: a) = Ist (As Is); b) = Soll (Should Be)

1. Performance Orientation	a)	USA	>	D	>	0	>	S
		4,49		4,25		4,10		3,72
	b)	USA	>	D	>	0	>	S
		6,14		6,01		5,94		5,80
2. Assertiveness	a)	D	=	USA	>	0	>	S
		4,55		4,55		4,14		3,38
	b)	USA	>	0	>	S	>	D
		4,32		3,82		3,61		3,09
3. Future Orientation	a)	S	>	D	>	USA	>	0
		4,39		4,27		4,15		3,85
	b)	0	>	USA	>	S	>	D
		5,49		5,31		4,89		4,85
4. Humane Orientation	a)	USA	>	S	>	0	>	0
		4,17		4,10		4,09		3,18
	b)	S	>	USA	>	D	>	0
		5,65		5,53		5,46		5,42
5. Institutional Collectivism	a)	S	>	0	>	USA	>	D
		5,22		4,25		4,20		3,56
	b)	D	>	0	>	USA	>	S
		4,82		4,73		4,17		3,94
6. In-Group Collectivism	a)	0	>	USA	>	D	>	S
		5,13		4,25		4,02		3,66
	b)	S	>	USA	>	0	>	D
		6,04		5,77		5,66		5,18
7. Gender Egalitarianism	a)	S	>	0	>	USA	>	D
		3,84		3,37		3,34		3,10
	b)	S	>	USA	>	D	>	0
		5,15		5,06		4,89		4,51
8. Power Distance	a)	D	>	0	>	USA	>	S
		5,25		5,17		4,88		4,85
	b)	USA	>	0	>	S	>	D
		2,85		2,75		2,70		2,54

9. Uncertainty Avoidance	a)	S	>	D	>	USA	>	0
		5,32		5,22		4,15		4,14
	b)	0	>	USA	>	S	>	D
		4,64		4,00		3,60		3,32

Durchschnitt von N = 61; vgl. Tabelle 11.

Tabelle 5b: Hofstede und Delhey/Newton

1. Machtdistanz	0	>	USA	>	D	>	S
	56,8		40		35		31
2. Individualität	USA	>	S	>	D	>	0
	91		71		67		43
3. Maskulinität	D	>	USA	>	0	>	S
	66		62		48,7		5
4. Unsicherheitsvermeidung	0	=	D	>	USA	>	S
	65,4		65		46		29
5. Langfristorientierung	0	>	S	>	D	>	USA
	48,5		33		31		29
0 1-4: N = 53; 5: N = 22							
Soziales Vertrauen	S	>	D	>	USA	>	0
N = 60 (Delhey/Newton)	60		39		36		28

nen. Die Indikatoren werden hier nur unter dem Gesichtspunkt gesehen, ob und in welcher Weise die jeweiligen Daten in einer plausiblen Relation zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Länder stehen.

Die beiden eingangs formulierten Fragen erstens nach einem markanten kulturellen Unterschied bzw. unterschiedlichen Mentalitäten zwischen den Ländern und zweitens einer daraus eventuell ersichtlichen mental bedingten Richtungsvorgabe für das politische Handeln können mit Rückgriff auf die ausgewiesenen Daten (Tabellen 5a und 5b bzw. 10 und 11 im Anhang) wie folgt beantwortet werden. Kulturelle/Mentale Unterschiede werden durch die Daten eindeutig nachgewiesen. Die politische Handlungsrichtung ist ebenfalls zu erkennen, wie nachstehende Indexwert-Relationen be-

Tabelle 6: Günstige und ungünstige Korrelationen nach der GLOBE-Studie (Auswahl)

Wachstum ist	positiv korreliert mit: Performance Orientation, Future Orientation, Institutional Collectivism, Uncertainty Avoidance, negativ korreliert mit: Power Distance, Maskulinität
Beschäftigung ist	positiv korreliert mit: Gender Egalitarianism negativ korreliert mit: Power Distance
Lebenserwartung bzw. Gesundheit ist	positiv korreliert mit: Gender Egalitarianism, Uncertainty Avoidance-Practices negativ korreliert mit: Performance Orientation, Power Distance, In-Group Collectivism, Assertiveness, Uncertainty-Values
Egalität ist	positiv korreliert mit: Future Orientation, Gender Egalitarianism negativ korreliert mit: Power Distance

Quelle: GLOBE, 2004, S. XVIf. passim.

Relationen der länderspezifischen Indexwerte (Vgl. Tabellen 10 und 11 des Anhangs)

legen. Schweden weist eine bessere Zukunfts- bzw. Langfristorientierung auf, liegt sowohl bei der Egalität als auch bei den Indikatoren des sozialen Zusammenlebens (Soziales Vertrauen; Humane Orientation) vor Deutschland. Bei der Machtdistanz (Power Distance), die nach der GLOBE-Studie ungünstig für Wachstum, Beschäftigung und Verteilungsgleichheit wirkt, liegt Schweden hingegen hinter Deutschland.

Die Frage, warum die Schweden die besseren Sozialdemokraten sind, wird also durch die Ergebnisse der interkulturellen Vergleichsdaten beantwortet - besser beantwortet, als es eine rein deskriptive Gegenüberstellung der Wirtschafts- und Sozialindikatoren der Länder zu leisten vermag. Die kulturelle Verschiedenheit der Länder, in die die jeweilige Politik eingefügt ist, hat allerdings auch die Konsequenz, dass die Übertragung einzelner Politikkomponenten schwierig, gar unmöglich ist, weil eben die kulturellen Differenzen fortbestehen.

In der GLOBE-Studie werden Korrelationsrechnungen zwischen den kulturellen Items und den sozialökonomischen Leistungsgrößen ausgewiesen. Einige interessante Ergebnisse werden in Tabelle 6 mitgeteilt.

Zum Keynesianismus des schwedischen Modells

»The political problem of mankind is to combine three things: economic efficiency, social justice, and individual liberty. The first needs criticism, precaution, and technical knowledge; the second, an unselfish and enthusiastic spirit, which loves the ordinary man; the third, tolerance, breadth, appreciation of the excellencies of variety and independence, which prefers, above everything, to give unhindered opportunity to the exceptional and to the aspiring.« (Keynes 1926b, 311)

Der Keynessche Dreiklang des vorstehenden Zitats von 1926, also zehn Jahre vor Erscheinen der »Allgemeinen Theorie«, hat an Aktualität nichts verloren und könnte auch als zentrale Maxime des schwedischen Modells gelten. Mit ökonomischer Effizienz und individueller Freiheit warten auch die Neoliberalen und zumindest Teile der Konservativen auf, wobei hier auf kritische Kommentierung ihrer Effizienz- und Freiheitsvorstellungen verzichtet sei (ausführlich hierzu: Hinkelammert 2007). Doch soziale Gerechtigkeit ist weder den Neoliberalen noch den Konservativen ein seriöses Anliegen und auch nicht mehr der »postmodernen« deutschen Sozialdemokratie. Die schwedische Gesellschaft und ihre Politik bewahrten hingegen ihre »Zuneigung zu den einfachen Leuten«. Den vorhergehenden Ausführungen dazu braucht jetzt nichts hinzugefügt zu werden. Vor allem die doch sehr weitgehende Korrektur der kapitalistischen Primärverteilung durch die egalisierenden Umverteilungsmaßnahmen und die Priorität für Beschäftigung unter Inkaufnahme bzw. bewusster Ausweitung von Staats- und Abgabenquoten finden außerhalb Skandinaviens keine Parallelen.

Was aber ist spezifisch keynesianisch an der schwedischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik? Es ist bereits daraufhingewiesen worden, dass sie implizit den wirtschaftspolitischen Empfehlungen nahekommt, die Keynes für die von ihm prognostizierte Stagnationsperiode gegeben hatte. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf die konzentriert formulierte Langfristprognose Keynes' vom Mai 1943 (Keynes 1943). Die gleichmäßigere Verteilung von Vermögen und Einkommen sowie das Vertrauen in die Überlegenheit bzw. Notwendigkeit des beschäftigungs- und sozialpolitischen Interventionismus sind Kernbestandteile der wirtschaftspolitischen Empfehlungen von Keynes. Sein Bekenntnis zum Liberalismus verband Keynes mit erheblichen Sympathien für die gesellschaftspolitischen Präferenzen der »Labour Party«, auch wenn er sich von dem linksradikalen Flügel, den er als »party of catastrophe« apostrophierte, abgestoßen fühlte (Keynes 1925, 297) - wohl auch aus Gründen seines bürgerlichen bzw. ästhetischen Habitus, den er keineswegs verhehlte. Für die Wirtschaftskonstellation der OECD-Länder seit Beginn der anhaltenden Wachstumsminde- rung seit Mitte der 1970er Jahre

haben Keynes' prognostische Überlegungen zur langfristigen (Beschäftigungs-) Entwicklung der reichen, technisch fortgeschrittenen kapitalistischen Länder (Keynes 1943, aber auch schon Keynes 1930) eminente Relevanz - sowohl für die Erklärung der Beschäftigungs- und Sozialkrise als auch für ihre mögliche Überwindung. Keynes' Langfristprognose ist zwar als Stagnationstheorem bekannt, wurde aber kaum in den Details rezipiert und meist auch missverstanden als bloß auf die Große Depression gemünzte Situationseinschätzung.⁴⁶ Die von der Keynes'schen Vorlage unbeeinflusste Theorie des Strukturwandels des Jean Fourastie kommt zur gleichen Sicht einer langfristig eintretenden Stagnation.

Von den beschäftigungspolitischen Empfehlungen zum Umgang mit der Stagnation seien drei Aspekte besonders hervorgehoben; alle drei enthalten verteilungspolitische Postulate:

1. Stärkung des »sinnvollen« Konsums durch gleichmäßige Kaufkraftverteilung, also tendenzielle Einkommensnivellierung.

2. Eine relative Ausweitung der Staatstätigkeit, d.h. Umverteilung vom privaten in den öffentlichen Bereich, was dem Wagnerschen Gesetz entspricht. Es handelt sich um eine dauerhafte Anteilsverschiebung, und somit muss auch die Finanzierung dauerhaft durch ordentliche Staatseinnahmen gesichert werden: Der dauerhaft höhere Staatsanteil verlangt eine höhere Steuer- bzw. Abgabenquote.

3. Keynes hielt auf längere Sicht die beiden vorgenannten Maßnahmen nicht für hinreichend, um Vollbeschäftigungswachstum zu sichern bzw. zu regenerieren, sodass er letztlich Arbeitszeitverkürzung als probates Mittel zur Sicherung der Vollbeschäftigung als unabdingbar einstufte. Die als Easterlin-Paradoxon (Easterlin 1974) bekannte rapide Abnahme des Grenznutzens der *allgemeinen* Einkommenssteigerungen auf hohem Niveau (im Unterschied zu *relativen* Erhöhungen i.S. von Keynes' »relativen Bedürfnissen«; Keynes 1930) bestätigt die dem Keynes'schen Stagnationstheorem zugrundeliegenden konsum- bzw. nachfragetheoretischen Prämissen.

Die beiden unter 1. und 2. genannten Handlungsvorgaben fanden und finden in der schwedischen Politik ein erhebliches Maß an Realisierung. In Deutschland ist dies nicht der Fall. Die Mehrzahl der heute führenden deutschen Sozialdemokraten ist der Tradition ihrer Partei entfremdet und die Politik und die Programmatik der »modernisierten« SPD liegen weit entfernt vom skandinavischen Modell (was ja auch den in die Hunderttausende gehenden Mitgliederverlust der SPD erklärt).

⁴⁶ Vgl. das Kapitel »Rezeptionslücke des Keynesianismus: Die Langfristperspektive keynesianischer Ökonomik« in diesem Band.

Für die deutschen Gewerkschaften lässt sich hingegen trotz ihrer unübersehbaren ideologischen Spaltung eine gewisse (mentale?) Vorliebe für den nordeuropäischen Weg erkennen, auch wenn in der Arbeitszeitfrage klare Gegensätze bestehen. Stabile, möglichst steigende Beschäftigung hat Vorrang; die Arbeitszeitfrage ist eine *cura posterior* in Schweden. Von 1973 bis 1998 nahm die Arbeitsstundenzahl pro Erwerbstätigem in Schweden um +0,7% zu. In Deutschland sank sie um 15,57% und in den USA um 6,75% (Berechnung nach: Maddison 2001, 347). Es ließe sich also konstatieren, dass Schwedens Beschäftigungspolitik so erfolgreich war, dass die »defensive« Beschäftigungssicherung durch kürzere Arbeitszeiten nicht erforderlich wurde. Die relativ hohen Leistungsbilanzüberschüsse, die Schweden in jüngerer Vergangenheit erzielte,⁴⁷ dürften allerdings nicht den Keyneschen Vorstellungen entsprechen. Keynes geißelte bekanntlich die Beschäftigungssicherung mittels permanenter Ausfuhrüberschüsse als »Export« von Arbeitslosigkeit bzw. als »beggar my neighbour policy«. Dennoch geht die schwedische Exportförderung (erinnert sei an die mehrfachen Abwertungen der Schwedenkrone) nicht - wie im Fall Deutschland - zulasten der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, sondern bildet *eine* Komponente der umfassenderen Nachfragepolitik. Schweden hat andererseits die Angebotsseite keineswegs vernachlässigt, wie sich unter anderem an der starken Zukunftsorientierung zeigt (vgl. die Zukunftsindikatoren der Tabelle 2). Wir dürfen also feststellen, dass Schweden die Keyneschen Topoi »ökonomische Effizienz« und »soziale Gerechtigkeit« weitaus besser miteinander vereinbart als alle anderen OECD-Länder. Und ob die Realisierung des Freiheitspostulats dort weniger gut gelingt als anderswo, ist eine Frage, deren Antwort von den einschlägigen Werturteilen abhängt, und diese sind Ausdruck der geistig-moralischen Einstellungen, also der Mentalität. In Schweden tönt der Keynesche »Dreiklang« harmonischer als in anderen Weltteilen.

⁴⁷ Leistungsbilanzsalden in % des BIP

Land	1990	1995	2000	2004
Deutschland	2,9	-1,2	-1,6	3,8
Schweden	-2,0	3,4	4,1	8,2
USA	-1,4	-1,5	-4,2	-5,7

Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, 140.

Anhang

Tabelle 7: Wachstum, Beschäftigung und Verteilung im Mehrländervergleich

Land	Gesamtwachstum 1994-2004(%)		Gini- Koeffizient (%)		Index der menschl. Armut	Rang- platz
	BIPpro Kopf	geleistete Arbeits- stunden		Erhe- bungs- jahr		
Mitteleuropa						
Belgien	20,4	9,8	33,0	2000	12,4	12
Deutschland	14,1	-6,8	28,3	2000	10,3	6
Frankreich	19,8	1,9	32,7	1995	11,4	10
Italien	15,5	5,4	36,0	2000	29,9	18
Niederlande	20,6	19,1	30,9	1999	8,2	3
Schweiz	7,6	-0,1	33,7	2000	10,7	7
Spanien	30,7	43,9	34,7	2000	12,6	13
Nordeuropa						
Dänemark	18,8	9,7	24,7	1997	8,4	5
Finnland	38,6	11,0	26,9	2000	8,2	4
Norwegen	27,1	6,4	25,8	2000	7,0	2
Schweden	29,4	4,9	25,0	2000	6,5	1
Angelsächsische Länder						
Australien	27,7	17,4	35,2	1994	12,8	14
GB	28,6	6,1	36,0	1999	14,8	15
Irland	88,9	36,1	34,3	2000	16,1	17
Kanada	25,9	20,0	32,6	2000	10,9	8
USA	23,4	10,8	40,8	2000	15,4	16

Quellen: 1. und 2. Spalte: Pontusson, 2006, S. 38; 3. und 4. Spalte: Menschliche Entwicklung, 2006, S. 361,401 f.

Tabelle 8: Indikatoren zur Fiskalpolitik

Land	Steuersätze 2005		Quoten 2004			Finanzierungs-saldo 2004	Staats-schuld 2004
	Eink.st.	Körperschafts-steuer	Mwst.	Staat	Abgaben		
D	44,3	26,4	16,0	47,0	34,6	- 3,7	65,5
S	56,6	28,0	25,0	57,3	50,7	+ 1,6	51,1
USA	42,9	39,9	-	36,4	25,4	##	##

Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, S. 137,139,146.

Tabelle 9: Jährliche Veränderungsrate von Stundenproduktivität und Lohnstückkosten

Land	Produktivitätsentwicklung			Lohnstückkosten (nationale Währung)			Euro-Basis
	1991-95	1995-00	2000-04	1991-95	1995-00	2000-04	
D	2,9	3,7	3,1	+ 3,4	- 0,5	- 1,0	+ 0,5
S	6,9	7,1	5,8	- 3,8	- 1,9	- 1,6	- 4,2
USA	3,9	5,7	6,5	- 0,9	- 0,9	- 1,5	- 1,5

Quelle: Deutschland in Zahlen 2006, S. 141.

Tabelle 10: Indexwerte (Rangplätze) zum interkulturellen Vergleich nach Hofstede (1-5) und Delhey/Newton (6)

		BRD	Schweden	USA	Durchschnitt
1.	Machtdistanz	35 (42/44)	31 (47/48)	40(38)	56,8 (N=53)
2.	Individualität	67 (15)	71 (10/11)	91 (1)	43,0 (N=53)
3.	Maskulinität	66 (9/10)	5 (53)	62(15)	48,7 (N=53)
4.	Unsicherheits-vermeidung	65 (29)	29 (49/50)	46(43)	65,4 (N=53)
5.	Langfrist-Orientierung	31 (14)	33 (12)	29(17)	48,3 (N=22)
6.	Soziales Vertrauen	39 (13)	60 (2)	36(18)	28 (N=60)

Die Indexwerte basieren auf Befragungen und rangieren theoretisch zwischen 0 und 100 (%). Die Untersuchung, aus der die Ergebnisse unter Ziffern 1-5 entnommen sind, bezog 53 Länder ein; die Studie zum sozialen Vertrauen 60 Länder (Bevölkerungsanteil mit sozialem Vertrauen).

Quellen: Hofstede, 2001, S. 31,70f., 117f., 160,238; Delhey/Newton, 2004, S. 15,34.

Tabelle 11: Indexwerte zum interkulturellen Vergleich der GLOBE-Studie

(zur schnelleren Erfassung der englischen Originalbezeichnungen sind vom Autor jeweils deutsche »Schlagworte« in Klammern hinzugefügt worden)

			Deutschland		Schweden		USA		Durchschnitt (N=61)	
			a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
1.	Performance Orientation	Ost	4,09	6,09						
		West	4,25	6,01	>3,72	>5,80	4,49	6,14	4,10	5,94
(Leistungsorientierung)										
2.	Assertive- ness	Ost	4,73	3,23						
		West	4,55	3,09	>3,38	<3,61	4,55	4,32	4,14	3,82
(Durchsetzungswille)										
3.	Future Orientation	Ost	3,95	5,23						
		West	4,27	4,85	<4,39	<4,89	4,15	5,31	3,85	5,49
(Zukunftsorientierung)										
4.	Humane Orientation	Ost	3,40	5,44						
		West	3,18	5,46	<4,10	<5,65	4,17	5,53	4,09	5,42
(Rücksichtnahme)										
5.	Institutional Collectivism	Ost	3,79	4,68						
		West	3,56	4,82	<5,22	>3,94	4,20	4,17	4,25	4,73
(Gemeinwohlverpflichtung)										
6.	In-Group Collectivism	Ost	4,52	5,22						
		West	4,02	5,18	>3,66	<6,04	4,25	5,77	5,13	5,66
(Familienorientierung)										
7.	Gender Ega- litarianism	Ost	3,06	4,90						
		West	3,10	4,89	<3,84	<5,15	3,34	5,06	3,37	4,51
(Geschlechtergerechtigkeit)										
8.	Power Distance	Ost	5,54	2,69						
		West	5,25	2,54	>4,85	<2,70	4,88	2,85	5,17	2,75
(Machtdistanz)										
9.	Uncertainty Avoidance	Ost	5,16	3,94						
		West	5,22	3,32	<5,32	<3,60	4,15	4,00	4,14	4,62
(Unsicherheitsvermeidung)										

a) Praxis (As Is); b) Wertvorstellung (Should Be); die Symbole > und < beziehen sich auf den Vergleich Schweden/ Westdeutschland

Quelle: GLOBE, 2004, S. 31,250f., 304, 306,365f., 410f., 468-471, 539f., 573f., 622f.

Erläuterung zu Tabelle 11:

Für die GLOBE-Studie wurden sowohl Sozialindikatoren-Werte aus vorliegenden Quellen (z. B. Human Development Report 1998) als auch Originalerhebungen (Befragungen mit einer von 1 bis 7 reichenden Antwortskala) herangezogen. Die Bandbreite der möglichen Indexwerte liegt also zwischen 1 und 7. Wir verzichten hier auf eine deutsche Übersetzung der Indexbezeichnungen zugunsten der Wiedergabe kurzer Zitate aus dem Original, die als Erklärung des jeweils erfassten Phänomenkomplexes dienen können:

1. »Performance orientation reflects the extent to which a Community encourages and rewards innovation, high Standards, and Performance improvement.« (Globe, 2004, 239)
2. »Broadly speaking, cultural assertiveness reflects beliefs as to whether people are or should be encouraged to be assertive, aggressive, and tough, or nonassertive, nonaggressive, and tender in social relationships.« (ebenda, 395)
3. »Cultural future orientation is the degree to which a collectivity encourages and rewards future-orientated behaviors such as planning and delaying gratification.« (Globe, 2004, 282)
4. »GLOBE's concept of the Humane Orientation cultural dimension defined as the degree to which Organization or society encourages and rewards individuals for being fair, altruistic, friendly, generous, caring and kind to others.« (ebenda, 569)
5. »The Institutional Collectivism construct was measured through a set of four questions that were focused on the degree to which institutional practices at the societal level encourage and reward collective action. Specifically, the questions assessed whether group loyalty is emphasized at the expense of individual goals, whether the economic system emphasizes individual or collective interests, whether being accepted by other group members is important, and whether individualism or group cohesion is valued more in the society.« (ebenda, 463)
6. »The Social In-Group Collectivism construct was also operationalized by a set of four questions that assessed the degree to which individuals express pride, loyalty, and interdependence in their families.« (ebenda, 463)
7. »... GLOBE's Gender Egalitarianism measure ... (reflects)... societies' beliefs about whether members' biological sex should determine the roles that they play in their homes, business organizations, and communities. Societies with greater gender egalitarianism rely less on biological sex to determine the allocation of roles between the sexes.« (ebenda, 347)

8. »Power Distance ... broadly speaking ... reflects the extent to which Community accepts and endorses authority, power differences, and status Privileges.« (ebenda, 513)
9. »Uncertainty avoidance involves the extent to which ambiguous situations are threatening to individuals, to which rules and order are preferred, and to which uncertainty is tolerated in a society.«(ebenda, 602)

5. Bekenntnis und Begründung - Überlegungen zur (linken) Sozialethik

Jenseits des politischen Umgangs mit moralischen Werturteilen:

Ohne vernünftige Reflexion von Normen bleiben sie beliebig

Sozialethik, insbesondere Wirtschaftsethik als ein Teilbereich, findet seit den 1980er Jahren steigende Aufmerksamkeit, und seitdem wurden etliche Lehrstühle für Wirtschaftsethik eingerichtet. Die internationale Diskussion zur »sozialen Gerechtigkeit« hatte schon zuvor erheblich an Fahrt aufgenommen, was durch die als epochal eingeschätzte Abhandlung von John Rawls, »Eine Theorie der Gerechtigkeit« (Rawls, 1999), wenn nicht ausgelöst, so in ihrem Verlauf doch wesentlich beeinflusst wurde. Dennoch gehört Wirtschaftsethik keineswegs zu den »Hauptfächern« im Werdegang eines Ökonomen. In der wirtschaftspolitischen Alltagsdebatte spielt Sozial- bzw. Wirtschaftsethik eher die Rolle des Stichwortgebers für wohlklingende Unverbindlichkeiten, als dass es dort zu einer tiefergehenden Erörterung der von den Wirtschaftsethikern aufgeworfenen Fragen käme. Auch in der Linken (gemeint ist hier selbstverständlich nicht die bundesdeutsche Partei dieses Namens, sondern die Linke als geistes- und sozialgeschichtliche Bewegung) steht die philosophische Reflexion der eigenen sozialetischen Grundnormen nicht im Mittelpunkt. Der politische Alltagskampf hat Vorrang, und moralische Aussagen sollen dabei beeindrucken und mobilisieren. Ob und wie sie vernünftig begründbar sind, spielt dabei aber kaum eine Rolle. Solche Frage gilt als »abgehoben«, und das ist auch insofern zutreffend, als in der politischen Realität die Behauptung, dieses oder jenes sei gerecht bzw. ungerecht, Wirkung tut, aber eine Debatte über die philosophische Begründung von Wertungen die nach Gerechtigkeit hungernden Massen kaum bewegen wird. Die Reflexion der Grundlagen der eigenen ethischen Position mag somit aus dem Katalog politischer Erfordernisse herausfallen, aber ohne solche Vergewisserung bleiben moralische Urteile rein bekenntnishaft, und es fehlt ihnen das vernünftige Begründungsargument. Deshalb sollte uns durchaus interessieren, ob und wie linken Werturteilen eine feste Grundlage durch vernünftige Argumente zu geben ist. Es sind *überzeugende* Gründe anzuführen; eloquentes Überreden und populistische Instrumentalisierung von Augenblicksstimmungen bilden das Gegenteil davon.

Die folgenden Überlegungen - das sei Missverständnissen vorbeugend vorausgeschickt - bieten keine Auflistung konkreter linker Moralvorstellungen, also materieller Werturteile. Vielmehr interessiert die Möglichkeit, solchen Werturteilen - etwa der Konkretisierung »sozialer Gerechtigkeit« -

eine philosophische Grundlage zu geben. Es geht also um eine »Fundamentalbegründung« linker Moral. Die Fundamentalbegründung darf nicht mit der Beschreibung und Erklärung der historischen Herkunft linker Moralvorstellungen und der subjektiven Moralentstehung verwechselt werden. Anders gesagt: Die im Verlauf der individuellen Sozialisation verinnerlichten Werte stellen ein Phänomen dar, das zwar erklärungsbedürftig ist und das für das Individuum dann interessant wird, wenn es sich über die Genesis dieser moralischen Vorstellungen Rechenschaft geben will, aber eine moralische Vorstellung ergreift das Individuum sozusagen unabhängig von irgendwelchen Fundamentalbegründungen. Die prägende moralische Erziehung findet zum erheblichen Teil, wenn nicht sogar ausschließlich, im Kindes- und Jugendalter statt, in dem der Mensch normalerweise gar nicht aufnahmefähig für eine Fundamentalbegründung ist. Der Glaube eines Christen, eines Moslems etc. wird nicht -jedenfalls nicht unmittelbar - von der jeweiligen Theologie bzw. einer ihrer Schulen bestimmt, und so entstehen »linke« Moralvorstellungen ebenfalls nicht durch Einsicht und Aneignung einer fundamentalen Rechtfertigung, sondern Erleben und Erfahren der Wirklichkeit führen zu bestimmten moralischen Einstellungen. Die philosophische Reflexion linker Moral wie auch die theologische Unterfütterung bestimmter moralischer Positionen findet beim Individuum sozusagen *ex post* statt, *nach* der subjektiven Verinnerlichung des Glaubens im weiten Sinn. Theologie studieren in aller Regel Leute, die den Glauben bereits haben, und ein Theologiestudium allein ohne vorherigen Glauben wird aus einem neugierigen Atheisten wohl nur sehr selten einen Gläubigen machen. Die kognitive *Ex post*-Funktion theologischer bzw. philosophischer Begründung, Rechtfertigung und Versicherung kann als psychologische Rationalisierung verstanden werden, was durchaus dem menschlichen Bedürfnis entspricht, nach dem Warum zu fragen und darauf eine Antwort zu erhalten.

Wenn vorstehend das Verhältnis von Glauben und Theologie beleuchtet wurde, so diene das der Verdeutlichung der Problemkonstellation, aber es soll keinesfalls der prinzipielle Unterschied zwischen einer theologischen (oder auch konventionellen) Moralbegründung einerseits und einer auf vernünftiger Reflexion basierenden andererseits verwischt werden. Die Gemeinsamkeit »nachgetragener« Moralbegründungen liegt in ihrer *Ex post*-Funktion, in der Möglichkeit, die vom Individuum bereits eingenommene moralische Position an einem theoretischen Referenzschema zu prüfen. Offenbarungswissen und reflektierende Vernunft machen indes völlig verschiedene Angebote zur Moralbegründung. Es ist der Unterschied zwischen Berufung auf Autoritäten und »heilige« Schriften einerseits und der vernünftigen, rational nachvollziehbaren Argumentation andererseits. Trotz dieses

prinzipiellen Unterschieds zwischen offenbarungsethischer und vernunftethischer Begründung können jeweilige Vertreter einer Seite in materiellen Werturteilen durchaus übereinstimmen - beispielsweise über die Konkretisierung von sozialer Gerechtigkeit und deren Bezug auf die Menschenrechte. Aus solcher Konvergenz bei konkreten materiellen Normen, die von einer ungezählten Masse empirischer Fälle belegt wird, lässt sich ein stützendes Argument herleiten für die bereits dargelegte Ex post-Funktion der kognitiven Moralbegründungen, der die subjektive Moralanerkennung zeitlich, emotional und mental eben vorausgeht. Der linke Christ, dessen moralische Erziehung ihm das Gebot der Nächstenliebe eingegeben hat, findet es »begründet« durch die Lehre Jesu Christi. Dem linken Atheisten, dessen Erfahrungen mit dem Elend und der Armut in der Welt ihn zu einer universellen Solidarität bestimmen, fehlt solche religiöse Autorität, auf die er sich beziehen könnte, weshalb er nach Vernunftgründen sucht bzw. suchen müsste, wenn er seine Solidaritätsmoral philosophisch begründen will. Die (mögliche und häufig vorhandene) Übereinstimmung zwischen Christen und Atheisten in den materiellen Normen sozialer Gerechtigkeit wird - erstaunlich und erfreulich genug - durch ihre differierenden Fundamentalbegründungen nicht verhindert, steht diesen unterschiedlichen Rechtfertigungen aber auch nicht entgegen (Zinn 1976).

Eine philosophische Letztbegründung der Moral geben zu können, wäre selbstverständlich ein zwingender Argumentationsvorteil, aber bisher wird vom philosophischen Mainstream eine solche Möglichkeit ausgeschlossen, und bekanntlich lässt sich das Sollen nicht aus dem Sein begründen. Doch vor dieser Schwierigkeit stehen alle - ob politisch links oder rechts angesiedelt. Auch ohne eine Letztbegründung moralischer Werturteile bleiben unabweisbare Fragen.

Woher nimmt die Linke »ihre« Gerechtigkeitsnormen, welche sozial-ethische Tradition liegt ihnen zugrunde, welche Argumente können als Begründung angeführt werden, und wie stellt sich die Linke zu dem Problem, dass Sollen Können erfordert, dass also vom Menschen moralisch nur das anthropologisch Mögliche erwartet werden kann? Es geht darum, sich Rechenschaft zu geben, ob und wie die linke Gerechtigkeitsidee, also die starke Betonung des Gleichheitsprinzips, mit der menschlichen Natur in Einklang steht. Denn wenn bzw. weil Sollen Können impliziert, wären linke sozial-ethische Maximen, die zwar schöne, doch der menschlichen Natur zuwiderlaufende Ideen darstellten, nichts als realitätswidrige Utopie, also schlechter Idealismus. So lautet ja auch immer wieder der Vorwurf von Seiten der Konservativen und Neoliberalen. Deren Behauptungen, das realistische Menschenbild zu haben und deshalb realitätsgerechte Politik zu vertreten.

mag im agitatorischen Handgemenge mit Gegenbehauptungen pariert werden, aber damit ist weder der reflektierten Selbstvergewisserung der Linken gedient, noch wächst daraus vernünftig begründete Erkenntnis, ohne die jede temporär noch so feste Meinung zum Spielball opportunistischer Flexibilität wird. Erinnert sei an die vielen Renegaten - einstige Scharfmacher der K-Gruppen, heute beim Establishment, und besonders eifrige Verfechter des neoliberalen Mainstreams.

Moral und die historische Erfahrung der Linken

Die emotionale Unzufriedenheit mit und die kognitive Kritik an den Verhältnissen, die aus den linken moralischen Werten folgen und sich in den Werturteilen der Linken aussprechen, verdanken sich wesentlich der Herleitung aus der Geschichte. Es ist die Geschichte der sozialen Bewegungen - sozusagen die historische Sozialisation der Linken. Ohne diese Bezüge büßte die moralische Argumentation einen Teil ihrer Überzeugungskraft ein, und Begriffen wie sozialer Fortschritt und Emanzipation ginge ein Großteil ihrer Anschaulichkeit verloren. Die Autorität der Geschichte liegt für die Linke in den Bedürfnissen und dem Willen der großen Masse, ist also eine ideelle, nämlich die demokratische Autorität - im Gegensatz zur faktischen historischen Autorität der herrschenden, reichen Oligarchien aller Epochen.

Die These vom Klassenkampf und den antagonistischen Gegensätzen in der Zivilisationsgeschichte des Menschen wurde am umfassendsten von Marx ausgearbeitet, und beim Schlagwort Klassenkampf kommt unwillkürlich die Assoziation mit dem Marxismus zu Bewusstsein. Doch die Klassenkampfthese ist uralte, wenn wir darunter die Erkenntnis verstehen, dass sich während der bisherigen Geschichte der Zivilisation die breite Masse der arbeitenden, meist extremer Ausbeutung unterworfenen Bevölkerung und eine herrschende Klasse gegenüberstanden. Das moralische Werturteil, nur eine klassenlose Gesellschaft könne eine gerechte sein, ist aber wenn nicht *prinzipiell* neuzeitliches Gedankengut, so doch erst in der europäischen Neuzeit massenwirksam propagiert und von den Massen aufgenommen worden.

Keine politische Strömung oder Partei vermag in den parlamentarischen Demokratien Wahlerfolge zu erzielen, wenn sie sich zu einer Klassengesellschaft *bekennen* würde. Daher auch die vehemente Reaktion derjenigen, die de facto das Oben und Unten, die Spaltung in Arm und Reich durch ihre Politik reproduzieren, auf die deskriptive Feststellung, dass Klassenverhältnisse fortbestehen, sich gar wieder stärker ausprägen und verfestigen. Dass in nicht-demokratischen Ländern kritische Analysen, die den Fortbe-

stand von Klassen oder der der Klassengesellschaft gleichenden Verhältnissen behaupten, unterdrückt und deren Autoren verfolgt werden, bedarf keiner langen Ausführungen.

Der Klassenbegriff ist zwar historisch deskriptiv, aber er steht in schlechtem Ansehen. Dass dies so ist, kann durchaus als historischer Fortschritt verstanden werden. Denn es wird eben als moralischer Vorwurf wahrgenommen, Klassenverhältnisse und das heißt immer auch Unrechtsverhältnisse und Ungerechtigkeit zu konstatieren. Wer sich nicht gegen Klassenverhältnisse wendet, steht auf Seiten des Unrechts.

Die klassenlose Gesellschaft ist heute zumindest rhetorisch auch ein Anliegen von Konservativen und Wirtschaftsliberalen, und ihrer subjektiven Sichtweise dürften die tatsächlichen Klassenstrukturen häufig sogar entgehen - gemäß dem Prinzip selektiver Wahrnehmung, dass, »was nicht sein darf, auch nicht sein kann«. Der Anschauung wird sozusagen der Begriff entzogen, und dadurch wird sie blind. Die offen zutage liegenden Ungerechtigkeiten - Arbeitslosigkeit und Armut in den reichen Gesellschaften, sozialökonomisch bedingte Pervertierung der Ergebnisse des technischen Fortschritts zu einem pathologischen, nämlich Stress, Angst und sinkende Lebensqualität bewirkenden Prozess, die moralisch verheerenden Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts durch Staaten, deren demokratische Verfassungen die Wahrung der Menschenrechte als unabdingbare Grundnorm enthalten - stehen in ursächlichem Zusammenhang mit Klassenverhältnissen, mit dem Antagonismus von Macht der Wenigen und Ohnmacht der Vielen. Die historische Erfahrung mit dieser anhaltenden Produktion von Ungerechtigkeit können zwar alle machen, eben auch die, die dafür die Verantwortung tragen, aber was als *Erfahrung* zugelassen wird, in das Bewusstsein tritt und die Intention auslöst, die Verhältnisse zu verbessern, ist selbst wiederum in stärkstem Maße davon abhängig, auf welcher Seite jemand steht. Wie dargelegt, steht die Linke auf Seiten der Mehrheit, der unter der Ungerechtigkeit Leidenden, und deshalb unterscheidet sich die historische Erfahrung der Linken so tiefgreifend von der ihrer Gegner. Anders gesagt, wer die Geschichte »objektiv« wahrnimmt, wird wohl zu einem oder einer Linken.

Moralische Konvergenzen trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen

Auf die »erstaunliche« und »erfreuliche« Tatsache, dass trotz grundverschiedener moralischer Fundamentalbegründungen Übereinstimmung in den konkreten moralischen Urteilen bestehen kann, war bereits hingewiesen worden. Dieser der Toleranz und dem gegenseitigen Verständnis förderliche Sachverhalt gewinnt in unserer Welt der wachsenden internationa-

len Abhängigkeiten und pluralistischen Durchdringung von Gesellschaften und Kulturen steigende Bedeutung. Deshalb sei jetzt noch ausführlicher darauf eingegangen.

»Die List der Dinge« lautet der Titel einer Monographie zur wirtschaftsethischen Debatte aus der Feder des christlichen Sozialethikers Wilhelm Guggenberger (Guggenberger 2007). Guggenberger argumentiert auf dem Boden der christlichen Theologie (Katholische Soziallehre), bezieht sich also auf Offenbarungswissen, aber dabei werden Wertvorstellungen präsentiert und verteidigt, in denen sich gerade auch linke Agnostiker und Atheisten wiedererkennen können. Hier liegt ein auch für andere Fälle repräsentatives Beispiel dafür vor, dass es trotz unterschiedlicher Moralbegründungen zur Konvergenz der moralischen Werte kommen kann (vgl. auch von ökumenischer Position aus: Duchrow et al. 2006). Die moralische Zuordnung zur Linken erfolgt aufgrund *bestimmter sozialetischer Normen* und nicht durch ihre jeweilige (Letzt-)Begründung. Schon gar nicht stehen relativ nebensächliche Werturteile, etwa ästhetische Geschmacksurteile der Zuordnung entgegen. Deshalb darf beispielsweise der in seinem Habitus und seinem anti-marxistischen Ressentiment so »bürgerliche« Weltökonom John Maynard Keynes der Linken zugerechnet werden, was ihm ja auch die erbitterte Feindschaft der Konservativen und Wirtschaftsliberalen eintrug.⁴⁸

Die Linke gründet, wie dargelegt, ihre Wertvorstellungen nicht auf ein »heiliges Buch«, sondern entlehnt ihre Vorstellungen über die »gerechte Gesellschaft« der historischen Erfahrung der »Ungerechtigkeit«. Das hört sich tautologisch in dem Sinne an, dass Gerechtigkeit als Abwesenheit von Ungerechtigkeit definiert wird. Aber wenn dem das Gleichheitspostulat hinzugefügt wird, also die Ausgangsprämisse, dass alle Menschen »von Natur aus« gleichberechtigt sind, gleiches Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit von Angst, Unterdrückung und Ausbeutung haben, so wird klar, was »Unrecht« meint, eben die Verletzung jener Gleichberechtigung. In der gesamten Menschheitsgeschichte war es immer die *Mehrheit*, die solches Unrecht erfuhr. Daher lag/liegt das Gleichheitsgebot im Mehrheitsinteresse. Ungeachtet theologischer Kontroversen und vor allem ungeachtet der immer auch durch Machtdenken und Opportunitätsüberlegungen bestimmten Politik der Institution Kirche ist das Gebot der Nächstenliebe, wenn nicht identisch, so doch verschwistert mit der Solidarität. Es erscheint keine unplausible These, in der Botschaft Christi, der Moral der Menschenliebe, den Niederschlag all jener Unrechtserfahrungen zu sehen, die schon weit früher und von vielen anderen »Propheten« zur Sprache gebracht worden waren und sie zu ihrer

⁴⁸ Vgl. das Kapitel »Keynes als Alternative(r) ?« in diesem Band.

empörten Kritik an den Unrechtsverhältnissen bewegt hatten. Die Gleichheit aller Menschen vor Gott wird wohl nur vom Teufel als gottgewollte Ungleichheit auf Erden ausgegeben werden können, und - um noch einen Moment im Metaphorischen zu bleiben - im »Reich Gottes« sind Gleichheit, Menschenrechte und Solidarität realpolitisch unabdingbar.

Das Gleichheitspostulat ist eine (begründungswürdige) Grundnorm. Sie wird in der Gegenwart weitgehend international anerkannt - zumindest formal, wie die normativen Grundlagen der Vereinten Nationen belegen. Dass die Gleichheitsnorm in der Realität ständig verletzt wird, teilt sie mit anderen (Grund-)Normen. Doch das Gleichheitsgebot ist kein x-beliebiges Wertbekenntnis, sondern die Gleichheit aller Menschen stellt eine herausgehobene Norm dar. Mit Rückgriff auf die Transzendentalpragmatik bzw. die Diskursethik wird diese vorerst nur plausible Behauptung noch eingehend begründet.

»Das Sein bestimmt das Bewusstsein«

Nicht selten nahmen die Menschen das Unrecht schicksalsergeben hin, wurden mit ideologischen Versprechungen »getröstet« und unter dem Einfluss ideologischer Indoktrination hielten sie das ihnen widerfahrene Unrecht gar »in einem höheren Sinn« für gerecht. Die Linke durchschaut(e) schon immer diese im Bewusstsein vollzogene ideologische Verkehrung von Ungerechtigkeit in vermeintliche Gerechtigkeit. Das meinte Marx mit seinem *deskriptiven* Diktum, »Religion ist das Opium des Volkes« - Religion als ein Schmerzmittel in einer trostlosen Wirklichkeit.. Der (linke) Durchblick auf die objektive Ungerechtigkeit und das moralische Engagement dagegen sind Wesensmerkmale des historischen Projekts der Linken. Dieses Projekt gewann dank fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnisse, also durch Aufklärung im umfassenden Sinn, an Präzision und Überzeugungskraft. Eine, wenn nicht *die* fundamentale wissenschaftliche Erkenntnis in diesem Zusammenhang betrifft die Abhängigkeit der Moral von der sozialökonomischen Umwelt, die in Marx' zugespitzter These, »das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein«, ausgesprochen wird. In dieser soziologischen und sozialpsychologischen Perspektive werden die gesellschaftlichen Umweltbedingungen der Menschen in zweifacher Hinsicht in den Vordergrund gestellt: Erstens erlernen und verinnerlichen die Menschen im Laufe ihres Heranwachsens, also unter dem Sozialisationseinfluss ihrer Umwelt, vom Dasein als Säugling, über Kindheit und Pubertät moralische Werte, die dann ihr moralisches Empfinden, ihr Urteilen und Handeln-Wollen als Erwachsene bestimmen. Der Mensch *erlebt* sich auf der Grundlage der verinnerlichten Werte als ein moralisch selbständiges Wesen

mit »freiem Willen« (ob es einen freien Willen im philosophischen Sinn tatsächlich gibt, ist damit nicht ausgemacht und blieb von der Antike bis heute umstritten). Zweitens kanalisieren die Umweltbedingungen das Handeln. Die Verhältnisse geben mehr oder weniger Spielraum, in dem sich die Menschen moralisch bewegen (können): Ein richtiges Leben in einer falschen Welt scheint nicht, jedenfalls nicht für die große Mehrheit der »Normalcharaktere« möglich zu sein, und nur die »Heiligen«, die moralischen Ausnahmetalente, sind berufen, auch unter extrem »unmoralischen« Verhältnissen Widerstand zu leisten (zur Erinnerung: die Masse der Mitmacher und Mitläufer einerseits, die kleine Minderheit aktiver Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime andererseits). Die doppelte Abhängigkeit moralischen Seins von den Umweltverhältnissen - moralische Sozialisation der Heranwachsenden und moralischer Verhaltensspielraum im Lebensvollzug der Erwachsenen - darf als empirisch gut gesicherte Erkenntnis betrachtet werden und wird daher auch kaum ernsthaft bestritten. Es handelt sich sozusagen um ideologisch neutrales Wissen. Doch die Konsequenzen, die aus der Erkenntnis gezogen werden, unterscheiden sich erheblich - je nach Interessenlage und ideologischer Weltsicht. Dieser Sachverhalt ergibt sich ja gerade aus der Erkenntnis in die gesellschaftlich bedingte Moralproduktion. Linke und Rechte - die undifferenzierte Holzschnittrhetorik sei der Kürze halber gestattet - mögen in wesentlichen moralischen Wertungen übereinstimmen, beispielsweise in der Anerkennung der Menschenrechte und der Menschenwürde für *alle* Menschen. Doch bei der konkreten Beurteilung, welche sozialökonomischen Verhältnisse jenen Werten gemäß sind, welche sie verletzen, kommt es zu fundamentalen Kontroversen. Dementsprechend ergeben sich affirmative und kritische Haltungen bezüglich der bestehenden sozialökonomischen Verhältnisse.

Warum das konkrete Individuum links oder rechts fühlt, denkt und handelt, lässt sich individualpsychologisch herausfinden und aus der individuellen Sozialisation erklären. Die jeweils *ex post*, nachträglich angeführte Fundamentalbegründung vermag hingegen nicht zu erklären, warum das Subjekt sich nach links oder rechts orientiert hat. Sowohl bei den Apologeten als auch bei den Kritikern jeweiliger gesellschaftlicher Verhältnisse finden sich Menschen, die die gleichen bekenntnishaften Letztbegründungen ihrer moralischen Auffassung anführen. Beispielsweise gibt es linke und rechte Christen, linke und rechte Utilitaristen usw. Die Tatsache, dass moralische Konvergenzen trotz verschiedener Moralbegründungen Zustandekommen, führt zu der Frage, ob und wie ein Verfahren gefunden werden kann, das es erlaubt, die trotz der moralischen Gemeinsamkeiten bestehenden Differenzen in der Moralbegründung zu erörtern, im Austausch der Argumente

wenn schon keinen Konsens, so doch mehr Klarheit über die Berechtigung (oder subjektive Notwendigkeit) der jeweiligen Positionen zu gewinnen. Die Suche nach einem entsprechenden Verfahren wird fündig - bei der Diskursethik, wie noch dargelegt wird (vgl. hierzu knapp und erhellend: Kuhlmann 2007). Es könnte sich herausstellen, dass die Unterschiede in den Fundamentalbegründungen von ihren Vertretern im Licht ihrer bereits eingenommenen moralischen Position gesehen und entsprechend interpretiert werden, sodass dann das moralische Ergebnis nach links oder rechts ausschlägt. Beispielsweise wird die christliche Botschaft von Linken und Rechten in Anspruch genommen, aber ganz unterschiedlich interpretiert; der Befreiungstheologe versteht das Christum anders, zieht aus dessen Botschaft andere Konsequenzen als der römische Kirchenbürokrat.

Moral ist Kultur - nicht Natur

Moral bzw. moralische Normen sind eine Kernkomponente der Kultur. Kultur ist Menschenwerk. Alles menschliche Handeln und Tun muss zwar die Naturgegebenheiten in Rechnung stellen, und vom Menschen etwas zu verlangen, was ihm naturbedingt unmöglich ist, wäre unvernünftig. Die Natur gibt den Rahmen vor, in dem Kultur entfaltet wird; das aber in sehr verschiedenen äußeren Formen und geistig-moralischen Ausprägungen. Der natürliche *Rahmen* mag sich evolutionsbiologisch bzw. soziobiologisch abstecken und in seinem Werden erklären lassen, aber damit ist kein ethisches Programm für die Menschheit zu gewinnen. Vielmehr ist es die Aufgabe der Ethik, den Rahmen moralisch zu füllen. Die Wirtschaftsethik lässt sich dabei, so scheint es, nicht als Sonderethik von der umfassenden Ethik abspalten, gar in dem Sinne, dass eine Wirtschaftsethik Normen zu legitimieren versucht, die der »allgemeinen« Moral zuwiderlaufen. Jedoch ist es möglich, von einer Wirtschaftsethik ausgehend ein umfassenderes ethisches System zu konstruieren, um die Kompatibilität von Besonderem und Allgemeinem zu sichern. Auf diesem Weg vom Partiellen zum Totalen bewegt sich die Moral des Kapitalismus. Die konkurrenzwirtschaftliche Marktmoral greift in dem Maße auf andere Lebensbereiche des Menschen über, in dem sich die kapitalistischen Verhältnisse dort geltend machen. Dieser Prozess findet einen ethischen Niederschlag in der Vorstellung, dass die kapitalistische Marktwirtschaft gegenüber allen anderen Wirtschaftssystemen als das bestmögliche ausgezeichnet ist. Die Physiokraten und die klassischen Ökonomen meinten, mit der historischen Entwicklung des Kapitalismus hätte sich die »natürliche« Ordnung durchgesetzt. Die Idee einer »natürlichen« Ordnung ist zwar eine reine *Erfindung*, ein origineller Einfall, wurde bzw. wird aber von ihren Anhängern als *Entdeckung* verstanden: Das kapitalistische Markt-

system - »System der natürlichen Freiheit« in Adam Smiths Formulierung - erscheint so als eine Naturtatsache, was impliziert, dass die Gesetze der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Naturgesetze ausgegeben werden. In der herrschenden Lehre der kapitalistischen Ökonomie, der neoklassischen Wirtschaftstheorie, lebt die metaphysische Überhöhung des historischen Phänomens Kapitalismus zu einem quasi naturgegebenen, also von Raum und Zeit unabhängigen Faktum fort. Dieser Naturalismus der Mainstream-Ökonomik äußert sich in ihrem Selbstverständnis, wenn schon nicht als eine Naturwissenschaft, so zumindest doch analog zu den Naturwissenschaften aufzutreten. Die Orientierung am naturwissenschaftlichen Vorbild führte zu der Enthistorisierung und dem Übermaß an mathematisierter Modelltheorie der gegenwärtigen Ökonomik.⁴⁹ Wirtschaftssysteme gehören jedoch zur Kultur und nicht zur Natur. Zwischen den Naturerscheinungen und der Kultur des Menschen besteht der wesentliche Unterschied, dass die Natur - nach allem, was wir bisher über sie wissen - keiner bestimmten Zielsetzung folgt, also nicht teleologisch ist, dass dies aber bei *allem*, was zur menschlichen Kultur zählt, der Fall ist. Kultur ist eine teleologische, moralischen Normen folgende Konstruktion des Menschen. Denn was immer der Mensch tut, es liegt ein Zweck zugrunde. Der Mensch folgt einer Absicht, richtet sich also nach *Normen* im weiten Sinn. Selbst der Künstler des »l'art pour l'art« ist sich eben seiner Absicht bewusst, keinen Zweck als gerade eben jenen zu verfolgen, keinem (anderen) Zweck zu dienen.

»The reality of culture - if by culture, in contradiction to >nature< - we understand that part of reality that is at least co-shaped by human beings and whose shaping can and must be continued by humans - this part of reality is not independent even of actual human thought - not even of human errors and fault, since these events of Cognition are part of the Constitution of history of culture. ... Only genuine laws in the sense of natural laws are independent of actual human thought, but laws of this type do not belong to the reality of human culture«⁵⁰ (Apel 2008, 211).

⁴⁹ Vgl. das Kapitel »Mindert die Enthistorisierung der Nationalökonomie ihre Kompetenz zur Problemwahrnehmung und Problemlösung?« in diesem Band.

⁵⁰ »Unter kultureller Wirklichkeit - Kultur im Unterschied zur Natur-verstehen wir jenen Teil der Realität, die von menschlichen Wesen zumindest mit geschaffen wurde und deren künftige Gestaltung nicht unabhängig von ihnen verlaufen wird. Dieser Teil der Realität ist nicht einmal unabhängig vom Denken des Menschen, auch nicht von seinen Irrtümern und Fehlern, denn diese kognitiven Vorgänge sind Teil der historischen Kulturwirklichkeit... Nur die eigentlichen Naturgesetze sind vom menschlichen Denken unabhängig, aber sie gehören nicht zur Kultur« (Übersetzung KGZ).

Wenn und weil ökonomische Systeme kulturelle Erscheinungen sind, folgen sie auch Normen. Deshalb ist die ökonomische Wissenschaft entgegen ihrem Selbstmissverständnis primär normativ. Die Ökonomik ist quasi unvermeidlich zu normativen Implikationen gezwungen, und das zeigt sich ja auch daran, dass ökonomische Theorien immer auch normativ Stellung beziehen - für oder gegen den Kapitalismus, für oder gegen den Sozialismus etc. Jüngst hat Marglin in seiner wegweisenden Kritik am Denken der Ökonomen unter dem Titel »The Dismal Science« (Marglin 2008) die normative Grundlage jeglicher Ökonomik aufgedeckt:

»If you believe that economics is or should be about describing the world, then it is the case of the tail wagging the dog. If you believe, as I do, that the normative agenda has been central to economics well before Adam Smith's time, then it is more understandable why the apparatus of economics is built on foundations that undermine community. Undermining Community is the logical and practical consequence of promoting the market system«⁵¹ (Marglin 2008, 3).

Der Natur und ihrer Evolution liegen Naturgesetze zugrunde, aber weder eine normative Idee noch gar ein Plan. Es ist völlig unsinnig, die Naturentstehung - schon dieser Begriff impliziert die Antinomie eines gedachten Beginns und der Unvorstellbarkeit eines solchen - mit einer normativen Vorgabe verbinden zu wollen und ein Werturteil über die »Absicht« der Natur zu fällen. Ganz anders bei allem kulturell Gewordenen. Hier ist es gar nicht vermeidbar, sich wertend zu den kulturellen Hervorbringungen zu stellen. Die sozialökonomischen Systeme, also der in unserem Kontext vorrangig interessierende Kulturbereich, sind Resultate normativer Setzungen und werden Werturteilen unterworfen. Die Linke urteilte unter dem Gesichtspunkt, ob die Verhältnisse »den« Menschen gerecht werden, was bekanntlich noch nie der historische Fall war, und aus der Beurteilung folgen dann die vielfältigen Konsequenzen, die unter Begriffen wie Reform, Evolution, Revolution und dergleichen gefasst werden. Um welche Menschen geht es? Prinzipiell um alle, aber nicht alle sind der Ungerechtigkeit ausgesetzt, sondern es gibt Täter und Opfer, Mächtige und Machtlose, Privilegierte und Unterprivilegierte. Den jeweils Schwächeren gilt das »historische Projekt

⁵¹ *»Falls jemand meint, die Wirtschaftstheorie beschreibe die Welt oder sollte es tun, dann wedelt der Schwanz mit dem Hund. Wenn jemand, wie ich, meint, dass die normative Vorgabe schon längst vor Adam Smiths Wirkungszeit zentrale Bedeutung für die Ökonomik gehabt hat, dann wird verständlicher, warum das ganze Konstrukt der Ökonomik auf Grundlagen steht, die die Gemeinschaft unterminieren. Die Unterminierung der Gemeinschaft ist die logische und praktische Konsequenz beim Vorantreiben des Marktsystems.« (Übersetzung KGZ)*

der Linken«. In der Regel sind die Profiteure der Verhältnisse in der Minderheit, die Verlierer bilden die Masse, weshalb die Linke das Mehrheitsinteresse vertritt. Wer das als illegitimen Anspruch, als eine Art moralisches Monopol kritisiert, sollte bedenken, dass sich das historische Projekt der Linken nicht nur langfristig als das überdauernde erwies, sondern dass die linken Normen auch in politische Strömungen und Programme einfließen, die landläufig nicht der Linken zugeordnet werden. Denn die demokratischen Ideale, die Menschenrechte, die Anerkennung des Aufklärungspostulats etc. sind verlustreich erkämpfte Fortschritte des historischen Projekts der Linken. Dieser Hinweis auf Faktisches, auf die geschichtliche Rolle der Linken und die Erfolge in ihrem Kampf um Emanzipation der Masse der arbeitenden Menschen bietet zwar keine »Letztbegründung« linker Moral, sondern legitimiert, wie schon dargelegt, das linke Projekt mittels Verweis auf historische Bewährung. Damit wird jedoch die *emanzipatorische* Rolle der Linken klar gestellt, und die linke Moral gewinnt mehrheitsfähige Plausibilität, und Plausibilität ist sozusagen eine Art pragmatischer Stellvertreter der Wahrheit, wo sie (noch) nicht verfügbar ist. Über den historischen Entwicklungsprozess hinweg lässt sich für die Moralansprüche der herrschenden Klasse(n) solche Plausibilität hingegen nicht behaupten. John Rawls hat mit seinem geistigen Artefakt, dem »Schleier der Unwissenheit«⁵² (Rawls 1999), ein nur schwerlich widerlegbares Argument dafür geliefert, dass jegliche Abweichung vom Gleichheitsprinzip begründungspflichtig ist, und dass die Begründung im Interesse derjenigen liegen muss, die durch die Abweichung Schaden erleiden. Auch der Ärmste müsste bei jener begründeten gesellschaftlichen Ungleichheit besser abschneiden als bei Gleichverteilung. Rawls Lösungsvorschlag zum Verteilungsproblem ist gewiss nicht das letzte Wort in der Sache, aber er entspricht ganz sicher weit eher der linken als der rechten Gesellschaftsmoral.

⁵² Stellen wir uns vor, alle Menschen sollten gleichberechtigt über die Gestaltung der künftigen sozialökonomischen Verhältnisse abstimmen und niemand würde im Voraus wissen, welche Position sie/er künftig einnehmen wird, weil ein »Schleier der Unwissenheit« über der Abstimmung liegt. Warum sollte sich dann jemand für Ungleichheit, etwa eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung entscheiden? Allenfalls dann, wenn die Ungleichheit (im Sinn des Anreizes) zu einem sehr viel größeren gesellschaftlichen Reichtum als die Gleichheit führt und sich die am wenigsten Begünstigten dann immer noch besser stehen, als wenn alle gleiches Einkommen und Vermögen hätten. Diese Argumentation von Rawls ist plausibel unter der Voraussetzung, dass relative Einkommensunterschiede per se keinen Wohlstandsverlust für die weniger Begünstigten hervorrufen (= Bedingung der Abwesenheit von »Neidgefühlen«), und das ist sozusagen ein Pferdefuß seiner imponierenden Überlegung.

Exkurs: Das moralisch unbeschwerte Wirtschaftssubjekt der kapitalistischen Marktwirtschaft

Im Jahrhundert Adams Smiths gehörte die politische Ökonomie zu dem weit gefassten Bereich der »Moralphilosophie«, und Smiths Lehrstuhl trug die Bezeichnung »moral philosophy«. Wie immer Adam Smiths moralische Vorstellungen zum Marktsystem interpretiert werden mögen, so lautet die heute vorherrschend erörterte Frage nicht mehr, wie die kapitalistische Wirtschaft moralisch zu beurteilen und zu gestalten ist, sondern welche Moral zum real existierenden Kapitalismus passt. Es war kein Zufall, dass mit den politisch teils geduldeten, teils absichtsvoll bewirkten neuerlichen Verwerfungen in den Gesellschaften mit kapitalistischem Wirtschaftssystem seit den 1980er Jahren das akademische Interesse an der Wirtschaftsethik belebt wurde und, wie erwähnt, auch einschlägige Lehrstühle eingerichtet wurden.

Dank der zunehmenden Publikationstätigkeit flossen dem Rinnsal der Wirtschaftsethik aus mehr und mehr Quellen frische Gedanken zu, und mittlerweile quillt es üppig aus den wirtschaftsethischen Brunnenstuben. Im deutschsprachigen Raum traten im Verlauf dieser jüngeren Anstrengungen, die moralischen Seiten der kapitalistischen Ökonomie philosophisch zu beleuchten, drei Denkrichtungen hervor. Die erste steht unter dem Einfluss der Systemtheorie Niklas Luhmanns. Die Gesellschaft wird als eine Art Mosaik gedeutet, das aus ausdifferenzierten, je relativ autonomen Teilsystemen zusammengesetzt ist. Bereits durch diese theoretische Ausgangsposition muss die Vorstellung einer die Gesellschaft insgesamt, also alle Teilsysteme durchdringenden (Wirtschafts-)Ethik wenn nicht als prinzipielle, so doch als faktische Unmöglichkeit, nämlich der historischen Gegenwart absolut unverträglich, verworfen werden. Wirtschaftsethik stellt dann eine eben nur teilsystemspezifische moralische Regulierungslehre dar. In diese Richtung geht die Argumentation von Karl Homann (Homann/Blome-Drees 1992), dessen wirtschaftsethische Konzeption in »der« Wirtschaft wohl die stärkste Zustimmung findet, weshalb sie im Folgenden etwas genauer beleuchtet wird.

Als ein Gegenpol kann die unter anderem von Peter Ulrich vertretene vernunftethische Position verstanden werden (Ulrich 2001 und 2002). Auf der Grundlage der diskursethischen Schule plädiert Ulrich für eine Ethik als Teil einer vernünftig begründeten »Gesamtethik«, was vom traditionellen Standpunkt ethischer Vorstellungen aus gesehen insofern plausibler erscheint, als auch das Individuum als moralische Person ernst genommen wird. Das heißt, von ihm wird verlangt, sich moralisch zu verhalten, also moralischen Entscheidungen nicht auszuweichen bzw. sie nicht an irgendeine Institution zu delegieren.

Die Wirtschaftsethik von Karl Homann kann anschaulich als »Spielregel-ethik« bezeichnet werden, weil die Wirtschaftssubjekte wie Spieler sich nur an die Regeln des Marktes zu halten hätten, aber gerade keine moralischen Entscheidungen treffen müssten. Die eigentlichen ethischen Fragen werden also in die Konstruktion der Spielregeln verlagert und betreffen die Konstrukteure, nicht die Spieler, die sich keine Gedanken zu machen bräuchten, nur die Regeln zu beachten hätten, dabei aber rücksichtslos ihrem Selbst- bzw. Gewinninteresse folgen könnten. Als ob es in der Wirklichkeit überhaupt möglich wäre, für die komplexen und komplizierten Alltagssituationen ein stets passendes Regelwerk vorzugeben, das keine (moralischen) Entscheidungsspielräume mehr offen lässt! Die moderne (kapitalistische) Ökonomie böte keinen Anlass, moralische Kritik an Personen zu üben. Sie werden als sozusagen moralfreie Akteure vorgestellt, die automatengleich nach festgelegten Regeln handelten. Prinzipiell ist diese Sichtweise bereits mit Adam Smiths Theorem von der unsichtbaren Hand vorgegeben worden, die hinter dem Rücken der gegeneinander konkurrierenden Wirtschaftssubjekte alles zum Besten bestellt. Die Spielregeln bedeuten allerdings eine erhebliche Beschränkung der Handlungsfreiheit, und darin liegt das Moralische der Konstruktion. Die Wirtschaftssubjekte müssen *Restriktionen* ausgesetzt werden, um moralisch zu *funktionieren* (in Homanns Terminologie: *restriktionstheoretische* versus *präferenztheoretische* Ethik), aber sie *sind* sozusagen *morallose* Figuren. Es versteht sich, dass das moralische Funktionieren auf Überwachung, Kontrolle und Sanktionen bei Regelverletzungen angewiesen ist. Es muss genügend schiedsrichterliche Aufsicht geben, und die Schiedsrichter müssen unparteiisch und unbestechlich sein. Die spielregelethisch funktionierende Marktwirtschaft wird selbst als moralisch wertvoll, als anderen Systemen *moralisch* überlegen mit dem Argument ausgezeichnet, dass sie die höchstmögliche Wertschöpfung hervorbringe (wenn es denn immer *Wertschöpfung* ist).

Die »Spielregelethik« beeindruckt durch einen nicht unerheblichen Realitätsbezug. Wenn Homann darlegt, dass die Akteure im kapitalistischen Marktsystem keine moralischen Skrupel bei ihrem ökonomischen Handeln brauchen bzw. haben sollen, entspricht das ja in weiten Teilen der kapitalistischen Wirklichkeit. Doch damit ist die restriktionsethische Theorie nicht zu begründen; sie ist gar nicht ethisch, sondern deskriptiv. Die Realität einigermaßen zutreffend zu beschreiben und die Deskription dann als ethische Theorie auszugeben, ist irreführend. Die »Spielregelethik« umgeht einfach das ethische Problem, indem auf die marktwirtschaftlichen Spielregeln verwiesen wird, deren Befolgung - das mag zu Recht oder Unrecht behauptet werden - den höchstmöglichen Wohlstand zeitige. Abgesehen

davon, dass doch die Fragen nach der »richtigen« Moral und dem Verfahren, sie zu finden, von dem restriktionsethischen Modell nicht beantwortet werden, sondern das moralische Problem verlagert wird, sind mindestens zwei gravierende Einwände zu erheben. Erstens dürfte es, wie die Realität ja auch immer wieder belegt, praktisch unmöglich sein, die marktwirtschaftliche Spielerschar so perfekt und wirksam auf Einhaltung der Regeln zu überwachen, wie das Schiedsrichtern auf dem Fußballplatz bei überschaubarer Spielerzahl möglich ist. Es besteht nicht nur die Gefahr, sondern gegebenenfalls ergibt sich sogar ein Konkurrenzzwang, die Regeln zu verletzen: Dann nämlich, wenn der Schiedsrichter versagt oder wegschaut und dem ersten erfolgreichen Versuch, die Restriktionen zu unterlaufen, der zweite, dritte usw. folgen - nach der Devise, wenn mein Konkurrent die Kunden schmiert, um Aufträge zu bekommen, muss/darf ich das auch tun (dafür gibt es dann moralische Rechtfertigung vom Belletristen Martin Walser). Selbst eine so harmlose Restriktion wie die vernünftige, überlebensnotwendige und moralisch nicht anfechtbare Geschwindigkeitsbeschränkung an einer deutschen Autobahnbaustelle wird (statistisch betrachtet) häufiger übertreten als eingehalten; es sei denn, eine Radaranlage überwacht den Verkehr. Es steht wohl außer Zweifel, dass Individuen, denen moralische Entscheidungsfähigkeit vermittelt wurde⁵³ und denen moraliskonformes Verhalten nicht restriktionsethisch von außen aufgezwungen wird bzw. werden muss, sondern die innengeleitet entscheiden und handeln (können), die überlegene und volkswirtschaftlich kostengünstigere Lösung darstellen. Das Einhalten von Spielregeln gelingt jedenfalls besser, wenn Tendenzen zu mogeln, zu foulern und dergleichen Praktiken zur Umgehung der Restriktionen dadurch minimiert werden, dass die Wirtschaftssubjekte als moralische Personen handeln. Das bedeutet aber, das moralisch innengeleitete Individuum zum Leitbild zu machen. Bei ihm hat Fair play weitaus bessere Chancen als beim moralfreien Konformisten des Laissez faire-Systems. Würde von den äußeren Restriktionen hingegen erwartet, dass sie pädagogisch wirken, also Präferenzen für das Fair play vermitteln, liefe das letztlich auf Präferenzethik hinaus. Sie würde aber auf anderen Wegen weitaus erfolgreicher zu internalisieren sein als durch jene stets umgehungsgefährdeten Restriktionen.

⁵³ Dass es sich um Rückwirkungen geistig-moralischer Einstellungen bzw. Mentalität auf individuelles Verhalten handelt und darin kulturelle Unterschiede bestehen, kann als gültige Tatsache anerkannt werden. Vgl. das Kapitel »Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten? Zur Bedeutung interkultureller Unterschiede« in diesem Band,

Ein weiteres Problem betrifft die Identifikationsbereitschaft des Spielers mit den Spielregeln - und dem Spiel überhaupt. Denn die Festlegung von Spielregeln hat völlig sekundäre Bedeutung gegenüber der vorgängigen moralischen Legitimation des Spiels selbst. Die Spielregeln der römischen Gladiatorenkämpfe entsprachen in gewissem Sinn durchaus Fair-play-Vorstellungen, und auf die Einhaltung der Regeln wurde streng geachtet. Doch ist damit eine Legitimation dieser »Spiele« des Alten Roms gegeben? Selbstverständlich nicht!

Es ist ein anthropologisches Faktum, dass der Mensch sich nicht ohne irgendeine Moral vom Kind zum Erwachsenen entwickelt. Daher wird der Erwachsene eine moralisch bestimmte Haltung zu den Spielregeln einnehmen - sie akzeptieren oder sie verwerfen, auch wenn er unter sie gezwungen wird. Das gesellschaftliche Interesse, dass die Spielregeln akzeptiert, damit auch willig(er) befolgt werden, impliziert, den (künftigen, erwachsenen) Spielern schon im Kindes- und Jugendalter eine regelkonforme moralische Erziehung zu geben. Demokratische Verhältnisse vorausgesetzt dürfen die Spielregeln zudem nicht fremdbestimmt sein, sondern die Spieler müssen an ihrer Formulierung beteiligt werden, d.h., dass Mitbestimmung im umfassenden Sinn zum spielregelethischen System gehörte. Das verweist zurück auf die fundamentale Frage, wie welche Regeln von wem gesetzt werden sollen.

Diskursethik - eine »logische« Begründung der Gleichheit

Der Begriff »Diskursethik« wird in der informierten Öffentlichkeit vorwiegend mit dem Werk von Jürgen Habermas (vgl. u.a. Habermas 1991) verbunden, aber die fundierende Vorarbeit leistete Hans-Otto Apel. Inzwischen zeigen sich beachtliche Unterschiede zwischen den Auffassungen von Apel und Habermas. Hierauf einzugehen, würde hier zu weit vom Kernthema fortführen, weshalb sich die folgenden Überlegungen nur auf die Argumentation der »Apel-Schule« stützen.

Der Mensch gehört zu den sozialen Lebewesen. Sozialbeziehungen sind für ihn unabdingbar, und ohne sie gäbe es auch keine sprachliche Kommunikation, keinen Austausch von Meinungen, Argumenten und dergleichen Interaktionen. Das Gelingen der Kommunikation hängt von der Verständlichkeit dessen ab, was die Menschen einander sagen wollen. In dieser Diskurssituation müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, die selbst in *keinem* Diskurs widerlegt werden können, sozusagen unhinterfragbar sind. Denn Widerlegung müsste *rationale* Argumente anführen, also Argumente, die von allen geistig normalen Menschen nachvollzogen, eingesehen und akzeptiert werden. Dieser Sachverhalt ist eine Ausgangstatsache bzw. Prä-

misse. Würde jemand versuchen, sie in Frage zu stellen, so müsste er gerade das in Anspruch nehmen, nämlich rationales Argumentieren, was er zu bezweifeln sich anschickt. Offenkundig widerlegte er sich damit aber selbst. Es ist unmöglich, rational gegen die Unabdingbarkeit der rationalen Argumentation zu argumentieren! Er mag befehlen, aber damit wird er nicht überzeugen, keine Zustimmung gewinnen, und seinen Befehlen kann er nur mit Gewalt Geltung verschaffen. Solche Gewalt steht im Gegensatz zu Vernunft. Es wäre eben keine vernünftige Interaktion, die stattfände, kein Diskurs im eigentlichen Sinn, sondern nackte Machtausübung. Sie mag sich ohne explizite Legitimation selbst genügen, aber im historischen Kontext waren und sind auch alle »Machthaber« gehalten, sich bzw. ihre Machtausübung zu legitimieren. Dazu tragen sie irgendwelche Begründungen bzw. Behauptungen vor, können sich aber gerade nicht durch rationale Argumente absichern. Denn die rationale Argumentation ist eben an die Voraussetzung gebunden, dass die Argumente geprüft werden, auf Gegenargumente stoßen (können müssen) und letztlich jenes Argument sticht, das von *allen* Vorurteilslosen - sozusagen den Vernunftergebenen - akzeptiert werden muss. Der Böswillige und der Zyniker, der das rationale Argument dank seiner Macht übergeht bzw. der behauptet, alles in Zweifel ziehen zu können, sind zwar konkrete historische Figuren, aber sie stehen argumentativ auf verlorenem Posten - der Böswillige, weil er sich gar nicht erst auf rationale Argumentation einlässt, der Zyniker, weil er durch seinen prinzipiellen Zweifel an allem und jedem auch die eigene Argumentation in Zweifel ziehen muss. In dieser Lage befinden sich etwa die Vertreter eines universellen Fallibilismus, die den in den empirischen Wissenschaften völlig legitimen bzw. plausiblen Irrtumsvorbehalt (= es gibt keine »Wahrheiten«, sondern nur empirisch gut bestätigte, jedoch immer nur vorläufige Erkenntnisse) unzulässig auch auf die erkenntnistheoretische Grundlage der Kommunikation, also auf die Bedingungen des rationalen Diskurses, übertragen.

Der Vernunft Priorität im Auffinden von moralischen Normen des menschlichen Zusammenlebens einzuräumen, kann sich (auch) auf plausible Argumente berufen. Sie liefern keineswegs so etwas wie eine Letztbegründung, wohl aber handelt es sich um überzeugungskräftige Argumente, d.h. sie werden nur bei Zynikern, den Zweiflern aus Prinzip, und den Machtsüchtigen auf taube Ohren stoßen. Das erste Argument bedient sich des Verweises auf Autorität. In der Geistesgeschichte der Menschheit wurde nicht nur immer wieder, sondern gerade von denjenigen, die als die ideellen Wegbereiter der Zivilisation und der Gerechtigkeitsnormen anerkannt sind, der Vernunft Vorrang eingeräumt in der Begründung der Regeln des Zusammenlebens. Sich für den rationalen Diskurs zu entscheiden,

kann sich auf jene Autoritäten berufen. Zweitens besteht das praktische Interesse am friedlichen Zusammenleben, und es wird durch die vernünftige Argumentation untermauert. Dieses Interesse führt uns zu der Forderung, allfällige Konflikte und Meinungsverschiedenheiten in einem Diskussionsprozess zu erörtern, also Argumente auszutauschen. Das Friedensinteresse bzw. die dafür vorzutragenden Argumente lassen sich nicht argumentativ widerlegen, sondern eben nur durch machtpolitische Diskursverweigerung (einschließlich der Hintergehung des Manipulations- und Gewaltverbots im Diskurs) oder durch zynisches Beharren auf der Formel, alles sei bezweifelbar, missachten.

Damit das Verfahren des rationalen Diskurses seinen Zweck erfüllen kann, sind u.a. zwei Bedingungen zu erfüllen. Erstens darf kein Betroffener ausgeschlossen werden. Wenn es also um Menschheitsprobleme geht, um solche, die *alle* Menschen betreffen, sind auch *alle* Menschen *gleichberechtigt* in den Diskussionsprozess einzubeziehen. Das heißt aber, dem Gleichheitsprinzip radikal Geltung zu geben. Zweitens sind die Diskursbeteiligten nur dann erfolgreich im Sinn des Zwecks ihres Unterfangens, wenn sie *vernünftig* miteinander reden. Das verlangt, verständlich zu argumentieren, rationale Argumente und Gegenargumente unvoreingenommen gegeneinander abzuwägen, sich also gegebenenfalls auch überzeugen und von der eigenen, bisher vertretenen Position abbringen zu lassen. Diese idealen Diskursbedingungen sind zwar in der Realität (bisher) kaum vorzufinden, aber das ist weder ein sachlich haltbarer noch gar ein moralisch gerechtfertigter Einwand. Er gliche dem Einwand gegen die Menschenrechte, dass sie in der Realität doch wiederkehrend verletzt werden und deshalb als utopisch verworfen werden *sollten*. Das »Normative des Faktischen« mag als Beschreibung die Wirklichkeit treffen, aber das ist gerade keine moralisch begründete Rechtfertigung des je Faktischen, wie wohl jeder philosophische Ethiker leicht nachweisen wird. Aus Sein folgt eben kein Sollen.

Die beiden genannten Diskursanforderungen, Gleichheitsprinzip und vernünftiges Argumentieren, sind keine (moralischen) Erfindungen, also auch nicht von beliebiger Bekenntnisbereitschaft abhängig, sondern es handelt sich sozusagen um *Entdeckungen* in dem Sinn, dass eben ohne jene Bedingungen gar keine zweckgerechte Diskussion möglich ist. Das Gleichheitsprinzip als diskursethische Grundlage ist identisch mit dem *demokratischen Grundprinzip*. Dieses mag völlig unabhängig von diskursethischen Überlegungen vertreten werden, was ja auch dem historischen Prozess der Demokratisierung entspricht, aber die Diskursethik gibt eine *neue* philosophische Demokratiebegründung. Die Einbeziehung *aller* Menschen in den Diskurs über das, was sie angeht, lässt sich mit vernünftigen Argumenten nicht ab-

wehren. Aus diesen primär verfahrensethischen Bestimmungen des Diskurses, eben der Diskursethik, folgen jedoch auch sehr weitreichende Normen für die Realität gesellschaftlichen Zusammenlebens. Beispielsweise implizieren Machtfreiheit des Diskurses und Chancengleichheit der Diskursteilnehmer entsprechende materielle Wertnormen für das alltägliche Leben (vgl. ausführlich Kuhlmann 2007, 170ff.) Es gibt keine moralische Rechtfertigung für das »Recht der Stärkeren«. Oder man denke an die Gestaltung eines Erbrechts, das konsequent dem Gebot der Chancengleichheit genügen soll. Ein brisantes aktuelles moralisches Problem findet ebenfalls eine Antwort auf diskursethischer Grundlage: Die Überlebenssicherung der Einen darf nicht durch das Opfer der Anderen erkaufte werden (wie beim Abschuss eines von Terroristen entführten Flugzeugs erwogen werden mag). Wie schon mehrmals hervorgehoben wurde, liegt die Affinität der Diskursethik zum historischen Projekt der Linken in der »logischen« Begründung des Gleichheitsprinzips, aus dem sich zwar noch kein umfassendes System von Sozialnormen ergibt, aber es zieht ganz klare moralische Grenzen zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit.

Das diskursethische Verfahren ersetzt die traditionellen, konsensuellen Moralbegründungen durch die argumentative Erörterung darüber, was moralisch richtig ist. Dabei sind die »alten« Moralbegründungen nicht einfach zu verwerfen, quasi unter Artikulationsverbot zu stellen, sondern sie müssen sich gegen rationale Vorhaltungen verteidigen. Was letztlich dabei herauskommt, ist im Voraus gerade nicht bekannt, sondern »nur« als Ergebnis des Diskurses möglich; wäre es anders, würde der Diskurs überflüssig. Doch die Diskursanforderungen sind derart, dass bestimmte moralische Postulate gar nicht mehr infrage gestellt werden können, weil sonst kein vernünftiger Diskurs zustande käme:

»... zur zentralen Aktivität im Diskurs gehört die Anerkennung der prinzipiellen Gleichberechtigung und Autonomie des Anderen als Personen und die Anerkennung der Gewaltlosigkeit des Verfahrens. Und dass es im Diskurs darum geht, im Prinzip alle zu überzeugen, impliziert letztlich, dass jeder am Diskurs teilnehmen darf, dass keiner ausgeschlossen werden darf.« Und daraus folgt: »Es kommen nur Lösungen in Frage, die für alle vernünftigen Wesen zustimmungsfähig sind« (Kuhlmann 2007, 169).

Die diskursethische Position soll nicht »vereinnahmt« werden für die Linke. Doch es lässt sich nicht übersehen, dass die moralischen Konsequenzen der Diskursethik nicht nur eine beachtliche Schnittmenge mit den moralischen Wertvorstellungen der Linken aufweisen, sondern dass die Linke sowohl aufgrund »ihrer« historischen Erfahrungen mit der Ungerechtigkeit (das mag durchaus doppelsinnig verstanden werden) als auch wegen

der Kompatibilität der moralischen Grundnormen der Linken und der »unhintergehbaren«, d.h. nicht weiter auf voraus liegende Normen reduzierbaren diskursethischen Vernünftigkeit gar keine haltbaren Argumente anführen kann, um sich *nicht* dem diskursethischen Verfahren anzuschließen.

Der Entdeckungscharakter des diskursethischen Verfahrens, d. h. dass es sich eben nicht um eine von der Zustimmung einer Mehrheit oder Minderheit abhängigen Wahrheit handelt - so wie eben auch $1 + 1 = 2$ von solchen Zustimmungen unabhängig ist -, sondern eben um eine unhintergehbare Ausgangstatsache für vernünftigen Umgang der Menschen miteinander, lässt sich unabhängig von den detaillierten Herleitungsargumenten quasi intuitiv erfassen. Zitieren wir als Beleg dafür einen Autor aus der außereuropäischen Welt, den indischen Sozialethiker Mohan Razu:

»The victims whose lives have been affected and will be affected by forces of and the decisions and actions of global capitalism have the right to participate in the debate; they have the right to resist and subvert the forces of turbo-corporate globalisation; and the right to know how such decisions have been made in the past and how they should be determined in the present and future« (Razu 2006, XVIII).⁵⁴

Für die moralische Praxis, d.h. für die Bestimmung materieller Werte des Alltagslebens, wird primär nicht die Suche nach dem umfassenden System der Gerechtigkeit erforderlich sein - und so geht es in der Wirklichkeit auch zu - sondern erfolgreicher, somit vorrangig ist es, die Ungerechtigkeit in ihren vielen konkreten Erscheinungsformen argumentativ anzuklagen und deutlich zu machen, dass und warum etwas ungerecht ist, um im politischen Kampf um bessere Verhältnisse sich auch auf vernünftige, philosophisch begründete Argumente zu stützen.

⁵⁴ »Die Opfer, deren Leben von den Mächten und den Entscheidungen des globalen Kapitalismus angegriffen wurden und weiterhin angegriffen werden, haben das Recht, an deren Erörterung beteiligt zu sein; sie haben das Recht, den Zwängen der turbokapitalistischen Globalisierung zu widerstehen und sie aufzulösen; und das Recht zu wissen, wie die Entscheidungen in der Vergangenheit zustande kamen und wie sie in der Gegenwart und der Zukunft ausfallen sollen« (Übersetzung KGZ).

6. Globaler Finanzkapitalismus: Spielregeln für Ganoven, kriminelle Spieler und korrumpierte Schiedsrichter

Auch ein schlechtes Gewissen wird zum Ruhekissen - die Spielregelethik richtet's

Wer den Aufsatz zur Wirtschaftsethik in diesem Buch gelesen hat, weiß, wie sich den Akteuren des finanzkapitalistischen Hasardspiels ein gutes Gewissen verschaffen lässt. Man sagt ihnen ganz einfach, dass sie sich um Moral einen Dreck zu scheren haben und sich nur an die Spielregeln halten sollen. Die Spielregelethik schafft das gute Gewissen, und wenn etwas aus dem Ruder läuft, so trifft wen auch immer, nur nicht den einzelnen »Spieler« irgendeine Schuld. Doch wer macht die Spielregeln? Sind die Hasardeure etwa nicht mit ihrer Lobby, ihrem Politmarketing, ihrer großzügigen Finanzierung von willigen Meinungsmachern und Multiplikatoren, ja selbst durch »ideelle« Verbündete in Parlamenten und Verwaltungen auf direkte und indirekte Weise an der Formulierung der Spielregeln beteiligt? Gibt es etwa keine Möglichkeiten, den »Schiedsrichtern« Freundlichkeiten zu erweisen, damit sie die berühmten Fünfe gerade sein lassen? Alles wäre nur halb so schlimm, wenn die Schuldigen auch die ganze Last der von ihnen losgetretenen Krise tragen müssten. Doch es sind (wieder) die so genannten »kleinen Leute«, die Masse der Lohnabhängigen, die Rentner, die Groschen-sparer, die Billigesser, also die breite Bevölkerung, die die Misere ausbaden müssen, die von beratungs- und warnungsresistenten Spitzenmanagern und ihren laschen Aufsehern zu verantworten ist. Der narzisstische Größenwahn der Herren über Milliarden (ja, das Kapital präferiert das maskuline Geschlecht) kommt die globale Ökonomie teuer zu stehen.

Peinliche Fragen zu stellen, ist auch eine Art, Rügen zu erteilen:

Die Baseler BIZ liest (den Namenlosen) die Leviten

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, bemerkt in ihrem 78. Jahresbericht aus dem Jahr 2008: *»Marktturbulenzen, wie sie zurzeit an den weltweit wichtigsten Finanzplätzen zu beobachten sind, hat es nach dem Zweiten Weltkrieg bisher nicht gegeben«* (BIZ 2008, 159). Die auf diplomatische Formulierungen verpflichtete BIZ erteilt erst einmal eine Generalabsolution, *»nicht Schuldzuweisungen, sondern wohlüberlegte Reaktionen müssen oberste Priorität sein«* (ebenda), listet dann aber doch - auch für Leser, die sich nicht darauf verstehen, zwischen den Zeilen zu lesen - die »Schuldigen« auf, ohne sie beim Namen zu nennen. Das *»machtvolle Wechselspiel zwischen Innovationen an den Finanzmärkten, laxen internen und externen Unernehmenskontrollen«* (ebenda) wird genannt und auch

»das Problem notleidender Verbindlichkeiten und hoher Schuldendienstleistungen..., das sich in einigen wichtigen Volkswirtschaften über viele Jahre aufgebaut hat« (ebenda). Alles das hat selbstverständlich handfeste Ursachen. »Kredite immer schlechterer Qualität wurden vergeben und dann an die Leichtgläubigen und Unersättlichen veräußert, wobei Letztere oft auf Hebelwirkung und kurzfristige Finanzierungen setzten, um ihren Gewinn weiter zu steigern« (ebenda). Konkreter ausgedrückt handelt sich um eine Mischung aus raffinierten Praktiken, Leute hinters Licht zu führen, Dummheit und Gier. Das Zusammenspiel von halbkriminellen, gierigen und dummen Mitspielern im großen kapitalistischen Kasino wurde von den verantwortlichen Schiedsrichtern - sprich: Regierungen und Zentralbanken - nicht nur geduldet, sondern häufig noch als effiziente Kapitalallokation des Marktes gepriesen und gefördert. »Da sich die Hinweise häufen, dass das Finanzsystem als Ganzes nicht mehr reibungslos funktioniert, muss sich ... die Aufsicht die Frage stellen, was schiefgegangen ist. Wie konnte beispielsweise ein riesengroßes Schattenbanksystem entstehen, ohne dass von offizieller Seite deutlich Besorgnis geäußert wurde?« (ebenda, 160). Die mehr als berechtigte Schelte mündet in einem eher trüben Ausblick: »Angesichts der Vielzahl von Einflüssen, die den gegenwärtigen Problemen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten zugrunde liegen, ihrer Wechselwirkungen und ihrer Dauerhaftigkeit sollten wir weder eine schnelle und spontane Rückkehr zur Normalität noch rasche und einfache Lösungen von offizieller Seite erwarten« (ebenda, 161).

Was wir seit einigen Jahren erleben, ist kein zufälliger Betriebsunfall des globalisierten Kapitalismus, sondern ergibt sich aus den gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten fundamental veränderten »Betriebsbedingungen« des Systems. Die Veränderungen fielen nicht vom Himmel, sondern wurden von der »Politik der Globalisierung« (Bourdieu) im Interesse der relativ kleinen finanzkapitalistischen Machtelite herbeigeführt. Eine Art moderne »Gentry«, eine Koalition aus Kapital und Politik, trifft die Schuld an der Misere.

Von der Vielzahl objektiv betrügerischer Finanztransaktionen werden nur die wenigsten als solche auch klar bezeichnet, selbst wenn längst offenkundig ist, dass mit fremdem Geld, das durch Seriosität vortäuschende Beratung zur Anlage fand, verantwortungslos umgegangen wurde. Die abmildernden Adjektive »spekulativ« oder »dubios« für einschlägige Finanzgeschäfte erhalten den Vorzug, was nicht zuletzt juristischen Überlegungen geschuldet sein dürfte. Denn ein Betrugsvorwurf, also die Sache beim richtigen Namen zu nennen, kann heutzutage unangenehme juristische Konsequenzen für diejenigen haben, die ihn erheben, zumal wenn es um kapitalkräftige

und politisch einflussreiche Figuren geht, die in die »dubiosen Finanzgeschäfte« involviert sind. Wegen der Fülle »dubioser Finanzgeschäfte«, nicht nur in der jüngeren Vergangenheit, wäre es auch äußerst abträglich für den ohnehin brüchig werdenden Glauben an die Marktsteuerung und die Selbstheilungskräfte des Marktes, die Dinge mit allzu deutlicher Sprache zu beschreiben. Die Eskalation der »dubiosen« Finanzpraktiken hat jedoch eine längere Geschichte, und sie ist identisch mit der Geschichte der »Politik der Globalisierung«, die bis in die 1970er Jahre zurückreicht. Damals begann der Abbau der Finanzmarkt- und Kapitalverkehrskontrollen, die zum erheblichen Teil bereits in den 1930er Jahren als Reaktion auf den Zusammenbruch der Börsenspekulationen 1929 eingeführt worden waren. Die Lehren aus der Geschichte wurden in den 1970er Jahren wieder einmal in den Wind geschlagen. Der Siegeszug der neoliberalistischen Marktreligion spielte die ideologische Begleitmusik für die wirtschaftspolitischen »Innovationen«, die den Kapitalismus in den westlichen Industrieländern wieder auf vorkeynesianisches Niveau zurückwarfen. Es sind nicht nur die unmittelbaren Profiteure, die die »innovativen Finanzprodukte« hochjubilieren. Auch politische und amtliche Meinungsführer bekamen glänzende Augen, wenn sie das »effiziente« Marktgeschehen priesen, das das Kapitel dem tüchtigsten Investor und der profitabelsten Anlage zuführe.

»Honi soit qui mal y pense«: Ein Krimineller wird zum Namenspatron des modernen Kasinokapitalismus

In den englischsprachigen Ländern gibt es für die »dubiosen« bzw. »spekulativen« Finanzgeschäfte eine Art Gattungsbegriff - »Ponzi scheme« -, der den Bezug zum Kriminellen, zu betrügerischen und/oder durch Veruntreuungen im großen Stil charakterisierten Transaktionen nicht scheut. Jüngst tauchte der Name »Ponzi« auch in deutschen Medien auf, wenn sich Autoren erstaunt zeigten, dass der lange wenig beachtete US-amerikanische Ökonom Hyman Minsky (1919-1996) schon vor Jahrzehnten die (Fast-)Zwangsläufigkeit eines Finanz-Crashes vorhergesagt hatte. Der Begriff »Ponzi scheme« assoziiert jene Art von Geldgeschäften mit dem Namen des Kriminellen Charles Ponzi (1882-1949), der laut der Internet-Enzyklopädie Wikipedia »einer der größten Schwindler und Betrüger der amerikanischen Geschichte« gewesen ist. Mord und Totschlag wurden ihm nicht angelastet, vielmehr wurde Ponzi in der Öffentlichkeit noch bei seiner Abschiebung aus den USA nach Italien im Jahr 1934 »als Held betrachtet, und gerade unter den Italienern - sei es in den USA oder Italien - hatte seine Verehrung geradezu mythisches Ausmaß.« Für eine Scheckfälschung in Höhe von 423 (vierhundertdreiundzwanzig) US-Dollar, mit der er seine kriminelle Kar-

riere 1907 eröffnet hatte, erhielt er drei Jahre Gefängnis. Nach seiner Entlassung »entdeckte« er die Chancen, mit Schneeball- und Pyramiden-Geschäften reich zu werden. Die Beträge, mit denen Ponzi jonglierte, wurden erheblich ansehnlicher, aber sie gingen nicht über dreistellige Millionen-zahlen hinaus, blieben also von den heute üblichen Milliardensummen weit entfernt. Also eher ein kleiner, allenfalls mittelgroßer Fisch verglichen mit den Haien von heute. Doch wie bei Letztgenannten beruhte Ponzis (nur zeitweiliger) Erfolg - er starb schließlich völlig verarmt in einem Krankenhaus in Rio de Janeiro - auf dem Zusammentreffen von einer mit krimineller Energie gepaarten Beredsamkeit und der Gier von Geldgebern, die von astronomischen Renditeversprechen nicht abgeschreckt, sondern haufenweise angelockt wurden. Der Privatbanker vor Krockow bemerkte kürzlich, dass völlig unrealistisch sei, eine Rendite von mehr als 8% zu versprechen. Wer es dennoch glaubt, ließe sich hinzufügen, ist dumm und gierig.

Das »Ponzi scheme« hat inzwischen eine wissenschaftlich honorige Begriffskarriere gemacht. Der bereits erwähnte US-amerikanische Nationalökonom Hyman Minsky, der als Keynesianer im weiten Sinn eingeordnet wird, sah die Eigendynamik im Mechanismus der Finanzmarkttransaktionen unvermeidlich im (Quasi-)Kriminellen münden (vgl. zum Überblick Whalen 2008). Für diese Endphase der mehr oder weniger lange ablaufenden Ausweitung verantwortungsloser Finanzmarktgeschäfte führte Minsky die Bezeichnung »Ponzi finance« ein. Theoretischer Ausgangspunkt von Minskys Überlegungen war die von Keynes begründete Gegenposition zum klassisch-neoklassischen Glauben an »effiziente Gleichgewichtsmärkte« (efficient market hypothesis). Der Marktmechanismus, so die Keynesianer, ist gerade nicht effizient und garantiert kein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht.

Wegen der prinzipiell existierenden Unsicherheit (im Unterschied zum wahrscheinlichkeitstheoretisch bestimmten Risiko) können die Märkte gar nicht anders als fortlaufend Ungleichgewichte und immer wieder ineffiziente Ergebnisse hervorbringen. Keynes war zwar nicht der Erstentdecker des Unterschieds zwischen kalkulierbarer Ungewissheit einerseits und der rein subjektiven, von individuellen Persönlichkeitseigenschaften (animal spirits) abhängigen Unsicherheit andererseits. Vielmehr kommt Frank H. Knight die Ehre zu, die versicherungsmathematisch zu bestimmenden, somit auch versicherbaren Risiken klar von der nicht-versicherbaren Unsicherheit unterschieden zu haben. Doch Keynes gab der Unsicherheit erst den Stellenwert einer gesamtwirtschaftlich relevanten Einflussgröße, die gleich einem Tornado die theoretisch gepflegte Landschaft der Gleichgewichtsgärtner wiederkehrend verwüstet. Auf diese Keynessche Realitätssicht gründete

Minsky seine »Hypothese der Finanzmarktinstabilität« (financial instability hypothesis = FIH; vgl. Minsky 1996, 1992 und 1982).

Es lässt sich darüber streiten, ob Hyman eine Theorie im eigentlichen Sinn aufgestellt hat oder »nur« wirtschaftsgeschichtliche Erfahrungen verallgemeinerte und aus der Beobachtung, dass sich Fehlentwicklungen wiederholten, den Schluss zog, dass dies auch künftig wieder der Fall sein werde. Minsky unterscheidet drei Entwicklungsstufen der expansiven Kreditfinanzierung:

- Absicherungsfinanzierungen (hedge finance, was bei Minsky nichts mit den heute beargwöhnten Hedge Fonds zu tun hat): Kredite werden in vollem Umfang bedient, d.h. die Schuldner können Zins und Tilgung vertragsgemäß aufbringen.
- Spekulationsfinanzierungen (speculative finance): Die Schuldner zahlen zwar pünktlich Zinsen, aber für die Tilgung reichen die Einnahmen nicht mehr, sodass für die Tilgung immer wieder neue Kredite aufgenommen werden. Dieses »Roll over« kommt den Kreditgebern (Banken und anderen Finanzinstitutionen) dann durchaus entgegen, wenn sie Probleme haben, liquide Mittel rentierlich für Sachkapitalinvestitionen auszuleihen, wie dies im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte in steigendem Maße der Fall war.
- Ponzi-Finanzierungen (Ponzi finance): die Schuldner nehmen mehr und mehr Kredite auf, nicht nur um die Tilgung zu bedienen, sondern auch um den Zinsverpflichtungen nachzukommen, was logischer Weise nur eine gewisse Zeit lang möglich ist, ehe es dann zu (massenhaften) Insolvenzerklärungen und dem folgenden Zerreißen der Kreditketten kommt.

Die kapitalistische Evolution von der industriellen Mehrwertproduktion zu den finanzkapitalistischen Luftbuchungen

Minsky sieht in der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus (seit Beginn des 19. Jahrhunderts) - in Anlehnung an Schumpeters Geschichtsverständnis - einen Wandel im Verhältnis der Kreditgeber und Schuldner und synchron dazu eine Veränderung des finanzkapitalistischen Bereichs in Relation zu den produzierenden, nichtfinanziellen Unternehmen. Es ließen sich hierbei folgende Evolutionsphasen unterscheiden:

- Kommerzieller Kapitalismus (commercial capitalism): Kredite dienen vorrangig der Finanzierung des industriellen Aufbaus oder Wiederaufbaus, d.h. sie fließen in die Sachkapitalbildung. Renditen basieren ganz überwiegend auf der Wertschöpfung, d.h. der Produktion von Waren. Gewinne haben sozusagen eine reale Entsprechung in Form eines real wachsenden Stroms von Sachgütern und Dienstleistungen.

- Finanzkapitalismus (financial capitalism): Spekulationsgeschäfte und umfangreiche Börsentransaktionen treten zumindest zeitweilig gegenüber der auf der Produktion bzw. realen Wertschöpfung gründenden Renditesuche derart in den Vordergrund, dass Börsencrashes die Gesamtwirtschaft erschüttern (so u.a. in der Großen Depression nach 1929).
- (Sachkapital-)Manager-Kapitalismus (manager capitalism): Aufgrund der staatlichen (antizyklischen) Stabilisierungspolitik und zentralbankpolitischer Liquiditätssicherung bei drohendem Zusammenbruch des Finanzsystems wächst den Managern der nichtfinanziellen Unternehmen (wieder) mehr Unabhängigkeit vom Finanzsektor zu (so etwa während des New Deal von US-Präsident F.D. Roosevelt und in der relativ stabilen Regenerationsphase nach dem Zweiten Weltkrieg).
- Geld-Manager-Kapitalismus (money manager capitalism): Infolge des rapiden Wachstums von institutionellen Investoren wie Pensionsfonds, Versicherungen, Investmentfonds und dergleichen, jüngst aber auch von »Heuschrecken« jedweder Art, wurden die Unternehmen des nichtfinanziellen Bereichs sozusagen wieder (etwas) entmachtet und ihre Unternehmenspolitik auf die Vorstellungen jener institutionellen Anleger ausgerichtet. Faktisch entmachtet wurden aber auch die traditionellen »Kleinaktionäre«, deren »Gemecker« auf Hauptversammlungen wohl kaum noch ernst genommen wird und denen man eher mit ironischer Aufmerksamkeit als mit aufrichtiger Höflichkeit begegnet. Zu diesem Geld-Manager-Kapitalismus gehört auch das relativ neue Phänomen der Rating-Agenturen, die öffentlichkeitswirksam (meist) gute und (seltener) schlechte Noten für öffentliche und private Kreditnehmer, für Banken und andere Finanzmarktakteure erteilen. Mehr als nur ein Schönheitsfehler ist aber, dass diejenigen, denen Zensuren erteilt werden, die Preisrichter bezahlen. Das heißt, dass Rating-Agenturen von denen finanziert werden, deren Kreditwürdigkeit sie evaluieren sollen, und die sind natürlich auf »gute Noten« angewiesen, denn sie wollen an das Geld potenzieller Anleger. Das sind keineswegs alles reiche Leute, wenn auch nicht die ganz Armen. Die Interessenkollision zwischen Prüfer und Prüfling ist also in das Rating-System eingebaut.

Staatsfonds - die wachstumsstarken Neulinge

Hyman Minsky konnte allenfalls ahnen, wie die jüngste Entwicklung auf den Finanzmärkten verlaufen würde. Seit Beginn des neuen Jahrtausends zeichnete sich ab, dass völlig neue Akteure im internationalen Finanzgeschäft zu einflussreichen Mitspielern werden - die staatlichen Investitionsfonds bzw. Staatsfonds (sovereign wealth funds) der ölexportierenden Staaten und

der asiatischen Aufsteiger. Ganz neu ist dieser Typ von Finanzmarktagent nicht; Norwegen hat schon vor längerer Zeit einen solchen Fonds eingerichtet, dessen Aufgabe die Alterssicherung der Norweger ist. Doch der norwegische Staatsfonds unterscheidet sich von den Neulingen zumindest in zweifacher Hinsicht: Erstens ist Norwegen ein demokratisches Land, und das spiegelt sich auch in der Anlagepolitik seines Fonds wider. Der Fonds darf sich zu maximal 5% an Unternehmen beteiligen, und er achtet auch darauf, dass gewisse moralische Standards von diesen Unternehmen eingehalten werden. So gab er beispielsweise im November 2005 seine Beteiligung an Wal-Mart auf, weil diese Einzelhandelskette die gewerkschaftliche Organisation seiner Beschäftigten diskriminierte und ihr Ausnutzung von Kinderarbeit vorgeworfen wurde. Staatsfonds demokratischer Länder stehen - anders als private Fonds - nicht nur unter stärkerer Beobachtung der Öffentlichkeit, sondern der Staat als Eigner ist (oder war zumindest) in der Regel gehalten, moralisch verwerfliche Praktiken nicht zu dulden bzw. abzustellen. Die neuen Staatsfonds kommen bisher aber ausnahmslos aus nicht-demokratischen Ländern. Sie werden sich für ihre Renditesuche der Hedge Fonds und der Private Equity gern bedienen und deren Skrupellosigkeit wohl kaum aus moralischen Gründen beargwöhnen. Die vier neuen »Power Brokers«, wie sie vom McKinsey Global Institute apostrophiert werden, hatten Ende 2006 ein nach Anlagen suchendes Gesamtvermögen von weit über 8,5 Billionen US- $\text{\$}$; im Jahr 2000 lag die Summe erst bei ca. 3,2 Billionen US- $\text{\$}$ (Angaben nach: Farrel/Lund 2008). Die staatlichen Investitionsfonds, so die Befürchtung, werden ihre wirtschaftliche Macht auch politisch nutzen. Das erstaunt und verschreckt zwar nur Leute, die meinen, Politik und Wirtschaft seien verschiedene Bereiche - sozusagen zwei Monaden -, aber was sich als neu herausstellen könnte, ist die veränderte Machtrelation: Statt dass die kapitalistische Wirtschaft die Politik gänzelt, nutzt die Politik die wirtschaftliche Macht, um ihre Zielvorstellungen auf internationaler Ebene besser durchzusetzen. Jedenfalls wird die neue »Viererbande« - Ölexporteure, asiatische Staatsfonds, Hedge Fonds und Private Equity in den nächsten Jahren ihre globale Finanzmachtstellung noch erheblich ausbauen (vgl. Farrell/Lund 2008; Schönberg 2008).

Für die neoliberalistische Fraktion werfen die Staatsfonds ein Dilemma auf. Einerseits ist aus ihrer Sicht privat gut und staatlich böse, und diese Perspektive dürfte bei den jüngsten Abwehrdiskussionen, die in Berlin, Brüssel und anderswo gegen die Staatsfonds geführt werden, nicht unwichtig sein. Andererseits erscheint jedoch die protektionistische Staatsintervention gegen den »freien Kapitalverkehr« ebenfalls als Übel, und es ist ja auch nicht von der Hand zu weisen, dass es äußerst schwierig sein dürfte, zwischen

»guten« Staatsfonds und »schlechten« zu differenzieren (vgl. Schönberg, 2008). Dass Staatsfonds als Retter in der Not dann willkommen sind, wenn Unternehmen dank ihres so tüchtig spekulierenden Managements am Abgrund stehen, ist in jüngster Zeit durch zahlreiche Beispiele belegt worden. Die Staatsfonds könnten durchaus als stabilisierendes Element auf den Kapitalmärkten fungieren. Denn sie haben den Vorteil, nicht von irgendwelchen Kapitalgebern abhängig zu sein, die auf kurzfristige Renditeerfolge drängen; sie können also in aller Ruhe strategisch handeln und sind in der Lage, auch Durststrecken, wenn etwa die Börsenkurse abrutschen, ohne Verkaufsdruck durchzustehen. Zudem werden auch nicht-demokratische Regierungen auf ihr internationales Ansehen achten und sich somit nicht aus reiner Rendite-Gier Vorwürfen aussetzen, sozialethische Normen massiv zu verletzen. Es wird der internationalen Gemeinschaft jedenfalls gegenüber Staatsfonds weit eher als gegenüber Privatkapitalisten gelingen, moralische Ansprüche geltend zu machen und auf eventuelle Gegensätze zwischen öffentlichen Bekenntnissen einer Regierung und ihrer Fondspolitik mahnend hinzuweisen. Insgesamt betrachtet gibt es kein überzeugendes Argument dafür, dass die Weltwirtschaft und insbesondere die internationalen Finanzmärkte mit den staatlichen Akteuren schlechter bedient wären als mit den privatkapitalistischen.

Die Krokodilstränen löschen keinen Großbrand

Im Frühjahr 2008 trafen sich wieder einmal die Finanzminister und Notenbankler der Gruppe G7, und man/frau war sich einig, dass an den Finanzmärkten Ärgerliches geschieht, dass mehr »Transparenz« geboten sei und dass selbstverständlich gehandelt werden müsse. Doch die eigentliche Botschaft lief darauf hinaus, Entwarnung zu geben. Nur keine Panik: In der Tat bewahrte sie ja auch nicht vor dem Untergang der Titanic. Es ist zu vermuten, dass kaum jemand, der am G7-Gipfel teilnahm, mit dem Namen Hyman Minsky und jenen aktuellen Schlagworten »Minsky-Effekt«, »Minsky-Moment« und dergleichen allzu viel zu verbinden wusste. Jedenfalls wiederholt sich eben immer wieder die Cassandra-Misere. Das aufziehende Gewitter am US-amerikanischen Hypothekenmarkt war von interessierten und informierten Wirtschaftsmeteorologen durchaus schon erkannt worden, *ehe* es mit voller Stärke losbrach (Wahlen 2008, 91ff.). Die Ignoranz der politischen, insbesondere der wirtschaftspolitisch verantwortlichen Machtprominenz gegenüber den keynesianisch fundierten Langfristprognosen über das Ende der vermeintlich »ewigen« Wachstumsprosperität und die Notwendigkeit eines Wechsels zur Wohlstandsprosperität (eine Frage der sozial vernünftigen Verteilung und der Arbeitszeitpolitik) ist schon mindestens eine

Generation alt - datiert also zurück in die 1970er Jahre. Das Cassandra-Schicksal widerfuhr auch Hyman Minskys Prognose(n). Und trotz der von der virulenten Krise katalysierten »Entdeckung« jenes weitsichtigen Autors durch einige Medien wird das Wegschauen, Abwiegeln und Ableugnen noch fortgesetzt werden. Die Erwartung des Minsky-Experten Charles Whalen hinsichtlich einer späten, aber doch politikwirksamen Anerkennung des Propheten der Finanzmarktkrise(n) Hyman Minsky dürfte verfrüht sein.⁵⁵ Minsky selbst war eben ein realistischer Skeptiker.

⁵⁵ »Having worked with him ... I know Minsky would not have been surprised at all by the 2007 credit crunch and its impact on the U.S. employment report. While the reaction of the main-stream economists was >I'm shocked<, Minsky would likely have just nodded, and the twinkle in his eyes would have gently said >I told you so<.« Ebenda, 105.

III. Alter Kapitalismus im Neuen China? - Zum Ende des imperialen Westkapitalismus

7. Der Aufstieg des Sinokapitalismus - Historische Entwicklungsstufen lassen sich nicht überspringen

China hätte der Olympiade nicht bedurft, um eine wachsende Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zu ziehen. Demgegenüber trat Indien als das von den Medien seit einigen Jahren hoch gelobte und angeblich China bald überholende Schwellenland in den Hintergrund. Es ist zu erwarten, dass das neuerliche »China-Bashing« weiter aktualisiert wird und die indische Demokratie in den westlichen Medien freundliche Zuwendung erfährt. In der Tat hat Indien eine demokratische Verfassung, aber auch nach sechzig Jahren, das sind nach herkömmlicher Rechnung zwei Generationen, überlebt das Kastensystem - die heiligen Rinder blieben Nahrungskonkurrenten der Menschen und das Straßenelend in den Städten lässt vermuten, dass vom Wachstum des indischen Bruttoinlandsprodukts unten nichts ankommt. Beim »Index der menschlichen Entwicklung« (HDI2007/08,284f.) steht Indien auf Rang 128 (absoluter Wert: 0,619) und China auf Rang 81 (absolut: 0,777). Auch beim Index der menschlichen Armut (human income and poverty index; HDI 2007/08, 292f.) besteht zwischen Indien und China ein erheblicher Abstand. Indien liegt beim Armutsindex mit Rang 62 weit hinter China (Rang 29). Wenn also über den Erfolg der kapitalistischen Produktionsweise in Schwellenländern und deren weitere Aussichten geurteilt wird, schneidet das demokratische Indien bisher deutlich schlechter als das autoritär geführte China ab. Könnte es sein, dass in China der Kapitalismus nicht nur dynamischer als in Indien entwickelt wird und dass dabei auch mehr Wohlstand für die breite Bevölkerung »abfällt«, sondern dass Indien tendenziell das westkapitalistische Modell kopiert, China aber einen eigenständigen Kapitalismus schaffen wird?⁵⁶

Der Rückblick auf die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im 20. Jahrhundert lässt erkennen, dass sich einige theoretisch

⁵⁶ Vgl. auch die Ausführungen über »Reichtumsvergeuder« in dem Aufsatz »Wachstum und Wohlstand - Die Konjunktion ist obsolet« in diesem Band.

begründete Hypothesen der Politischen Ökonomie des Kapitalismus empirisch bestätigten, andere hingegen widerlegt wurden. Bestätigt wurden die Hypothesen zur Entstehung wiederkehrender endogener Krisen, zur Konzentration und Zentralisierung des Kapitals, zur internationalen Expansion des Kapitalismus, zur relativen Verselbständigung der finanzkapitalistischen Sphäre und Dominanz ökonomischer Macht gegenüber demokratisch kontrollierter Machtausübung. Bestätigt wurden zwei weitere theoretisch begründete Vorhersagen, die allerdings nicht auf kapitalistische Produktionsverhältnisse beschränkt erscheinen. Erstens, dass hochentwickelte Volkswirtschaften nach einer längeren Periode hoher Wachstumsraten und Vollbeschäftigung deutliche Wachstumsinderungen erleben würden, sodass bei unverändertem gesamtwirtschaftlichem Produktivitätsfortschritt Massenarbeitslosigkeit eintrete, sofern keine Arbeitszeitverkürzungen erfolgten. Zweitens werde im Zuge des technischen Fortschritts ein Strukturwandel stattfinden, der zu Anteilsverlusten der Industrie und entsprechenden Anteilsgewinnen der Dienstleistungsproduktion führe.

Die empirische bzw. historische Bestätigung der theoretisch begründeten Prognosen bedeuten zwar keinen »Wahrheitsbeweis« der sie fundierenden Theorien, zeichnen sie aber als anderen, widerlegten Theorien überlegen aus. Um möglichst plausible Einschätzungen zur weiteren Entwicklung des Kapitalismus zu gewinnen, sollte daher auf die bestätigten Theorien zurückgegriffen werden.

Sehen wir uns einige historisch widerlegte Theorien der politischen Ökonomie genauer an. Die klassische bzw. neoklassische Gleichgewichtstheorie, die leugnet, dass ein kapitalistisches Marktsystem endogene Krise erzeugt und die den inflationsfreien Vollbeschäftigungszustand sogar als normalen, dauerhaften Zustand begreift, ist seit den ersten Jahrzehnten der industriekapitalistischen Entwicklung, genauer seit etwa 1820, immer wieder und bis heute widerlegt worden. Doch auch die auf Marx zurückgeführte Hypothese, dass die kapitalistischen Krisen aufgrund wachsenden Widerstands der sozialen Bewegung schließlich zu einer politischen Umwälzung (Revolution) veranlassten, wurde nicht bestätigt. Hier sollte jedoch präzise formuliert werden: »bisher nicht bestätigt«. Und das »bisher« findet seine Begründung ebenfalls bei Marx. Denn Marx konstatierte im Unterschied zu späteren Umdeutungen, dass der Kapitalismus erst dauerhaft überwunden werden könnte, nachdem er sich weltweit ausgebreitet und seine historische Funktion weitgehend erfüllt hat - nämlich den technischen Fortschritt und damit die Produktion gesellschaftlichen Reichtums aufjenes Niveau zu heben, das als Voraussetzung einer nachkapitalistischen (sozialistischen?) Gesellschaft notwendig (noch nicht hinreichend) sei. Zu Beginn des 21. Jahr-

hunderts ist als Tatsache festzustellen, dass es keinem Land gelungen ist, unter Auslassung der kapitalistischen Entwicklungsstufe den Sprung aus vorkapitalistischen Verhältnissen in ein »Danach« zu schaffen. Diese Tatsache verdient umso mehr Beachtung, als der Zusammenbruch der UdSSR (1989/90) zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die kapitalistischen Länder bereits weit über zehn Jahre hinweg mit erheblichen Krisenproblemen belastet waren. Es wäre doch eher zu erwarten gewesen, dass die nicht-kapitalistischen Industrieländer von der Krise ihres Widerparts profitiert hätten. Doch das Gegenteil trat ein. Chinas neuer Kapitalismus ließe sich durchaus im Sinn der Marxschen Sicht interpretieren, dass die kapitalistische Entwicklungsstufe eben nicht übersprungen werden kann.

Die eurozentristische Verblendung

Wer in Konversationslexika, die vor der jüngsten Jahrhundertwende erschienen sind, nach Kurzinformationen über die bedeutenden Dynastien des Alten China sucht, wird mit einem gewissen Erstaunen feststellen, dass in vielen, wohl den meisten, auch den umfangreicheren Enzyklopädien allenfalls die Han-Dynastie (206 v.Chr. bis 220 n.Chr.) mit einem eigenen Schlagwort gewürdigt wird. Sui und Tang (581 bis 907) aber, die Dynastien, die China zu einer frühen »Weltmachtposition« führten, oder Song (960 bis 1279), die Dynastie der chinesischen »Vormoderne«, die den Buchdruck, die mechanische Uhr und eine Vielzahl anderer »neuzeitlicher« Innovationen hervorbrachte, wurden eines eigenen Eintrags nicht für wert gehalten. Selbstverständlich bieten die (längeren) Artikel bzw. Unterabschnitte zu China und der chinesischen Geschichte Informationen über jene nach Dynastien abgegrenzten Geschichtsepochen, aber das Fehlen eigener Schlagworte darf wohl als symptomatische Spätfolge eurozentristischer Geringschätzung der »Vorgeschichte« des modernen China gewertet werden. Beispielsweise informiert der zwanzigbändige »Brockhaus« der 17. Auflage (1966-1974) zu »Tang« über Braun- und Rotalgen und vermerkt zudem: »Tang, Tan, japan. Flächenmaß, $1\text{ IT} = 1/10\text{ Tschu (quadrat. Tschu)} = 1\text{ ha.}$ « (Brockhaus, 17. A., Bd. 18, S. 456). Aber zur Tang-Dynastie findet sich nicht der geringste Hinweis. Das zwölfbändige »Meyers Taschenlexikon« aus dem Jahr 1996, als sich bereits klar abgezeichnet hatte, dass China im 21. Jahrhundert wirtschaftlich und politisch zur einstigen Weltmachtposition zurückkehren wird, belässt es bei »Tang, svw. ↑ Seetang.« (Meyers 1996, Bd. 11, S. 3399). Dieter Kuhn bemerkt in seiner herausragenden Monographie zur Song-Dynastie, dass »bis in die jüngste Vergangenheit ... im Westen das Vorurteil (herrschte), die Geschichte Chinas sei undynamisch verlaufen« (Kuhn 1987, S. 1). Und »undynamisch« bedeutet in diesem Kontext soviel

wie innovationsfeindlich, technisch-wirtschaftlich rückständig, gar unfähig für jeglichen technisch-wissenschaftlichen Fortschritt. Dieses ethnozentristische Vorurteil wurde spätestens seit dem 19. Jahrhundert von höchster intellektueller Warte aus verkündet. Hegel und Marx waren nur zwei besonders prominente China-Verkenner (Spengler 1993, S. 7ff.) des europäischen Geistesadels. Die Nachwirkungen zeigen sich bis in die jüngere Vergangenheit. So wird beispielsweise der Buchdruck, vielleicht die überhaupt wichtigste technische Innovation in der Geistesgeschichte der Menschheit, in den vorstehend erwähnten Lexika - und nicht nur dort - in eingeübter, inzwischen aber völlig anachronistischer Überlegenheitsmanier allein »auf die um 1440 erfolgte Erfindung J. Gutenbergs« (Meyers 1996, Bd. 2, S. 520) zurückgeführt. Dass die ersten Drucke in China fast 800 Jahre zuvor - während der Sui-Dynastie (581 bis 618) - entstanden waren, dass seit dem Ende der Tang-Zeit im 10. Jahrhundert Werkausgaben konfuzianischer Schriften in 130 Bänden gedruckt wurden und dass Bücher in der Song-Periode in Auflagen von über 80 000 Exemplaren erschienen (Kuhn, 1987, S. 56ff.), wird dem Wissbegierigen der Wissensgesellschaft unter einschlägigen lexikalischen Schlagworten wie Buchdruck, Drucktechnik etc. nicht präsentiert. Es versteht sich, dass auch die chinesische Ersterfindung der beweglichen Letter im 12. Jahrhundert ungenannt bleibt.

Neue »Reichseinigung« und Wiederaufstieg unter Führung der chinesischen Kommunisten

Der phänomenale politische Wiederaufstieg Chinas unter Mao Zedong und das für den Westen noch weitaus überraschendere Wirtschaftswachstum im Zuge der 1978 von der Kommunistischen Partei Chinas und ihrem charismatischen Vorsitzenden Deng Xiaoping eingeleiteten Reformen haben den Westen aufgeweckt, oder richtiger: aufgeschreckt. Es scheint sich aber wiederum eine verzerrte Wahrnehmung einzupflanzen. An die Stelle von Geringschätzung und Missachtung in der Vergangenheit treten heute oft Misstrauen und Ängste, und wiederum sind es eurozentristische Sichtweisen, die die Entwicklung Chinas in Analogie zum Westkapitalismus und zu den imperialistischen Weltherrschaftsvorstellungen Europas und Nordamerikas interpretieren. Die Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, dass sich in China ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem herausbildet, das mit den historischen Erfahrungen der europäischen Entwicklung nicht vergleichbar ist, sondern nur aus der chinesischen (Kultur)Geschichte selbst heraus verstanden werden kann, gehört bisher allenfalls zum sinologischen Insiderwissen. Bereits heute lässt sich von einem eigenständigen Sinokapitalismus sprechen, in dem sich der über 2200 Jahre in China vor-

herrschende Zentralismus und die in dieser mehr als 70 Generationen umfassenden Zeitspanne eingewurzelte bürokratische Staatsorganisation fortsetzen - und so ein ökonomisch erfolgreiches Gegenmodell zum westlichen Liberalismus, insbesondere seiner neoliberalistischen Verfallsform der Gegenwart, begründen.

Der Westen denkt seit der Antike in militärischen Kategorien. Vom Römischen Reich über die Kreuzzüge bis zum neuzeitlichen Kolonialismus und Imperialismus begeisterte sich das Abendland für expansionistische Machtpolitik, und »god's own country«, die USA, als ethnischer und kultureller Abkömmling des Alten Kontinents erwies sich als eifriger Nachahmer eurozentristischen Hochmuts. Die Technikentwicklung Europas verlief untrennbar verschwistert mit der Rüstungstechnologie, und zu den »großen« Europäern wurden auch immer die »großen« Feldherren und Eroberer gerechnet - nicht anders in den USA, deren Forschungselite in ihrer Mehrzahl seit längerem direkt oder indirekt für das Pentagon tätig ist. Selbstgenügsamkeit galt und gilt als Schwäche. Chinas Geschichte bietet ein ganz anderes Bild, wie Needham, der »Erstentdecker« des technisch-wissenschaftlichen China, konstatiert:

»Da in der chinesischen Gesellschaft die ökonomische Funktion so sehr viel wichtiger als die des Militärs war, überrascht es kaum, dass der Gouverneur gewöhnlich viel stärker respektiert wurde, als der Festungskommandant. Sklaven wurden, grob gesagt, in der landwirtschaftlichen Produktion nicht eingesetzt, noch viel weniger in der Industrie; die Sklaverei beschränkte sich auf die Arbeit in den Haushalten, sie war während der ganzen chinesischen Geschichte eher >patriarchalisch<« (Needham 1993, 66).

Bekanntlich spielte Sklaverei in der europäischen Geschichte eine wesentliche Rolle. Die Ökonomien des antiken Griechenland und des Römischen Reiches waren Slavenhaltersysteme, und Aristoteles begründete die Sklavenhaltung mit »naturrechtlichen« Argumenten. Doch es sollte nicht nur an die europäische Antike gedacht werden, sondern auch an den neuzeitlichen Sklavenhandel der Europäer und den dazu komplementären Rassismus. Wenn sich Gegenwart und Zukunft aus der Vergangenheit herleiten, woran wohl kein Historiker zweifelt, wird sich eine plausible Einschätzung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Zukunftsentwicklung der Erdbevölkerung nicht auf eurozentristische Vorstellungen gründen können. Vielmehr liefert die asiatische, insbesondere die chinesische Geschichte den Leitfaden des Nachdenkens über die künftigen Weltzustände. Anfang der 1970er Jahre, als weder in China noch sonst jemand in der Welt von Deng Xiaopings Rückkehr an die Macht und seiner Politik der »vier Modernisierungen« etwas ahnte, gab Needham zu bedenken,

»...vielleicht war in der Muschel des mittelalterlichen Bürokratismus der Chinesen der Geist einer nicht dominierenden Gerechtigkeit des Sozialismus eingeschlossen. Möglicherweise sind die für die Chinesen bedeutsamen Traditionen viel leichter mit einer wissenschaftlichen, kooperativen Weltgemeinschaft in Übereinstimmung zu bringen als die Grundanschauungen der Europäer« (Needham 1993, 70).

Inzwischen werden ähnliche Ansichten von Sachbuchautoren unter dem Begriff »Beijing Consensus« popularisiert (2004 von Joshua Cooper Ramo als Contra-Konzept zum »Washington Consensus« der USA geprägt), und es wird behauptet: »Es siegt also vorerst der Beijing Consensus« (Hirn 2007, 272). Wenn asiatische Stimmen vor der westlichen Selbstgerechtigkeit und dem vor dem geschichtlichen Hintergrund des Okzidents wenig glaubwürdigen Missionseifer der USA für eine »globale Demokratie« warnen und sich an der Doppelmoral der Menschenrechtsapostel stoßen, sprechen sie vermutlich für die Mehrheit der Erdbevölkerung. Der singapurische Karriere Diplomat, Verwaltungswissenschaftler und international bekannter Autor Kishore Mahbubani konstatiert:

»I am convinced now as I was then that the aggressive Western promotion of democracy, human rights and freedom of the press to the Third world at the end of the Cold War was, and is, a colossal mistake. This campaign is unlikely to benefit the 4.3 billion people who live outside the developed world, and perhaps not even the 700 million people who live inside it. This campaign could aggravate, rather than ameliorate, the difficult conditions under which the vast majority of the world's population live« (Mahbubani 2004, 70f).

Die westliche Moderne brachte den Rechtsstaat, Demokratie und das Bekenntnis zu den Menschenrechten hervor, aber seine Geschichte hat auch bewiesen, dass Demokratie keine hinreichende Bedingung für eine gute Regierung darstellt, ja dass die Demokratie auch den Aufstieg einer NSDAP zuließ und wiederkehrend Kriminelle in hohe Staatsämter gewählt wurden, dass auch Demokratien nicht vor Opportunismus, Korruption, legalisierter Willkür gefeit sind, sondern diesen sogar die Weihen geben können, vom Willen der wahlberechtigten Mehrheit legitimiert zu sein. Die Kritik am Westen seitens der Sprecher der Mehrheit der Weltbevölkerung mag im Westen ignoriert, bagatellisiert oder als »fundamentalistisch« verteufelt werden, aber sie bleibt doch die Kritik der Mehrheit - und der Westkapitalismus steht nur noch in der Minderheitsposition. Das ist ein entscheidender Faktor in der künftigen Weltgeschichte (vgl. Hinkelammert 2007).

Vorgaben für die Moderne: Innovation und technische Hochleistung im bürokratischen China

Bis zur Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert, also dem Beginn der europäischen Neuzeit, erschien Europa verglichen mit dem »Reich der Mitte« als ein technisch und wirtschaftlich rückständiger Kontinent. Für einen außerirdischen Beobachter hätte sich die Entwicklung Chinas seit den ersten beiden Jahrhunderten vor der Zeitenwende bis ins 15. Jahrhundert hinein als ein relativ kontinuierlicher Aufstieg darstellen müssen. Europa erlebte in diesen Jahrhunderten den Aufstieg und den Niedergang des Römischen Reiches und versank dann in dem mittelalterlichen Jahrtausend feudalistischer Zersplitterung und religiöser Subordination. Technisch-wirtschaftliche Innovationen und intellektuelle Erhellung gelangten aus dem fernen Osten über die arabische Welt als geistige Importe in den hinterwäldlerischen Kontinent. Sein relativ bescheidenes Mehrprodukt wurde zum größten Teil für Rüstung, Sakralbauten und den im Vergleich zur Luxuspracht der ostasiatischen Herrschaftsschicht karg erscheinenden Konsum der europäischen Oberklasse verbraucht. Großräumige Infrastrukturinvestitionen wie im Römischen Reich - etwa Fernstraßen, weiträumige Wasserzuführungen, Hafenanlagen - brachte das mittelalterliche Europa nicht mehr zustande. Die chinesische Hochkultur, aber auch der vorkolumbianische Inka-Staat erreichten dank effizienterer Agrartechnik ein absolut höheres Mehrprodukt (pro Arbeitskraft) als die Europäer. Doch für die Wirtschaftsentwicklung noch wichtiger war die Tatsache, dass vom Mehrprodukt ein höherer Anteil für Investitionen, also zur Steigerung des technisch-wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus, verwendet wurde. Die technisch-wirtschaftliche Blüte im Alten China, das während der Song-Dynastie (960 bis 1276) über die Logistik zur Versorgung von Städten bis zu etwa einer Million Einwohner verfügte und wo Bücher mit Auflagen von über 80.000 Exemplaren gedruckt wurden, fand in Europa und den USA dank der Forschung Joseph Needhams und seiner Mitarbeiter steigendes Interesse, aber erst während der jüngeren Vergangenheit richtet auch eine breitere Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit auf das Alte China als zivilisatorisch-technische Hochkultur. Es dürfte weniger ein originär historisches Interesse, sondern eher das ängstliche Bestreben sein, die künftige Weltmacht besser einschätzen zu können, was den Blick auf die Geschichte Chinas richten lässt. Die von Europäern vernichteten mittel- und südamerikanischen Hochkulturen vermögen solche Zuwendung nicht zu wecken. Über ihre wirtschaftlich-technischen Leistungen ist der westlichen Öffentlichkeit kaum etwas bekannt, wenn von den touristischen Besuchen der Tempelanlagen und Ruinenstädte abgesehen wird. Doch wer weiß schon, dass die Inka ein weit über 12.000

km umfassendes Straßennetz bauen ließen, dass ihre beispiellose Technik, Trockenmauern aus bis zu 100 Tonnen schweren Steinblöcken zu bauen, mangels technologischer Aufzeichnungen (durch die spanischen Eroberer) bis heute rätselhaft blieb, dass es im autoritären Inka-Reich eine geldlose Zentralverwaltungswirtschaft gab, die die Ernährung der Gesamtbevölkerung - anders als in der von wiederkehrenden Hungersnöten geplagten chinesischen Massengesellschaft - gewährleistete. Die Überlegenheitsideologie im neuzeitlichen Europa verhinderte bzw. verzögerte den Technologie-Transfer sowohl aus Südamerika als auch aus Asien, und selbst die europäischen Sinologen waren lange Zeit blind für die technisch-wirtschaftlichen Höchstleistungen des Alten China. Die fundamentale Fehldeutung eines Hegel und Marx, die China als stagnierende Gesellschaft ohne Aussicht auf Modernisierung wahrnahmen, zeugt von der völligen historischen Unkenntnis Europas über die chinesische Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Erst seit den 1930er Jahren öffnete Joseph Needham durch sein umfangreiches Forschungsprojekt über die technischen Hochleistungen des Alten China dem Westen allmählich die Augen dafür, dass China nicht nur technisch-wirtschaftlich über mehr als 2000 Jahre hinweg dem Westen weit überlegen war, sondern dass diese Vorrangstellung der bürokratischen Staatsorganisation mit seinem meritokratischen Beamtenapparat zu verdanken war. Needhams Wertschätzung der chinesischen Bürokratie beschränkt sich nicht auf die Vergangenheit, sondern er gelangt zu der plausiblen Einschätzung, dass China gerade wegen seiner geschichtlich schon früh und seit langem bewährten Fähigkeit, eine Massengesellschaft bürokratisch zu organisieren, das überlegene Organisationsmodell für die Zukunft liefert.

Über die Ursachen der neuzeitlichen Weltexpansion und der technisch-wirtschaftlichen Vormachtposition, die Europa nach 1500 über ein halbes Jahrtausend hinweg aufbaute und halten konnte, wird es wie in vielen anderen historischen Fragen zu den entscheidenden Faktoren für den Aufstieg und Untergang von Großmächten vermutlich keine endgültige, allgemein akzeptierte Antwort geben. Doch über ein wesentliches Moment scheint kaum Dissens zu bestehen, nämlich die Tatsache, dass Europa vom 14. Jahrhundert an innerhalb weniger Generationen die waffentechnische Überlegenheit in der damaligen Welt erreichte, ohne die weder die europäische Kolonialexpansion noch das Ausmaß der innereuropäischen Kriege zu erklären wären (Zinn 1989). In China wurde zwar das Sprengpulver erfunden, aber die militärisch entscheidenden Innovationen, die Aufbereitung von Schießpulver (Schwarzpulver) und die Erfindung von Feuerwaffen, fanden erst in Europa statt.

Sinokapitalismus - eine neue Art kapitalistischer Produktionsverhältnisse?

Eine hohe Hürde, die bei dem Versuch, China zu verstehen, genommen werden muss, errichten Ethnozentrismus und Chronozentrismus. Die Befangenheit in der eigenen Kultur und deren Politischer Ökonomie sowie die historische Blickverengung auf die eigene (Lebens)Zeit lassen sich nicht abschütteln. Allenfalls mag es gelingen, sie zu relativieren, indem man sich ihrer bewusst wird und sich sozusagen um geschichtliche und kulturell-ethnologische Empathie bemüht. Deshalb fällt es schwer, die kapitalistische Entwicklung in China in ihren Erfolgen und üblen Begleiterscheinungen ohne die europäischen Maßstäbe und Vorurteile zu sehen.

Die hoffnungsvollen Versuche, den Gang der Geschichte abzukürzen und aus vorkapitalistischen Verhältnissen direkt zum Sozialismus, gar Kommunismus zu gelangen, sind gescheitert. Wie immer Marx und Engels theoretische Begründung der Notwendigkeit, eine kapitalistische Entwicklungsstufe durchlaufen zu müssen, eingeschätzt wird, erhielt sie von der Wirklichkeit das Gütesiegel empirischer Bestätigung. Der Aufbau des Sozialismus in einem Land, der sich mit einer arg dürftigen Umdeutung der klaren Aussagen der »Deutschen Ideologie« zur Unabwendbarkeit eines global flächendeckenden Kapitalismus zu begründen versuchte, ist misslungen. Selbst in der bevölkerungsstarken und einer autonomen Entwicklung folgenden VR China der Mao-Ära gelang kein »Großer Sprung« über den Kapitalismus hinweg in die sozialistische Zukunft. Seit 1978 erlebt die staunende Welt einen »chinesischen Kapitalismus«, der das Land innerhalb von drei Jahrzehnten in die Position katapultierte, mit seinen angesammelten Devisenreserven das westkapitalistische, also das amerikanisch-europäische Finanzsystem ggf. in die Knie zu zwingen. Der »chinesische Kapitalismus« könnte in Analogie zu dem (zu früh) abgebrochenen Versuch der Leninschen »Neuen Ökonomischen Politik« gesehen werden, d.h. als Instrumentalisierung des konkurrenzkapitalistischen Mechanismus, um die - gerade von Marx herausgestellte - historische Funktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu nutzen, nämlich Akkumulation, Innovation und damit Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Das geht dann aber nicht, ohne sich nass zu machen: Kapitalismus ohne Ausbeutung, Ungleichheit, Konzentration, grenzüberschreitende Expansion etc. wäre kein Kapitalismus. Doch es gilt zu differenzieren im Hinblick auf das notwendige und politisch geduldete Ausmaß an Inhumanität der Verhältnisse, und damit verbietet sich auch die pauschale Beurteilung, dass jedweder Kapitalismus gleichermaßen »schlecht« und gleichermaßen menschenverachtend sei. Um beim Beispiel des »chinesischen Kapitalismus« zu verweilen: Inner-

halb von drei Jahrzehnten wurde der materielle Lebensstandard von etwa zwei Fünfteln der chinesischen Bevölkerung, also von 400 Millionen Menschen, erheblich gesteigert. Das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums blieb also nicht auf eine kleine Zahl Superreicher konzentriert. Es gibt gegenwärtig keine plausiblen Gründe für die Befürchtung, dass nicht weitere Bevölkerungskreise in den Aufstiegsprozess einbezogen werden, sodass in zehn Jahren 500 Millionen, in 20 Jahren 600 Millionen oder gar noch mehr Bürgerinnen und Bürger der VR von der Wirtschaftsentwicklung des Landes profitieren.

Wenn hier von »chinesischem Kapitalismus« gesprochen wird, so verweist das auf Unterschiede innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die sich aus den kulturellen Verschiedenheiten der Kontinente, Weltregionen, aber selbst zwischen geographisch und kulturgeschichtlich eng benachbarten Gesellschaften ergeben. Zu den kulturellen Eigenarten gehören insbesondere auch die geistig-moralischen Grundeinstellungen einer Gesellschaft, die lange historische Zeiträume benötigen, um sich tiefgreifend zu verändern. Die Lebensverhältnisse der Menschen im Kapitalismus unterscheiden sich markant je nachdem, ob es sich um einen wohlfahrtsstaatlich gemilderten oder einen krassen Ausbeutungskapitalismus handelt. In einer plakativen Formulierung sei daher zwischen »weichem Kapitalismus« und »hartem Kapitalismus« unterschieden. Per se ist er hart, und seine Aufweichung ergab sich aus den relativen, keineswegs irreversiblen Erfolgen der dem Kapital unterworfenen Menschen in der Klassenauseinandersetzung. Doch dass es überhaupt gelang, unter kapitalistischen Verhältnissen sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliche Ideen materiell wirksam werden zu lassen, zeugt sowohl von der Plastizität des Kapitalismus als auch den Erfolgsmöglichkeiten einer gegenüber kapitalistischen Interessen nonkonformen Politik. Demokratische Staatsverfassungen plus einer ihrer demokratischen Rechte bewussten und diese reformpolitisch nutzenden Gesellschaft ermöglichen prinzipiell, durch Mehrheitsentscheidungen relativ weitgehende Reformen zu verwirklichen. Wenn die Empörung über die Ungerechtigkeit der Verhältnisse und der Leidensdruck der Massen hinreichen würden, revolutionäres, also illegales Handeln zu provozieren, so stünde auch der legale Weg offen, durch demokratische Mehrheitsentscheidung radikale Reformpolitik durchzusetzen: sozusagen radikale Schritte statt Revolution. Die empirische Tatsache, dass aber überhaupt Alternativen im Sinn des weichen und harten Kapitalismus möglich wurden, bedeutet, dass verschiedene Optionen bestehen. Welche Version kapitalistischer Verhältnisse die besseren Realisierungsaussichten in der Zukunft haben wird, entscheidet sich jedenfalls nicht im Westen, sondern in Asien. Die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalis-

mus oder richtiger: Regelmäßigkeiten, denn es handelt sich nicht um Naturgesetze - determinieren zwar den möglichen Spielraum, in dem sich die kapitalistischen Sozialökonomien entfalten, aber die jeweilige konkrete Ausprägung wird eben auch von kulturellen Vorgaben und den spontan auftretenden Einflussfaktoren geprägt. Die Kontingenz ist begrenzt auf die Breite eines »historischen Korridors«. Die Richtung und das Ausmaß des Korridors lassen sich relativ zuverlässig prognostizieren. Ob der Entwicklungspfad weiter links zu einem weichen Kapitalismus oder weiter rechts zum harten Kapitalismus führt, hängt - jedenfalls in Demokratien - von Wahlentscheidungen ab. Eine geschlossen auftretende Linke, deren Programmatik sowohl emotional als auch kognitiv i.S. rational durchdachter Realisierbarkeit glaub- und vertrauenswürdig ist, kann den Kapitalismus legal verändern; abschaffen wird/muss er sich selber. Zur Verdeutlichung sei auf die Gesetzmäßigkeit des strukturellen Wandels von der Industrie- zur Dienstleistung verwiesen, der alle entwickelten Länder unterliegen. Ob es jedoch zu einer »Domestikenökonomie«, also vorwiegend zu prekären, schlecht bezahlten und technologisch inhaltlosen, qualifikationsarmen Dienstleistungsjobs kommt (à la USA), oder ob hochwertige, ordentlich entgeltete Dienstleistungen expandieren (à la Schweden), wird von der Politik bestimmt; es gibt eben rechte und linke Versionen innerhalb des Korridors.

Eine Gesellschaft, deren Regierung den Kapitalismus sozusagen ins Land holt, wie dies die Kommunistische Partei Chinas getan hat, erlebt eine Anfangsphase kapitalistischen Wirtschaftens, die als »Kapitalismus in ... (dem betreffenden Land)« bezeichnet werden kann. Doch im Unterschied zur nachkolonialistischen bzw. imperialistischen Unterwerfung von Ländern durch den Westkapitalismus, der auf Eingliederung und Homogenisierung der Unterworfenen gerichtet ist, erfährt der »Kapitalismus in einem Land« eine kulturspezifische Veränderung hin zum Kapitalismus des Landes; der »Kapitalismus in China« mutiert zum »chinesischen Kapitalismus«, und der künftige Sinokapitalismus wird sich noch deutlicher vom Westkapitalismus abheben, als heute bereits sichtbar ist. Die inzwischen zumindest in der wissenschaftlichen Literatur gebräuchliche Rede von den »cultures of capitalism« bringt solche kulturellen/mentalischen Unterschiede zwischen Ländern mit kapitalistischem Wirtschaftssystem auf den Begriff. Die Lebenssituation der Menschen und die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden sich ganz wesentlich, je nachdem welche kulturell bedingten Modifikationen zwischen der Anfangsphase des »Kapitalismus in einem Land« und eines sich herausbildenden landesspezifischen Kapitalismus sich entwickeln. Die Deutungen, die das kapitalistische China auf dem Weg zum westlichen Kapitalismus sehen, verkennen

die kulturspezifischen Kräfte und unterstellen undifferenziert ein universales Kapitalismusmodell. Die ethnozentristischen und chronozentristischen Deutungsmuster, die in der jeweiligen eigenen Kultur und der historischen Gegenwart gefangen sind, lassen sich selbstverständlich nicht einfach abstreifen, als sei es nur eine Sache des guten Willens. Jedoch ist es für die Beurteilung der Zukunft des Kapitalismus auf der Erde und das heißt vor allem außerhalb des amerikanisch-europäischen Kapitalismus wenigstens hilfreich, sich diese Blickverengung durch Ethnozentrismus und Chronozentrismus bewusst zu machen.

8. »Staatssozialismus« und Reformpolitik im Alten China und ihr Scheitern an der Klassenherrschaft der chinesischen »Gentry«

Über einen Mangel an Informationen über China lässt sich nicht klagen. Der China-Boom zeigt sich in einer kaum noch überschaubaren Zahl von Publikationen, und die Massenmedien berichten kontinuierlich über das Land. Der Öffentlichkeit werden sporadisch auch Einblicke in die chinesische Geschichte vermittelt, wobei vor allem die frühen technischen »Wunderwerke« des Alten China die Aufmerksamkeit anziehen.

Doch weit weniger Beachtung findet die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landes, und über die die chinesische Staats- und Gesellschaftsphilosophie herrschen in der Öffentlichkeit allenfalls recht oberflächliche Vorstellungen, die mit der eher missverständlichen Bezeichnung »Konfuzianismus« - ein von den in China erfolglosen Missionaren der Societas Jesu geprägter Begriff - versehen sind. Jedenfalls fehlt im Westen das Wissen über die frühen Versuche, die chinesische Gesellschaft fundamental zu reformieren und eine Art Wohlfahrtsstaat, ja sogar ein quasi-sozialistisches System zu installieren. Es handelt sich hierbei nicht um rein punktuelle Vorgänge, sondern es kann von einer progressiven Grundtendenz, die Jahrtausende überdauerte, gesprochen werden. Sie vermochte im kaiserlichen China zwar nie einen durchschlagenden Erfolg gegen die Klassenherrschaft der chinesischen »Gentry«⁵⁷ zu erringen, aber es gibt wohl in keiner ande-

⁵⁷ In der sinologischen Literatur des Westens wird der aus der britischen Geschichtsschreibung übernommene Begriff »Gentry« für die Koalition der reichen chinesischen Kaufleute und Großgrundbesitzer mit der konservativen (Mehrheits)Fraktion der chinesischen Beamtschaft benutzt; eine Koalition, die durch familiäre Verbindungen, den Nepotismus und allfällige Korruption gestützt wurde, dessen wesentliches Bindungsinteresse aber in der Herrschaftssicherung lag. Hierbei ist zu vergegenwärtigen, dass die chinesischen Kaiser faktisch eher Repräsentationsfiguren waren - mit bedeutenden

ren Gesellschaft eine historisch vergleichbar tief verwurzelte und weit in die Vergangenheit zurück verfolgbare revolutionäre Haltung - so charakterisiert Eric Hobsbawm die Mentalität der chinesischen Massen - wie in China. Die von keiner anderen Hochkultur aufzuweisende, über zweitausend Jahre währende Kontinuität des chinesischen Staatswesens, der gesellschaftlichen Verhältnisse und relativer ethnischer Homogenität gibt der Geschichte Chinas - so lautet eine plausible Hypothese - noch weit größeren Einfluss auf Gegenwart und Zukunft, als es in anderen Ländern und Kulturkreisen der Fall sein dürfte. Es versteht sich, dass hier weder ein Überblick zu den in zweieinhalb Jahrtausenden immer wieder auftretenden Reformern noch gar Vollständigkeit angestrebt werden kann. Vielmehr wird eine Herrschergestalt herausgestellt, in der sich die wesentlichen Momente des Reformdenkens im Alten China wie unter einem Brennglas konzentrieren. Es handelt sich um den in der Sinologie äußerst kontrovers beurteilten Kaiser Wang Mang. Er regierte kommissarisch seit 5. n.Chr. und von 9 bis 23 n.Chr. als Kaiser. Wang Mangs Versuch, eine »Neue Dynastie« zu gründen und die Han-Dynastie zu beenden, scheiterte, blieb also nur das Zwischenspiel eines Interregnums zwischen früher und später Han-Dynastie. Wang Mangs von einigen Autoren als »kommunistisch« charakterisierte Landreform wurde schon nach drei Jahren abgebrochen und blieb ohne unmittelbaren Erfolg. Mehr Erfolg hatte Wang Mang mit seinen Steuer- und kreditpolitischen Maßnahmen zugunsten der selbständigen Bauern. Er steht in einer langen Reihe chinesischer Reformer - vor und nach ihm. Wang Mangs radikale, ja revolutionäre Reformpolitik lässt die reformpolitischen Erfordernisse und Ziele im Alten China nicht nur besonders deutlich erkennen, sondern sticht auch durch den unglaublichen Kontrast gegenüber den damaligen Herrschern in den anderen Weltteilen hervor. Wo sonst gab es zu Lebzeiten Christi einen Staatslenker, dem Spätere »kommunistische« Ideen nachsagen konnten!

Historische Entwicklung und Reformerfordernis

Um die Bedeutung von Wirtschafts- und Sozialreformen in der chinesischen Geschichte verständlich zu machen, sind einige generelle Ausführungen zur chinesischen Geschichte, zu den Besonderheiten des Alten China und damit zugleich auch zu den erheblichen Unterschieden der chinesischen Gesell-

Ausnahmen - und die tatsächliche Exekutivmacht von den Beamten ausgeübt wurde, die sich regelmäßig im Konflikt mit den Eunuchen sahen, die zeitweilig erheblichen Einfluss auf die Politik ausübten (zu Beginn der Ming-Dynastie 1368 bis 1644 kam es sogar zu einem von den Eunuchen initiierten Massaker an der Beamtenschaft).

schaft und ihrer Kultur gegenüber Europa angebracht. Ein durchgehendes Merkmal der chinesischen Reformpolitik liegt darin, dass die Reformen von oben - von der höchsten Staatsspitze ausgingen. Das gilt auch für den so umstrittenen »Reformkaiser« Wang Mang. Auch der »Revolutionär« Wang Mang berief sich wie andere Reformer auf vermeintliche Vorgaben aus der »guten alten Zeit« der Chou-Dynastie. Die ideologische Propagierung der Reformmaßnahmen argumentierte sozusagen rückwärtsgewandt. Wang Mang, der hier exemplarisch und als Extremfall reformpolitischer Aktivitäten im Alten China herausgestellt wird, scheiterte zwar, aber selbst ein Jahrtausend später greift der große Reformkanzler Wang An-shi wieder auf die ursprünglichen Konzepte zurück, wie sie Wang Mangs Politik bestimmt hatten.

Epochen

Die Übertragung der uns geläufigen Epocheneinteilung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit erscheint wegen möglicher eurozentristischer Verzerrungen nicht sachgerecht, obgleich sich solche Sichtweisen in der Literatur finden. Angemessener erscheint die an der chinesischen Geschichte orientierte Epochen-Dreiteilung in

1. die Zeit der konfligierenden Einzelstaaten (Zeit der »streitenden Reiche«), die mit der ersten Reichsgründung durch den Staat Qin (bzw. Ch'in, daher auch der Name China) im Jahr 222 v.Chr. endet. Alle für das spätere Kaiserreich bestimmenden Strukturen wie bürokratischer Zentralstaat, Hochschätzung der Agrarwirtschaft und der selbständigen Bauern sowie die gesellschafts- und staats-theoretischen Leitideen wurden bereits in dieser ersten Periode - vor allem im Staate Qin - ausgebildet und dann mit der Reichsgründung verbindlich für den Gesamtstaat.
2. Es folgen die 15 Jahrhunderte des »Frühen Kaisertums« - von 221 v.Chr. bis zur mongolischen Eroberung Chinas im Jahr 1279 n.Chr., an dessen Ende China ein »vormodernes« Entwicklungsniveau erreicht hatte.
3. Die sechs Jahrhunderte von 1279 bis 1912 werden als »Spätes Kaisertum« bezeichnet. Es war die Zeit zweier Fremddynastien - der mongolischen 1279 bis 1368 und der der Mandschu 1644 bis 1911, eine Epoche, in der China technisch-wirtschaftlich zu stagnieren schien und von Europa überholt wurde.

Der kulturelle Aufstieg und die kulturelle Blütezeit fallen in die zweite Epoche. Von den verschiedenen Dynastien sind vor allem hervorzuheben:

- die Han (206 v.Chr. bis 220 n.Chr.), unterteilt in die Frühe/Westliche Han und Späte/Östliche Han. Dazwischen lag das kurze Interregnum des besagten Wang Mang (9 bis 23 n.Chr.),

- Sui (581 bis 618) mit der größten territorialen Ausdehnung des chinesischen Reiches,
- Tang (618 bis 907), die kulturelle Blüte bescherte und durch den dominierenden Einfluss des chinesischen Buddhismus gekennzeichnet ist,
- Song (960 bis 1279), bekannt als chinesische »Vormoderne« mit einer Vielzahl technisch-wirtschaftlicher Erfindungen und Innovationen.

Das in der Öffentlichkeit verbreitete China-Bild wurde jedoch nicht durch die Jahrhunderte des Frühen Kaisertums und seiner kulturellen, insbesondere auch technisch-wirtschaftlichen Glanzleistungen geprägt, sondern von der Epoche des Späten Kaisertums. Diese Epoche brachte jedoch relative Stagnation, und China verlor seine ökonomische und technologische Spitzenstellung auf der Welt an Europa. Warum China seit dem Wechsel von der Song-Dynastie zur mongolischen Fremddynastie (Yuan) gegenüber Europa zurückfiel und seine technisch-wirtschaftliche Dynamik einbüßte, ist in der Literatur bis heute umstritten.

Kontinuität

Im Vergleich zu allen anderen Hochkulturen sticht die chinesische durch ihre weit über zwei Jahrtausende, bis in die Gegenwart währenden Kontinuitäten hervor:

- Territoriale Kontinuität des staatlichen Kerngebietes,
- Kontinuität auf der ideellen und sozialetischen Ebene; die originäre Staatslehre bewahrte trotz Modifikationen hohe Verbindlichkeit für die Staats- und Gesellschaftsauffassung Chinas über mehr als 2000 Jahre. Selbst die kommunistische Revolution im 20. Jahrhundert hat die mentalen Verwurzelungen in vorrevolutionären Traditionen nicht eliminieren können und wohl auch gar nicht zerstören wollen.
- Kontinuität der ethnischen Zusammensetzung des chinesischen Volkes,
- und Kontinuität der gemeinschaftsbezogenen, kollektivistischen - wir dürfen auch sagen anti-individualistischen - ideologischen Orientierung der Gesellschaft.

Chinas Konzentration auf sich selbst

Die chinesische Hochkultur gehört trotz ihres mindestens drei Jahrtausende umfassenden Alters zwar nicht zu den ältesten Hochkulturen, aber gerade aus heutiger Sicht kann sie - neben der abendländischen Kultur - als die weltgeschichtlich bedeutendste charakterisiert werden. Fast der gesamte ostasiatische Raum stand und steht unter dem historischen Einfluss Chinas, insbesondere seiner Staatsphilosophie und Sozialethik. Denn nicht nur die

chinesischen Länder selbst, die VR China, Taiwan und Singapur mit einer Bevölkerung von über 1,3 Mrd. Menschen, sondern auch Japan und Korea sind mit Blick auf ihre Geschichte als Einflussgebiete der chinesischen Kultur einzuordnen.

Im Unterschied zu allen anderen vorindustriellen Hochkulturen konnte sich die chinesische nicht nur gegen die äußeren Angriffe und inneren Erschütterungen bis heute behaupten, sondern sie zeigt in ihrer langen Geschichte auch eine alle anderen Kulturen hintansetzende Kontinuität. Im Unterschied zu Europa kann das chinesische Großreich nicht als imperialistisch charakterisiert werden. Sicher, es gab Phasen der äußeren Expansion, aber es überwog doch die defensive Haltung nach außen. Sinnlich wahrnehmbar ist dies nicht zuletzt an der chinesischen Mauer, genauer den chinesischen Mauern. Was Touristen heute als chinesische Mauer sehen, stammt aus dem 14. Jahrhundert. Diese Mauer hat eine Länge von etwa 6000 km. Doch die Grenzmauer- bzw. Grenzwallbauten reichen in die vorchristlichen Jahrhunderte zurück. Die Gesamtlänge aller dieser Mauern wird auf über 100.000 km geschätzt.

Jede Ethnie und insbesondere jede Hochkultur neigt zum Ethnozentrismus. Der europäische Ethnozentrismus zeigte schon sehr früh - spätestens im Imperium Romanum - aggressive Expansionstendenzen. Die europäische Geschichte ist auch die Weltgeschichte des Imperialismus. Der chinesische Ethnozentrismus erscheint im Vergleich dazu recht defensiv. China grenzte sich nach außen ab, und auch seine außenwirtschaftlichen Handelsinteressen blieben recht beschränkt, weil die chinesischen Regierungen meinten, China könnte ohnehin nichts Brauchbares, gar Notwendiges vom Ausland beziehen.

Wie lässt sich dieser spezifisch chinesische Blick nach innen, der Blick auf die eigene Kultur und Gesellschaft und der im Vergleich zu Europa auffällige Verzicht auf aggressive Weltmachtpolitik nach außen erklären? Technisch, d.h. hier mit Blick auf Schiffbau, Nautik und Logistik, war China lange vor den europäischen Kolonialmächten in der Lage, seine Einflussphäre weltweit auszudehnen. Doch darauf verzichteten die chinesischen Regierungen. Eine plausible Erklärung hierfür gibt Wittfogel in seiner umfangreichen Untersuchung zur chinesischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Wittfogel 1931). Er führt den chinesischen Verwaltungsstaat bzw. die Verwaltungswirtschaft auf die naturbedingten Organisationserfordernisse einer umfangreichen Bewässerungstechnik und die ausgedehnten Infrastrukturen des Überschwemmungsschutzes, des Kanal-, Straßen- und Brückenbaus zurück. Der von 605 bis 610 unter der Sui-Dynastie erbaute Kaiserkanal, der - bis heute benutzt - Nord und Süd mit einer (zeitweiligen) Länge

von 1900 km Länge verbindet, ist ein herausragendes Beispiel für die umfangreichen hydrotechnischen Infrastrukturinvestitionen im Alten China. Diese Staatsinvestitionen erforderten ungeheuere humane Opfer und wirtschaftliche Anstrengungen, aber das war in anderen Erdteilen auch der Fall - für weniger produktive, zukunftsweisende Ziele. Die Opportunitätskosten einer permanenten Hochrüstung hätten im Verzicht auf jene gewaltigen Investitionsprojekte gelegen. Ohne umfassende, makroökonomische und makrosoziale Planung, ohne bürokratische Organisation und ohne die Zentralisierung erheblicher Mehrproduktteile wären solche Vorhaben nicht möglich gewesen. Hieraus sei der besondere Charakter des chinesischen Beamtenstaates zu erklären. Wittfogel gilt bei der Mehrzahl der neueren Sinologen als überholt, genauer wohl: als zu einseitig. Die Verwaltungsbürokratie habe - so die Kritik - vor allem dem Machterhalt in einem aufgrund von Bevölkerungszahl und geografischer Erstreckung schwer regierbaren Staat gedient. Doch es fragt sich, warum die chinesische Verwaltung eben keineswegs nur militärischen Zwecken diene, sondern auch, ja vor allem der Wirtschaftsförderung im weiten Sinn, insbesondere auch dem Bau und dem Unterhalt der hochentwickelten wirtschaftlichen Infrastruktur. Die zentrifugalen Tendenzen, die Sezessionsbestrebungen sind in China nie völlig vom Zentralstaat beseitigt worden. Daher wurden Chinas staatliche Kräfte während der meisten Jahrhunderte durch den Kampf zwischen Zentralismus und lokalem Separatismus gebunden. Vermutlich liegt in dieser Tatsache der wesentliche Grund, warum China keinen Imperialismus im europäischen Sinn entwickelt hat. Es war einfach ein zu großes Reich, dessen Kräfte für die innenpolitischen Aufgaben benötigt wurden.

Frühe Massengesellschaft, Hydrotechnik und Bürokratie

China war bereits in den vorchristlichen Jahrhunderten eine Massengesellschaft. Nicht nur die absolute Bevölkerungszahl ist dabei bedeutsam, sondern die hohe Bevölkerungsdichte im chinesischen Kerngebiet. Im Jahr 2 n.Chr. fand eine Volkszählung statt. Die Bevölkerungszahl Chinas belief sich um die Zeitenwende auf etwa 50 Millionen Einwohner, also fast so viel wie das Römische Reich (54 Mio.). Vom 1. bis zum Beginn des 10. Jahrhunderts dürfte die Bevölkerung zwischen 50-60 Millionen Menschen betragen haben. Danach erfolgte ein rasches Bevölkerungswachstum. Für das Jahr 1000 wird die Bevölkerungszahl auf etwa 100 Millionen beziffert. Die hohe Bevölkerungsdichte im chinesischen Kerngebiet, das sich um die beiden großen West-Ost-Ströme, Huangho und Jangtsekiang, erstreckt, erklärt sich vor allem aus der natürlichen Gegebenheit, da der (land)wirtschaftlich nutzbare Anteil an der gesamten Staatsfläche relativ klein ist.

Die Erfordernisse der Landbewässerung und des Überschwemmungsschutzes bestimmten schon sehr früh die technische und sozialorganisatorische Entwicklung Chinas. Eine monokausale Erklärung der wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Strukturen im Alten China als Ausfluss der hydrotechnischen Anforderungen mag zwar zu eng und einseitig sein, aber dass es sich dabei um den bestimmenden historischen Einflussfaktor handelte, erscheint kaum zweifelhaft. Die chinesische Hydrotechnik erforderte permanente Kollektivleistungen, die insbesondere wegen der teilweise sehr aufwendigen und großräumigen Infrastrukturinvestitionen nicht allein auf bzw. von lokaler Ebene aus zu gewährleisten waren. Erwähnt seien beispielhaft einerseits die Wasserbau-Architektur, also Deiche, Kanäle, Brücken usw. sowie deren laufende Überwachung, Reparatur und Erweiterung, andererseits die nationale Wehrarchitektur der »großen« Mauern. Wir finden also im Alten China einen durch die Naturgegebenheiten bedingten Zwang zu umfangreichen Kollektivleistungen. Solche Gemeinschaftsarbeiten, die in Einzelfällen Hunderttausende oder gar Millionen Arbeitskräfte erforderten (beim Bau des erwähnten Kaiserkanals sollen bis zu 5 Millionen Menschen beschäftigt worden sein), ließen sich nicht in einer quasi-spontanen, marktwirtschaftlich initiierten Arbeitsteilung gewährleisten, sondern bedurften einer umfassenden Zwangsorganisation, die nur von einer staatlichen Verwaltung gewährleistet werden konnte. Allein die Erfassung, Zentralisierung und vor allem die Verteilung des dezentral produzierten landwirtschaftlichen Mehrprodukts auf die großen Infrastrukturprojekte erforderten die Lösung schwierigster logistischer Aufgaben. Ohne effiziente staatliche Bürokratie wären solche Probleme nicht zu bewältigen gewesen. Es scheint somit doch ein enger Zusammenhang zwischen der Entstehung der zentralistischen Bürokratie und den besonderen Wirtschaftsbedingungen der »hydrotechnischen« Produktion zu bestehen.

Die skizzierte sozialökonomische Konstellation stand auch - bis heute - der Ausbildung einer konkurrenzindividualistischen Mentalität, vergleichbar der europäischen, entgegen, also einer individualistischen Anthropologie, die ja weitaus mehr bedeutet als das allen Menschen eigene Selbstinteresse.

Die bereits erwähnte Abgrenzung Chinas nach außen, das aus europäischer Sicht erstaunliche Phänomen, dass eine technisch-wirtschaftlich so potente Hochkultur wie das Alte China keinen weiträumigen Imperialismus entfaltete, findet wiederum eine plausible Teilerklärung in der naturbedingt hohen Störanfälligkeit der produktionstechnischen und wirtschaftlichen Strukturen. Die Zerstörung von Deichen und Dämmen durch militärische Aktionen hatte großflächige Überschwemmungen zur Folge.

Entsprechend umfangreich waren die direkten Menschenverluste durch Ertrinken, die Sachschäden, insbesondere die Ernteauffälle und daraus resultierend wiederum die indirekten Menschenverluste durch Hungersnöte. Es bestand somit das dringende Interesse, Invasoren bereits an den Grenzen abzuhalten und im Landesinneren durch eine straffe Zivil- und Militärverwaltung für Frieden und Stabilität zu sorgen. Dieses innenpolitische Erfordernis war wegen der zentrifugalen Bestrebungen ehemaliger Teilstaaten Chinas, die erst über einen Jahrhunderte verlaufenden, militärischen Einigungsprozess vom Staat Qin im Jahr 221 v.Chr. zum ersten Kaiserreich zusammengeschmiedet worden waren, nicht leicht zu erfüllen. Die Geschichte Chinas zeigt bis ins 10. Jahrhundert den mehrfachen Wechsel von Reichseinigung und secessionistischer Zersplitterung. Vor diesem Hintergrund wird durchaus verständlich, dass es China nicht möglich war, sowohl die Reichseinheit herzustellen und zu bewahren als auch noch imperialistische Expansion zu wagen.

Die Abschirmung des Landes gegen militärische Einfälle durch Schutzmauern an den Landesgrenzen erscheint ungeachtet des zweifelhaften militärischen Werts der Grenzmauern durchaus rational. Die Schutzmauer ist sozusagen die Militärarchitektur einer auf ihre binnenwirtschaftliche Aktivitäten konzentrierten, defensiven Gesellschaft. Der defensive Charakter der chinesischen Außenpolitik zeigte sich auch an der Praxis, die aggressiven Randvölkerschaften durch vertraglich vereinbarte Tributzahlungen zu befrieden - und damit zugleich deren mehr oder weniger starke Sinisierung zu fördern.

Wie dargelegt, bestand die naturbedingte Notwendigkeit für eine Verwaltungswirtschaft, und sie ließ sich nur durch einen effizienten bürokratischen Verwaltungsstaat gewährleisten. Das chinesische Beamtentum im Kaiserreich, also die staatliche Machtelite, rekrutierte sich nicht aus dem Adel, sondern wir finden in China seit den vorchristlichen Jahrhunderten die Tendenz zu einem meritokratischen System. Protektionismus und Nepotismus spielten zwar eine Rolle, aber gerade die Reformer bemühten sich immer wieder, die »Beziehungskarrieren« zu unterbinden und dem meritokratischen Prinzip Geltung zu verschaffen. Am weitesten wurde das bürokratische Verwaltungssystem im Staat Qin entfaltet, und es bildete dann die Vorlage auch für den Verwaltungsaufbau des Kaiserreichs. Prinzipiell sollte jeder Chinese die Chance haben, sich den Beamtenprüfungen zu stellen und ein Amt zu erhalten. Doch es gab ein großes Aber: Die Ausbildung war kostspielig, sodass sie i.d.R. nur den Söhnen aus reichen Familien offenstand. Deshalb stammte der Großteil der Beamten aus der wohlhabenden Kaufmannsschicht, also gerade aus dem Bevölkerungsteil, der in der kon-

fuzianischen Gesellschaftslehre, wie wir gleich sehen werden, in geringem Ansehen stand. Familiarismus, Nepotismus und die generelle Günstlingswirtschaft bewirkten weitere Verzerrungen des meritokratischen Prinzips in der Praxis. Dennoch blieb die meritokratische Idee über die Jahrtausende hinweg leitend und nahm bei den wiederkehrenden Wirtschafts- und Sozialreformen einen herausragenden Platz ein.

Agrarproduktion - Basis jeder vorindustriellen Gesellschaft

Chinas vorindustrielle Agrarproduktion basierte nicht erst seit der ersten Reichsbildung durch die Qin (221-206 v.Chr.), sondern teilweise auch schon in der vorhergehenden Periode, der »Zeit der streitenden Reiche« (403-221 v.Chr.), weder auf Sklaverei noch auf dem Großgrundbesitz, sondern das *Ideal war der selbständige Bauer*. Der Anteil der Staatssklaven (vorwiegend Strafgefangene) wird für die Zeitenwende, also in der Endphase der Frühen Han-Dynastie, auf maximal 2% der Gesamtbevölkerung geschätzt. - In Athen betrug die Anzahl freier Bürger um 400 v.Chr. etwa 100.000 (davon ein Viertel wahlberechtigte Männer), die Fremden ohne politische Rechte (Metöken) werden auf 28.000 beziffert, und die Zahl der Sklaven entsprach mit 100.000 etwa der der freien Bürger. Das römische Latifundiensystem, dem die selbständigen Bauern zum Opfer fielen, basierte ausschließlich auf Sklavenarbeit. Das Römische Kaiserreich geriet wirtschaftlich schließlich in völlige Abhängigkeit von der ständigen Zufuhr von Sklaven (Kriegsgefangene). Reformbestrebungen - vor allem des Tiberius und Gaius Gracchus - zugunsten der bäuerlichen Bevölkerung scheiterten, später stand die Bauernfrage überhaupt nicht mehr auf der Tagesordnung.

In der sozialen Hierarchie der altchinesischen Gesellschaftslehre steht der selbständige Bauer an relativ hoher Stelle, direkt unter den Angehörigen der staatlichen Führungsschicht:

Gesellschaftshierarchie nach der konfuzianischen und der legalistischen Rangordnung

Kaiser
Beamte (Mandarine), Offiziere, Gelehrte
Bauern
Handwerker
Kaufleute
Soldaten
Gefangene, Haussklaven, »fahrendes Volk«

Bei vorindustrieller Produktionsweise werden die höchsten Hektarerträge in der arbeitsintensiven kleinbäuerlichen Produktion erreicht. Diese uralte Erfahrung, die bis heute immer wieder bestätigt wurde, bestimmte die altchinesische Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Die selbständig wirtschaftende Bauernfamilie, die auf dem ihr temporär oder auch auf Dauer zugewiesenen Land produzierte, bildete das wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückgrat Chinas. Dieser Sachverhalt spiegelte sich auch in der Vorstellung der gerechten Landverteilung wider: dass das Agrarland vornehmlich den Bauern gehören und die Landkonzentration begrenzt sein, ja möglichst überhaupt kein Großgrundbesitz bestehen sollte. Bei der im Zuge des Bevölkerungswachstums steigenden Landknappheit ließen sich das Staatsideal einer großen selbständigen Kleinbauernschaft und die immer wieder eintretende Landkonzentration in Händen von Großgrundbesitzern aus der Kaufmannsschicht nicht vereinbaren. Zudem drückten die Steuer- und Abgabenlast sowie die Verpflichtung zur Fronarbeit vor allem auf die bäuerliche Bevölkerung. Diese Lasten wurden umso unerträglicher, je weiter der Anteil der selbständigen Bauern an der Gesamtbevölkerung im Verlauf der Landkonzentration absank. Solche Fehlentwicklungen provozierten denn auch Rebellion und Aufstand, die in Einzelfällen zum Dynastienwechsel führten. Es lag somit im wohlverstandenen Staats- und Herrschaftsinteresse der bürokratischen Machtelite, jenen Fehlentwicklungen durch (wiederkehrende) Reformen zu begegnen. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische Stabilität erforderten ein gewisses Maß an »konfuzianischer Gerechtigkeit« in der sozialökonomischen Praxis. Der konfuzianische Philosoph Menzius (327-289 v.Chr.) bemerkte in diesem Sinn: »Gewinnst Du die Bauern, so wirst Du Kaiser.«

Vor dem skizzierten Hintergrund wird verständlich, dass Reformpolitik im Alten China mindestens aus drei Gründen immer wieder Befürworter fand und auch im Staatsapparat Anhänger hatte:

- Erstens gefährdeten die sozialen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen zu Lasten der Bauernschaft die innere Stabilität des Landes und damit die Machtposition der herrschenden Eliten, also auch die Privilegien der Verwaltungsbükratie.
- Zweitens führten Landkonzentration und Reduktion des Anteils selbständiger Bauern an der landwirtschaftlichen Produktion zu Produktionsverlusten, sinkender Effizienz und unterhöhlten damit auch die Staatsfinanzen, was sowohl den Spielraum für Infrastrukturinvestitionen als auch für militärische Ausgaben verengte.
- Drittens widersprach das Bauernelend der Sozialethik sowohl des Konfuzianismus als auch des Legalismus, der mit dem Konfuzianismus über

Jahrhunderte hinweg konkurrierenden Staatsphilosophie. Beide Schulen sahen die oberste Pflicht des Herrschers und seines Beamtenapparats in der Fürsorge für das Volk, im Bemühen um den allgemeinen Wohlstand, und dies bedeutete vor allem, die Lebensverhältnisse der Bauern erträglich zu gestalten.

Ein herausragendes Beispiel für Wirtschafts- und Sozialreformen: das Interregnum des Wang Mang

Wang Mangs unblutige Machtergreifung

Im Jahr 206 v.Chr. wurde die martialisch-autoritäre Dynastie der Qin von einer Volksbewegung gestürzt, und einer der »Bauernführer« gründete die neue Dynastie der Han. Die Han-Zeit dauerte über vier Jahrhunderte - von 206 v.Chr. bis 220 n.Chr. Sie wurde, wie schon erwähnt, von 9-23 n.Chr. durch das Interregnum des Wang Mang, auch »Neue Dynastie« (Xin-Dynastie), unterbrochen. In die ersten beiden Jahrhunderte der Han-Zeit fällt die Synthese aus dem von den Qin übernommenen Legalismus und dem Konfuzianismus. Vor allem der Kaiser Han Wudi (141-87 v.Chr.) setzte eine konfuzianisch orientierte Reform durch. Im Kontrast zur vorhergehenden Qin-Dynastie kam es in der Anfangsphase der Han zu gewissen Liberalisierungen, und der autoritäre Druck auf die Bevölkerung milderte sich (Schmidt-Glintzer 1999, 23ff.).

Die legalistische Staatsphilosophie wurde vom Konfuzianismus zwar nicht völlig verdrängt, aber doch in einer Weise überlagert, die für die spätere *Amalgamierung aus Legalismus und Konfuzianismus* wegweisend wurde. Doch es traten neue Fehlentwicklungen hervor. Insbesondere bildete sich eine aus Großgrundbesitzern, reichen Kaufleuten und konservativen Beamten bestimmte Machtkoalition heraus, die »Gentry«, die die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung wieder mehr und mehr vom konfuzianischen Pfad einer volksbezogenen, auf das Wohl der bäuerlichen Masse gerichteten Wohlstandspolitik abdrängte.

Steuer- und Abgabelasten drückten die Bauern. Die Landkonzentration nahm rapide zu, und die Bauernverschuldung ließ die Zahl der durch Zins knechtschaft im exakten Wortsinn Versklavten stark ansteigen. Gegenreaktionen blieben zwar nicht aus, und die Reformen kamen selbst aus dem Beamtenapparat, doch die Reformansätze blieben bescheiden und brachten keine durchgreifenden Veränderungen.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Reformdrucks sind die Reformen des Wang Mang (45 v.Chr. bis 23. n.Chr.) zu sehen. Wang Mang galt als fähiger Beamter. Er verdankte seinen Aufstieg zum Reichsstatthalter aber

nicht primär seinen Fähigkeiten, sondern den damaligen Erbfolgeproblemen der Han-Dynastie.

Zum besseren Verständnis hierzu einige kurze Erläuterungen. Im chinesischen Kaiserreich galt zwar die agnatische Thronfolge, aber es bestanden darüber hinaus keine exakten Vorgaben. Vielmehr brachte das Konkubinat immer wieder Rivalitäten um die Thronfolge, und nach dem Tod eines Kaisers versuchte nicht selten die Kaiserin-Witwe, ihren Regierungseinfluss in Koalition mit Beamtenfraktionen auszuweiten. Häufig wurde ein minderjähriger Kaiser proklamiert. Die tatsächliche Staatsgewalt lag dann bei einem Statthalter und den obersten Verwaltungsbeamten. So war es auch im Fall des Wang Mang. Wang Mang war Halbbruder der Kaiserin Wang. Die Thronfolge war wieder auf einen Minderjährigen gefallen, und Wang Mang regierte 5 n.Chr. als kommissarischer Kaiser und erklärte sich 9 n.C. zum Kaiser (»Neue« Dynastie), nachdem der rechtmäßige (minderjährige) Kaiser unter ungeklärten Umständen verstorben war. Wang Mang hatte durch geschickte Propaganda seine neue Machtposition vorbereitet. Er galt in der Bevölkerung als eine Art »Hoffnungsträger« und Erneuerer der alten Werte und einer gerechten Gesellschaft. Wang Mang berief sich in seiner Politik auf eine angeblich wieder entdeckte alte Schrift aus der Zeit der legendären Chou-Dynastie (Zhou; 1122/1045 bis 771/256), das Chou-Li.

Landreform - gescheitert

In der Literatur werden Person und Politik Wang Mangs äußerst unterschiedlich beurteilt. Von Usurpator bis sozialistischem Reformers reichen seine Charakterisierungen, aber es besteht weitgehend Einigkeit, dass trotz der nur sehr partiellen Erfolge die Politik Wang Mangs nachhaltige Wirkungen auf die spätere Staatsauffassung und vor allem die wiederkehrenden Reformbemühungen hatte. An seinem Reformprogramm, das in wesentlichen Teilen scheiterte, werden wie unter einem Vergrößerungsglas die Fehlentwicklungen und Missstände sichtbar, die im Alten China entweder durch rechtzeitige Reformen korrigiert werden mussten oder aber zu einem Niedergang der jeweiligen Dynastie und schließlich sogar zum Zerfall des Reiches führten.

Wang Mang erließ im ersten Jahr seiner Ausrufung als Kaiser drei Reformgesetze:

1. Gesetz zur Nationalisierung von Grund und Boden; dieses Gesetz war auf die Enteignung der Gentry, also der Koalition aus privilegienbewussten Beamten, Großgrundbesitzern und reichen Kaufleuten, gerichtet.

2. Gesetz der Landverteilung nach dem egalitären Prinzip des so genannten »Brunnenfeld-Systems« bzw. »Neunfelder-Systems«, das bereits von

Menzius als Idealnorm der Landverteilung propagiert worden war. Wang Mang bzw. seine intellektuellen Meinungsmacher propagierten das Neunfelder- bzw. Brunnenfeld-System⁵⁸ als Vorgabe aus der goldenen Zeit des Herzogs von Chou. Doch es ist eine Fehleinschätzung, Wang Mangs Bezugnahme auf die ein Jahrtausend zurückliegende Chou-Dynastie als konservativ, gar »reaktionär« zu charakterisieren. Vielmehr waren alle konfuzianisch inspirierten Reformer - anders als die puren Legalisten - darum bemüht, ihre Vorhaben als Wiederherstellung der richtigen, gerechten Ordnung der alten Zeit auszugeben. Das Brunnenfeld-System - so benannt nach seinem Schriftzeichen, das an das des Brunnens erinnert - sah die Verteilung von 900 mu Land (= 58,5 ha) an 8 Familien vor; für jede Familie zur Eigenwirtschaft 100 mu, also insgesamt 800 mu, und die letzten 100 mu galten als Staatsland, das von den Familien gemeinsam zu bebauen war. Die Erträge wurden an den Staat abgeliefert (also eine Art Arbeitsrente in Höhe eines »Neunten« analog zum europäischen »Zehnten«).

3. Abschaffung der privaten Arbeits- und Haussklaven. Die Staatssklaven (Gefangene) waren hingegen ausgenommen.

Die Reformgesetze wurden mit einer scharfen Kritik an den Verhältnissen während der vorhergehenden Han-Dynastie verbunden: Reichtumskonzentration, Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, ungerechte Steuerbelastung, d.h. Überbesteuerung der bäuerlichen Bevölkerung und Unterbesteuerung der Reichen. Diese Kritik und die Reformvorhaben waren nicht neu. Zuletzt hatte der Kanzler Tung Chung-shu während der Regierungszeit des Han-Kaisers K'ung Kuang (6-1 v.Chr.) eine grundlegende Landreform durchführen wollen. Wang Mang scheiterte mit seiner Landenteignungs- und Neuverteilungspolitik wie seine reformerischen Vorgänger am Widerstand der zu mächtigen Gentry. Im Jahr 12 n.Chr. wurden die Landreformgesetze schon wieder aufgehoben.

Finanzreformen - erfolgreicher

Mehr Erfolg war einigen anderen Reformmaßnahmen des Wang Mang beschieden. Unter dem Begriff der »sechs Staatsmonopole« wurden folgende Vorhaben in die Wege geleitet:

1. Einführung eines staatlichen Salzmonopols,
2. Wiederbelebung des staatlichen Alkohol- bzw. Weinmonopols,
3. staatliches Eisenmonopol,
4. Verstaatlichung von Bergbau und Rohstoffgewinnung,

⁵⁸ »Brunnenfeld«, weil das chinesische Zeichen für Brunnen in dem für das »Neunfelder-System« eingefügt ist.

5. Münzreform, die die Einheitsmünze durch ein System mit verschiedenen Münzwerten ablösen sollte, wobei zugleich die seit langem wegen Metallknappheit unzulängliche Geldversorgung überwunden werden sollte (hochwertige Münzen aus Edelmetall sollten den Bedarf an niederwertigen, metallintensiven Einheitsmünzen reduzieren, und die Einführung von anderen Münzmaterialien wie Schildpatt, Perlmutter und Kupfer sollte den Spielraum für unterschiedliche Münzwerte erweitern),
6. unter dem Titel der »fünf Ausgleichsmaßnahmen« sollten weitreichende Interventionen zugunsten der kleinbäuerlichen Wirtschaft erfolgen.

Die staatliche Monopolpolitik zielte auf eine Verbreiterung der staatlichen Finanzeinnahmen und trat der einseitigen Abgabenbelastung der Bauern durch die direkten Steuern mit der Einführung der Monopolabgaben, also eines Verbrauchssteuersystems, entgegen. Es handelte sich um Maßnahmen, die auch in früheren Zeiten schon praktiziert worden waren, dann aber wieder aufweichten oder temporär völlig aufgegeben wurden. Die Steuerreform des Wang Mang war partiell erfolgreich, wurde nach seinem Tod aber auch wieder in Teilen zurückgenommen. Die Münzreform, die auf keine grundsätzliche Gegnerschaft stieß, da sie mehr oder weniger im Interesse aller lag, scheiterte an ihrer Kompliziertheit sowie an der praktischen Unbrauchbarkeit der vorgesehenen neuen Münzmaterialien.

Die wirtschaftspolitisch interessantesten und anspruchsvollsten Reformen betrafen die »fünf Ausgleichsmaßnahmen«. Im einzelnen umfassten sie folgende Bereiche:

System der Agrarpreisstabilisierung: Durch Einrichtung von staatlichen Aufkauf- und Vorratsstellen sollte der Zwischenhandel wenn nicht ausgeschaltet, so doch geschwächt werden, um den kleinen Bauern zu angemessenen Preisen zu verhelfen. Zugleich diente die Einlagerung von Getreide zur Versorgung bei Angebotsengpässen, d.h. es sollten inflationäre Steigerungen der Nahrungsgüterpreise unterbunden werden. Mit dieser staatlichen Getreidemagazinierung waren auch interregionale Ausgleichsmaßnahmen verbunden, also staatliche Getreidelieferungen aus den Überschussregionen in die Mangelgebiete.

Für die Verwaltung dieses Aufkauf- und Vorratssystems wurden sieben Wirtschaftsdirektionen neu eingerichtet. Jede Wirtschaftsdirektion war mit fünf Handelskontrolleuren und einem Kontrolleur für das Bank- und Kreditwesen besetzt. Die Kontrolleure mussten im zweiten Monat jeder Jahreszeit die angemessenen Marktpreise der wichtigsten Verbrauchsgüter gemäß der lokalen Angebots- und Nachfragesituation ermitteln. Aus diesen Preisstatistiken wurden amtliche Durchschnittspreise für jeden Distrikt bestimmt, die dann die Grundlage für die Ankaufs- und Verkaufspreise der

staatlichen Magazine bildeten. Der staatliche Warenankauf durch die so genannten »Ausgleichsbüros« erfolgte zu kostendeckenden Preisen, jedoch nur bei einem Überangebot.

Um den landwirtschaftlichen Kredit zu faireren Konditionen zu gewährleisten und damit die Bauern vor Wucherzinsen mit nachfolgender permanenter Verschuldung und Landverlust zu schützen, wurde ein staatliches Kreditsystem eingerichtet. Zu unterscheiden ist zwischen dem Produktivkredit, der den Liquiditätserfordernissen zwischen Saat- und Erntezeit entsprach (Zinsen von 3% pro Monat, aber maximal 10% pro Jahr) und dem »Konsumkredit«, der der Finanzierung von rituell gebotenen Pflichten bei Hochzeiten, Beerdigungen, religiösen Festen etc. diente. Der Konsumkredit wurde für zehn Tage bis drei Monate gewährt.

Das Ende des Interregnums: Naturkatastrophen, innere und äußere Feinde

Es kann nicht erstaunen, dass Wang Mang mit seinen Reformen auf extremen Widerstand bei der Gentry stieß. Die sozialökonomischen Gegenkräfte verbanden sich mit den Angehörigen der entmachteten Han-Dynastie. Allerdings fand Wang Mang auch Anhänger unter den Angehörigen der Han-Sippe. Nach dem raschen Ende der Landreformen zeigten sich Wang Mangs Gegner vorerst auch sehr zurückhaltend. Hierbei mochte die Einschätzung leitend gewesen sein, dass die Reformpolitik durchaus breiten Rückhalt in der bäuerlichen Bevölkerung fand; jedenfalls solange, als die Folgen der verschiedenen Naturkatastrophen aus den Anfangsjahren des Interregnums noch beherrschbar erschienen. Große Überschwemmungen am Unterlauf der Huangho und die erneute Verlagerung des Flusslaufs der Huangho im Jahr 11 n.Chr. lösten eine Massenflucht der Menschen nach Süden aus. Die Existenzbedrohung in den Überschwemmungsgebieten und die folgenden Massenwanderungen innerhalb kurzer Zeit stellten die Regierung vor unlösbare Probleme.

Wie in ähnlichen Situationen zu früherer Zeit bildeten sich bäuerliche Aufstandsbewegungen, die dann von lokalen Machthabern ausgenutzt wurden und die Reichseinheit bedrohten. Wang Mang fehlte es sozusagen an Fortune. Seine Reformpolitik scheiterte letztlich an der Ungunst der Naturereignisse. Erst die durch die Naturkatastrophen ausgelösten Wirren und Unruhen gaben den von Anfang an gegen Wang Mang eingestellten Fraktionen die Chance, den »Usurpator« zu beseitigen (zum Verlauf vgl. u.a. Franke/Trauzettel 1968, 103ff.). Die folgenden beiden Zitate lassen erkennen, dass und wie in der anscheinend objektiven historischen Darstellung der Reformen des Wang Mang wertende Deutungen einfließen.

»Die durch die Naturkatastrophen destabilisierte innenpolitische Lage ermutigte die äußeren Gegner Chinas, die Gunst der Stunde zu nutzen und chinesisches Gebiet zu erobern. Die Randvölker Chinas, Tibeter und Xiongnu, drückten von Norden und Nordwesten auf die Grenzen und erzwangen eine Rücknahme der chinesischen Landesgrenzen. Dadurch wurden ebenfalls große Fluchtbewegungen ausgelöst. Die >chaotische Lage< Chinas, die von manchen Autoren den Reformen Wang Mangs angelastet wird, hatte ihre wesentliche Ursache nicht in der Reformpolitik, sondern in den skizzierten Naturkatastrophen und deren Folgen. Erst diese Ereignisse entzogen dem Sozialreformer Wang Mang die breite Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung und führten zu der paradoxen, ja tragischen Entwicklung, dass (nur) durch die Rebellion der Bauern, die sich in einer als die >Roten Augenbrauen< bezeichneten Bewegung organisiert hatten, den konservativen Kräften die Rückkehr an die Macht möglich gemacht wurde. Im Jahr 23 n.Chr. fiel Wang Mang einem Attentat zum Opfer, und die Han-Dynastie wurde wieder eingesetzt. Aber die Verhältnisse, die zum Sturz der ersten Han-Dynastie geführt hatten, blieben ... unverändert bestehen.« (Franke/Trauzettel, 1968, S. 108)

Schmidt-Glintzer fasst das Wang-Mang-Interregnum mit folgenden Worten zusammen (Schmidt-Glintzer 1999, 32):

»Wang Mang betrieb jedoch nicht nur eine Landreform, sondern verfolgte ein ganzes Bündel von Reformmaßnahmen. Dazu gehören mehrere Münzreformen und Reorganisationen der Verwaltung. Ganz in der Tradition der Reformmaßnahmen eines Guan Zhong (gest. 645 v.Chr.) und eines Sang Hongyang monopolisierte er den Handel mit Salz, Eisen und Wein und dekretierte ein staatliches Münzmonopol. Bei allem verfolgte er die Absicht, die Einnahmen des Staates zu erhöhen. Wang Mang versuchte zwar, die größten Missstände, vor allem Landkonzentration, zu beseitigen, und berief sich bei seinen Maßnahmen auf das später in den konfuzianischen Klassikerkanon aufgenommene Werk Zhouli (>Riten der Zhou<) oder Zhouguan (>Die Beamten der Zhou<), doch diese Maßnahmen blieben weitgehend folgenlos. Zum Scheitern seiner Reformpolitik trugen Unruhen im Inneren, insbesondere der Aufstand der >Roten Augenbrauen< (chimei) sowie der Widerstand des Han-Adels und der Familien der Großgrundbesitzer bei.«

Die Nachwirkungen Wang Mangs

Die zitierten Charakterisierungen der Politik Wang Mangs könnte sie als kurzes, folgenloses Zwischenspiel erscheinen lassen. H.O. Stange, der sich in einer umfassenden Monographie mit Wang Mang befasst hat (Stange 1934), gelangt hingegen zu einem anderen Urteil:

»Die Reformen Mangs strebten einen Wandel auf nahezu allen Gebieten des damaligen Lebens in nie dagewesenen Ausmaßen (an)... Immer wieder an anderen Stellen der Han-Annalen zeigt sich, wie stark die Maßnahmen Mangs gewirkt haben. Viele seiner Maßnahmen sind in Kraft geblieben oder haben zumindest auf die spätere Entwicklung starken Einfluss genommen.« (a.a.O., S. X). Stange führt dann weiter aus: »Bemerkenswert bleibt..., dass das System Mangs gerade in wesentlichen Punkten vom Chou-Li und Wang-Chih abweicht bzw. ihnen sachlich geradezu widerspricht.« (a.a.O., XXXVI).

Ein anderer herausragender Reformator aus der chinesischen Geschichte, der Staatskanzler Wang An-shi (1021 bis 1086; Vizekanzler bzw. Kanzler der Song-Dynastie 1069-76 und 1078-85), bemühte sich um ähnliche Reformen wie Wang Mang, traf auf vergleichbare Widerstände und wirkte dennoch weit über seine Kanzlerschaft hinaus. Dieter Kuhn hat seine wunderbare Darstellung der Song-Dynastie mit einer Widmung versehen: *»Zum Gedenken an das 900. Todesjahr des chinesischen Reformers Wang An-shi (1021-1086)«*, womit er zugleich die zivilisatorische Leistung nicht nur dieses, sondern aller chinesischen Reformer würdigte. Selbstverständlich wäre gerade auch Wang An-shi ein eindrucksvolles Beispiel im Rahmen unseres Themas gewesen. Ich habe jedoch Wang Mang den Vorzug gegeben, weil er mehr als ein Jahrtausend vor Wang An-shi gewirkt hat und sowohl die geistige wie auch die praktisch-politische Verbindung der beiden übertragenden chinesischen Reformer die erstaunliche Kontinuität in der chinesischen Geschichte verdeutlicht, auf die ich eingangs hingewiesen habe.

IV. »Ohne Herkunft keine Zukunft« - Zu historischen Aspekten der politischen Ökonomie

9. Mindert die Enthistorisierung der Nationalökonomie ihre Kompetenz zur Problemwahrnehmung und Problemlösung?

Eine Mängelrüge zur Einleitung

Die folgenden Überlegungen befassen sich nicht mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Frage im landläufigen Sinn der positivistischen Abklärung eines Sachverhalts, sondern es wird *über* die Nationalökonomie der Gegenwart geredet. Wir bewegen uns also vorwiegend auf einer Metaebene in Relation zur nationalökonomischen Objektforschung. Ausgangspunkt bildet ein zunehmendes Unbehagen über Defizite der nationalökonomischen Erkenntnisleistung und Problemlösungskompetenz. Es geht um die wachsenden Zweifel an der Relevanz des nationalökonomischen Outputs für die Bewältigung der sozialökonomischen Schwierigkeiten - ob in unserem Land, in Europa oder global betrachtet. Dieses Unbehagen wird - abgesehen von einigen Außenseitern unter den forschenden und lehrenden Nationalökonominnen - kaum von der Profession selbst empfunden und artikuliert, sondern die Kritik kommt von »außen«. Vorwiegend richtet sich die Kritik gegen die herrschende nationalökonomische Schule, die Neoklassik bzw. deren politische Umsetzung, den Neoliberalismus. Die Kontroverse zwischen Mainstream und seinen Kritikern ist in starkem Umfang durch gegenseitige Ideologievorwürfe belastet, ohne dass dabei deutlich würde, welches die real- und theoriegeschichtlichen Ursachen der monierten Verkürzungen und Verzerrungen sind. Um an diesem Punkt anzusetzen, wird hier die Arbeitshypothese aufgestellt, dass mit dem völligen Verschwinden der Historischen Schule, die bekanntlich das gleiche Schicksal erfuhr wie das Kind, das mit dem Bade ausgeschüttet wurde, eine schädliche Verengung der nationalökonomischen Forschung und Lehre bewirkt wurde.

Die Einbuße an historischer Weite des nationalökonomischen Blickfeldes verlief über mehrere Ausbildungs- bzw. Forschergenerationen und mündete in einem allgemeinen Missverständnis des Charakters der National-

Ökonomie als Wissenschaft. Nationalökonomie wird missverstanden als eine Art Sonderfall der Naturwissenschaft. Deshalb wäre für den wissenschaftlichen Fortschritt die Kenntnis der Geschichte der Nationalökonomik und die der Wirtschaftsgeschichte irrelevant. Dieses Fehltriteil ist wie das meiste, von dem sich die Nationalökonomien in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg inspirieren ließen und womit sie sich seit einigen Jahrzehnten fast ausschließlich befassen, geistige Importware aus den USA. Dort gelten Wirtschaftsgeschichte und Geschichte der Politischen Ökonomie für die »harte« Wirtschaftswissenschaft schon lange als überflüssig.⁵⁹ Zwar ist das nationalökonomische Erkenntnisobjekt nicht die Natur im landläufigen Sinn, aber die Nationalökonomie habe es doch mit einem Gegenstand zu tun, der quasi naturgesetzlichen Konstanten gehorche. Die Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie seien sozusagen unabhängig von Raum und Zeit gültig, eben den naturwissenschaftlichen Gesetzen verwandt oder diesen gar gleichzustellen. Diese Meinung ist nicht völlig falsch, denn in der Tat lassen sich solche Konstanten zumindest dort feststellen, wo nationalökonomische Gesetze es mit der (ontogenetischen) Natur des Menschen zu tun haben, also anthropologisch fundiert sind. Denken wir etwa an das Erste Gossensche Gesetz oder solche massenpsychologischen Prozesse, die anscheinend mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit ablaufen (Spekulationswellen zum Beispiel). Doch der »naturwissenschaftliche Teil« der Nationalökonomie ist eben nicht ihr Ganzes. Wenn - und das scheint der Fall zu sein - die historische Komponente des nationalökonomischen Erkenntnisobjekts abgespalten wird, so kommt es eben zu den monierten Erkenntnisbeschränkungen, Relevanzverlusten und groben Fehlern der Realitätserfassung und -interpretation, die seitens der Kritik an der gegenwärtigen Nationalökonomie thematisiert werden.

Für die repräsentative und reputationsmächtige Version der Nationalökonomie der Gegenwart ist das Historische zur Privatsache geworden, und - falls überhaupt vorhanden - führt das Wissen von den Erkenntnissen der (Wirtschafts- und Sozial-)Geschichtsforschung eine Parallelexistenz ohne rückwirkende Integration in die nationalökonomische Theoriebildung. Die frühere Breite dessen, was die Nationalökonomie bei ihren Untersuchungen in Erwägung zog, als beachtenswert aufnahm und aus den Forschungser-

⁵⁹ »Economists often act as though the discipline came out of nowhere - or everywhere. Once a thriving subject and an integral part of economics, the history of economic thought now exists in a limbo, the field of antiquarians: For »real« economists, historians of economics have as little to do with economics as, in their minds, historians of physics or chemistry have to do with discovery and advances in the natural sciences« (Marglin 2008, 36).

gebnissen von benachbarten Fächern zur Stütze oder auch Relativierung der eigenen Erkenntnisse beachtete, ist verloren gegangen.

Über den Bildungswert geschichtlichen Wissens mögen die Meinungen geteilt sein, aber für das Verständnis der sozialökonomischen Realität und insbesondere für die nach vorn gerichtete Zukunftseinschätzung und -planung bedeutet der Verzicht auf die historisch angereicherte Analyse einen gravierenden Mangel. Eric Hobsbawm konstatiert in seinem Aufsatz »Historiker und Ökonomen I« von 1980 (Hobsbawm 1998, 142):

»Während die Unorthodoxen mit ihrer Identifizierung einer neuen Phase des Kapitalismus vielleicht nicht ganz so falsch lagen, zeigten die orthodoxen Ökonomen offenbar wenig Interesse an diesem Thema. Noch 1972 prophezeite der verstorbene Harry Johnson - ein äußerst kluger und hell-sichtiger, wenn auch nicht besonders phantasievoller Kopf- ein ungebrochenes Anhalten der weltweiten wirtschaftlichen Expansion und Blüte bis zum Ende des Jahrhunderts unter jeder Voraussetzung mit Ausnahme eines Weltkrieges oder eines Zusammenbruchs der Vereinigten Staaten. Unter den Historikern (Hervorhebung; KGZ) gab es kaum jemanden, der seine Zuversicht geteilt hätte.

Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass die Ökonomie ohne Geschichte ein steuerloses Schiff ist und Ökonomen ohne Geschichte keine genaue Vorstellung davon haben, wo dieses Schiff hinfährt. Ich behaupte jedoch nicht, diese Mängel ließen sich einfach in der Weise beheben, dass man sich ein paar Tabellen besorgt, das heißt, indem man die konkreten ökonomischen Realitäten und die historische Erfahrung mehr als bisher beachtet. In Wahrheit hat es immer zahlreiche Ökonomen gegeben, die bereit und darauf bedacht waren, ihre Augen offenzuhalten. Das Problem ist, dass selbst in der orthodoxen Tradition ihre Theorie und Methode als solche ihnen nichts darüber sagen konnte, wo und wonach sie suchen sollten.«

Es versteht sich bei einer Thematik, wie wir sie hier erörtern, dass keine eindeutige Antwort erwartet werden kann, sondern vornehmlich sind die Fragestellung selbst und die ihr zugrunde liegende Vermutung zu legitimieren. Dies wird im Folgenden in zwei Hauptteilen geschehen. Der erste Teil bringt eine allgemeinere Situationsbeschreibung und erörtert die referierten Befunde. Der zweite Teil konkretisiert exemplarisch anhand der nach wie vor dominierenden Wachstumsbetonung im nationalökonomischen Denken und in der Wirtschaftspolitik die Einschätzung, dass der Verlust an Geschichtsbewusstsein der Nationalökonomie für ihren Gegenstand sowohl ihre Erkenntnisfähigkeit als auch ihre Praxisrelevanz belastet. Wenn das spezielle Thema Wirtschaftswachstum im historischen Kontext betrachtet wird, stellt sich auch die Frage nach dem Fortschritt und dem ihm zure-

chenbaren Beitrag des Wirtschaftswachstums. Es wird somit auch kurz auf die Fortschrittsfrage einzugehen sein.

Eher am Rande finden noch einige Defizite bzw. Unzulänglichkeiten der theoriegeschichtlichen Rezeption Erwähnung, weil auch sie zu belegen scheinen, dass die opportunistische »Steinbruchmethode« im Umgang mit (renommierten) Autoren und ihren Theorien einem Mangel an historischer Bedachtsamkeit geschuldet ist - und dass daraus Schaden entsteht für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess, schlimmer aber noch für das wirtschaftspolitische Handeln.

»Keine Zukunft ohne Herkunft«

Geschichtsbewusstsein und Realitätswahrnehmung

Das der Philosophie entnommene Diktum der vorstehenden Überschrift erscheint in seiner Selbstverständlichkeit trivial, aber offenkundig bedürfen manche Selbstverständlichkeiten doch einer prägnanten Formulierung, um Beachtung zu finden. Der bereits zitierte Eric Hobsbawm konstatierte vor etwa einem Vierteljahrhundert: »Der Wert historischer Forschung über die Vergangenheit, >wie sie eigentlich gewesen ist<, zur Lösung dieses oder jenes Problems der Gegenwart und Zukunft ist unbestritten...« (Hobsbawm 1998, 36). Daraus folgt, dass ohne Kenntnisse zur Vergangenheit Probleme schlechter oder gar nicht gelöst werden; im schlimmsten Fall sogar kontraproduktiv gehandelt wird. Dabei ist die spärliche, gar ganz fehlende Vermittlung historischen Wissens gar nicht das Wesentliche, sondern der Wissensmangel zieht einen Mangel an *Verständnis* für das Wie und Warum des Gewordenen und des Werdenden, also der Gegenwart und Zukunft nach sich. Historische Kenntnis stellt für die Nationalökonomie also keinen Selbstzweck dar, sondern erfüllt primär eine Vermittlerrolle zum Verständnis der sozialökonomischen Wirklichkeit. Vermittelt werden sollten u.E. hierdurch vor allem drei Fähigkeiten:

- Erstens wären Wirtschaft und Gesellschaft als Teilbereiche der kulturellen Gesamtheit zu begreifen und offen zu sein für die durch die Besonderheiten von Kulturen bedingte zeit- und raumbezogene Relativität ökonomischer Erscheinungen, also etwa wirtschaftlicher Ordnungen und sozialökonomischer Systeme, der mentalen Einstellungen und des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte usw. Es liegt auf der Hand, dass ein solches Verständnis von Ökonomie skeptisch sein wird gegenüber der Aufstellung von ewigen Gesetzen, also para-naturgesetzlichen Fixierungen (so etwa der homo oeconomicus als anthropologische Konstruktion) und der Übertragung von so genannten »besten Lösungen« (best practices) von einem auf den anderen Kulturkreis. Zu differenzieren

wäre dabei auch zwischen gewissen globalen Konvergenzen im Modernisierungsprozess, die die wirtschaftliche und technische Angleichung betreffen, und der kulturellen Spezifika, die keiner solchen »Homogenisierung« folgen (vgl. die einschlägige Theorie Alfred Webers; Weber 1920 u. 1931/1959). Von der Betriebswirtschaftslehre wird die Notwendigkeit der aus dem historischen Denken gespeisten kulturellen Relativierung und Differenzierung seit etwa zwei Jahrzehnten durchaus anerkannt und in Forschung und Lehre - etwa im Gebiet »Internationales Management« - eingebracht (Hofstede 2001; Trompenaars 1993).

- Zweitens bildet die ganzheitliche Zusammenschau eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für kreative Interdisziplinarität, die eben mehr sein sollte als das bloße Verkoppeln partieller Befunde verschiedener Disziplinen, ohne dass daraus ggf. die kritische Konsequenz gezogen wird, paradigmatische Festlegungen in Frage zu stellen. Beispielsweise sind die Umweltprobleme zwar allen NationalökonomInnen bewusst, und die Umweltökonomie greift auf einschlägige Forschungsergebnisse anderer Disziplinen zurück. Doch das hat am Wachstumsparadigma der Nationalökonomie - jedenfalls in ihrer herrschenden Version und bei deren Vertretern - überhaupt nichts bewegt, gar zu einer Abkehr von der Maxime, Wachstum sei der Problemloser par excellence, geführt. Auf das Megathema Wachstum werde ich, wie erwähnt, im zweiten Hauptteil noch zurückkommen.
- Drittens kommt die Erweiterung der Perspektive durch historisches Verständnis des nationalökonomischen Erkenntnisobjekts der Urteilskraft zugute. Urteilsfähigkeit - beispielsweise über eine tatsächliche oder nur vermeintliche Innovation - ist unabdingbar für kritisches Argumentieren. Die Nationalökonomie steht aus zwei Gründen in besonderer Verantwortung, kritisch zu sein. Erstens hat sich seit der kapitalistischen Industriellen Revolution die Wirtschaft zum Kernbereich der gesellschaftlichen Totalität entwickelt (Polanyi 1977 u. 1979). Zweitens - und das hängt mit der dominierenden Stellung des Wirtschaftlichen eng zusammen - liefert die Nationalökonomie von allen wissenschaftlichen Disziplinen die einflussstärksten Beiträge zur Weltdeutung der Moderne. Damit wird die Nationalökonomie aber auch zur ideologieanfälligsten Disziplin und sieht sich am stärksten machtpolitischer Instrumentalisierung ausgesetzt.

Die vorstehend kurz umrissenen Bedenken seien anekdotisch anhand eines 2006, also noch vor dem Sichtbarwerden der US-amerikanischen Finanzmarktkrise in der breiten Öffentlichkeit, im »Handelsblatt« erschienenen Interviews mit Edward Lazear, dem Wirtschaftsberater von US-Präsident Bush und seit Februar 2006 Vorsitzender des Council of Economic Advi-

sors, erläutert (Handelsblatt 2006, 111, S. 2). Lazear wurde nach der wirtschaftlichen Stimmung und der Zukunftseinschätzung in den USA gefragt. Er verwies auf die hohe Konsumneigung und die Verschuldungsbereitschaft der privaten US-Haushalte und deutete sie als klare Belege für verbreiteten Optimismus. Auf die nachstoßende Frage des Journalisten: »Das Leben auf Pump ist also ein gutes Zeichen?« griff Lazear China als einen Fall vermeintlich sehr auffälliger Zukunftsunsicherheit auf, was er mit der hohen chinesischen Sparquote belegte:

»Sehen Sie sich China an. China hat eine außerordentlich hohe Sparquote. Das ist erstaunlich, weil man eigentlich erwarten würde, dass die Menschen in einer derart schnell wachsenden Wirtschaft Kredite aufnehmen, um ihren Konsum zu finanzieren. Die Chinesen tun genau das Gegenteil. Warum? Weil die Leute unsicher sind über den weiteren wirtschaftlichen und politischen Kurs des Landes. In den USA gibt es ein solches Sparen aus Vorsicht nicht. Die Leute konsumieren wie verrückt. Das zeigt doch, dass sie sehr viel Vertrauen in die Zukunft haben.«

Eine gewisse Oberflächlichkeit und Verkürzung der Antworten sind in einem Zeitungsinterview wohl auch Fachleuten zu konzедieren, aber Lazear zeigt in seiner Argumentation, dass ihm die völlig andere innere Einstellung von Chinesen und generell von Angehörigen der ostasiatischen, konfuzianischen Kultur zu wirtschaftlichen Dingen und insbesondere zur Zukunftsvorsorge gar nicht erst in den Sinn kommt. Sparsamkeit gehört seit je zu den verinnerlichten Maximen in China, Japan und anderen Ländern dieser Kulturregion, und die Bedachtsamkeit im Hinblick auf die *langfristigen* Erfordernisse zeichnet gerade den chinesischen Wertekanon aus (ausführlich: Hofstede 2001, 228ff.). Es ist eine Frage der Mentalität und damit Ausdruck einer historisch tief verwurzelten Haltung, die eben auch im Sparverhalten zum Vorschein kommt. Die Sparquoten in jenen Ländern liegen keineswegs erst in jüngster Vergangenheit relativ hoch, sondern dies war seit langem der Fall. Zudem sparen viele chinesische Haushalte, deren Einkommen im Verlauf des Wachstums der vergangenen zwei Jahrzehnte die Schwelle der Sparfähigkeit überschritten haben, auf eine Immobilie. Das zeugt keineswegs von Zukunftspessimismus. Die Blindheit gegenüber historisch gewachsenen Einstellungen betrifft selbstverständlich auch Lazears Deutung der hohen Verschuldungsbereitschaft der US-Haushalte. Ein Anhänger der Historischen Schule hätte jedenfalls ganz anders auf die Journalistenfrage geantwortet, und zwar differenzierter, somit auch zutreffender.

Dieses kleine Beispiel ahistorischer Denkweise genügt selbstverständlich nicht, um die Enthistorisierung der Nationalökonomie als ein gravierendes Defizit wahrzunehmen. Ganz anders sieht es dort aus, wo Wirtschaftsord-

nungen und das Wohlergehen ganzer Gesellschaften auf dem Spiel stehen. Beispielfhaft seien einige offenkundige Fehlleistungen in Erinnerung gerufen, die sich bei einem sachgerechten historischen Verständnis der Problemlagen wohl hätten vermeiden lassen.

- Der weitgehend missglückte Versuch, Vorschläge westlicher Wirtschaftsberater umzusetzen und das Wirtschaftssystem der zusammengebrochenen UdSSR in 300 Tagen in eine Marktwirtschaft nach US-amerikanischem Vorbild zu transformieren.
 - Die universelle Orientierung westlicher Entwicklungspolitik am Diffusionsmodell, d.h. der historisch bedenkenlosen Übertragung des Industrialisierungs- und Internationalisierungsprozesses des Westens auf außereuropäische Entwicklungsländer, ein Rezept, das in den so genannten »Washington Konsens« der Globalisierung mündete.
- Die (3%-)Defizitregel des Maastrichter Vertrages und die Einführung der Europäischen Währungsunion ohne synchrone Harmonisierung der Finanzpolitik sowie die hieraus hergeleitete Einsparungspolitik der EU-Regierungen und ihre unrealistischen Vorstellungen zur Möglichkeit eines »baldigen« Haushaltsausgleichs.
- Das historisch unzulängliche Verständnis des Wechsels vom Wachstumsboom der Nachkriegszeit zum permanenten Wachstumsrückgang von Mitte der 1970er Jahre, wie es sich in der Fehldeutung der von der OPEC vorgenommenen Ölpreiserhöhungen als der (vermeintlichen) Ursache des Wachstumseinbruchs erwies.

In Frankreich haben kritische Wirtschaftsstudenten den Begriff »autistische Ökonomie« geprägt. Damit bezeichnen sie die herrschende Wirtschaftstheorie, die sich in quasi naturwissenschaftlicher Sicherheit bei ihren theoretischen Aussagen wiegt. Gemäß der Annahme, dass es nur eine Wahrheit, somit auch nur eine richtige Theorie geben kann, werden von diesem monistischen Standpunkt aus die konkurrierenden Schulen nicht nur argumentativ kritisiert, sondern diskriminiert. Rationale Argumente spielen dabei eine weit geringere Rolle als rein machtpolitische Praktiken - etwa durch Kanalisierung von Forschungsmitteln, durch Gewähren oder Versagen von Karrierechancen und Publikationsmöglichkeiten, durch Berufungspolitik an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten etc. Die monistische Theorieauffassung in der Nationalökonomie geht zwar vornehmlich auf Autoren des 19. Jahrhunderts zurück, die als Referenzmodell der Ökonomik die physikalische Theorie, speziell die Newtonsche Mechanik, propagierten, aber bereits seit dem 18. Jahrhundert, bei den Physiokraten, findet sich die Vorstellung einer quasi-naturgesetzlich sakrosankten »natürlichen Ordnung« (ordre naturel). Die von der Vernunft gebotene wissenschaftliche Dialog-

kultur wird durch den intoleranten Ausschluss konkurrierender Lehrmeinungen verletzt (vgl. zum vernünftigen Argumentieren Kuhlmann 1995). Es ist mehr als nur paradox, dass die eifrigsten Befürworter eines imperialen Marktsystems heute die Konkurrenz zu ihrer eigenen Theorie zu eliminieren suchen, und das keineswegs nur auf dem wissenschaftlich legitimen Weg vernünftigen Argumentierens, sondern, wie schon erwähnt, mit Hilfe strategischer Instrumente von der Kanalisierung von Karrieren über Publikationspolitik bis zu den Netzwerken aus Think Tanks und anderen Einflussagenten. Also keine Kontrolle durch Konkurrenz, sondern Monopolpolitik. Nicht zuletzt steht solche Praxis in krassem Widerspruch zum erkenntnistheoretischen state of the art, dem Fallibilismus empirischer Theorie.

Physikalistische Ökonomie erkennt den historischen Charakter der Wirtschaft und sitzt dem Irrtum auf, das nationalökonomische Erkenntnisobjekt bliebe vom wissenschaftlichen Erkenntnisprozess ebenso unberührt wie das naturwissenschaftliche. Das ist aber gerade nicht der Fall. Die Ökonomie ist selbst ein Teil ihres Untersuchungsgegenstandes, und diese Einbindung schließt ein *neutrales* Verhältnis zwischen forschendem Subjekt und beforschtem Objekt aus. Deshalb ist es dem Nationalökonom auch nicht möglich, seinem Untersuchungsobjekt so wertfrei gegenüber zu stehen wie der Naturwissenschaftler der Natur. Es ist zwar unsinnig, die Natur als gut oder schlecht zu beurteilen, aber der Nationalökonom, generell der Sozialwissenschaftler, kann Werturteile aus seinem Denken und Tun nicht eliminieren. Er mag seine Werturteile verschweigen oder verschleiern, doch gerade das stellt eine besonders wirkungsvolle, wertende Positionsnahme dar, denn sie erschleicht sich den Anschein quasi-naturwissenschaftlicher Neutralität gegenüber dem Untersuchungsobjekt. Am sozialökonomischen Erkenntnisgegenstand haften nun einmal Werturteile, und dazu *nicht* Stellung zu beziehen, ist ebenfalls ein Werturteil: hier gilt: tacere consentire est. Um kein Missverständnis entstehen zu lassen: Selbstverständlich verhindert die skizzierte Konstellation nicht die Befolgung der Objektivitätsmaxime bei der Erfassung und Untersuchung von Fakten und beim Aufdecken von erklärungsrelevanten Zusammenhängen. Beispielsweise sollte und kann der Zusammenhang von Beschäftigung und Einkommensverteilung in *bestimmten historischen Verhältnissen* unter Beachtung des Objektivitätsgebotes zu erklären versucht werden, aber sich *nicht* der historischen Bedingtheit bewusst zu sein, deshalb auch historische Alternativen unbeachtet zu lassen oder bewusst zu verhehlen, ist nicht mehr wertneutral möglich. Das Objektivitätsgebot wird dadurch hingegen nicht verletzt.

Quantitative Theorie und historische Perspektive

Ein Merkmal des heute vorherrschenden ahistorischen ökonomischen Denkens scheint in seiner starken Präferenz für quantitative Theorie zu bestehen. Doch dieses Zusammentreffen von Quantifizierung und ahistorischer Haltung erklärt keineswegs die Intoleranz der monistischen Theorie gegenüber der Konkurrenz.

Denn Quantifizierung - die »formalistische Revolution«, um eine von Benjamin Ward geprägte Bezeichnung zu verwenden (Ward 1976, 61ff.) - ist zwar nicht indifferent gegenüber den in quantitativen Modellen abbildbaren Teilen der sozialökonomischen Realität und mag in manchen Fällen auch zu sterilem Modellpiatonismus und recht irrelevanten Fragestellungen verführen, aber sie impliziert keine ahistorische Grundeinstellung und die aus ihr folgende Intoleranz. Diese ergibt sich vielmehr aus den *Theorieinhalten* ganz unabhängig davon, ob sie als quantitative oder »anschauliche« Theorie i.S. Edgar Salins präsentiert werden. Beispielsweise war auch die rein anschaulich bzw. verbal dargelegte Theorie des frühen Neoliberalismus (vor allem in Deutschland) ahistorisch (Ptak 2004, 165).

Es ist nicht angebracht, aus der Tatsache, dass die Enthistorisierung der Nationalökonomie und das Vordringen der quantitativen Theorie synchron verliefen, die Quantifizierung für das Abhandenkommen der Geschichte aus der Nationalökonomie schuldig zu sprechen. Allerdings hat das ahistorische Ökonomieverständnis die Quantifizierung zu seinem Vorteil instrumentalisiert und gibt sich dabei den Anschein naturwissenschaftlicher Exaktheit, um nämlich alles, was auf der Grundlage der Axiomatik der herrschenden (autistischen) Theorie nicht quantifiziert werden kann, von ihrem Erkenntnisobjekt abzustreifen. Das bedeutet Verkürzung, also auch Erkenntnisbeschränkung und Kompetenzdefizit bei der praxisrelevanten Anwendung von Theorie.

Die wesentliche Komponente des neoklassischen Paradigmas, die Gleichgewichtstheorie und die ihr innewohnende Gegenposition zu allen endogenen Konjunktur- und Krisentheorien, steht in krassem Gegensatz zu der schlichten historischen Tatsache, dass die Realität eine Kette von »Ungleichgewichten« darstellt. Schumpeter, dessen Entwicklungstheorie, insbesondere der Komplex »schöpferische Zerstörung«,⁶⁰ wiederkehrend als

⁶⁰ Die Rezeption der dynamischen Theorie Schumpeters hat bisher die von ihm in der ersten Auflage seiner »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« breit ausgeführten *sozialen* Zerstörungswirkungen des »Schöpferischen« weitestgehend ausgeklammert; allerdings ist Schumpeter insofern für diese Verkürzung mit verantwortlich, als er in späteren Auflagen seines Buches das einschlägige siebte Kapitel (»Das Gesamtbild der Volkswirtschaft«) fortgelassen hat (Schumpeter, 1912/2006, 463ff.).

Steinbruch für innovationsapologetische Heilsversprechungen benutzt wird, konzipierte seine dynamische Theorie des Kapitalismus als eigenständige, klar von der neoklassischen Wirtschaftsauffassung getrennte Realitätserklärung - wie bekannt auf der Linie Marxscher, nicht marxistischer Geschichtsanalyse.

Benjamin Ward hat in seiner Bestandsaufnahme nationalökonomischen Denkens, dessen deutsche Ausgabe 1976 unter dem Titel »Sind die Wirtschaftswissenschaften am Ende?« erschien, auf den zeitlichen Entstehungszusammenhang von Quantifizierung und Enthistorisierung hingewiesen und die methodisch katalysierte Sperrwirkung jener gegen den historischen Objektzugang herausgestellt. Seine Situationsbeschreibung aus den 1970er Jahren dürfte heute noch eher zutreffen:

»Der Beweis hat das Argument ersetzt. Der angesehene Praktiker der angewandten Wirtschaftsforschung kennt zwar immer noch sein Feld der aktuellen Erprobung, aber er ist nicht mehr historisch orientiert. Er versucht vielmehr, seine Hypothesen so zu formulieren, dass sie sich einerseits auf relevante moderne Theoriekonzepte beziehen und andererseits aber auch statistischer Überprüfung unterzogen werden können. Sein Ziel besteht nicht so sehr darin, aus historischen Dokumenten ein Bild der Ereignisse und ihrer Ursachen zu konstruieren, sondern er will in erster Linie Hypothesen von theoretischem Interesse dadurch überprüfen, dass er statistische Methoden benutzt und auf einen reichen Schatz entdeckter oder errechneter empirischer Daten zurückgreift. Wahrscheinlich bedarf es keiner weiteren Überredungsversuche, dem Leser klarzumachen, dass die Orientierungen dieser verschiedenen Gruppen von Wirtschaftswissenschaftlern, nämlich die rationalistisch-historische und formalistische, sehr unterschiedlich gelagert sind. Sie unterscheiden sich in ihrer Ausbildung und in dem ihnen zur Verfügung stehenden Arsenal an Fakteninformationen weitaus stärker als die typischen Vertreter benachbarter Disziplinen« (Ward 1996, 62).

Kritikwürdig ist aber nicht die Existenz dieses oder jenes methodischen Ansatzes, sondern die Monopolisierung eines einzigen. Ward nimmt eher eine kritische Position gegenüber der »formalistischen Revolution« ein, die er für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ansetzt. Seiner Meinung nach haben sich dadurch keine neuen Perspektiven eröffnet, aber das Blickfeld habe sich verengt. Die Abkehr vom »berichtenden Erzählen« (storytelling) in Verbindung mit der positivistischen Ansicht, Wertdiskussionen, gar Versuche zur Verifikation von Werten hätten nichts mit Wirtschaftswissenschaft zu tun, wird von Ward als eklatanter Mangel der ahistorischen Nationalökonomie kritisiert. Bedauernd stellt er daher fest:

»Die Geschichte der Wirtschaftstheorie bietet gegenwärtig ein deprimierendes Bild, da ihre alten Puzzles größtenteils durch die Auswirkungen der formalistischen Revolution zerstört worden sind« (ebenda, 252).

Zu den »alten Puzzles« gehört u.a. die Diskussion über Wertfragen und somit auch über die Zielsetzungen in der Ökonomie, über wirtschaftlichen *Fortschritt* und über Sinn und Unsinn, Schaden und Nutzen des Wirtschaftswachstums in Gegenwart und Zukunft. - Wie bereits ausgeführt, erscheint uns die Quantifizierung per se nicht schuldig zu sein an der Enthistorisierung. Verantwortlich sind die imperialistisch vertretenen Theorieinhalte und die ideologisch provozierte Intoleranz gegenüber den konkurrierenden Realitätsdeutungen.

Das ahistorische Ökonomieverständnis tangiert auch die theoriegeschichtliche Rezeption negativ

Wenn wir die Geschichte der Nationalökonomie Revue passieren lassen, so sind es nicht die Geringsten unseres Faches, die begriffen haben, dass Wirtschaften und Wirtschaftssysteme als Entwicklungsergebnisse, also als *historische* Phänomene verstanden werden müssen und dass es deshalb keine bestmöglich realitätstüchtige Wirtschaftstheorie geben kann, ohne die historische Entwicklung und die Veränderungen zu erfassen. Marx, Schumpeter, die jüngere Historische Schule, eine Vielzahl von Krisen- und Konjunkturtheoretikern und auch Keynes als Stagnationstheoretiker sahen im *Veränderungsprozess* von Wirtschaft und Gesellschaft ein Wesensmerkmal ihres Erkenntnisobjektes, insbesondere selbstverständlich des Kapitalismus. Der weltgeschichtliche Umbruch des 17. und 18. Jahrhunderts, also Verlauf und Folgen von Agrarrevolution und Industrieller Revolution, die rapide Beschleunigung des globalen Bevölkerungswachstums, die seit etwa 200 Jahren, also langfristig, anhaltende Divergenz zwischen Reichen und Armen⁶¹ sowie die politischen Umwälzungen, die zivilgesellschaftliche Fortschritte und Katastrophen umfassen, fanden noch bis etwa zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts einen mehr oder weniger deutlichen Niederschlag im nationalökonomischen Denken und beeinflussten auch die öko-

⁶¹ Einkommensrelationen zwischen reichen und armen Ländern

Jahr	reiche Länder	:	arme Länder
1810	3	:	1
1913	11	:	1
1970	35	:	1
1992	72	:	1

Quelle: HDR, 1999, S. 38.

nomische Theorieproduktion. Die historisch gebildete Nationalökonomie bzw. ihre Vertreter - ob als Mehrheit oder nur als einflussreiche Minderheit bleibe offen - sah sich gehalten, in ihrer professionellen Arbeit die geschichtliche Gesamtheit mit zu reflektieren. Eine scharfe Trennungslinie zwischen Nationalökonomik und den benachbarten Wissenschaftsgebieten - Soziologie, politische Theorie, Psychologie, Philosophie etc. und eben auch der Geschichtswissenschaft - wurde noch nicht gezogen. Es war verpönt, die notwendige Spezialisierung als Legitimation des Tunnelblicks zu instrumentalisieren, wie dies in den vergangenen vier bis fünf Jahrzehnten nationalökonomischer Forschung mehr und mehr geschehen ist.

Wir brauchen uns nur die »Verschlankung« oder, zutreffender: Diskriminierung, des Faches Wirtschafts- und Sozialgeschichte an den ökonomischen Fakultäten, das Hinausdrängen aus dem verbindlichen Fächerkanon der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge und als negative Folgeerscheinung die mehr als dürftigen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Faktenkenntnisse der Masse der akademisch gebildeten Ökonomen zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, wohin die Enthistorisierung geführt hat. Man sieht nur, was man weiß; und was man nicht sieht, kann auch nicht untersucht werden.

Kollateralschäden des ahistorischen Autismus

Doch der Nationalökonomie ist nicht nur der weite Blick für die reale Geschichte abhanden gekommen, sondern es vollzog sich auch eine schleichende Abwertung der Geschichte des eigenen Faches, der Dogmengeschichte. Der Verdunkelung des historischen Blickfeldes folgte die Dämmerung über der Theoriegeschichte. Sie ist kein etabliertes Lehrfach, kein Pflichtfach mehr. Der dogmengeschichtlichen Forschung mangelt es auch mehr und mehr an jener Anerkennung, die nicht zuletzt unter dem völlig legitimen Karrieregesichtspunkt eine Selektionsfunktion für Fragestellungen und Forschungsaktivitäten erfüllt. Einen Lehrstuhl für die Geschichte der Wirtschaftstheorie gibt es meines Wissens nur noch an einer einzigen deutschen Universität. Dogmengeschichte existiert nicht einmal mehr als Orchideenfach, sondern wurde zum Forscherhobby. Eingedenk der Tatsache, dass die »Großen« unseres Faches - Marx, Schumpeter, Keynes waren bereits namentlich genannt worden - nicht nur die historische Substanz, des wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisobjekts fest im Blick hatten, sondern auch umfangreich zur Geschichte der Wirtschaftstheorie forschten und publizierten, liegt die Frage nahe, ob die Nationalökonomie nicht auf dem Weg ist, sich selbst derart zu kupieren, dass sie schließlich ganz der Betriebswirtschaftslehre anheim fällt.

Den skizzierten Sachverhalt zu beklagen ist allerdings nicht ohne weiteres einsichtig. Gewiss, der Verlust der historischen Dimension bedeutet zumindest ein Bildungsdefizit; so wie auch die Verflüchtigung des »Studium generale« einen Bildungsverlust brachte. Doch abgesehen vom Konsum- und Wohlstandsaspekt der Bildung stellt die Blickverengung den wesentlichen Mangel dar. Ökonomisches Denken ohne Bewusstsein für die kulturelle, die historische Einbettung wirtschaftlichen Geschehens führt zu verengter Wahrnehmung und beschränktem Urteilsvermögen. Am Beispiel des Lazear-Interviews wurde das erläutert.

Die von der ahistorischen Ökonomie katalysierte Minderschätzung auch der Dogmengeschichte, die zudem zu ethnozentristischer und chronozentristischer Befangenheit beiträgt, kann zu Doppelforschungen und vermeintlichen »Neuentdeckungen« der von früheren Autoren längst beschriebenen Sachverhalte führen - und nicht selten wird das auch dann noch ignoriert, wenn die Originalentdeckung offenkundig wurde. Beispielsweise müsste das »Arrow-Pardoxon« (Arrow 1951) theoriegeschichtlich zutreffend Condorcet-Paradoxon genannt werden. Condorcet hatte nämlich 1785 in seiner Schrift »Essai sur l'application de l'analyse à la probabilité des décisions rendues à la pluralité des voix« das Abstimmungsparadoxon bereits dargelegt (Canfora 2006, 98). - Das Malthussche Bevölkerungsgesetz wurde im Grundprinzip bereits von dem chinesischen Legalisten des dritten vorchristlichen Jahrhunderts, Han Fei (280 bis 233 v.C.), beschrieben (Han Fei, 1994); jedoch zog Han Fei andere, weniger pessimistische Konsequenzen aus seiner Erkenntnis. - Wesentliche Komponenten des Keynesischen Interventionismus und der ihm zugrundeliegenden Theorie wurden von Heinrich Ludwig Lambert Gall in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorweggenommen.⁶² - Eigenartig mutet auch an, dass in den 1980er Jahren, nachdem die postkeynesianische und die neoklassische Wachstumstheorie ihre wirtschaftspolitische Sterilität über einige Jahrzehnte hinweg hinlänglich gepflegt hatten, eine »Neue Wachstumstheorie« aufs Podest gehoben wurde, deren bestaunte Kernaussage darin besteht, dass Wachstum wesentlich von der Qualifikation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, also vom so genannten Humankapital abhängt. Das hatte aber schon Friedrich List in seiner Theorie der produktiven Kräfte ausführlicher und origineller dargelegt, wenn auch anschaulich, also ohne quantitative Modellkonstruktion. - Ein anderes Beispiel für theoriegeschichtliche »Ungenauigkeit«, das zwar als Petitesse durchgehen mag, aber doch pikant ist, findet sich in der überpoin-

⁶² Vgl. das Kapitel »Heinrich Ludwig Lambert Gall - der unbekannte Frühkeynesianer des 19. Jahrhunderts« in diesem Band.

tierten Gegenüberstellung von Keynescher Konsumfunktion und permanenter Einkommenshypothese Friedmans. Es war aber Keynes durchaus bewusst, dass auch das *erwartete*, also künftige Einkommen die Konsumneigung bestimmt, auch wenn er diese Erkenntnis nicht ausgewalzt hat. Das einschlägige Zitat lautet: *»Propensity to consume is determined solely by a psychological composite of actual and expected (Hervorhebung KGZ) income and is determined neither by effective demand at a definite date nor by income at a definite date«* (Keynes 1937b, 180).

Exemplum demonstrationis: Wohlstand und Wirtschaftswachstum - der historische Wandel einer Korrelation

Vorbemerkung zur Fortschrittsfrage

Gibt es wirtschaftlichen Fortschritt? Darauf mit »ja« zu antworten, erscheint so selbstverständlich und trivial, dass die Frage scheinbar überflüssig ist. Vermutlich assoziieren die allermeisten Ökonomen mit dem Wort »Fortschritt« intensives Wirtschaftswachstum, also Anstieg des realen BIP pro Kopf. Selbstverständlich lässt sich (ökonomischer) Fortschritt unterschiedlich definieren, aber dass Wirtschaftswachstum Fortschritt brachte, kann wohl nur mit absurden Argumenten bestritten werden. Dass es nicht nur Fortschritt war, dürfte ebenfalls kaum zu bestreiten sein. Doch die Fortschrittlichkeit des Wirtschaftswachstums lässt sich nicht mit guten Argumenten historisch extrapolieren, wie es dennoch gang und gäbe ist.

Doch gehen wir erst kurz auf die beiden Arten von Fortschrittsverständnis ein - das vermeintlich wertneutrale und das werturteilsbezogene. Die wertneutrale Definition lautet schlicht: Ein gegebenes Ziel besser zu erreichen. Dabei bedeutet »besser« für den Ökonomen mit geringerem Aufwand bzw. niedrigeren Kosten. Eine anspruchsvollere und allgemeinere Definition wertneutralen Fortschritts des Historikers Collingwood lautet:

»Das Wesen des Fortschritts lässt nur eine Definition zu. Fortschritt entwickelt sich nach folgendem Gesetz: Das Denken sieht sich in einer ersten Entwicklungsphase vor bestimmte Aufgaben gestellt. Wenn es diese Probleme gelöst hat, steht es anderen Aufgaben gegenüber, die dieses erste Stadium überwinden. Wenn es auf einer zweiten Entwicklungsstufe diese neuen Probleme gelöst hat, ohne dabei die Ergebnisse der ersten Stufe preiszugeben, sodass der neue Gewinn nicht durch einen entsprechenden Verlust erkaufte ist, dann spricht man von Fortschritt. Er ist nur unter diesen Bedingungen möglich. Wenn der Gewinn durch einen Verlust erkaufte werden müsste, so würde das Problem, Gewinn und Verlust gegeneinander abzuwägen, unlösbar werden« (Collingwood 1972/1955, 195).

Abgesehen von der im ersten Satz dieses Zitats enthaltenen zirkulären Leerformel ist Collingwoods resignierende Schlussfolgerung der Unlösbarkeit einer Abwägung von Gewinn und Verlust weder realistisch noch notwendig und bringt zudem zum Vorschein, dass es doch nicht ohne Wertentscheidung abgeht. Es muss nämlich entschieden werden, welcher Zielsetzung das Handeln folgen soll. Dabei steht der Wert oder Unwert der »in einer...Entwicklungsphase« zu lösenden Aufgabe zur Rechtfertigung an, wobei Vor- und Nachteile, Zweck und Nebenwirkungen abzuwägen sind. Das praktische Leben zwingt ständig zu solchen Abwägungen. Politik, eingeschlossen Wirtschaftspolitik, nimmt laufend Abwägungen dieser Art vor. Es zeigt sich also, dass es keinen wertneutralen Fortschrittsbegriff gibt. Somit kann nur versucht werden, ein vernünftiges Entscheidungsverfahren zu finden, um das Abwägungsproblem zu lösen. Benjamin Ward schlägt hierfür als Modell den Gerichtsprozess vor, also das Bemühen um eine gerechte Lösung; mir erscheint es angemessener, von einer plausiblen Lösung zu sprechen. Offenkundig geht das nicht ohne Normen, d.h. ohne die kodifizierten Werturteile einer Gesellschaft, also unter den historischen Bedingungen der Gegenwart um Normen auf Basis einer demokratischen Mehrheitsentscheidung im Hintergrund. Damit gelangen wir zu dem wertabhängigen Fortschrittsbegriff: Welche Verluste, welche negativen Kuppelprodukte sind mit wirtschaftlichen Veränderungen verbunden, die als Fortschritt gelten (sollen)? Offenkundig setzt eine rationale und faire Antwort voraus, dass überhaupt alle Verluste und negativen Kuppelprodukte bekannt sind. Das herauszufinden ist eine wichtige Aufgabe - auch und gerade für die Nationalökonomie.

Was wächst beim Wirtschaftswachstum und was sollte letztlich wachsen? Wir haben gerade bestritten, dass eine wertneutrale Definition von Fortschritt sinnhaft möglich ist. Sie will sich nicht auf die Wertdebatte einlassen und tut es damit doch gerade - stillschweigend. Wertneutralität verfehlt die Substanz des Fortschrittsbegriffs, so wie er sich historisch herausgebildet hat. Die Fortschrittsfrage sei nun an die Wirtschaft gerichtet. Konkret: Bringt Wirtschaftswachstum noch Fortschritt? Das »noch« in der Formulierung verweist darauf, dass Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit als fortschrittlich galt, wofür es überzeugende, allgemein akzeptierte Argumente gibt. Die übliche Messziffer für intensives Wirtschaftswachstum, die Zunahme des realen BIP pro Kopf, steht nun bekanntlich seit langem in der Kritik wegen Nichterfassung von Leistungen (Nicht-Erwerbsarbeit), Verzerrungen (Nichtberücksichtigung der Arbeitszeit bzw. Arbeitszeitveränderungen), der fehlenden oder unzulänglichen Monetisierung externer Effekte, der Pervertierung, dass in bestimmten Fällen eindeutige Verluste

als positive Beiträge zum BIP erfasst werden (Unfallfolgen, Wiederaufbau nach Zerstörungen u. dgl. schlagen sich in höherem Wachstum nieder) usw. Diese Mängel der Messgröße des Wachstums sind hinreichend bewusst und darauf wird hier nicht weiter eingegangen. Worum es hier vielmehr geht, ist die Tatsache, dass Wirtschaftswachstum zwar als eine Art Selbstzweck von der Nationalökonomie und vor allem der von ihr beratenen Wirtschaftspolitik verstanden wird, aber gerade das nicht ist. Vielmehr kann das BIP und somit sein Wachstum nur als Mittel zu einem Zweck gelten, nämlich den Wohlstand der Gesellschaft zu steigern. Die lange Zeit bestehende hohe positive Korrelation von wachsendem Pro-Kopf-Einkommen und ansteigendem Wohlstand - ermittelt durch Befragungen - erschien auch aus theoretischer Sicht evident. Diese Plausibilität hatte ihre historische Zeit, aber in den reichen Volkswirtschaften wird die bisher noch plausible Vorstellung, dass mit dem Wachstum des BIP pro Kopf auch der Wohlstand, das Glück und die Zufriedenheit der Menschen ansteigen, obsolet. Wenn dem so ist, hätte die Nationalökonomie aus historischer Einsicht schon vor einiger Zeit vom Wachstumsparadigma Abschied nehmen müssen, was aber offenkundig nicht geschah und auch gegenwärtig nur von einer noch recht kleinen Minderheit propagiert wird. Immerhin finden sich unter den »Glücksökonom« Autoren, die konsequent genug sind, das Wachstumsparadigma zu verwerfen (Layard 2008). Zur Begründung der Behauptung, dass Wachstum seine alte Fortschritts- bzw. Wohlstandswirkung eingebüßt hat, sind zwei verschiedene Argumentationsweisen, die sich selbstverständlich nicht widersprechen, sondern ergänzen, verfügbar - eine empirische und eine theoretische Argumentation. Beide Argumentationslinien können als historisches Vorgehen in dem Sinn charakterisiert werden, als es um Veränderungen auf längere Sicht geht - Veränderungen, die einst zutreffende Befunde, die als Axiome in wirtschaftstheoretische Modelle aufgenommen wurden, außer Gültigkeit setzen.

Zur empirischen Beziehung von Einkommen und Wohlstand/Glück

Die empirischen Befunde knüpfen an das Easterlin-Paradoxon an, also die Tatsache, dass trotz steigenden Durchschnittseinkommens in den bereits wohlhabenden Gesellschaften kein weiterer, dauerhafter Wohlstands- bzw. Glückszuwachs mehr eintritt.⁶³

Die degressiv verlaufende Glückskurve entspricht einer natürlichen Wachstumskurve bzw. einer Sättigungsfunktion (zum Überblick vgl. Mayring

⁶³ Vgl. das Kapitel »Wachstum und Wohlstand - die Konjunktion ist obsolet« in diesem Band.

1999; Di Tella/MacCulloch 2006). Verständlicherweise wurde dieser für Befürworter des herrschenden Wachstumsparadigmas unbequeme Befund so zu interpretieren versucht, dass sich das vermeintlich Paradoxe auflöst. Etwa durch die Hypothese, dass sich bei steigendem Einkommen zwar eine Art Gewohnheitseffekt, also eine Anpassung an den verbesserten Einkommensstandard derart einstellt, dass die subjektive Glücksempfindung zu einem Quasi-Normalzustand zurückkehrt, aber das höhere Einkommen doch »nützlicher« als das niedrigere sei, somit die traditionelle Formel, »mehr ist immer auch besser«, weiterhin gelte. Versuche, dem Easterlin-Paradoxon seine Brisanz zu nehmen, kommen aber nicht daran vorbei, dass eben ein ganz klarer Wohlstandsanstieg zwischen Armutsposition und auskömmlichem Einkommen registriert wird und erst oberhalb eines Komfortniveaus das Paradoxon festzustellen ist. Entsprechend Occam's Razor, dass die einfachere Erklärung der komplizierteren vorgezogen werden soll, erst recht dann, wenn die einfachere auch noch die plausiblere ist, lässt sich das Easterlin-Paradoxon mit dem Sättigungsgesetz, also dem Ersten Gossenschen Gesetz erklären. Auf die Sättigungsdiskussion einzugehen, würde hier zu weit führen. Es sei nur darauf hingewiesen, dass die makroökonomische Gültigkeit des Sättigungsgesetzes unter anderem durch den prognostizierten sektoralen Strukturwandel eindeutig bestätigt wurde. Die wohl bekannteste Prognose hierzu verdanken wir Jean Fourastie. Ohne relative Sättigung wäre nicht zu erklären, warum trotz der Vielzahl attraktiver (Produkt-)Innovationen der Industrie während der vergangenen Jahrzehnte der Anteilsverlust des sekundären Sektors unaufhaltsam seinen lange im Voraus prognostizierten Schicksalsweg gehen musste. Indirekt wird die Plausibilität dieser sättigungsbezogenen Erklärung des Easterlin-Paradoxons auch durch das Berechnungsverfahren beim Human Development Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen gestützt. Das Pro-Kopf-Einkommen geht in diesen Index mit seinem Logarithmus ein. Es wird also unterstellt, dass die »Lebensqualität« durch eine Einkommenszunahme von 100 auf 1000 nicht stärker verbessert wird als von 10 auf 100. Das macht nur Sinn unter der Voraussetzung sinkenden Grenznutzens steigender Einkommen, also des Sättigungsgesetzes. Die nachlassende subjektive Wahrnehmung von Wohlstandszunahmen durch Einkommenssteigerungen entspricht auch dem aus der Psychophysik bekannten Weber-Fechnerschen Gesetz. Die subjektive Wahrnehmbarkeit einer Reizsteigerung hängt von dem bereits erreichten Reizniveau ab. Das heißt in unserem Zusammenhang: Die subjektive Wahrnehmung einer Wohlstandszunahme durch beispielsweise 100,- Euro ist umso geringer, je höher das bereits erreichte Einkommensniveau ist. Auf relativ hohem Einkommensniveau genügt dann ggf. dieser

Einkommenszuwachs nicht mehr, um die Wahrnehmungsschwelle zu überschreiten (Wilson 1993a, 1993b; Schubert 1993).

Gegen die makroökonomische Überlegung, dass aufgrund des Sättigungsgesetzes nachfrageseitige Grenzen für das Wachstum entstehen, wird geltend gemacht, dass immer noch Steigerungen des Konsums jenseits irgendeines Sättigungsniveaus möglich und auch empirisch klar zu belegen sind. Dem wird hier nicht widersprochen, aber es fragt sich doch, ob mit solchen Konsumsteigerungen über die Sättigungsschwelle hinaus noch merkliche Wohlstandsgewinne verbunden sind - außer denen, die durch die *relative* Einkommens- bzw. Konsumzunahme hervorgerufen werden. Bedürfnispsychologisch lässt sich fragen, ob jenseits der Sättigungsschwelle nur noch durch eine Art (psychischer) Regression Konsumsteigerungen erzielt werden, also pubertäre und infantile Bedürfnisse auftreten. Die Masse der Konsumreklame spricht jedenfalls für die Plausibilität dieser Überlegung.

Was in dem vorstehend kurz referierten Zusammenhang von Einkommens- und Wohlstandswachstum zum Vorschein kommt, ist die im geschichtlichen Wachstumsprozess eintretende quasi-natürliche Absättigung der konsumorientierten Bedürfnisse. Es ergeben sich endogene Wachstumsgrenzen, also Grenzen, die der Wachstumsprozess aus sich selbst hervorbringt - im Unterschied zu den externen Grenzen des Wachstums, wie sie mit epochaler Wirkung von der ersten Studie des Club of Rome 1972 dargelegt wurden.

Wachstum ohne Ende ist also nicht nur aus ökologischen Gründen auf einem begrenzten Planeten unmöglich, sondern kann auch vom anthropologischen Standpunkt aus verworfen werden, weil die menschlichen Konsumbedürfnisse dem Sättigungsgesetz unterliegen (Überblick zur Diskussion über Un-Begrenztheit der Bedürfnisse: Reuter 2000, 375ff.). Mehr vom Gleichen ist eben nicht immer auch besser, wie geläufige Lehrbuchdarstellungen von Haushaltsindifferenzkurven suggerieren. Die auf hohem Einkommensniveau schwindende (positive) Korrelation von Wachstum und Wohlstand braucht nicht als »Gesetzmäßigkeit« interpretiert zu werden. Es genügt festzustellen, dass die menschliche Natur die *Möglichkeit* vorsieht, Einkommenswachstum nicht mehr mit steigendem Wohlbefinden zu beantworten. Wenn dann zwingende Gründe der Wachstumsbegrenzung vorliegen - Umweltzerstörung, Ressourcenerschöpfung und dergleichen externe Wachstumsbarrieren bzw. die daraus resultierenden moralischen (verantwortungsethischen) Argumente gegen »Wachstum zu Lasten künftiger Generationen« -, so sollte diese in der menschlichen Natur angelegte *Möglichkeit* sinnvoll genutzt werden.

Für den historisch denkenden Nationalökonomten wären vor dem Hintergrund der dargelegten Sachverhalte vorrangig nachstehende Fragen zu bearbeiten:

- Was sollte eine historisch gegenwarts- und zukunftsgerechte Messziffer des gesamtwirtschaftlichen Outputs erfassen, wenn nicht Einkommenswachstum, sondern Wohlstandserhöhung als das eigentliche Ziel des wirtschaftlichen »Fortschritts« gilt?
- Welchen Sinn kann weiteres Wachstum des BIP pro Kopf in den reichen Volkswirtschaften überhaupt noch haben außer den eines nicht mehr hinterfragten Selbstzwecks?
- Wie müsste ein reiches Land seine sozialökonomischen Probleme - insbesondere das zentrale Beschäftigungsproblem - lösen, wenn Wachstum weder mehr Wohlstand bewirkt noch ökologisch zu verantworten ist? Es ginge um ein Modell der Wohlstandsgesellschaft ohne Wachstum.
- Welche verteilungsethischen und politischen Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem Ende der Wachstumsepoche und wie sind verbleibende Wachstumsspielräume dann international »zuzuweisen« (Katterle 1999)?
- Ist das kapitalistische System grundsätzlich, d.h. bei geeigneten Modifikationen, auch ohne Wachstum überlebensfähig, ist Kapitalismus also auf Dauer ohne Akkumulation möglich?

Es bedarf keiner weiteren Erläuterungen, dass diese Fragen nicht zum repräsentativen und reputationsträchtigen Forschungskanon der gegenwärtigen Nationalökonomie gehören.

Warum Stagnationsprognosen als Horrorgemälde wahrgenommen werden

Wir kommen zum zweiten, theoretischen Argument gegen unbegrenzte Fortschrittlichkeit von Wirtschaftswachstum. Seit Adam Smith begreift die kapitalistische Wirtschaftstheorie das kapitalistische Marktsystem als Höhepunkt und Ende der Entwicklung. In der gefeierten sowie belächelten, aber weltweit wahrgenommenen Floskel vom »Ende der Geschichte« kehrte Smiths deistischer Glaube an die prästabilisierte Harmonie, an die Marktwirtschaft als eines »natürlichen« Systems wieder. Diese Grundposition ist unhistorisch - allerdings durchaus historistisch und somit metaphysischen Charakters, da sie die Entstehung des kapitalistischen Marktsystems teleologisch begreift. Doch es fehlen ihr die Empfangsantennen, um die endogenen Transformationsprozesse dieses dynamischen Wirtschaftssystems wahrzunehmen. Damit fehlen dann auch Fähigkeit und Bereitschaft, wirtschaftlich gezeugten Fortschritt ohne Wachstum zu denken. Als rühmliche

Ausnahme von dieser gedanklichen Engführung des Wirtschaftsliberalismus bleibe John Stuart Mill hier nicht unerwähnt.

Vor dem Hintergrund der heutigen Vorherrschaft ahistorischer Ökonomik überrascht es nicht, dass Theorien über die endogene Auflösung der notwendigen Bedingungen kapitalistischen Wachstums, also über das durch den Wachstumsprozess selbst erzeugte Wachstumsende, sowie die auf diesen Theorien aufbauenden historischen Prognosen von der Mainstream-Ökonomik ignoriert werden (müssen). Ein konkretes Beispiel für die Sperrfunktion ahistorischer Theorie gegenüber langfristigen Prognosen zur endogenen Wachstumsabschwächung liefert die Verdrängung der Stagnationstheorie, wie sie - unabhängig voneinander - von Keynes und Fourastie ausgeführt und prognostisch angewandt wurde. Abgesehen von früheren - ideologisch unverdächtigen - theoriegeschichtlichen Rezeptionslücken, insbesondere in der Rezeption der Keynesschen Theorie der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus, brachte die strategisch angelegte Ausbreitung der neoliberalistischen Weltanschauung (Walpen 2004) eine von Ressentiment und ideologischer Aggressivität bestimmte Gegnerschaft zu den historischen Kapitalismusanalysen, insbesondere auch gegen die Keynessche (die anscheinend als weit »gefährlicher« als der Marxismus eingeschätzt wird). Aus der Geschichtsblindheit erwuchs Geschichtsaversion. Die Kollateralschäden für den nationalökonomischen Erkenntnisprozess, mehr aber noch für die Politik und den gesellschaftlichen Wohlstand sind beträchtlich und noch nicht absehbar.

An dieser Stelle soll nicht nochmals auf die Keynes-Fourastiesche Stagnationstheorie eingegangen werden. Jedoch sei auf zwei Aspekte hingewiesen, die von der wissenschaftstheoretischen Ebene aus für die Stagnationstheorie sprechen. Erstens wird das Stagnationstheorem vom Easterlin-Paradoxon, dessen Entdeckung unabhängig von stagnationstheoretischen Vorgaben erfolgte, und den einschlägigen Forschungsergebnissen insofern bestätigt, als Stagnation wesentlich als eine Folge des nachlassenden Befriedigungswertes steigenden (Konsum-)Einkommens erklärt wird. Zweitens sei hervorgehoben, dass die Stagnationsprognosen in einer Zeit gestellt wurden, als die Phase historisch einmalig hohen (Nachkriegs-)Wachstums von 1950 an noch bevor stand. Die theoretisch gewonnene Vorhersage abnehmenden Wachstums wurde von der realwirtschaftlichen Entwicklung weitgehend bestätigt. Es gab auch keinen zu jener Prognoseleistung auch nur annähernd ebenbürtigen Konkurrenten - schon gar nicht von Seiten der neoklassischen Theorie.

Das wissenschaftstheoretische Problem, zwischen konkurrierenden Theorien die brauchbarste auszuwählen, wird - wie bekannt - üblicherweise mit

Rückgriff auf den Popperschen Falsifikationismus zu lösen versucht. Die Keynes-Fourastiesche Stagnationsprognose wurde bestätigt. Damit erhält auch die ihr zugrundeliegende Theorie wissenschaftstheoretisch betrachtet vorerst Vorrang vor anderen Theorien, die keine oder keine empirisch bestätigten Langfristprognosen vorlegen konnten. Wie die Prognose selbst, so sind aber auch die von Keynes knapp umrissenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen für das Management einer Stagnationsökonomie bis heute faktisch Unbekannte geblieben.

Resümee

Die Enthistorisierung der Nationalökonomie ist zwar noch keine flächendeckende, wohl aber eine vorherrschende Erscheinung. Sie verlief synchron zur »formalistischen Revolution« nach dem Zweiten Weltkrieg, doch es liegt u.E. keine ursächliche Beziehung vor. Vielmehr ist die ahistorische Ausdünnung durch Theorieinhalte, nicht durch die Theorieform zu erklären. Der Verlust der historischen Perspektive beginnt mit einer Vernachlässigung und mündet schließlich bei der Ausblendung geschichtlichen Wissens aus dem nationalökonomischen Lehrkanon und aus der arbeitszeitintensiven »Reputationsforschung«. Per se erscheint dieses relativ neue akademische Bildungsdefizit von nachrangiger Bedeutung. Wesentlich ist vielmehr das dadurch beeinträchtigte, wenn nicht sogar völlig unentwickelt gehaltene Verständnis für kulturelle Gesamtzusammenhänge, für den geschichtlichen Veränderungsprozess und die historische Relativität von (nationalökonomischen) Erkenntnissen als Gegengift zu Ethnozentismus und Chronozentrismus. Dies trifft nicht auf alle Bereiche des nationalökonomischen Forschungsobjekts zu, aber gerade für jene, die sich auf die gesellschaftlich wichtigen Fragen zum Wirtschaftswachstum, zur sozialökonomischen Entwicklung und zum gesellschaftlichen Wohlstand beziehen.

10. Heinrich Ludwig Lambert Galt - der unbekannte Frühkeynesianer des 19. Jahrhunderts

»Die sittliche Veredelung der Menschheit muss daher mit der Verbesserung des physischen Zustandes der Mehrheit beginnen; bloße Sittenpredigten können diesen ebenso wenig als Stock und Knute ersetzen« (Galt 1825, 79).

Auf den ersten Blick mag es befremden, in einer Sammlung von Aufsätzen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem und zur aktuellen Wirtschaftspolitik einen Text zu finden, der sich mit einem Autor des 19. Jahrhunderts befasst; zudem ein Autor, der weitgehend unbekannt geblieben ist. Doch es ist zu hoffen, dass die »Aktualität« unseres Autors Ludwig Gall (1791-1863)⁶⁴ durch die folgenden Ausführungen deutlich wird. Mehr noch, dass dieser Früh- oder Vorkeynesianer durch seine Wirtschaftstheorie und seine wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen quasi bewiesen hat, dass Keynes' spezifische Kritik an der klassischen/neoklassischen Gleichgewichtstheorie und der Laissez-faire-Maxime nicht bestimmten historischen Umständen, nämlich der britischen Dauerarbeitslosigkeit während der 1920er Jahre und der Großen Depression, geschuldet ist, sondern die Grundprinzipien dieser seit etwa 30 Jahren wieder »herrschenden Lehre« betrifft. Die frappierende Übereinstimmung zwischen dem vergessenen Gall und dem weltberühmten Keynes - zwei Autoren, die sozusagen durch ein Jahrhundert voneinander getrennt sind⁶⁵ - bezeugt, dass die in die Form der Gleichgewichtstheorie gegossene Harmoniemetaphysik der Klassiker bereits in ihrer blühenden Jugend keineswegs nur von den radikalen sozialistischen Kritikern verworfen wurde, sondern dass sich der für die Keynessche Sicht charakteristische wohlfahrtsstaatliche Interventionismus als Alternative sowohl zur marktversessenen bürgerlichen Ökonomie der Klassiker als auch zum revolutionsträchtigen Sozialismus artikuliert hatte. Trotz des noch relativ hohen Anteils der Agrarproduktion hatten sich die sozialökonomischen Verhältnisse in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bereits so weit »modernisiert«, dass ein origineller, von der suggestiven Gleichgewichtstheorie des Adam Smith und Jean Baptiste Say nicht verführter Denker, die beschäfti-

⁶⁴ In einer früheren Publikation (Zinn 1986) hatte ich irrtümlich Galls Geburtsjahr seiner eigenen - inzwischen als unzutreffend erkannten - Angabe folgend mit 1794 angegeben.

⁶⁵ Galls wirtschaftstheoretisches Hauptwerk »Was könnte helfen?« erschien 1825 (Gall 1825/1974), und Keynes' bekannte Abhandlung zum »Ende des Laissez-faire« wurde 1926 veröffentlicht (Keynes 1926a).

gungspolitische Notwendigkeit staatlicher Interventionen erkennen konnte und ihnen eine theoretische Grundlage zu geben vermochte. Die Zeit war zwar noch nicht reif, um »Keynessches« Gedankengut politisch zu nutzen, aber doch historisch weit genug fortgeschritten, um eine Theorie des Staatsinterventionismus hervorzubringen, denn »eine historische Epoche ... entsteht nicht dadurch, dass sie zuerst im Denken formuliert wird, sondern das Denken entwickelt sich aus der Epoche« (Hinkelammert, 2007, 6).

Der »theoretische Interventionismus« (Zinn 1986), der Markt und Wettbewerb bejaht, aber die Auswüchse des dem kapitalistischen System immanenten Krisenmechanismus durch staatliche Eingriffe und Regulierungen zu minimieren und schwere Krisen ganz zu unterbinden sucht, zeitigt(e) dort, wo er temporär praktiziert wird (wurde), weitaus bessere Ergebnisse als die puristisch am klassischen/neoklassischen Marktfetischismus orientierten Wirtschaftsordnungen. Die »gemischten Wirtschaften« - beispielsweise die originäre »Soziale Marktwirtschaft« bis in die 1970er Jahre oder das »skandinavische Modell« bis in die Gegenwart hinein⁶⁶ - weisen nicht nur relativ ausgeglichene Verteilungsverhältnisse auf. Auch die konjunkturellen Ausschläge fallen milder aus, und im längerfristigen Trend tritt geringe Arbeitslosigkeit auf.

Warum gerade Gall?

Jede herrschende Wirtschaftslehre spiegelt die jeweils bestehenden Produktionsverhältnisse wider, sonst würde sie eben nicht auf das Podest der herrschenden Lehre gestellt. Die Gegenpositionen stehen hingegen grundsätzlich in Gefahr, verdrängt, vergessen oder gar nicht erst in ihrer Relevanz für die Analyse der Wirklichkeit wahrgenommen und von der Politik als brauchbare Alternative zum jeweiligen Mainstream anerkannt zu werden. Hier soll über einen solchen Fall berichtet werden. Es geht um die wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse des als »deutscher Frühsozialist« und als agrarwirtschaftlicher Erfinder in der einen oder anderen Publikation zur Geschichte der Politischen Ökonomie erwähnten Heinrich Ludwig Lambert Gall. Als prononciert wirtschaftswissenschaftlicher Autor wurde Gall lange Zeit nur sehr spärlich gewürdigt, wohingegen er als Experte der chemischen Weinverbesserung durch Zuckering, des Gallisierens, immerhin einen Platz in populären Konversationslexika fand. Die beiden bisher einzigen Monographien zu Galls Biographie und Leistungen als Ökonom und ingenieuser Erfinder sind relativ jungen Datums (Monz 1979; Greten 2005); seine wirt-

⁶⁶ Vgl. das Kapitel »Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokratien?« in diesem Band.

schaftswissenschaftliche Originalität als »früher Keynesianer« findet in den Lehrbüchern zur Theoriegeschichte der Politischen Ökonomie noch keine Beachtung. Dieser Sachverhalt legitimiert bereits hinreichend, warum hier aus der großen, kaum überschaubaren Zahl von reformistischen Kritikern und Gegnern der pro-kapitalistischen Wirtschaftslehre der Klassiker bzw. Neoklassiker dieser noch fast Unbekannte herausgestellt wird. Wie kein anderer Autor des 19. Jahrhunderts nahm Gall zentrale theoretische Einsichten von Keynes vorweg und seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind in wesentlichen Aspekten deckungsgleich mit der Keynesschen »Nachfragepolitik«. Die Geistesverwandtschaft der beiden Reformdenker geht aber weit über die wirtschaftstheoretischen Parallelen hinaus und erweist sich in ihrem *moralischen* Anliegen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, die Gall zutreffend als die Hauptursache des Pauperismus erkannt hatte. Beiden geht es nicht bloß um ein effizienteres Wirtschaftssystem, um die Vermeidung der volkswirtschaftlichen Verluste infolge eines gesamtwirtschaftlichen Nachfragedefizits, um die versäumte Wertschöpfung, die dem Beschäftigungsmangel entspricht, sondern sie stellen ihre ökonomische Analyse auf eine moralische Basis. Die Beseitigung der menschlichen Probleme der Arbeitslosigkeit und Armut, die soziale Ungerechtigkeit in der dank des technischen Fortschritts stets reicher werdenden Volkswirtschaft, die dennoch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Gesellschaft der Armut und dem Elend aussetzt, bildet ihre »letzte« Zielsetzung, d.h. sie beantwortet die normative Frage nach dem eigentlichen, humanen Sinn der Volks-Wirtschaft.

Gall war ein Autodidakt der Ökonomik. Er bewahrte sich daher einen relativ unbefangenen Blick auf die Realität. Die suggestive Ideologie der klassischen Ökonomen, die die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft als ein »natürliches«, letztlich gottgegebenes System herausstellten, vermochte Gall nicht zu beeindrucken. Dass er bereits im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts, also in der Frühphase der Industrialisierung, die Funktionsmängel des existierenden Wirtschaftssystems in gleicher Perspektive wie Keynes diagnostizierte und wie dieser die ungleichen Verteilungsverhältnisse, die Überersparnis der einkommenstarken Schichten, der »Geldprivilegierten« in Galls Terminologie,⁶⁷ und den daraus resultierenden Nachfrageausfall dafür verantwortlich machte, mag noch der zur damaligen Zeit bereits bekannten

⁶⁷ Gall fasste unter der Bezeichnung »Geldprivilegierte« alle Empfänger fester, von Krisen und Konjunkturschwankungen weitgehend unabhängigen Einkommen zusammen und meinte nachweisen zu können, dass sich der gesellschaftliche Reichtum mehr und mehr in den Händen dieser Klasse konzentrierte. Diese Vermögenskonzentration bewirke ein beständiges Ungleichgewicht zwischen Produktionsmöglichkeiten (Angebot) und der Nachfrage, da die Geldprivilegierten Ersparnisse bildeten, die keine nach-

Unterkonsuntionstheorie zugeordnet werden. Doch Gall nahm von Anfang an die Gesamtwirtschaft in den Blick, argumentierte makroökonomisch und erfasste den gesamtwirtschaftlichen Kreislaufprozess. Er erkannte auch schon die heute als Multiplikator bezeichnete Sequenz von Ausgaben, die einer ersten Nachfragesteigerung (etwa des Staates) folgt und insgesamt eine Beschäftigungs- und Produktionssteigerung bewirkt, die weit über jenen auslösenden Nachfrageimpuls hinausgeht. Gall beschrieb die Geldhortung (Liquiditätspräferenz), widersprach der Auffassung, dass Geld keine realwirtschaftliche Wirkung hätte (= Geldschleierthese = Geldneutralität = klassische Dichtomie) und plädierte für Nachfragesteigerungen des Staates in Form öffentlicher Investitionen. Es versteht sich fast von selbst, dass Gall Steuern und staatliche Kreditaufnahme in krassem Gegensatz zu den Klassikern positiv bewertete und vehement gegen die klassische Vorstellungen des Minimalstaates polemisierte.

Moral und positive Ökonomik

Die moralische Empörung und die normativen Vorstellungen, die dazu motivieren, wissenschaftliche Erkenntnisse als Suche nach besseren Lebensverhältnissen für die Menschen zu begreifen, werden vom positivistischen Wissenschaftsverständnis als irrelevant für den Forschungsprozess und als reine Privatangelegenheit derjenigen abgetan, die ihre Forschungsarbeit als Beitrag zur Emanzipation und des Fortschritts der Menschheit verstehen. Galls wirtschaftswissenschaftliches Denken zielte auf die Begründung einer »Volksbeglückungslehre«: »Durch den Ausdruck *Volksbeglückungslehre* auf dem Titel dieser Mitteilungen, glaube ich richtiger, als es durch die Worte: *National-Oekonomie*, *Nationalwirthschaftslehre*, *Lehre vom National-Reichthume*, etc. geschehen ist, die Aufgabe dieser Wissenschaft zu bezeichnen ...« (Gall 1828, IXf.). Keynes seinerseits wurde nicht müde, Vollbeschäftigung zu propagieren und seine wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse in Empfehlungen zur Vollbeschäftigungspolitik fließen zu lassen. Sogar eine gewisse Parallele in der Rezeption lässt sich feststellen. Keynes selbst gehörte zwar schon früh - seit seiner weltweit bekannt gewordenen Kritik an den unrealistischen und in ihren politischen Auswirkungen verheerenden Reparationsforderungen an Deutschland - zu den international renommierten Köpfen seines Faches, aber deshalb wurden seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen keineswegs von der Mehrzahl seiner zeitgenössischen Fachkollegen begrüßt oder gar von der Politik zur rech-

fragewirksame Verwendung fänden, also dem Geldkreislauf entzogen würden. Der Bezeichnung »Hortung« für diesen Sachverhalt findet sich bei Gall noch nicht.

ten Zeit umgesetzt. Seit den 1920er Jahren hatte Keynes vergeblich gegen die Vorherrschaft der klassischen Theorie und ihrer Laissez-faire-Maxime gravierende Einwände erhoben, aber sie stießen bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in seinem Heimatland Großbritannien auf taube Ohren. Selbst nach Beginn der Großen Depression fand Keynes bei der britischen Regierung keine Zustimmung für seinen Plan, mit einem umfangreichen Investitionsprogramm (u.a. zur Wohnraumbeschaffung für die ärmeren Bevölkerungsschichten⁶⁸) die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Erst während des Zweiten Weltkriegs kam der Umschwung zugunsten der Keynesschen Ideen, der dann nach Kriegsende für zwei bis drei Jahrzehnte zur internationalen Akzeptanz des um wesentliche Komponenten seiner Theorie »bereinigten« Mainstream-Keynesianismus geführt hat. Ohne den kriegswirtschaftlichen »Beweis« der Richtigkeit der Keynesschen Theorie und die Popularisierung Keynesscher Vollbeschäftigungspolitik hätte sich die Keynessche Theorie wohl kaum gegen die den orthodoxen Wirtschaftsliberalismus als wirtschaftspolitische Leitlehre durchsetzen können; und die neoliberalistische Restaurationsphase seit den 1970er Jahren zeigt, dass der dem Keynesianismus zu dankende beschäftigungspolitische Fortschritt keineswegs unumkehrbar war. Die gegenwärtige Universitätsökonomik und die Wirtschaftspolitik haben aus Keynes den sprichwörtlichen »toten Hund« zu machen versucht. Ob das allerdings auf Dauer gelingt, darf bezweifelt werden, denn das neoliberalistische Globalisierungsprojekt hat Konsequenzen, die sich gegen den auf den Neoliberalismus fixierten Westkapitalismus richten und - der Blick nach Ostasien macht das deutlich - interventionistische Vorstellungen à la Keynes aufwerten; ganz abgesehen von dem Notstands-Dirigismus, den die Regierungen der von der US-amerikanischen Hypothekenmarktkrise betroffenen Volkswirtschaften seit einiger Zeit ihren offiziellen Bekenntnissen zur marktwirtschaftlichen Selbststeuerung zuwider praktizieren oder besser zu praktizieren gezwungen sind, um eine Weltwirtschaftskatastrophe abzuwenden.

Keynes' unbekannter Vorläufer Gall war seiner Zeit viel zu weit voraus, um auch nur eine temporäre Chance zu haben, seiner theoretischen Analyse und seinen beschäftigungspolitischen Vorschlägen Gehör zu verschaffen. Dieser »moderne Ökonom seiner Zeit« (Greten 2005) entspricht Keynes' Vorliebe für die »cranks« der politischen Ökonomie, den originellen Non-

⁶⁸ Die Wohnungsnot auf der britischen Insel ist auch im Jahr 2008 noch nicht behoben: »In Großbritannien fehlen drei Millionen Wohneinheiten. 1,7 Millionen Haushalte stehen auf Wartelisten für Sozialwohnungen, aber der Wohnungsbau stagniert« (Thibaut, 2008). Die britischen Konservativen und Liberalen mobilisierten gegen die »Exzesse des Labour-Zentralismus«, und vorerst siegte die »freie« Marktwirtschaft.

konformisten, den genialischen Außenseitern und den von ihren Zeitgenossen verkannten Wegweisern in eine Zukunft, die sie selbst nicht mehr erleben. Gall hätte als kleiner preußischer Beamter eine gesicherte Laufbahn vor sich gehabt, aber er engagierte sich für die europäischen Wirtschaftsflüchtlinge der nachnapoleonischen Ära, begleitete 1819/20 Auswanderer nach Nordamerika, von wo er enttäuscht, aber reich an Erfahrungen, insbesondere über die positiven Beschäftigungseffekte des kriegswirtschaftlichen Nachfragewachstums und des für die Wirtschaftsentwicklung der USA äußerst förderlichen Quasi-Protektionismus, den die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre bedeutete, zurückkehrte (Gall 1822a, 1822b).

Originalton Gall: einige sporadische Zitate

Im Rahmen dieser knappen Vorstellung des Gallschen »Frühkeynesianismus« lässt sich sein Werk selbstverständlich nicht ausführlicher darlegen, doch einige Zitate können sowohl seine sozioethische Intention als auch seine ökonomischen Überlegungen blitzartig erhellen.

Zur Arbeitswertlehre:

»Da sich nun alles in der Welt zuletzt auf Tagewerke reduciren läßt, weil alles, was ist, nur durch Arbeit hervorgebracht werden konnte, und in der That auch das Geld, womit dem Kapitalisten Interessen, dem Gutsherrn die Pacht bezahlt und an den Staat die Abgaben ... abgeführt werden sollen, erst durch Arbeit erworben werden muss...« (Gall 1825, 97).

Beschäftigungspolitik durch Infrastrukturausgaben:

»Die Thätigkeit von Tausenden musste jetzt (nach Ende der Napoleonischen Kriege; KGZ) eine andere Richtung nehmen. Um keine nachhaltige Störung des Gleichgewichts in der Thätigkeit der Uebrigen hervorzubringen, hätte es Noth getan, die Kräfte, welche überflüssig geworden waren, in der Maschine des gesellschaftlichen Zusammenlebens zur Erbauung egyptischer Pyramiden, oder, um doch den Anschein der Ironie zu vermeiden, zur Einebnung von Bergen, zur Aufschüttung von Abgründen, zur Schiffbarmachung von Flüssen, zur Eröffnung von Canälen, zur Anlegung von Landstraßen und Brücken auf allen Puncten zu verwenden. Weil das aber unterblieb, mussten tausende sich in die schon vollständig besetzten Gewerbe drängen« (Gall 1822a, 11f.).

»Was würde aus den Tausenden, Zehntausenden und Hunderttausenden, welche jetzt auf Landstraßen, an öffentlichen Gebäuden, in den Werkstätten der Armee, ja ich möchte sagen, als Soldaten Arbeit und Brot finden?« (Gall 1822b, 336) »Mir schaudert, wenn ich mir das Elend vergegenwärtige, was unvermeidlich daraus entstünde, wenn der Staat eine Zeitlang aufhörte, theils durch Unterhaltung einer zahlreichen Armee, theils durch

öffentliche Bauten 300.000 Arbeiter aus den gewöhnlichen Rennbahnen des Erwerbs zu halten ...« (Gall 1822b, 337).

»Wenn z.B. ein Staat durch seine eigenen arbeitslosen Bürger in einem Jahr 100 Meilen Landstraßen bauen läßt und dafür 3 Millionen Thaler ausgibt, so ist dieser Staat am Ende dieses Jahres um den ganzen Werth dieser Landstraße reicher als er am Anfang des Jahres war; denn das Geld, welches die Landstraße gekostet hat, wird noch bis zum letzten Pfennig im Lande seyn, und die Landstraße dazu« (Gall 1825, 14).

Multiplikatoreffekt einer Ausgabesteigerung:

»... gewinnt der Bäcker von seinen 99 Nachbarn an einem Tage 99 Kreuzer: so kann er auch wieder 99 Kreuzer für Erzeugnisse seiner Nachbarn ausgeben; wodurch auch dieser wieder in den Stand gesetzt werden, den Bäcker auch am folgenden Tage wieder 99 Kreuzer gewinnen zu lassen. Anders wäre es, wenn zehn der neun und neunzig Nachbarn des Bäckers ihr Brod selbst backen und die ersparten zehn Kreuzer einschließen wollten... Allein beweisen die alltäglichen von allen Seiten, von Gelehrten und Ungelehrten erschallenden Aufforderungen zur Sparsamkeit, als dem einzigen Mittel der ökonomischen Noth der Regierungen und der Unterthanen ein Ende zu machen, nicht zur Genüge, dass man diese trivialen Wahrheiten noch immer nicht begriffen hat« (Gall 1825, 17f).

Volkswirtschaftliche Vorteile der Besteuerung:

»Gegenwärtig fangen die Klügeren schon an, einzusehen, dass in einem Lande, welches mehr Hände hat, als die productiven Arbeiten erfordern, eine Armee von Consumenten eine wahre Wohltat sey; und bald wird man auch begreifen, dass die Erhöhung der Steuern, innerhalb gewisser Grenzen und unter gewissen Bedingungen, die allgemeine Wohlfahrt nur befördern kann« (Gall 1822, 76).

»... die Vollendung einer angemessenen Theilung der Arbeit, die wesentliche Bedingung des Emporkommens eines Staats wie einer Fabrik, nur mittels einer bedeutenden Erhöhung der Steuern möglich ist, und dass, wenn wir nicht eine allgemeine Verarmung erleben wollen, es hoch an der Zeit ist, dem Gespenst >Steuern< kühn entgegen zu treten und uns zu überzeugen, dass unter der schaurigen Hülle ein guter Geist verborgen ist« (Gall 1822b, 340f.)

»Die Declamationen gegen die Kosten des Regierens, deren unheilvolle Tendenzen dem Unbefangenen kein Geheimniß sind, finden bey den meisten Menschen in der irrigen Vorstellung eine Stütze, die sie sich von den Vortheilen machen, welche aus einer plötzlichen Reduction der Steuern hervorgehen würde. Die wenigsten sehen hell genug, um die in's Unendliche sich verzweigenden, zum Theil verborgenen, Kanäle wahrzunehmen,

durch welche in die Hände edler derjenigen, die irgend etwas Nützliches hervorbringen, nicht allein ihre eigenen Steuern, sondern auch ein Theil der Steuern derjenigen Reichen zurückfließen, welche nichts thun und also auch nichts erwerben können.

Wenn der Staat 600.000 Beamten und Soldaten entließe, und es dadurch möglich würde, die Steuer-Anforderungen auf die Hälfte zu reducieren: wo würde die Wirkung davon den gewerbetreibenden Klassen bald auf eine ganz andere Weise fühlbar werden, als sie sich es gewöhnlich einbilden...» (Gall 1825, 33).

Volkswirtschaftlicher Schaden durch Hortung und die realwirtschaftliche Wirkung des Geldes:

»Es gibt kein passenderes Bild des Geldes, oder was sonst die Errungenschaft der Industrie repräsentieren mag, als das Blut im menschlichen Körper: Je leichter es durch die Tausende von Canälen circulirt, in welchem es Empfindung, Leben, Gefühl des Daseyns verbreiten und erhalten soll, desto wohler fühlen wir uns; alle Kräfte sind in der vollkommensten Harmonie mit einander; mit einem Worte wir sind gesund. Aber lasst mit einem Schlag den heilsamen Lauf des Blutes hemmen - und weg ist das fröhliche, thätige Leben. So hemmt misverstandene Sparsamkeit die rege Betriebsamkeit eines ganzen Staats-Körpers; und eben so wie von unzeitigem Aderlassen der menschliche Körper oft in Jahren sich nicht erholen kann, wenn er diejenigen Säfte entbehren muss, die das abgezapfte Blut wieder ersetzen könnten: ist es mit dem Staate der fortfährt mehr Geld aus dem Lande zu schicken, als er aus dem Auslande zurück erhält; er muss allmählig aus der Reihe der Nationen verschwinden, wie der Mensch aus der Reihe der Lebenden« (Gall 1820, 30; Wiederabdruck in Greten, 2005, 107).

»Beim Lichte besehen heißt also eine solche Sparsamkeit anders nichts, als durch Darben und Mangel leiden die Erlaubnis erkaufen, weniger zu arbeiten« (Gall 1825, 38) Sparsamkeit erweist sich als »... das schlimmste Rettungsmittel für einen Staat, der noch müssige und erwerbsbedürftige Einwohner hat« (Gall 1828, V).

Skeptische Sicht des alten Gall auf die moralischen Defizite des »Fortschritts«:

»Wir leben in einer in vielfacher Weise merkwürdigen Zeit- in einer Zeit, deren Schöpfungen hier durch ihre überwältigende Kühnheit und Grossartigkeit, dort durch die Unbegreiflichkeit ihrer Wirkungen auch die Besonnensten auf Augenblicke zur staunenden Bewunderung hinreißen können. Aber selbst diese Erde umgürtenden Eisenbahnen ... auf welche der hirnlose, nur den Bauch pflegende Dünkel so stolz ist, als ob er irgend einen Teil daran hätte -diese Riesenwerke, gegen welche selbst die Wunderwerke des

Altertums wie eitle Schattenbilder verschwinden, was sind sie, vom Standpunkte der Humanität aus betrachtet, anderes, als die ägyptischen Pyramiden? Was sind sie anderes, als wie diese, das Produkt teils des Genies einiger wenigen Heroen des Geistes und der übermenschlichen Anstrengungen von Millionen, welche die Gesellschaft nach einem freudelosen, gequälten Dasein im tiefsten Elend enden lässt, teils angesammelten Kapitals, d.h. desjenigen Teils der Producte der Arbeit anderer verkümmelter Millionen von >Ebenbildern Gottes<, welches diesen zu vollständiger Befriedigung ihrer Bedürfnisse hätte dienen sollen? - Was aber ist für die grossen Massen der Nationen geschehen? Ist die Lage der handarbeitenden Klassen darum, weil hin und wieder der Tagelohn etwas gestiegen ist, d.h. weil ihnen, wenn man sie gerade nötiger braucht, etwas mehr von den Früchten ihrer Arbeit gelassen wird, auch schon eine menschenwürdigere geworden? ... Und wo werden den eigentlichen arbeitenden Klassen, deren Anstrengungen wir doch alles, was das Leben erhält und verschönert, alle unsere Genüsse verdanken, von der Produktion der Arbeit, selbst der ganzen Familie, nur das Nötigste zu teil, um nur ohne unablässig nagende und bedrückende Sorge, einem ruhigen Ende entgegensehen zu können? Heißt das fortschreiten?» (zitiert bei Hugo/Stegmann 1897, 289; Wiederabdruck in: Greten 2005, 97f.).

Zum Erkenntniswert von Mehrfachentdeckungen

Mehrheitsmeinungen sind kein »Wahrheitskriterium«. Doch wenn einige wenige Außenseiter der Profession zu gleichen Einsichten gelangen, und das auch noch ganz unabhängig voneinander, so verdient das mehr als erstaunte Beachtung. Denn in der Geistes- und Wissenschaftsgeschichte verdankt sich in aller Regel der Fortschritt solchen Außenseitern. Es waren die Dissidenten, die zu der besseren Theorie fanden, und Minderheiten - man mag sie Avantgarde nennen - verhalfen dem Neuen zum Durchbruch gegen die Orthodoxie. Schumpeter, der auch von den Marktradikalen hoch geschätzte Autor, hätte dieser These uneingeschränkt zugestimmt: Sein Unternehmerbild entspricht jenen Abweichlern vom Gewohnten, und in der Tat bedarf jede (echte) Innovation der Idee, wie es sich besser machen lässt. Diese Idee verbindet, wie dargelegt, Gall und Keynes, und zwar sind ihre Analysen der sozialökonomischen Realität und die daraus resultierenden politischen Konsequenzen im Grund deckungsgleich. Weder Keynes noch gar Gall fanden Zugang zur Mehrheitsmeinung. Wer im Hinblick auf Keynes daran zweifelt, da der Mainstream-Keynesianismus doch für ein paar Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges die ökonomischen Lehrbücher und die wirtschaftspolitische Denkweise bestimmte, sei an das Verdikt der »Urkeyne-

sianerin« Joan Robinson erinnert, die jenen keynesianischen Mainstream als »Bastard-Keynesianismus« abqualifizierte. Dass zudem die Keynessche Langfristanalyse des hoch entwickelten Kapitalismus, die Stagnationstheorie, bis heute nur abgespalten vom »offiziellen« Keynesianismus und verdeckt unter der Oberfläche der wirtschaftswissenschaftlichen Moden und des ideologischen Auftrumpfens fortlebt, überrascht nur die Naiven (Fourestie erfuhr das gleiche Verdrängungsschicksal). Naive mögen treuherzig bekennen, dass doch die Mehrheit (der professionellen Ökonomen) nicht im Irrtum befangen sein könnte, dass auch die Politik nicht anders könnte, als sich an den Mainstream zu halten. Naiv ist dieser Konformismus, weil er hinter die Erkenntnis zurück fällt, dass die Herrschaft der herrschenden Lehre nicht der Wahrheit, sondern der herrschenden Klasse geschuldet ist. Der macht- und interessenabhängige Zuschnitt einer herrschenden Wirtschaftslehre grenzt sie hermetisch gegen prinzipielle Einwände und kritische Gegenentwürfe ab. Es überrascht daher nicht, dass große Teile des heterodoxen wirtschaftstheoretischen Denkens der vergangenen zwei Jahrhunderte in der herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung sowie der sich auf sie stützenden Wirtschaftspolitik allenfalls als theoriegeschichtlich registrierte Abweichungen von der »richtigen« Ökonomik verbucht, wenn sie denn nicht wie im Fall Gall ganz ignoriert werden, oder aber - dies trifft u.a. auf Keynes und den Keynesianismus zu - bei nächster (historisch gebotener) Gelegenheit ideologisch entmachtet und aus den Curricula des »wissenschaftlichen Nachwuchses« entfernt werden.

Literatur

i

- Albert, Hans (1982/2000), Münchhausen oder der Zauber der Reflexion. Die Ansprüche der Transzendentalpragmatik im Lichte des konsequenten Fallibilismus, in: Ders., Lesebuch. Ausgewählte Texte, Tübingen 2000, 76-117.
- Allard, Gayle J./Lindert, Peter H. (2006), Euro-Productivity and Euro-Job since the 1960s: Which Institutions Really Mattered? National Bureau of Economic Research. Working paper 12460, Cambridge, MA.
- Anxo, Dominique/Niklasson, Harald (2004), The Swedish Model in Turbulence Times: Decline or Renaissance, Centre for Labour Market Policy Research (unv.Ms.), Dominique.anxo@vxu.se.
- Apel, Karl-Otto (1976), Das Problem der philosophischen Letztbegründung im Lichte einer transzendentalen Sprachpragmatik. Versuch einer Metakritik des »Kritischen Rationalismus«, in: Kanitscheider, Bernulf (Hrsg.), Sprache und Erkenntnis. Festschrift für G. Frey, Innsbruck, 55-82.
- Apel, Karl-Otto (2008), The Concept of Truth, and the Reality of Nature and Culture, in: Ofsti, Audun (Hrsg), The Public Sphere. Essays in Honour of Karl-Otto Apel, Oslo, 205-226.
- Arestis, Philip (1996), Post-Keynesian Economics: towards coherence, in: Cambridge Journal of Economics 20/1, 111-135.
- Arnold, Wilhelm/Eysenck, Hans Jürgen/Meili, Richard (1993), Lexikon der Psychologie, 3 Bde., 9. Aufl., Freiburg - Basel - Wien.
- Arrow, Kenneth (1951), Social Choice and Individual Values, New York.
- Barracrough, Geoffrey (1977), The Keynesian Era in Perspective, in: Skidelsky (1977a), 104-111.
- Bauer, Wolfgang (1980), China und die Fremden. 3000 Jahre Auseinandersetzung in Krieg und Frieden, München.
- Bauer, Wolfgang (1990), Das Antlitz Chinas. Die autobiographische Selbstdarstellung in der chinesischen Literatur. Von ihren Anfängen bis heute, München - Wien.
- Beaud, Michel/Dostaler, Gilles (1995), Economic Thought since Keynes. A History and Dictionary of Major Economists, Aldershot.
- Bell, Daniel/Kristol, Irving (1984), Die Krise der Wirtschaftstheorie, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo.
- Bellebaum, Alfred/Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (1999), Ökonomie und Glück. Beiträge zu einer Wirtschaftslehre des guten Lebens, Opladen - Wiesbaden.

- Bergrath, Dirk (2006), Der kulturelle Faktor im sozialökonomischen Geschichtsverlauf. Die Entwicklungstheorie Alfred Webers mit einer Anwendung auf die Kulturbewegung Chinas, Marburg.
- BIZ (2008), 78. Jahresbericht 1.4.2007-31.3.2008, Basel.
- Blinder, Alan (1988), The Fall and Rise of Keynesian Economics, in: *Economic Record* 64/187, 278-294.
- Blomert, Reinhard (2007), John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg.
- Bode, Sabine (2006), Die deutsche Krankheit - German Angst, Stuttgart.
- Bourdieu, Pierre (1997), Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (1998), Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre (2006), Der Einzige und sein Eigenheim. Erweiterte Neuauflage der Schriften zu Politik & Kultur 3, Hamburg.
- Brockhaus (1966ff.), Brockhaus Enzyklopädie in 20 Bänden, Wiesbaden 1966-1974.
- Brzinsky-Fay, Christian (2006), Lost in Transition: Labour Market Entry Sequences of School Leavers in Europa, WZB discussion paper SP I 2006-111, Juni 2006.
- Burke, Peter (1989), Soziologie und Geschichte, Hamburg.
- Canfora, Luciano (2006), Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union, Köln.
- Carvalho, Fernando J. Cardim de (1990), Keynes and the long period, in: *Cambridge Journal of Economics* 14/3, 277-290.
- Cassidy, John (1996), The Decline of Economics. John Maynard Keynes was one of the most revered men of his time. Fifty years after his death, where are his successors? in: *The New Yorker* v. 2.12.1996, 50-60.
- Chernomas, Robert (1984), Keynes on Post-Scarcity Society, in: *Journal of Economic Issues* 18/4, 1007-1026.
- Clark, Andrew E./Fritjers, Paul/Shields, Michael A. (2008), Relative income, Happiness, and Utility: An Explanation of the Easterlin Paradox, in: *Journal of Economic Literature* 46/1, 95-144.
- Collingwood, Robin George (1972/1955), Fortschritt als Ergebnis des historischen Denkens, in: Dreitzel, Hans Peter (1972), Sozialer Wandel. Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie, Neuwied, 184-201.
- Crotty, James R. (1990), Keynes on the Stages of Development of the Capitalist Economy: The institutional Foundation of Keynes's Methodology, in: *Journal of Economic Issues* 24/3, 761-780.
- Dahl, Edgar (2008), Macht Geld glücklich? Das Wohlstandsparadoxon, in: *Spektrum der Wissenschaft* Mai, 84-87.
- Delhey, Jan/Newton, Kenneth (2004), Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism, WZB Discussion paper SP I 2004 - 202, Berlin.

- Institut der deutschen Wirtschaft (2006), Deutschland in Zahlen, Köln.
- Di Telia, Rafael/MacCulloch, Robert (2006), Some Uses of Happiness Data in Economics, in: Journal of Economic Perspectives 20/1, 25-46.
- Di Telia, Rafael/MacCulloch, Robert J./Oswald, Andrew J. (2003), The Macroeconomics of Happiness, in: Review of Economics and Statistics 85/4, 809-827.
- Di Telia, Rafael/MacCulloch, Robert (2006), Some Uses of Happiness Data in Economics, in: Journal of Economic Perspectives 20/1, 25-46.
- Di Telia, Rafael/Haisken-De New, John/MacCulloch, Robert (2007), Happiness Adaptation to Income and Status in an Individual Panel. National Bureau of Economic Research Working Paper 13159.
- Diamond, Jared (2005), Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt/M.
- Dillard, Dudley (1983), The Pragmatic Basis of Keynes's Political Economy, in: Wood (1983), Bd. 1, 203-232.
- Dreitzel, Hans Peter (1972), Sozialer Wandel, Neuwied.
- Duchrow, Ulrich/Bianchi, Reinhold/Krüger, Rene/Petrarca, Vincenzo (2006), Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus - Wege zu ihrer Überwindung, Hamburg.
- Dueck, Gunter (2008), Abschied vom Homo oeconomicus. Warum wir eine neue ökonomische Vernunft brauchen, Frankfurt/M.
- Easterlin, Richard (1974), Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in: David, Paul A./Reder, Melvin W. (1974), Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramovitz, New York - London, 98-125.
- Easterlin, Richard A. (1995), Will Raising the Incomes of All Increase the Happiness of All?, in: Journal of Economic Behaviour and Organization 27/1, 35-47.
- Easterlin, Richard A. (2001), Income and Happiness: Towards a Unified Theory, in: Economic Journal 111/473, 465-484.
- Eatwell, John/Milgate, Murray/Newman, Peter (1987), The New Palgrave. A Dictionary of Economics, 4 Bde., London - Basingstoke.
- Ehrenreich, Barbara (2001), Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. München.
- Eichner, Alfred (1982), Über Keynes hinaus. Eine Einführung in die postkeynesianische Ökonomie. Köln.
- Erdheim, Mario (1984), Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozeß, Frankfurt/M.
- Esping-Andersen, Gosta (1990), The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Falkinger, Josef (1986), Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstum, Tübingen.
- Farrell, Diana/Lund, Susan (2008), The new power brokers. The big four who

- run the new global economy, in: *The International Economy* 22/1, 38-42.
- Föhl, Carl (1955), *Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf*, Berlin.
- Fourastie, Jean (1954), *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln.
- Franke, Herbert/Trauzettel, Rolf (1968), *Das chinesische Kaiserreich*. Fischer Weltgeschichte Bd. 19, Frankfurt/M. - Hamburg.
- Gall, Ludwig (1820), *Gutgemeinter Rath an meine deutschen Landsleute, bei ihrer Landung in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika*, Harrisburg/Penn.
- Gall, Ludwig (1822a), *Meine Auswanderung nach den Vereinigten-Staaten in Nord-Amerika, im Frühjahr 1819 und meine Rückkehr im Winter 1820. Erster Theil, meine Beweggründe und mein Wirken zur Erleichterung der Auswanderung nach den Vereinigten-Staaten und mein Reisetagebuch enthaltend. Mit 6 lithographirten Karten und Abbildungen*, Trier
- Gall, Ludwig (1822b), *Meine Auswanderung nach den Vereinigten-Staaten in Nord-Amerika, im Frühjahr 1819 und meine Rückkehr im Winter 1820. Zweiter Theil, meine Wahrnehmungen im Umgang mit den Amerikanern, und mein Wirken zur Erleichterung der Ansiedlung in den Vereinigten-Staaten enthaltend. Mit 4 lithographirten Karten und Abbildungen*, Trier.
- Gall, Ludwig (1825), *Was könnte helfen? Immerwährende Getraidelagerung, um jeder Noth des Mangels und des Ueberflusses auf immer zu begegnen und Credit-Scheine durch die Getraidevorräte verbürgt, um der Alleinherrschaft des Geldes ein Ende zu machen*, Trier (unveränderter Nachdruck: Glashütten/Taunus 1974), 37-244.
- Gall, Ludwig (1828), *Menschenfreundliche Blätter oder praktische Beiträge zur Völksebeglückungslehre, gesammelt im Gebiete der neuesten Literatur des Auslandes und deutsch, in zwanglosen Heften, mitgetheilt von Ludwig Gall, K. Pr. Regierungs-Secretair, Mitglied mehrerer gemeinnütziger Gesellschaften, I. Heft, Kirckhoffs Denkschrift über die Wohltätigkeitskolonie zu Frederiks-Oort und Wertel, mit Anmerkungen des Übersetzers*, Trier.
- Gamillscheg, Hannes (2007), *Nur sparsame Fahrzeuge parken umsonst. In Schweden werden umweltfreundliche Pkw auf fantasievolle Weise subventioniert, und der Absatz schnell nach oben*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 6.2.2007.
- Gernet, Jacques (1983), *Die chinesische Welt. Die Geschichte Chinas von den Anfängen bis zur Jetztzeit*, Frankfurt/M.
- Gischer, Horst/Helmedag, Fritz (2007), *Marktmacht als Herausforderung der Wettbewerbspolitik*, in: Hauff, Michael von (2007), *Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft*, Marburg, 215-240.
- GLOBE (2004), *Culture, leadership, and organizations. The GLOBE study of 62 societies*, hrsg. von Robert J. House/Paul J. Hanges/Mansour Javidan/Peter W. Dorfman/Vipin Gupta, Thousand Oaks - London - New Delhi.
- Goerlitz, Erich/Immisch, Joachim/Tenbrock, Robert Hermann/Voelske, Arnold

- (1982), Taschenbuch zur Geschichte, Paderborn.
- Greten, Verena (2005), Ludwig Gall - moderner Ökonom seiner Zeit. Eine Untersuchung der ökonomischen Ansätze in den Arbeiten Heinrich Ludwig Lambert Galls (1791-1863), Hamburg.
- Guggenberger, Wilhelm (2007), Die List der Dinge. Sackgassen der Wirtschaftsethik in einer funktional differenzierten Gesellschaft. Mit einem Vorwort von Herwig Büchele SJ, Wien - Berlin.
- Guiso, Luigi/Sapienza, Paola/Zingales, Luigi (2006), Does Culture Affect Economic Outcomes?, in: Journal of Economic Perspectives 20/2, 23-48.
- Habermas, Jürgen (1991), Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt/M.
- Hahn, L. Albert (1949): The Economics of Illusion, in: Ders. (1949): The Economics of Illusion. A Critical Analysis of Contemporary Economic Theory and Policy, New York, 166-184.
- Han Fei (1994), Die Kunst der Staatsführung. Die Schriften des Meisters Han Fei. Gesamtausgabe aus dem Altchinesischen übersetzt von Wilmar Mögling, Leipzig 1994.
- Handelsblatt (2006), Wir dürfen uns nicht isolieren (Interview mit Edward Lazear), in: Handelsblatt v. 12.6.2006
- Hansen, Alvin H. (1959), Keynes' ökonomische Lehren. Ein Führer durch sein Werk (1953). Hrsg. v. Georg Hummel, Villingen.
- Harris, Seymour E. (1948), The New Economic Keynes' influence on Theory and Public Policy. New York.
- Harrod, Roy Forbes (1951), The Life of John Maynard Keynes, London.
- HDI (2007/08), Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008. Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt. Veröffentlichung für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Berlin 2007.
- HDR (1999), United Nations Development Programme 1999. Human Development Report, New York.
- Heilbroner, Robert (1988), Behind the Veil of Economics. Essays in the Worldly Philosophy. New York - London.
- Heilmann, Sebastian (2004), Das politische System der Volksrepublik China, Wiesbaden.
- Hein, Eckard/Menz, Jan-Oliver/Truger, Achim (2006), Warum bleibt Deutschland hinter Schweden und dem Vereinigten Königreich zurück? Makroökonomische Politik erklärt den Unterschied. IMK Report Nr. 15, November.
- Heintze, Cornelia (2002), Die Zukunftsblockade. Klimawandel, BSE, Armut, Terrorismus - Warum in der Gesellschaft kollektives Vorsorgelernen mißlingt, Berlin.
- Heintze, Cornelia (2005), Das skandinavische Erfolgsmodell und sein kulturelles Fundament - eine Annäherung, in: Arbeit 14/3, 221 -237.
- Heise, Arne (1993), Capital-Budgeting - Ein verschütteter Keynes'scher Baustein oder: Wie Beschäftigungspolitik Handlungsspielräume schaffen kann,

- in: WSI-Mitteilungen 46/11, 709-717.
- Heise, Arne (2007): Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, in: Wirtschaftsdienst 87/7, S. 442-449.
- Henrekson, Magnus (2001), Swedish Economic Growth. A Favorable View of Reform, in: Challenge 44/4, 38-58.
- Henrich, Joseph/Boyd, Robert/Bowles, Samuel/Camerer, Colin/Fehr, Ernst/Gintis, Herbert/McElreath, Richard (2001), In Search of Homo Economicus. Behavioral Experiments in 15 Small-Scale Societies, in: American Economic Review 91/2, 73-78.
- Herkommer, Sebastian (2004), Metamorphosen der Ideologie. Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive, Hamburg.
- Hicks, John Richard (1969), A Theory of Economic History, London - Oxford - New York.
- Hinkelammert, Franz J. (2007), Das Subjekt und das Gesetz. Die Wiederkehr des verdrängten Subjekts, Münster.
- Hirn, Wolfgang (2006), Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert, Frankfurt/M.
- Hirn, Wolfgang (2007), Angriff aus Asien. Wie uns die neuen Wirtschaftsmächte überholen, Frankfurt/M.
- Hirschman, Albert O. (1992), Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, München - Wien.
- Hobsbawm, Eric (1998), Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? München - Wien.
- Hofstede, Geert (2001), Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management, München.
- Holland, Stuart, (1977), Keynes and the Socialists, in: Skidelsky (1977a), 67-77.
- Homann, Karl/Blome-Drees, Franz (1992), Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen.
- Horn, Gustav/Logeay, Camille/Zwiener, Rudolf (2008), Wer profitiert vom Aufschwung? IMK-Report Nr. 27, Düsseldorf.
- Hugo, C./Stegmann, Carl (1897), Handbuch des Socialismus, Zürich.
- Humphreys, S. C. (1979), Einleitung zu Polanyi (1979), 7-59.
- Hüther, Gerald (1997), Biologie der Angst, Göttingen.
- JMK (1972ff.), John Maynard Keynes. The Collected Writings of John Maynard Keynes, 30 Bände, hrsg. von Donald Moggridge, London - Basingstoke.
- Jones, Eric L. (2006), Cultures Merging. A Historical and Economic Critique of Culture, Princeton/Oxford.
- Jossa, Bruno (1991), Keynes and Lange on Public Enterprise, in: Contributions to Political Economy 10/1, 63-75.
- Kahnemann, Daniel/Krueger, Alan B. (2006), Development in the Measure-

- ment of Subjective Well-Being, in: *Journal of Economic Perspectives* 20/1, 3-24.
- Kalecki, Michal (1974), Politische Ökonomie der Vollbeschäftigung, in: Frey, Bruno/Meissner, Werner (1974), *Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie. Marxismus und ökonomische Theorie der Politik*, Frankfurt/M., 176-185.
- Kais, Elisabeth (1999), Der Mensch nur ein zweckrationaler Entscheider?, in: *Zeitschrift für politische Psychologie* 7/3, 267-293.
- Kapp, Karl William (1967), Zum Problem der Enthumanisierung der »reinen Theorie« und der gesellschaftlichen Realität, in: *Kyklos* 20/1, 307-330.
- Kapp, Karl William (1968), Nationalökonomie und rationaler Humanismus, in: *Kyklos* 21/1, 1-25.
- Katterle, Siegfried (1999), Zeitgemäße Sozial- und Wirtschaftsethik. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für ein gelingendes/glückliches Lebens, in: Bellebaum, Alfred/Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (1999), 193-203.
- Keynes, John Maynard (1925), Am I a Liberal?, in: *JMK*, 1972, 9, 295-306.
- Keynes, John Maynard (1926a), The End of Laissez-faire, in: *JMK*, 1972, 9, 272-294.
- Keynes, John Maynard (1926b), Liberalism and Labour, in: *JMK*, 1972, 9, 307-314.
- Keynes, John Maynard (1927), Clissold, in: *JMK*, 1972, 9, 315-320.
- Keynes, John Maynard (1930), Economic possibilities for our grandchildren, in: *JMK*, 1972, 9, 321-332.
- Keynes, John Maynard (1933a), The Characteristics of an Entrepreneur Economy (A draft of chapter 3 from the last draft 1933 table of contents) in: *JMK*, 1979, 29, 87-101.
- Keynes, John Maynard (1933b), Fragment from a draft on meanings of saving, in: *JMK*, 1979, 29, 102-11.
- Keynes, John Maynard (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money, in: *JMK*, 1973, 7.
- Keynes, John Maynard (1936b): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Deutsch von Fritz Waeger, korrigiert und überarbeitet von Jürgen Kromphardt u. Stephanie Schneider, 10. verb. Aufl., Berlin 2006.
- Keynes, John Maynard (1937), Some economic consequences of a declining population, in: *JMK*, 1973, 14, 124-133.
- Keynes, John Maynard (1937b), EX POST AND EX ANTE, in: *JMK*, 1989, 14, 179-183.
- Keynes, John Maynard (1943), The long-term problem of full employment, in: *JMK*, 1980, 27, 320-235.
- Keynes, John Maynard (1943a), To Sir Wilfrid Eady and others, in: *JMK*, 1980, 27, 359-361.
- Keynes, John Maynard (2008), John Maynard Keynes on Air. Der Weltökonom am Mikrophon der BBC. Mit einer Einführung von Gerhard Willke, Hamburg.

- Klein, Lawrence R. (1948), *The Keynesian Revolution*. New York.
- Klein, Naomi (2007), *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt/M.
- Kohlberg, Lawrence (1996), *Die Psychologie der Moralentwicklung*, Frankfurt/M.
- Kohler, Ulrich (2004), Empirische Untersuchung zweier Individualisierungshypothesen mit Querschnittsdaten aus 24 Ländern, WZB Discussion paper SP I 2004-203, Berlin.
- Korpi, Walter (2000), Welfare States, Economic Growth, and Scholarly Objectivity, in: *Challenge* 43/2, 49-66.
- Krüger, Stephan (1984), *Keynes contra Marx? Darstellung und Kritik der »General Theory«*, Hamburg.
- Kuhlmann, Wolfgang (1995), *Reflexive Letztbegründung. Untersuchungen zur Transzendentalpragmatik*, Freiburg - München.
- Kuhlmann, Wolfgang (2007), Ein neues Bild der philosophischen Ethik. Hat die Diskursethik eine Sonderstellung in der philosophischen Ethik?, in: Ders. (2007), *Beiträge zur Diskursethik. Studien zur Transzendentalpragmatik*, Würzburg, 158-175.
- Kuhlmann, Wolfgang (2008a), On the Question of Social Benefits of Philosophy, Literature and the Humanities, in: Øfsti, Audun (2008), *The Public Sphere. Essays in Honour of Karl-Otto Apel*, Oslo, 149-165.
- Kuhlmann, Wolfgang (2008b), *Economy and Social Justice*, unv. Ms.
- Kuhn, Dieter (1987), *Die Song-Dynastie (960 bis 1279). Eine neue Gesellschaft im Spiegel ihrer Kultur*, Weinheim.
- Lambert, Paul (1983), The Social Philosophy of John Maynard Keynes, in: Wood (1983) Bd. 1, 342-372.
- Landes, David (2006), Why Europe and the West? Why not China? in: *Journal of Economic Perspectives* 20/2, 3-22.
- Latouche, Serge (2006), *Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft. Vom Effizienzwahn zum Vorsichtsprinzip*. Zürich/Berlin.
- Layard, Richard (2008), *Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt/M. - New York.
- Lekachman, Robert (1975), *The Age of Keynes (1966)*, New York
- Lenk, Kurt (1986), *Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik*, Lüneburg.
- Lorenz, Kuno (1977), Die Überzeugungskraft von Argumenten. Bemerkungen über die Fundierung des Geltungsbegriffs im Dialogbegriff, in: Viehweg, Theodor/Rotter, Frank (1977), *Recht und Sprache. Beiheft 9 zum Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, Wiesbaden, 15-26.
- Maddison, Angus (2001), *The World Economy. A Millennial Perspective*, OECD Development Centre Seminars, Paris.
- Mahbubani, Kishore (2004), *Can Asians Think?* Singapore.
- Mahbubani, Kishore (2008), *The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift*

- of Global Power to the East, New York.
- Marglin, Stephen A. (2008), *The Dismal Science. How Thinking Like an Economist Undermines Community*, Cambridge/Mass. - London.
- Mattfeld, Harald (1985), *Keynes. Kommentierte Werkauswahl*, Hamburg.
- Mayring, Philipp (1999), *Lehren der neueren Psychologie für die Ökonomie: Welchen Stellenwert hat die Ökonomie für das menschliche Lebensglück wirklich?*, in: Bellebaum, Alfred/Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (1999), 157-169.
- Meek, Ronald L. (1967), *Die Stellung von Keynes in der Geschichte ökonomischen Denkens*, in: Ders., *Ökonomie und Ideologie. Studien zur Entwicklung der Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M., 236-257.
- Meyers (1996), *Meyers Taschenlexikon in 12 Bänden*, Mannheim - Leipzig - Wien - Zürich.
- Minsky, Hyman P. (1990), *John Maynard Keynes - Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus*, Marburg.
- Minsky, Hyman (1982), *Can »It« Happen Again? Essays on Instability and Finance*, Armonk/NY.
- Minsky, Hyman (1992), *The Financial Instability Hypothesis*. Levy Economics Institute Working Paper 74, Annandale-on-Hudson/NY.
- Minsky, Hyman (1996), *Uncertainty and the Institutional Structure of Capitalist Economies*, in: *Journal of Economic Issues* 30/2, 357-368.
- Montada, Leo/Lerner, Melvin J. (1996), *Current Societal Concerns about Justice*, New York - London.
- Monz, Heinz (1779), *Ludwig Gall. Leben und Werk*, Trier.
- Moritz, Ralf (1990), *Die Philosophie im alten China*, Berlin.
- Needham, Joseph (1983), *Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der chinesischen Wissenschaft*, herausgegeben, eingeleitet und übersetzt von Tilman Spengler, Frankfurt/M.
- Needham, Joseph (1984), *Wirtschaft und Zivilisation in China*. Bd. 1, Frankfurt/M.
- Nitschke, August (1981), *Historische Verhaltensforschung. Analysen gesellschaftlicher Verhaltensweisen - Ein Arbeitsbuch*, Stuttgart.
- Ötsch, Walter (1999), *Glück und Realität: »Äußere« und »innere« Glücksmodelle in der Theoriegeschichte der Ökonomie*, in: Bellebaum, Alfred/Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (1999), 105-123.
- Oxford (1944), *The Oxford University Institute of Statistics. The Economics of Full Employment*. Oxford.
- Polanyi, Karl (1977), *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien.
- Polanyi, Karl (1979), *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Pontusson, Jonas (2005), *Inequality and Prosperity*, Ithaca.
- Pontusson, Jonas (2006), *Wither Social Europe?* in: *Challenge* 49/6, 35-54.
- Postkeynesianismus (1987), *Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes*,

- Kalecki und Sraffa, Marburg.
- Preiser, Erich (1970/1957), Die Marxsche Prognose über die Entwicklung des Kapitalismus, in: Ders., Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten, München, 44-47.
- Preiser, Erich (1933), Grundzüge der Konjunkturtheorie. Tübingen.
- Preiser, Erich (1960), Nationalökonomie heute. Eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre, München.
- Preiser, Erich (1970/1951), Das Doppelgesicht der Keynes'schen Theorie, in: Ders., Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten, München, 170-178.
- Ptak, Ralf (2004), Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.
- Radermacher, Franz-Josef (2004), Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Wien.
- Radermacher, Franz-Josef (2005), Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, Wien.
- Ramo, Joshua Cooper (2004), The Beijing Consensus, London.
- Raulff, Ulrich, Hrsg. (1987), Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin.
- Rawls, John (1999), A Theory of Justice, Cambridge (deutsch: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1975).
- Razu, Indukuri John Mohan (2006), Global Capitalism as Hydra. A New Look at Market, Money and MNCs. Ethical Dilemmas Between the Idols of Death and God of Life, Delhi.
- Rehm, Philipp (2005), Citizen Support for the Welfare State. Determinants of Preferences for Income Redistribution, WZB discussion paper SP II 2005-02.
- Reichmayr, Johannes (2003), Ethnopschoanalyse. Geschichte, Konzepte, Anwendungen, Gießen.
- Reuter, Norbert (1994), Institutionalismus, Neo-Institutionalismus, Neue Institutionelle Ökonomie und andere »Institutionalismen«. Eine Differenzierung konträrer Konzepte, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 114/1, 5-23.
- Reuter, Norbert (1996), Der Institutionalismus. Geschichte und Theorie der evolutionären Ökonomie, Marburg.
- Reuter, Norbert (2000), Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, Norbert (2006), Wende zum Genug. Eine bedürfnistheoretische Verteidigung der Stagnationstheorie, in: Bischoff, Joachim u.a. (Hrsg.), In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung, Hamburg, 49-65.
- Reuter, Norbert (2007), Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten von

- John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg.
- Ricardo, David (1972), Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, hrsg. u. eingeleitet von Fritz Neumark, Frankfurt/M.
- Robinson, Joan (1968a), Kleine Schriften zur Ökonomie, Frankfurt/M.
- Robinson, Joan (1968b), Spätkapitalismus, in: Robinson (1968a), 38-54.
- Robinson, Joan (1968c), Jenseits der Vollbeschäftigung, in: Robinson (1968a), 24-37.
- Robinson, Joan (1968d), Was bleibt vom Marxismus? in: Robinson (1968a), 67-78.
- Robinson, Joan (1982), Vorwort, in: Eichner, Alfred (1982), Über Keynes hinaus. Eine Einführung in die postkeynesianische Ökonomie. Marburg, 11-21.
- Rodriguez, Francisco (2008), Questions About Growth Regressions, in: Challenge 51/4, 55-69.
- Rorty, Richard (2008), Philosophie als Kulturpolitik, Frankfurt/M.
- Schaaff, Herbert (1991), Kritik der eindimensionalen Wirtschaftstheorie. Zur Begründung einer ökologischen Glücksökonomie, Thun - Frankfurt/M.
- Schaaff, Herbert (1999), Zum Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung, Wohlstandsentwicklung und menschlichem Wohlbefinden - Historische Lehren für eine »ökologische Glücksökonomie«, in: Bellebaum, Alfred / Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (1999), 23-58.
- Schickel, Joachim (1976), Konfuzius. Materialien zu einer Jahrhundertdebatte, Frankfurt/M.
- Schmidt-Glintzer, Helwig (1999), Geschichte Chinas bis zur mongolischen Eroberung 250. v.Chr.-1279 n.Chr., München.
- Schneider, Erich (1953), Der Streit um Keynes. Dichtung und Wahrheit in der neueren deutschen Keynes-Diskussion, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 165, 89-122.
- Schönberg, Stefan (2008), Sovereign Wealth Alarm. Will the big sovereign wealth fund surge lead to European protectionism?, in: The International Economy 20/4, 56-59.
- Schöttler, Peter (2003), Mentalitäten, in: Jordan, Stefan (Hrsg.), Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, 205-209.
- Schröter, Hans Georg (2007), Wirtschaft erhöht Investitionen in die Forschung nur leicht, in: Frankfurter Rundschau v. 3.2.2007
- Schubert (1993), F.-C., Fechner, in: Arnold, Wilhelm/Eysenck, Hans Jürgen/Meili, Richard (1993), Bd. 1, 594.
- Schumpeter, Joseph Alois (2006/1912), Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Hrsg. u. eingeleitet von Jochen Röpke und Olaf Stiller, Berlin.
- Sen, Amartya (2000), Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.
- Sinn, Hans-Werner (2006), Der skandinavische Trick, in: Ders. (2006), ifo Standpunkte Nr. 80, München

- Skidelsky, Robert (1977a), *The End of the Keynesian Era*, London - Basingstoke.
- Skidelsky, Robert (1977b), *The Political Meaning of the Keynesian Revolution*. in: Skidelsky (1977a), 33-40.
- Spengler, Tilman (1993), *Die Entdeckung der chinesischen Wissenschafts- und Technikgeschichte*, in: Needham (1993), 7-54.
- Stange, H.O. (1934), *Persönlichkeit und Werk Wang Mangs dargestellt nach dem 99. Kapitel der Han-Annalen*, Diss., Berlin.
- Statistics (2007), *Pocket Book*. Hrsg. von der Europäischen Zentralbank, Frankfurt/M.
- Steindl, Josef (1987), *Stagnation*, in: Eatwell (1987), Band 4, 472-474.
- Stenberg, Anders (2006), *Skill Needs and Continuing Vocational Training in Sweden*, WZB Discussion paper SP I 2006-109, Berlin.
- Storbeck, Olaf (2007a), *Ökonomische Kulturrevolution*, in: *Handelsblatt* v. 19.2.
- Storbeck, Olaf (2007b), *Die Gesundheitsausgaben explodieren? Gut so!*, in: *Handelsblatt* v. 19.2.
- Storz, Wolfgang (2005), *Der Staatspolitik Beine machen - Die Demokratie demokratisieren - Das Festland besetzen*, in: Hebel, Stephan/Kessler, Wolfgang/Storz, Wolfgang, *Wider die herrschende Leere. Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt/M. - Oberursel, 161-200.
- Sum, Andrew/Tobar, Paulo/McLaughlin, Joseph/Palma, Sheila (2008), *The Great Divergence. Real-Wage Growth of All Workers Versus Finance Workers*, in: *Challenge* 51/1, 57-79.
- Sweezy, Alan (1948), *Declining Investment Opportunity*, in: Harris (1978), 425-435.
- Thibaut, Matthias (2008), *Britisches Ökostadt-Desaster. Der Kampf gegen Klimawandel und Wohnungsnot bleibt im Planungssumpf stecken*, in: *Handelsblatt* v. 8.8.
- Transparency (2002), *Transparency international, Bribe Payers index 2002*, www.transparency.org
- Transparency (2006), *Korruptionswahrnehmungsindex 2006*, www.transparency.org
- Transparency International (2005), *Global Corruption Barometer 2005 Report*, www.transparency.org
- Trompenaars, Fons (1993), *Handbuch Globales Management. Wie man kulturelle Unterschiede im Geschäftsleben versteht*, Düsseldorf - Wien - New York - Moskau.
- Ulich, Eberhard (2005), *Arbeitspsychologie*, Zürich - Stuttgart.
- Ulrich, Peter (2001), *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, Bern.
- Ulrich, Peter (2002), *Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, Freiburg/B.

- Verdoorn, P. Jake (1949), Fattori che regolano lo sviluppo della produttività del lavoro, in: *L'industria* 1/1, 45-53.
- Vetter, Horst (1983), *Chinas neue Wirklichkeit. Gesellschaft. Politik und Wirtschaft nach Mao*, Frankfurt/M. - New York.
- Viehweg, Theodor (1974), *Topik und Jurisprudenz. Ein Beitrag zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung* (1952), München.
- Walpen, Bernhard (2004), *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society*, Hamburg.
- Ward, Benjamin (1976), *Sind die Wirtschaftswissenschaften am Ende? Aporien und Antworten* (1972), Stuttgart - Zürich.
- Weber, Alfred (1920), *Prinzipielles zur Kulturosoziologie: Gesellschaftsprozess, Zivilisationsprozess und Kulturbewegung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 47, 1-49.
- Weber, Alfred (1931/1959), *Kulturosoziologie*, in: Vierkandt, Alfred (Hrsg.), *Handwörterbuch der Soziologie*, Stuttgart, 284-294 (wieder abgedruckt in: Dreitzel, Hans Peter (1972), *Sozialer Wandel. Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie*, Neuwied, 239-244).
- Whalen, Charles (2008), *Understanding the Credit Crunch as a Minsky Moment*, in: *Challenge* 51/1, 91-109.
- Wilson, G..D. (1993a), *Fechnersches Gesetz*, in: Arnold, Wilhelm/Eysenck, Hans Jürgen/Meili, Richard (1993), *Bd. 1*, 595.
- Wilson, G..D. (1993b), *Webersches Gesetz*, in: Arnold, Wilhelm/Eysenck, Hans Jürgen/Meili, Richard (1993), *Bd. 3*, 2532f.
- Wittfogel, Karl August (1931), *Wirtschaft und Gesellschaft in China. Versuch der wissenschaftlichen Analyse einer grossen asiatischen Agrargesellschaft*, Leipzig (= *Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt/M.*, Bd. 3).
- Wood, John Cunningham (1983), *John Maynard Keynes. Critical Assessments*, 4 Bde, London - Canberra.
- Zinn, Karl Georg (1969), *Staatstätigkeit und Multiplikator in den Schriften Ludwig Galls - eine dogmengeschichtliche Ergänzung zur Beschäftigungstheorie*, in: *Kyklos* 22/4, 719-736.
- Zinn, Karl Georg (1970), *Basistheorie des ökonomischen Wohlstandes in der Demokratie. Die Interdependenz von Gleichheit, Zeit und Nutzen und die verteilungspolitische Konsequenz*, Wiesbaden.
- Zinn, Karl Georg (1976), *Wertfreiheitspostulat und Basiswerturteile. Zum Objektivitätskonsens aufklärerischer Wissenschaft*, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 62/2, 189-218.
- Zinn, Karl Georg (1978), *Der Niedergang des Profits. Eine Streitschrift zu den Risiken der kapitalistischen Wirtschaftskrise*, Köln.
- Zinn, Karl Georg (1986), *Zur Frühgeschichte des »theoretischen Interventionismus«*. Zugleich eine Erinnerung an Heinrich Ludwig Lambert Gall (1794-1883), in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 106,

139-165.

- Zinn, Karl Georg (1988a), J.M. Keynes: Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung. Einleitung und Übersetzung, in: Sozialismus 15/6, 18-20.
- Zinn, Karl Georg (1988b), Staat und Wirtschaftsordnung im Denken Keynes'. In: Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch Nr. 6, Frankfurt/M. - New York, 148-177.
- Zinn, Karl Georg (1989), Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert, Opladen.
- Zinn, Karl Georg (1991), Wirtschaftsethik und positive Theorie in der politischen Ökonomie. In: Eifler, Günter/Saame, Otto (Hrsg.), Wissenschaft und Ethik. Mainzer Universitätsgespräche 1991/92, Mainz, 217-251
- Zinn, Karl Georg (1993), Keynes' »fundamentales psychologisches Gesetz« und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 113, 447-459.
- Zinn, Karl Georg (1995), Wie umweltverträglich sind unsere Bedürfnisse? Zu den anthropologischen Grundlagen von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung, in: Sigurd Martin Daecke (Hrsg.), Ökonomie contra Ökologie? Wirtschaftsethische Beiträge zu Umweltfragen, Stuttgart - Weimar, 31-62.
- Zinn, Karl Georg (1997), Jenseits der Marktmythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege. Hamburg.
- Zinn, Karl Georg (1999), Bedürfnisse als Basis des Wirtschaftens - Entwicklung im sozialökonomischen Denken und Bedeutung für eine neue ökonomische Wissenschaft, in: Bellebaum, Alfred/Schaaff, Herbert/Zinn, Karl Georg (1999), 124-156.
- Zinn, Karl Georg (2005), Konjunktur und Wachstum, Aachen.
- Zinn, Karl Georg (2006a), Kapitalismus in der langen Frist und die Aktualität von Keynes, in: Bischoff, Joachim (Hrsg.), In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung, Hamburg, 14-40.
- Zinn, Karl Georg (2006b), Kulturelle Unterschiede als Einflußgrößen auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln. Zu den nationalen Differenzen in der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit, in: Grasse, Alexander/Ludwig, Carmen/Dietz, Berthold (Hrsg.), Soziale Gerechtigkeit. Reformpolitik am Scheideweg. Festschrift für Dieter Eißel zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2006, 243-256.
- Zinn, Karl Georg (2006c), Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Zur politischen Ökonomie einer Gesellschaft in der Wohlstandskrise, in: Take, Michael (Hrsg.), Politik als Wissenschaft. Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin, 357-378.
- Zinn, Karl Georg (2006d), Menschenverachtung im Kapitalismus. Prekäre Beschäftigung in reichen Ländern eine Art moderne Sklaverei, in: Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Nell-Breuning-Hauses (Hrsg.), Voll prekär - total normal? Die Arbeitsrealitäten wahrnehmen (= Jahrbuch für Arbeit und Menschenwürde Bd. 7), Aachen, 17-27.

- Zinn, Karl Georg (2006e): Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, Köln.
- Zinn, Karl Georg (2007a), Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen - Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, Gerd (Hrsg.), Neue Politik der Arbeit, Hamburg, 48-76.
- Zinn, Karl Georg (2007b), Mit Keynes zu einer »anderen Wirtschaft«. Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie, in: Krause, Günter (Hrsg.), Keynes als Alternative(r)? Argumente für eine gerechtere Wirtschaft, Berlin 2007, 26-46 (Wiederabdruck in diesem Band).
- Zinn, Karl Georg (2008a), Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten? Zur Bedeutung interkultureller Unterschiede, in: www.keynesgesellschaft.de/pdf/downloads/ZinnSchweden3.pdf (Wiederabdruck in diesem Band).
- Zinn, Karl Georg (2008b), The Dominance of Normative Economics and the Humanitarian Superiority of Keynes' Political Economy, Ms.
- Zinn, Karl Georg (2008c), Wachstum und Wohlstand - die Konjunktion ist obsolet, in: Sozialismus 35/323, 1 1-14 (Wiederabdruck in diesem Band).